M 3477 FX



Schwerpunkt: Frauen in der Dritten Welt

Nr. 87 August 1980 DM 4,00

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761 / 74003, Bürozeiten: Mo-Fr 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.) Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 176 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer: 9.9.1980

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260,– (bzw. 190,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,–)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,– //ÖS 30,–

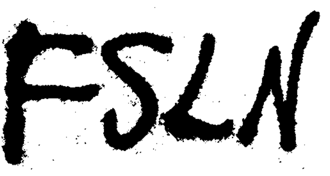
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spendenaufruf

Die größte Massenorganisation Nicaraguas, die Landarbeitergewerkschaft ATC mit rund 60 000 Mitgliedern, verfügt bisher über keine eigenen Kommunikationsmittel. Deshalb hat es sich das Westberliner Nicaragua-Komitee zur Aufgabe gemacht, dieser Organisation die Grundausstattung für eine kleine Offsetdruckerei im Werte von ca. 80 000 DM zum 1. Jahrestag der Revolution - am 19. Juli 1980 - zu überreichen. Etwa 55 000 DM sind bereits gesammelt worden. Wir bitten um weitere Spenden an das: Informationsbüro Nicaragua e.V.

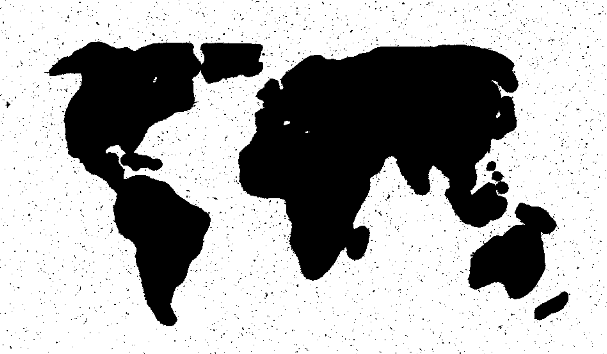


**Friedrichstraße 10
D-5600 Wuppertal 1**



**Konto 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
Kennwort:
Druckerei, Projekt 20**

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Bolivien

Putsch in Bolivien – 20 Jahre Militärdiktatur?

Der Putsch in Bolivien vom 17.7.80 ist kein Putsch wie die legendären etwa 200 vorangegangenen. Die brutale Unterdrückung des Widerstandes, die Ermordung und Verschleppung zahlreicher Personen, die allgemein bekannte Beteiligung argentinischer Militärs am Putsch zeigen, daß dieses Mal mehr auf dem Spiel steht. Eine Konsolidierung der Militärjunta unter Garcia Meza würde ein Diktatur nach den Vorbildern Chile und Argentinien bedeuten. Da die Presse ungewöhnlich breit über den Putsch informiert hat, wollen wir in diesem Artikel die Chronologie der Ereignisse nicht noch einmal aufrollen. Eine Analyse der Putsch-Hintergründe soll die Stützen und die Schwachstellen der Militärjunta erklären, außerdem befassen wir uns mit der Widerstandsbewegung in Bolivien und unserem Beitrag zu deren Erfolg durch die Solidaritätsarbeit in der BRD.

Bolivien — Bevölkerung und Wirtschaft

Bolivien hat ungefähr 5 Mio. Einwohner, wovon etwa 42 % in den sechs größten Städten leben. Der Rest der Bevölkerung, Indios, leben als kleine Subsistenzbauern vor allem im Altiplanogebiet und in den Zwischentälern. Sie sind vom politischen Leben quasi ausgeschlossen. Die bedeutenden Städte mit Ausnahme von Santa Cruz liegen in den Anden. Wichtigstes wirtschaftliches Zentrum des Landes sind die Minengebiete im Norden von Potosí.

Die *wirtschaftliche Situation* Boliviens hat sich in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Eines der größten Probleme ist die hohe Auslandsverschuldung, die im Jahre 1978 auf 2,7 Mio. Dollar angestiegen ist, d.h. 28% der Exporteinnahmen müssen für die Rückzahlung dieser Schulden aufgebracht werden. Da das geliehene Geld nur zu einem Drittel im produktiven Bereich investiert wird, bestehen für Bolivien große Schwierigkeiten, die Zinsen und fällig gewordenen Kredite zurückzubezahlen.

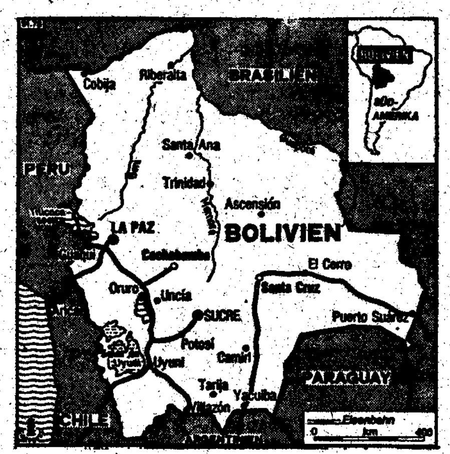
Die Schwankungen der bolivianischen Wirtschaft werden unmittelbar durch den größten industriellen Sektor, der Zinnproduktion bestimmt. 50% der Exporteinnahmen kommen aus der Zinnausfuhr. Aber gerade für diesen Bereich sind die Zukunftsperspektiven sehr ungünstig. Die Drohung der USA, ihre strategischen Zinnreserven auf dem Weltmarkt zu verkaufen, was zu einem internationalen Preisverfall des Zinns führen würde, bleibt trotz zeitweiliger Rücknahme bestehen. Diese Maßnahme hätte angesichts des Rückgangs der Zinnvorkommen in Bolivien katastrophale Folgen. Schon jetzt befindet sich die staatlich Bergbaugesellschaft COMIBOL in einer schweren ökonomischen Krise.

Ebenso bleiben die Gewinne aus der Erdölproduktion weit hinter den Erwartungen zurück. Augenblicklich droht Bolivien vom Erdölexporteur zum Erdölimporteur zu werden. Internationalen Ölfirmen werden Garantien geboten, damit sie wieder im Land investieren. Am meisten betroffen von der Krise sind natürlich die Lohnabhängigen, Bauern und kleinen Selbständigen, die einen riesigen Kaufkraftverlust und eine Bedrohung ihrer ökonomischen Existenz haben hinnehmen müssen.

Ein zweiter wesentlicher Exportsektor, der stillschweigend funktionierte und erst durch den letzten Putsch mehr ans Licht der Öffentlichkeit kam, ist das *Kokain*. Inoffiziellen Schätzungen zufolge sind die Einnahmen durch den Export von Kokain insgesamt genauso hoch wie die Exporteinnahmen aus den restlichen Sektoren zusammen, also ungefähr 6 Mio. Dollar jährlich. Der größte Anteil des Kokains wird als Sulfat nach Kolumbien transportiert, dort weiterverarbeitet und dann in die USA exportiert oder auch in zunehmenden Maße nach Europa gebracht. Die Kette der Verdiener am Kokainhandel reicht von Bolivien bis in die Vereinigten Staaten und anscheinend ist diese Kokain-Mafia so mächtig und einflußreich, daß bislang niemand etwas gegen sie unternehmen konnte.

Die Militärs

Die wenigen konkreten Daten, die wir über den Kokainhandel in Bolivien besitzen, weisen ohne Zweifel darauf hin, daß enge Verbindungen zwischen dieser Kokainmafia und den Militärs bestehen.



Nur mit dem Wissen um diese Verbindungen kann man den Putsch des Generals Luis Garcia Meza vom 17.7.1980 richtig einschätzen. Bekannt ist, daß dieser letzte Putsch eben auch aus Geldern des Kokainhandels finanziert wurde. Von jeher war es in Bolivien ein einträgliches Geschäft, sich durch die zeitweilige Machtübernahme zu bereichern. Das bedeutet, die 200 Putsche sind nicht Ausdruck von Machtkämpfen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, sonder Fraktionskämpfe einer kleinen Oligarchie, deren Haupteinnahmequell der Drogenhandel aber auch der Schmuggel mit Spirituosen und Waffen ist.

Es ist klar, daß eine demokratisch gewählte Regierung ein zu großer Unsicherheitsfaktor für die Kokainhändler und ihre militärischen Freunde wäre, zumal die UDP eine Untersuchung des Kokainhandels angekündigt hatte.

Hilfe bekamen die bolivianischen Militärs bei diesem Putsch auch noch von anderer Seite. Eine *Teilnahme von argentinischen Militärs* ist inzwischen trotz aller gegenteiligen Äußerungen aus Buenos Aires unbestritten. Argentinische Berater arbeiten in der gefürchteten Sektion II. des militärischen Geheimdienstes in Bolivien und führten teilweise die paramilitärischen Trupps an. Doch leisten die Argentinier nicht nur personelle Unterstützung. Das gesamte Vorgehen der bolivianischen Militärs beim Putsch läßt auf das argentinische (und chilenische) Vorbild schließen. Ziel ist die totale Liquidierung eines Widerstandes und aller linken Kräfte. Für Argentinien ebenso wie für Chile, Uruguay, Paraguay und Brasilien wäre ein demokratisches Bolivien eine offene Bedrohung und hätte unter Umständen eine Signalwirkung für alle linken Kräfte in diesen Ländern.

Das politische und ökonomische Kalkül der Militärs um Garcia Meza ist außerordentlich gut durchdacht. Mit ökonomischer Hilfe von Argentinien sowie Einnahmen aus dem Kokaingeschäft sind die jetzigen Machthaber in der Lage, sich maximal drei Monate ohne internationale Finanzhilfe zu halten. In dieser Zeit besteht offensichtlich der Plan, jeglichen Widerstand niederzuschlagen, den Generalstreik v.a. in den Minengebieten zu brechen und die gezielte Liquidierung einzelner wichtiger Gewerkschafts- und Parteifunktionäre vorzunehmen (nicht zufällig war eines der ersten Opfer des Putsches der Sozialistischen Partei 1, Marcelo Quiroga Santa Cruz). Spätestens nach drei Monaten, so die Überlegungen der Militärs, ist die internationale Protestwelle abgeklungen, einige Länder haben die neuen Machthaber anerkannt und ebenso wird die im Moment noch eingestellte Wirtschaftshilfe vor allem aus den USA und der BRD wieder gezahlt.

Trotz dieser gutdurchdachten Strategie der Militärs tun sich aber schon jetzt bestimmte Risse und Hindernisse auf, die das Kalkül durcheinanderbringen:

— die oppositionellen Kräfte im Land konnten nicht liquidiert werden, im Gegenteil, der Apparat der Parteien und Gewerkschaften hat sich im Untergrund reorganisiert.
— Eine demokratische Gegenregierung im Untergrund, die diplomatisch von einigen Ländern anerkannt würde, könnte die aktuelle internationale Isolation des Regimes verschärfen.
— Es gibt oppositionelle Kräfte im Militär, die sich auch schon öffentlich manifestiert haben.
— Die USA hat unerwartet heftig auf den Putsch reagiert und ihre Militär- und Wirtschaftshilfe gestoppt.

Die beiden letzten Punkte sollen abschließend noch ein wenig genauer behandelt werden.

Die Widerstände innerhalb des Militärs sind durch Massenerschießungen von Soldaten am Titicacasee und dem Rücktritt des Chefs der Armeeeinheit von Cochabamba Vargas Salinas an die Öffentlichkeit gekommen. Neben individueller Befehlsverweigerung von Soldaten, muß man bei den oppositionellen innermilitärischen Gruppen hauptsächlich zwischen zwei Gruppen unterscheiden:

Bei *linientreuen nationalistischen Militärs* hat die Äußerung Garcia Mezas, er sei ein Bewunderer Pinochets, Unbehagen ausgelöst. Chile ist seit dem Salpeterkrieg mit der Konsequenz des Verlustes des Zugangs zum Meer für Bolivien Staatsfeind Nr. 1 des Landes. Jegliche Sympathiekundgebung für Chile steht im Widerspruch zum traditionellen Feindbild der bolivianischen Militärs. Außerdem gibt es ein bedeutende *Gruppe jüngerer, konstitutionalistischer Militärs,* deren Hauptvertreter General Padilla ist, die einen gemäßigten Demokratisierungsprozeß unterstützen und schon einmal, 1978, gegen die „alte Garde" putschte. Wie groß der Widerstand innerhalb der Militärs ist, kann man allerdings bis zur Stunde noch nicht absehen.



Die bolivianischen Bergarbeiter – Stützen des Widerstandes

Die Widerstandsbewegung in Bolivien

Den neuesten Zeitungsmeldungen zufolge wird in Bolivien trotz brutaler Repression weiterhin Widerstand gegen die Militärs geleistet. Die meisten der rund 50 000 Minenarbeiter setzen ihren Streik fort, während die Militärs durch Abriegelung der Minengebiete eine Strategie des Aushungerns verfolgen. Der Widerstand der Bauern äußert sich in Barrikadenbau und Sprengung von Wegen. Diese Widerstandsform kann vom Militär nur schlecht bekämpft werden, da die Aktionsorte ständig wechseln. In den Städten wird der Generalstreik weiterhin weitgehend befolgt und unter den Militärs selbst bestehen Meinungsverschiedenheiten über den Putsch (s.o.). Viele Parteiführungen, z.B. die der MIR, konnten sich retten, haben sich im Untergrund reorganisiert und stellen eigene Zeitungen her. Einzelne Nachrichten deuten darauf hin, daß sich zur Zeit im Untergrund eine Gegenregierung formiert. Diese könnte dann vielleicht die zur Zeit fehlende Koordination der Widerstandsaktionen leisten.

Eine zentrale Rolle im Widerstand gegen den Putsch spielt das *„Nationale Komitee zur Verteidigung der Demokratie"* (CONADE). Dieses Komitee wurde im März 1980 als Antwort auf die Terroranschläge durch paramilitärische Gruppen und auf die Putsch-Androhung der Militärs gegründet. Das Komitee hat einen „Aufruf zur Verteidigung der Demokratie" verfaßt, der von repräsentativen gesellschaftlichen Gruppen (Kath. Kirche, Evang. Methodistische Kirche, ständige Menschenrechtskommissionen, alle Universitäten, demokratische Frauenverbände), der Gewerkschaftszentrale COB und von allen Parteien mit Ausnahme der ADN Banzers und der faschistischen Falange unterzeichnet wurde. Das heißt, dieser Aufruf stellt eine gemeinsame Plattform aller demokratischen Kräfte für den Kampf gegen die Militärs dar (Wortlaut des Dokuments in SAGO 18, April 1980). Zentraler Punkt des Aufrufs ist die Aufforderung zur Bildung von "Komitees zur Verteidigung der Demokratie" auf der Ebene von Stadtteilen, Fabriken, Dörfern, Universitäten und Schulen. Solche Komitees bilden neben den Gewerkschaften den Kern des heutigen Widerstandes gegen die Militärjunta.

Der starke *Widerstand in den Minengebieten* ist auf die langjährige Kampftradition der Minenarbeiter zurückzuführen. Da der Zinnabbau Boliviens wichtigste Devisenquelle ist, ist der reibungslose Zinnabbau von entscheidender Bedeutung für jede bolivianische Regierung. Immer wieder haben in der Vergangenheit die Militärs mit blutigen Mas-

sakern auf Proteste der Minenarbeiter gegen die katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen reagiert. Die Minenarbeiter können dem modern ausgerüsteten Heer nur ihre Arbeitswerkzeuge (Dynamit), ihre Ortskenntnis und ihre Geschlossenheit entgegensetzen. Eine wichtige Waffe der Minenarbeiter stellen ausserdem die von ihnen betriebenen Rundfunksender dar, die die Medienkontrolle der Militärs durchbrechen und über den Widerstand informieren können.

Nachdem die *Bauern* jahrelang durch den Militär-Bauern-Pakt (von Präsident Barrientos geschaffenes Instrument zur Mobilisierung und Kontrolle der Bauern) an politischen Aktivitäten gehindert wurden, bewiesen sie Ende 1979, daß die im Zuge der Demokratisierung erfolgte Auflösung des Paktes einen beträchtlichen Politisierungsprozeß ausgelöst hat. Ausdruck dieses Politisierungsprozesses war die Mobilisierung der Bauern gegen die Anfang Dezember 1979 von der Regierung Gueiler verkündeten ökonomischen Maßnahmen. Diese ökonomischen Maßnahmen (Abwertung des Peso, Erhöhung der Transportkosten u.a.) brachten eine wesentliche Verschlechterung der ökonomischen Situation der Bauern mit sich. Die Bauern antworteten darauf mit der Errichtung von Straßenblockaden und legten so das wirtschaftliche Leben des gesamten Landes lahm. Wichtigstes Ergebnis der Bauernrevolte vom Dezember 1979 ist die Gründung der Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter Boliviens CSUTCB, die von der COB als einzige Vertretung der Bauern anerkannt wird und ihr angegliedert ist.

Die Einheit von Bauern und COB manifestierte sich im Dezember 79 in einem Solidaritätsstreik der COB mit den Protestmaßnahmen der Bauern und zeigt sich aktuell in der Unterstützung des Kampfes der Minenarbeiter durch die Bauern, die mit Straßenbarrikaden das Vorrücken der Armee in die Minengebiete verzögern und den eingeschlossenen Minenarbeitern Lebensmittel bringen.

Die Solidaritätsbewegung in der BRD

In bisher ungekanntem Maße hat die Öffentlichkeit in der BRD auf den Putsch in Bolivien reagiert. Die Zeitungen berichten täglich über Bolivien, die SPD hat den Putsch verurteilt, die Regierung hat den Botschafter zur Berichterstattung zurückgerufen, der DGB erklärte gegenüber einer Delegation der bolivianischen Minenarbeitergewerkschaft seine Unterstützung beim „Kampf um die Herstellung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte", auch die Deutsche Bischofskonferenz verurteilte den Putsch.

Sehr viel weniger Entschlossenheit zeigt sich allerdings, wenn es darum geht, den Erklärungen durch konkrete Maßnahmen Nachdruck zu verleihen. So hat die Bundesregierung bisher weder die Entwicklungshilfeleistungen gestoppt, noch die im Mai 1980 der Regierung Gueiler zugesagte Wirtschafts- und Kapitalhilfe über 46 Mill. DM zurückgezogen.

Unmittelbar nach dem Putsch haben *Bolivien-Gruppen in verschiedenen Städten der BRD* mit Solidaritätsarbeit gegen den Putsch begonnen. Unter dem Druck der aktuellen Ereignisse und organisatorischer Aufgaben blieb bisher wenig Zeit für inhaltliche Diskussionen auf nationaler Ebene. Es besteht aber Einigkeit darüber, worin unser Beitrag zum Widerstand gegen die Militärjunta bestehen muß. Da die Militärs für die Konsolidierung ihres Regimes auf internationale Anerkennung und auf Wirtschaftshilfe angewiesen sind, geht es darum, eben diese Maßnahmen von Seiten der Bundesregierung zu verhindern; umso mehr, weil das Verhalten der Bundesregierung eine Signalfunktion für andere Regierungen hat. Das heißt für die Arbeit der Solidaritäts-Komitees in der BRD: Durch eine möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Kirchen soll einer Reihe von Forderungen an die Bundesregierung Nachdruck verliehen werden.

Eine in vielen Kreisen umstrittene Forderung ist die nach der Einstellung jeglicher Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Sie wird oft mit Argumenten wie: das träfe dann ja „nicht die Militärjunta, sondern die Ärmsten der Armen, denen die Projekte beim Aufbau eigener Verdienstmöglichkeiten helfen sollen" (Entwicklungshilfe-Minister Offergeld, SZ 29.7.80), abgelehnt wird. Es erscheint uns deshalb notwendig, auf dieses Argument hier näher einzugehen:

- Die Mehrheit der deutschen Entwicklungshilfeprojekte in Bolivien gehen in ihrer Konzeption an der bolivianischen Realität vorbei und bringen deshalb für die Betroffenen keine Verbesserung ihrer Situation.
- Die Mehrheit der Projekte ist ohne die Anwesenheit seines Entwicklungshelfers nicht lebensfähig, d.h. die Projekte enden spätestens mit der Rückkehr der Entwicklungshelfer sowieso als „Ruinen".
- Entwicklungshelfer, die sich in ihrer Arbeit tatsächlich für die "Ärmsten der Armen" einsetzen, sind unter dem neuen Regime gefährdet (Der DED-Beauftragte in La Paz hat schon einen anonymen Drohbrief erhalten.).
- Es geht bei dieser Forderung um eine aktuelle, wirksame politische Maßnahme, die dazu beitragen kann, die Militärs zur Aufgabe zu zwingen. D.h. die Alternative zur Fortsetzung einer sehr zweifelhaften "Hilfe" für ganz wenige Bolivianer ist die Chance, durch einen Stop der Entwicklungshilfe die Konsolidierung einer faschistischen Militärdiktatur zu verhindern.

Im übrigen fordern Vertreter der bolivianischen Widerstandsbewegung selber die Einstellung jeglicher wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zur Junta, und auch der DED hat sich in einer Erklärung vom 28.7.80 gegen jegliche finanzielle Unterstützung Boliviens unter dem Putschregime ausgesprochen.

Nach den ersten Aktionen der Komitees, die aufgrund der Aktualität des Themas wohlwollend und interessiert von der Öffentlichkeit aufgenommen wurden, geht es jetzt neben der Festigung neu entstandener Gruppen und der nationalen Struktur um eine kontinuierliche Weiterarbeit. Gerade jetzt, wo das öffentliche Interesse langsam abflacht und sich wieder anderen spektakulären Ereignissen zuwendet, dürfen unsere Aktivitäten nicht nachlassen, denn — wie gesagt — etwa 3 Monate können die Militärs sich auch ohne Anerkennung und Wirtschaftshilfe halten!

Sabine Preuß/Ulrike Penselin

Abkürzungen

ADN	Accion Democratia Nacionalista (Banzer),
UDP	Unidad Democratica Popular
MIR	Movimiento Izquierda Revolucionaria
COB	Central Obrere Boliviana
CSUTCB	Confederacion Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia

Literatur

ila-info, Nr.37, Hrsg. Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Nachrichten

SAGO Informationsblatt, c/o G. Hinderer, Hauptstr. 245, 69 Heidelberg

TAZ, FAZ, SZ, FR, Le Monde, El Pais

Lateinamerika, Analysen und Berichte 3, Hrsg. V. Bennholdt-Thomsen u.a., Berlin, Olle & Wolter 1979

Inprekorr, Internationale Pressekorrespondenz des Vereinigten Sekretariats der VI. Internationale, Nr. 115/116 und 122, c/o GIM, Olgastr. 49, 7000 Stuttgart 1



Organisation der Solidaritätsarbeit

Auf einem nationalen Treffen haben sich die anwesenden Gruppen auf Berlin als vorläufige Koordinationsstelle und auf ein gemeinsames Spendenkonto geeinigt. Die Spenden werden an CONADE in Bolivien weitergeleitet und sollen den Opfern des Putsches zukommen.

Als Ausdruck des Selbstverständnisses als Teil der Widerstandsbewegung des bolivianischen Volkes nennen sich die Solidaritätsgruppen in der BRD „Komitees zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien". Die Namesgebung drückt außerdem den Willen aus, aus den Erfahrungen der Chile-Solidaritätsarbeit zu lernen, möglichst viele Gruppen auf einer gemeinsamen Plattform zu vereinigen und Spaltungen der Solidaritätsbewegung zu verhindern.

Kontaktadresse:
Postscheckamt Hamburg,
BLZ 20010020
Kto.Nr. 46496-205, Christian Wienberg
Sonderkonto Bolivien

Kontaktadresse der Koordinationsstelle in Berlin:
Bolivien-Solidaritätskomitee Berlin
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12
Tel. 030/3135065

Sehr geehrter Herr Minister Offergeld!
Mit Empörung und Betroffenheit reagieren wir, die Vollversammlung der Aktion Dritte Welt in Freiburg, Herausgeber der 'blätter des iz3w', auf den Militärputsch in Bolivien vom 17. Juli 1980.
Der Anführer dieses Putsches, General Luis Garcia Meza, war schon 1979 beim gescheiterten Putsch des Oberst Natusch Busch führend beteiligt, womit er allein bis zum 16. November 1979 den Tod von 207 während des Putsches ermordeten Bolivianern mit zu verantworten hat.
Mit der Wiederholung eines Militärputsches zeigt die Militärjunta ihr ungebeugtes Machtstreben, Kaltblütigkeit angesichts eines zu erwartenden Bürgerkrieges und Mißachtung der gerade neu begonnenen demokratischen Entwicklung Boliviens.
Um ihre Macht durchsetzen zu können, muß sie bisher nicht nur den Tod unzähliger Arbeiter, des Chefs der Sozialistischen Partei, Marcelo Quiroga Santa Cruz, und mehrerer Gewerkschaftsführer verantworten, sondern läßt auch Bergwerke besetzen, schließt dort Arbeiter ein und läßt in Menschenansammlungen schießen. Der bisherige Höhepunkt des verbrecherischen Verhaltens der neuen Militärdiktatur Boliviens ist die Bombardierung von Elendsvierteln in La Paz und die Verhaftung Unschuldiger, die nach chilenischem Muster in zu KZ's verwandelten Fußballstadien transportiert werden.
Energisch protestieren wir gegen dieses menschenverachtende Verhalten der mörderischen Militärs und bekunden unsere Solidarität mit den Bolivianern, die u.a. deshalb leiden müssen, weil sie Demokratie und Menschenrechte verteidigen und aufrechterhalten wollen.

Die Tatsache, daß die Arbeiter Boliviens den Generalstreik hundertprozentig befolgen, die bolivianischen Botschafter in Washington, Madrid und Brüssel aus Protest gegen den Militärputsch zurückgetreten sind, die USA ihren Botschafter aus La Paz abberufen haben und z.B. Dänemark seine Solidarität mit dem bolivianischen Volk offen bekundet, indem es u.a. die Entwicklungshilfe an Bolivien streicht, sollte auch die Bundesregierung zu konkreten Handlungen ermutigen.
Wir fordern die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende einzusetzen, um auf eine Fortsetzung der unterbrochenen demokratischen Entwicklung Boliviens und auf eine Respektierung des Wahlergebnisses vom 29.6.1980 hinzuwirken, insbesondere fordern wir:
1. Keinerlei finanzielle Unterstützung Boliviens unter dem Putschregime und Einfrieren aller Zusagen an frühere Regierungen, insbesondere der 46 Millionen, die anläßlich der Regierungsverhandlungen im Mai 1980 der bolivianischen Regierung unter Lidia Gueiler zugesagt wurden,
2. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bolivien für die Zeit der Militärdiktatur.
3. Keine Akkreditierung eines möglichen neuen bolivianischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland.

Hochachtungsvoll
Aktion Dritte Welt
blätter des iz3w

SPENDENAUFRUF
Angesichts der verzweifelten Lage, in die das bolivianische Volk durch den brutalen Militärputsch der ultrarechten Generäle um Garcia Meza gebracht wurde, ruft das Bolivien-Solidaritäts-Komitee zu einer Spendenkampagne für die zahlreichen Opfer auf.
Die Spenden werden an die bolivianische Menschenrechtskommission weitergeleitet.
Postscheck-Konto: Elfriede Kohut
380087 – 108 Berlin-W BLZ 10010010
Kennwort: Boliviensolidarität
Auf Wunsch Spendenbestätigung erhältlich c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12



Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD	:	Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (New York)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

Brasilien

250 000 Metallarbeiter streikten sechs Wochen lang

In Brasilien endete am 11. Mai dieses Jahres nach sechswöchiger Dauer der größte und längste Streik in der jüngeren Geschichte des Landes - der dritte Metallarbeiterstreik in der damals knapp vierzehnmonatigen Amtszeit des Staatspräsidenten General Figueiredo. Zum Amtsantritt am 15. März 1979 hatten ihn 215 OOO Metallarbeiter mit einem Ausstand begrüßt, zur Halbzeit im Oktober wiederholte sich dasselbe und in diesem Jahr gingen vierzehn Tage nach dem einjährigen Amtsjubiläum mehr als eine Viertelmillion Metaller im "ABC", dem brasilianischen Ruhrpott, in den Streik. Die Produktion der in den Industrievorstädten Sao Paulos, Santo André, Sao Bernardo und Sao Caetano (ABC), ansässigen großen Automobilwerke - Volkswagen, Mercedes Benz, Ford, Chrysler, General Motors und Scania - wurde fas vollständig lahmgelegt. Die Geschichte der drei Streiks scheint eine Geschichte der Eskalation, nicht nur was Streikbeteiligung und -dauer betrifft. Diesmal geriet der Ausstand durch die scharfe Unterdrückung und Bekämpfung der Streikbewegung durch die Regierung in die internationale Presse, machten brasilianische Tageszeitungen mit Titeln wie „Ist die politische Öffnung in Gefahr?" auf. War im März 1979 bei der eher vorsichtigen Reaktion der Regierung Figueiredo das erstmals in seiner Geschichte bestreikte VW do Brasil durch harte Repressionsmaßnahmen (siehe iz3w Mai 79) aufgefallen und waren im Oktober letzten Jahres drei tote Gewerkschafter nach dem Streit zu beklagen, so gab es diesmal zahlreiche Verhaftungen, drohen den Gewerkschaftsführern hohe Haftstrafen und der brasilianischen Kirche Restriktionsmaßnahmen. Doch obwohl die Streikenden auch diesmal wieder — gemessen am Forderungskatalog — mit leeren Händen an die Arbeit zurückkehren mußten, werten sie ihren Ausstand - anders oder stärker als die vorangegangenen - als Erfolg.

Äußerer und terminlicher Anlaß für den Streik war auch in diesem Frühjahr die für den ersten April angesetzte Angleichung der Löhne um die staatlich festgesetzte, offizielle Inflationsrate, die 39% betragen sollte. Aus den Streiks des vergangenen Jahres hatte die Regierung zwei Konsequenzen gezogen: Der nachträgliche Lohnausgleich soll seit November 79 halbjährlich statt jährlich erfolgen und es soll eine Art Tarifverhandlungen geben, d.h. direkte Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, wie sie in den 15 Jahren Militärdiktatur verboten, in den Streiks aber de facto durchgesetzt worden waren. um jedoch den Verhandlungsspielraum festzusetzen, erfand die Regierung die "Produktionszuwachsrate", von der sie zwar zugegebenermaßen nicht weiß, wie sie zu berechnen ist, die sie aber auf 5% festsetzte. Um diese 5% sollten die "Tarifpartner" feilschen dürfen - bis zum 1. April, dem Stichtag für die Metaller im Bundesstaat Sao Paulo.

Den Metallarbeitern in Sao Paulo gefiel an dieser Regelung nichts: Der Ausgleich erfolgt nachträglich und ist von der galoppierenden Inflation aufgefressen, noch ehe er gezahlt ist. Seiner Berechnung werden - abgesehen davon, daß er in der Vergangenheit auch betrügerisch heruntermanipuliert wurde - Daten zugrundegelegt, die das Ergebnis verfälschen. So werden etwa die langsamer steigenden Preise für langlebige Konsumgüter, Flugpreise u.ä. eingerechnet, die im Ergebnis das Ausmaß der Preissteigerungen für Lebensmittel, Mieten etc. verschleiern.

Die Forderung der Metallarbeiter lautete daher 15 % reale Lohnerhöhung zusätzlich zu den 39 % Lohnausgleich, und den feinen Unterschied zwischen Erhöhung und Ausgleich machten die Gewerkschaften zu einem zentralen Punkt ihrer monatelangen Aufklärungskampagne unter den Kollegen. Außerdem stellten sie einen mehr als 20 Punkte umfassenden Forderungskatalog auf, dessen Durchsetzung zum einen die Arbeitsbedingungen verbessern, zum andern durch Absicherung der Gewerkschaftsarbeit die Einhaltung einmal durchgesetzter Forderungen gewährleisten sollte. Zu den Hauptforderungen zählte die Abschaffung der 48-Stundenwoche, ein Jahr Garantie für den Arbeitsplatz, damit niemand - wie im letzten Jahr geschehen - aufgrund des Streiks entlassen werden kann, sowie Maßnahmen gegen ein vor allem in der ausländischen Automobilindustrie beliebtes System, die Arbeiter um die Vorteile langjähriger Betriebszugehörigkeit zu bringen: die Rotation. In ungeschriebener Absprache unter den Automobilmultis entläßt etwa VW einen Arbeiter nach wenigen Monaten, der dann zu Anfangsbedingungen bei Mercedes eingestellt, entlassen und an ein anderes Werk "weitergereicht" wird, was besonders dadurch erleichtert wird, daß fast alle Unternehmen in Sao Bernardo an einer Straße liegen. Die Arbeiter kommen so weder in den Genuß von Gratifikationen, noch rücken sie in der Lohnskala auf.

Da jede erkämpfte Forderung jedoch rückgängig gemacht werden kann, solange es keine gewerkschaftliche Kontrolle, geschweige denn eine authentische Gewerkschaftsvertretung überhaupt gibt, stellten die Metallarbeiter gewerkschaftspolitische Forderungen in den Mittelpunkt der Tarifrunde. In den brasilianischen Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzen, die nach Vorlage von Mussolinis faschistischer "Carta de Lavoro" ausgearbeitet wurden, gibt es keine Gewerkschaftsfreiheit. Die in Tausende von Berufsgewerkschaften ohne Dachverband aufgesplitterten Gewerkschaften sind reine Sozialfürsorgeunternehmen, die weder einen ökonomischen noch einen politischen Arbeitskampf führen dürfen. Noch heute sitzen in den meisten Vorständen die unter der Diktatur vom Staat eingesetzten Gewerkschaftsvertreter, die jederzeit abgesetzt werden können. Offiziell gibt es keine gewählten Gewerkschaftsvertreter in den Betrieben, keine Betriebsräte, Vertrauensleute oder eine vergleichbare Vertretung. Wer dennoch diese Arbeit macht, riskiert die Kündigung oder wird — was auch für die Vorstände gilt — erst gar nicht aufs Werksgelände gelassen.

Die Metaller richteten deshalb sowohl an die Unternehmer als auch an den Staat die Forderung nach Anerkennung frei gewählter Gewerkschaftsvertreter, nach freiem Zugang für dieselben zu den Betrieben und nach Erleichterungen für die Gewerkschaftsarbeit, wie z.B. das Anbringen eines "Schwarzen Brettes" zur Information in den Betrieben. Außerdem sollten die Unternehmer die Gewerkschaften z.B. bei Massenentlassungen hinzuziehen.

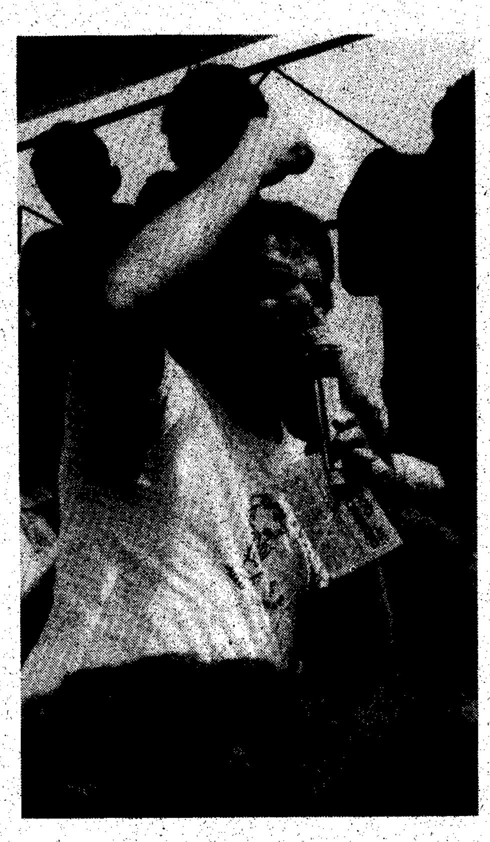
Mit diesem Forderungskatalog, dem Regierung und Unternehmer politischen Charakter vorwerfen, zogen die Gewerkschaftler bereits im Februar und März vor die Tore der größten Fabriken, wo sie jeweils zum Schichtwechsel Diskussionsversammlungen mit den Kollegen abhielten. Der Erfolg der langen Aufklärungsarbeit wurde am 16. März deutlich, als 80 OOO Metallarbeiter sich im Fußballstadion Vila Euclides in Sao Bernardo versammelten und ihre Streikbereitschaft bekundeten, falls bis zum 1. April kein annehmbares Verhandlungsergebnis mit den Unternehmern erreicht sein würde. „Keine Überstunde bis zum Streik" war die Hauptlosung. „Jede Überstunde, die ein Arbeiter macht, ist ein Stück Brot, das er einem arbeitslosen Kollegen vom Mund raubt. Kollegen, keiner darf auch nur eine Überstunde machen... Ihr wißt, daß Volkswagen 1976 7 Millionen Überstunden machen ließ", erklärte Luis Inácio da Silva, der als "Lula" in ganz Brasilien bekannte Präsident der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo do Campo und Diade-

ma. „In diesem Jahr werden die Unternehmer unsere Forderungen erfüllen müssen", mit dieser Überzeugung verabschiedete man sich bis zum 30. April. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit Unternehmern und Arbeitsministerium war man zum vereinbarten Termin wieder versammelt: 80 000 beschlossen den Ausstand.

Zwei Tage später begannen mehr als 250 000 Arbeiter einen Streik, der sechs Wochen lang anhalten sollte. Der alle, selbst die Regierung überraschende Spruch des Arbeitsgerichtes in Sao Paulo, über die Illegalität des Streiks aus Inkompetenz nicht befinden zu können, ließ zunächst einen repressionsfreien Arbeitskampf erwarten. Doch nach 10 Tagen gaben Unternehmer und Regierung die Hoffnung auf, daß sich der Streik von allein totlaufen könnte. Man wollte keine „Präzedenzfälle" schaffen und Regierung und Unternehmen sahen ihre ehrgeizigen Exportprogramme gefährdet. Das Bundesarbeitsgericht schließlich ließ sich von der Illegalität des Streiks überzeugen, fällte sein Urteil und brachte damit die üblichen Maßnahmen ins Rollen: Das Gewerkschaftshaus in Sao Bernardo wurde von der Polizei besetzt, die Gewerkschaftsvorstände, darunter auch Lula, ab- und durch staatliche Interventoren ersetzt. Versammlungsplätze wurden gesperrt und schließlich alles verboten: Versammlungen, Demonstrationen, Solidaritätsarbeit und Sammlungen für den Streikfonds. Es hagelte Verhaftungen, Lula und weitere Gewerkschaftsführer wanderten für einen Monat in Untersuchungshaft.

Dennoch ging der Streik weiter. Gewählte Basiskomitees sorgten für Information und Koordination, aus dem schon zuvor angelegten Streikfonds erhielten die Familien der Streikenden Lebensmittel. Aus dem ganzen Land und auch aus dem Ausland erhielten die Streikenden moralische und finanzielle Solidaritätsbekundungen. Die Kirche in Sao Paulo stellte sich in beispielloser Weise auf die Seite der Streikenden: Kardinal Arns und die Bischöfe des Bundesstaates Sao Paulo hielten Messen für die Metallarbeiter, verurteilten öffentlich das Eingreifen der Regierung und stellten kirchliche Räume für Versammlungen zur Verfügung.

Trotz allem bröckelte die Streikfront langsam ab. Der 1. Mai wurde zur letzten großen Machtprobe: In letzter Minute mußte das Demonstrationsverbot aufgehoben werden, weil man andernfalls eine Auseinandersetzung mit 200 000 Demonstranten riskiert hätte. Zehn Tage später, am 11. Mai wurde der Streik abgebrochen. Doch nicht von einem Ende des Streiks war die Rede, sondern von einem Waffenstillstand. „Von nun an werden die Unternehmer hinter jeder Maschine einen Feind finden", drohten die Metaller und riefen, ohne das Wort zu gebrauchen, erstmals zur Sabotage auf: „Produktion verringern, Qualität verschlechtern" lautete die Parole. Die Arbeiter gingen mit leeren Händen, aber mit „erhobenem Kopf" - so die allgemeine Einschätzung - zurück an die Arbeit. Zuviele Faktoren hatten gegen eine Weiterführung des Streiks gesprochen: Die Repression hielt an und nahm eher noch zu; in den ausländischen Betrieben drohten Massenentlassungen - VW hatte bereits zum 30. April 100 Arbeitern wegen "unentschuldigten Fehlens" gekündigt; die Arbeiter der wenigen noch rein brasilianischen Klein- und Mittelbetriebe waren zum großen Teil bereits vorher an die Arbeit zurückgekehrt, weil sie ihre Arbeitsplätze durch einen Zusammenbruch der Unternehmen gefährdet sahen, und der Streik war finanziell nicht mehr durchzuhalten: täglich waren Lebensmittel im Werte von rund 60 000 DM verteilt worden, der Streikfonds erschöpft.



Luis Inácio da Silva – genannt „Lula" (Foto: Fischer/Klein)

Am 20. Mai, neun Tage nach Abbruch des Streiks, wurden Lula und 12 weitere Gewerkschafter nach zum Teil einmonatiger Untersuchungshaft aus dem Gefängnis der politischen Polizei DOPS entlassen. Fünf Tage darauf kamen 20 000 Metaller ins Fußballstadion Vila Euclides zu einem ersten Treffen mit den freigelassenen Gewerkschaftsführern und sprachen ihnen - trotz des traurigen Ergebnisses des Arbeitskampfes - ihr Vertrauen aus. Anders als im vergangenen Jahr, schreibt die brasilianische Wochenzeitung „Movimento", fühlen sich die Arbeiter nicht gespalten und geschlagen, sondern machen die Tatsache, daß ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer und der Repression der Regierung fest, nicht an den Kollegen im Gewerkschaftsvorstand. Ein gleich nach Streikende aus seinem Betrieb Entlassener sieht die Meinung der Mehrheit so: „Alle sind voll Wut auf die Unternehmer und auf die Regierung und in dem Bewußtsein in die Betriebe gegangen, daß der Streik eine gerechte Sache war. Wenn sich die Kategorie (Berufsgruppe) geschlagen fühlte, wären nicht 20 000 zur Versammlung am 25. Mai gekommen". Auf dieser Versammlung hatte Lula einen Teil der Arbeiter nur mit Mühe von einem neuen Streik abhalten können: „Wir dürfen unseren Kampf nicht überstürzen. Der Kampf hat nur eine Atempause. Wir werden uns wieder organisieren und wenn es die Regierung am wenigsten erwartet, werden wir alle in Sao Bernardo wieder streiken".

An Organisationsgrad, Erfahrung und Politisierung haben alle gewonnen — das scheint die einhellige Meinung nach dem Streik zu sein, obwohl konkret bisher nicht viel erreicht wurde. Die Arbeiter mußten sich mit einem zugestandenen „Produktionszuwachs" von 7% zusätzlich zum Inflationsausgleich von 41,4% begnügen, wie er am 1. Mai festgesetzt wurde. 5 000 Kollegen sollen laut Lula aufgrund des Streiks entlassen worden sein.

Gegenwärtig ist man in Sao Bernardo noch dabei zu überlegen, wie man das immer noch vom staatlichen Interventor besetzte Gewerkschaftshaus zurückerobern, die Wiedereinsetzung der abgesetzten Gewerkschaftsführer und die Wiedereinstellung oder Entschädigung der entlassenen Kollegen erreichen kann. „Wir werden es nicht zulassen, daß sich der Interventor auf dem Stuhl den Hintern heiß sitzt, der uns gehört. Auch die Bezahlung der Entlassenen wird nur erfolgen, wenn die, die eine Arbeit haben, streiken, um eine Anstellung für die zu sichern, die draußen sind. Dafür müssen wir unsere Berufsgruppe vorbereiten", erklärte Lula auf einer spontanen Versammlung, nachdem Anfang Juni rund 300 Metallarbeiter versucht hatten, in das von der Polizei besetzte Gewerkschaftshaus einzudringen.

Unterdessen sehen Lula und zwölf weitere Gewerkschaftsführer aus Sao Bernardo und Santo Andre einem Militärgerichtsverfahren entgegen. Gegen sie wurde am 1. Juli vom Militärankläger Dácio A. Gomes de Araújo vor dem 2. Militärgericht des 2. Militärgerichtsbezirks in Sao Paulo Anklage wegen Verstoßes gegen das Gesetz zur Nationalen Sicherheit erhoben und Strafantrag nach Art. 36, § 2 gestellt. Dieser sieht bei „Anstiftung/Aufwiegelung zur kollektiven Mißachtung von Gesetzen" Haftstrafen "zwischen zwei und zwölf Jahren" vor. Am 11. Juli machte Militärrichter Waldir Silveira Mello die Klage anhängig; seitdem wurden die meisten Gewerkschaftsführer bereits verhört. Lula ist für den 12. August vorgeladen und damit der vorletzte. Am 18.8. sollen die Verhöre abgeschlossen werden.

Rede des Gewerkschafters Walter Rossi anläßlich des Papstbesuches Anfang Juli

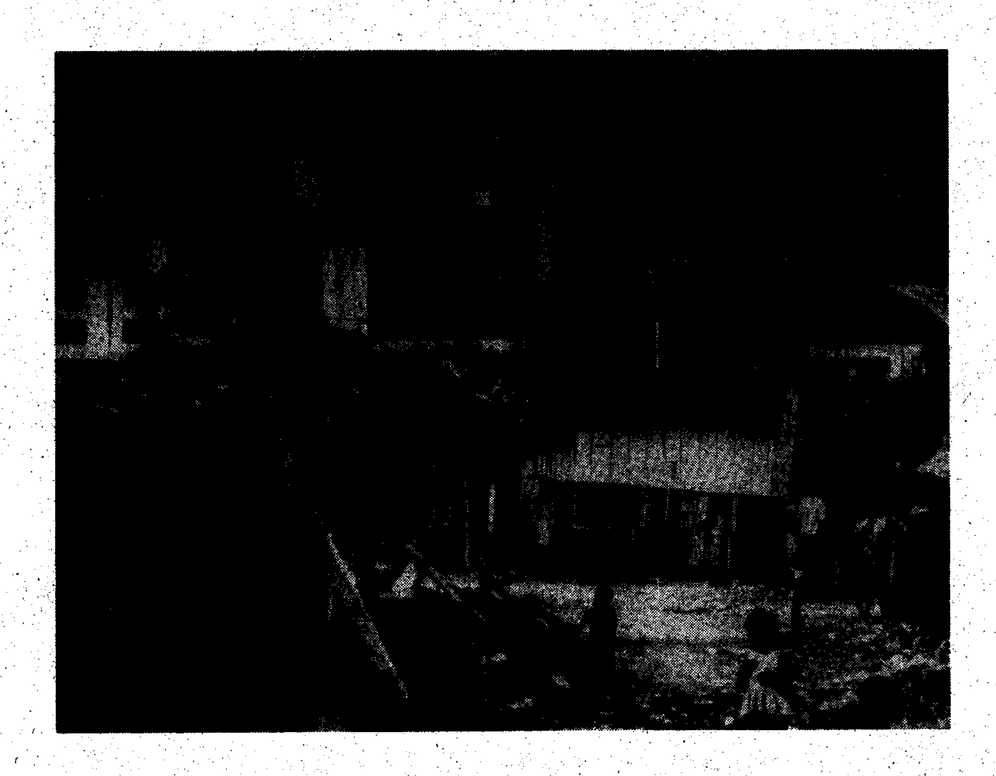
150 000 Arbeiter waren ins Morumbi-Stadion gekommen, um den Papst zu sehen und zu hören — vor allem aber auch, um ihm, der brasilianischen und der Weltöffentlichkeit klar zu machen, wie brasilianische Arbeiter leben, wofür sie kämpfen. Vor dem Stadion gab es Verhaftungen, weil z.B. die Arbeiter aus Sao Bernardo sich weigerten, der Polizei ihre Transparente vorzuzeigen. Es kam zu Tränengaseinsatz, Willkürmaßnahmen und Provokationen seitens der Polizei. Im Stadion waren schließlich doch einige der Transparente der rund 1 000 Metallarbeiter aus Sao Bernardo zu sehen, von denen 400 zu den nach dem großen Streik im April und Mai diesen Jahres Entlassenen zählten.

„Wir fordern die Wiedereinsetzung unserer abgesetzten Gewerkschaftsführung", „Schluß mit der Intervention in den Gewerkschaften", „Schluß mit einer Inflation von 100%, „Schluß mit der Lohnpolitik der Regierung".

Die eineinhalb Stunden Wartezeit auf Joao Paulo II wurde mit Sprechchören verkürzt: „Da unten gibt's Ratten (Sicherheitskräfte, Anm. d.Ü.)", „Eins, zwei, drei, Maluf in den Knast (Gouverneur von Sao Paulo und derzeit vermutlich meistgehaßter Politiker Brasiliens)", „Lula, Lula, Lula" und vor allem „Liberdade!" - Freiheit! Die Stimmung war — So schrieb die Wochenzeitung „Veja" — vorbereitet für ein grandioses gewerkschaftliches Spektakel. Doch die erwartete Begeisterung sollte nicht aufkommen. Der Grund: die perfekte „Regie".

Zum einen wurde aus „Zeitgründen" und aus politischer Rücksichtsnahme der Kirche auf das Militär die Begrüßungsrede des Metallarbeiters Waldemar Rossi gekürzt, besser gesagt, verstümmelt. Rossi, der selbst von den Militärs gefoltert worden ist, konnte gerade noch spontan ein paar Sätze zum Gedenken an zwei ermordete Gewerkschaftler in den letzten Absatz seiner nur noch fünfminutigen Rede einfügen. Zum anderen war da Woytile selbst, der - wie „Veja" anmerkt — Praxis im Leiten von Arbeiterversammlungen hat und grundsätzlich "ex cathedra" spricht - ein Nachfolger des Apostels Petrus, der 50 Minuten lang „vom Thron der Kirche herunter seine Doktrin verkündet".

Zwar endete das Treffen der Arbeiter mit dem Papst mit Hochrufen „Es lebe der Papst!" „Es lebe die Arbeiterklasse!" Zwar erreichten die Transparente und Sprechchöre der Arbeiter Millionen Brasilianer übers Fernsehen - doch beim Vergleichen der Texte - den gelesenen und ungelesenen des Waldemar Rossi und des Papstes - vermittelt sich ein Eindruck, den „Veja" auch vom späteren zehnminütigen Zusammentreffen des Papstes mit Gewerkschaftsführern gewann: „Eine Geste von purer taktischer Schönheit".



Begrüßungsrede des Metallarbeiters Waldemar Rossi, Mietglied der Arbeiterpastoral Sao Paulo im Fußballstadion Murumbi anläßlich des Papstbesuches

Mit übergroßer Freude kommen die brasilianischen Arbeiter zu dieser Versammlung, um Sie mit offenen Armen und mit offenem Herzen zu empfangen. Wir wissen, daß wir mit einem Papst zusammen sind, der selbst Arbeiter war und einen großen Teil seines seelsorgerischen Lebens den Arbeitern in seinem Land, in Krakau gewidmet hat. Deshalb sind wir sicher, daß Sie unsere einfach Sprache verstehen werden und wollen Sie „Companheiro" nennen, um mit Ihnen über die Dinge zu sprechen, die wir erleben und fühlen. Wir möchten, lieber Companheiro, getreu dem Beispiel der ersten Christen, die ihre Güter mit der Gemeinschaft teilten, daß auch Sie mit uns das teilen, was wir produzieren, auch wenn wir wissen, daß wir darüber keinerlei Entscheidungsgewalt haben.

Wir möchten Ihnen mitteilen, daß wir ein Volk sind, von dem mehr als 40 Millionen Migranten sind: Leute, die in ihrer großen Mehrzahl mit allen ursprünglichen Bindungen gebrochen haben, die wie wir von unserem Land vertrieben wurden, sei es durch die Macht des Geldes oder durch Besitztitelbetrug, sei es durch Waffengewalt. Wir versichern Ihnen, daß Tausende von Bauern in diesem Prozeß gestorben sind und weiterhin sterben. Kapitalistische Großunternehmen lassen sich auf dem Land nieder — das Nachsehen hat der Landarbeiter.

Diese, unsere Brüder streifen auf der Suche nach einem Ort, wo sie leben können, umher und werden so zu einem wahren Reserveheer billiger Arbeitskräfte. Es sind Millionen von boias frias (Tagelöhner, Anm.d.Ü.) in diesem Brasilien unterwegs, mehr als fünf Millionen Menschen: Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Alte, die die tristen brasilianischen Favelas (Elendsviertel, Anm.d.Ü.) bewohnen.

Dieses ganze Kontigent verfügbarer Arbeiter hat große Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, was sie zwingt, unter miserabelsten Arbeitsbedingungen und zu elenden Löhnen zu arbeiten. Diese Löhne schlagen sich in den Wohn- und allgemeinen Lebensbedingungen nieder.

Sehen Sie das Beispiel Sao Bernardo do Campo, der Hauptstadt der Automobilindustrie Lateinamerikas: 1964 gab es dort 4 Favelas, heute sind es 54, was bedeutet, daß von vier Einwohnern in Sao Bernardo einer Favelabewohner ist. In den ABC-Städten (Santo André, Sao Bernardo und Sao Caetano, Anm.d.Ü.) arbeiten von den 200 000 Favelabewohnern 50 000 Familienväter vor allem bei Volkswagen, Brastemp, Scania Vabis, Mercedes Benz und anderen Firmen. Es sind unsere Brüder, die in den ärmlichsten Baracken hausen.

Ein Hungerlohn, denn 1965 waren 88 Arbeitsstunden nötig, um die lebensnotwendige Mindestration für eine vierköpfige Familie kaufen zu können. Heute braucht man 153 Arbeitsstunden, um dieselbe Ration zu kaufen. Ein Hungerlohn, der prekäre Wohn-, Hygiene- und Gesundheitsbedingungen schafft, die Krankheiten und einen schnelleren Tod zu Folge haben.

Im Bundesstaat Sao Paulo sterben von 1 000 Kindern im Alter bis zu einem Jahr 67, vor allem als Opfer der Unterernährung. Es sind menschliche Wesen, Kinder Gottes, unsere Kinder. Tausende und Abertausende Kollegen haben einen Arbeitstag von 12, 14 bis zu 16 Stunden, ohne Erholung. Unmenschliche Bedingungen im Arbeitsrythmus zwingen jeden Arbeiter zu immer schnelleren mechanischen Handgriffen und führen unter dem unbarmherzigen Druck der Unternehmer zu — oft irreparablen — körperlichen Verschleißerscheinigungen, bis hin zum Wahnsinn. Die Arbeit unter dem ständigen Risiko schwerer Arbeitsunfälle hat das Leben von Tausenden unserer Kollegen gekostet oder sie verstümmelt. Lieber Papst, wir sind auch Weltmeister in den Arbeitsunfällen. Für die Frau ist die Situation noch schwieriger, weil von ihr noch mehr Produktion gegen noch geringere Löhne gefordert wird. Die Arbeitsbedingungen tun ihr in ihrer Eigenschaft als Frau Gewalt an: Wieviele Fehlgeburten passieren am Arbeitsplatz! Zu alledem kommt die Unterdrückung in den Betrieben hinzu: Zeitkontrolle bis hin zum Weg auf die Toilette, ständig drohende Entlassung unter irgendeinem Vorwand, Verfolgung derjenigen Kollegen, die die Führung übernehmen und deshalb entlassen werden, schwarze Listen mit den Namen der Unerwünschten, besondere Sicherheitsdienste, die Arbeiter festnehmen und mißhandeln wie z.B. bei Fiat in Minas Gerais (Bundesstaat, Anm.d.Ü.). Der Unternehmer zieht auch seinen Vorteil aus dem Rotationssystem. Von 10 Arbeitern verlieren mindestens vier ihre Arbeit ein- oder mehrmals im Jahr, wodurch das Familieneinkommen beschnitten wird. Bei jeder neuen Anstellung wird die Lohnangleichung neutralisiert.

An jeder neuen Arbeitsstelle erlebt er eine neue Herabsetzung seines Lohns. Diese ganze Unterdrückung wird noch durch die brasilianische Gewerkschaftsstruktur verschärft, der das vertikale und faschistische Aufbaumodell Mussolinis zugrundeliegt. Eine Gewerkschaftsstruktur, die die unabhängige Organisation der Arbeiter, vor allem in den Betrieben, verhindert und unterdrückt. Sie ist offiziell ein Organ für die Zusammenarbeit mit der Regierung und steht praktisch im Dienste der Unternehmer; sie wird mit eiserner Hand vom Arbeitsminister kontrolliert, der die Karriere der „pelegos" (Art gelbe Gewerkschaftler, abgeleitet von Satteldecke, die Reibung zwischen Pferd und Reiter mindern soll, Anm.d.Ü.) fördert und den Arbeiter an der Kontrolle über seine Gewerkschaft hindert. In Brasilien wird der Kampf der Arbeiter als Fall für die Polizei oder die Nationale Sicherheit betrachtet. Wenn die Arbeiter für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen, werden sie unterdrückt, verhaftet oder sogar ermordet, wie das der Fall war bei unseren Kollegen, dem Arbeiterführer Santos Dias da Silva und dem Bauernführer Raimundo Ferreira Lima, die bei aktive Mitglieder der Pastoral waren. Die kämpferischsten Gewerkschaftsvorstände werden verhaftet und abgesetzt, wie zum Beispiel bei den Bankangestellten in Porto Alegre und Sao Paulo und bei den Metallarbeitern in Santo André und Sao Bernardo. Aber andererseits werden die Boykottmaßnahmen der Unternehmer bei Milch, Fleisch und Medikamenten z.B. mit fetten Preiserhöhungen belohnt. Die Arbeitsgesetzgebung und -rechtsprechung sind an den Interessen der Unternehmer ausgerichtet, zum Schaden für die Rechte des ausgebeuteten Arbeiters. Wir verstehen es so, lieber Companheiro, daß die Ursache für die verzweifelte Situation, in der die Arbeiterklasse lebt, im wirtschaftlichen und politischen System liegt, das in unserem Land errichtet wurde, um Reichtümer zu produzieren — egal welche und egal zu welchem Preis. Um sein einziges Ziel zu erreichen — den unverschämt hohen Gewinn — zwingt der Kapitalismus uns gewaltsame Arbeitsbedingungen auf, besticht und korrumpiert und bestimmt seine eigenen Gesetze. Es ist der wilde Kapitalismus der Multinationalen.

Angesichts all dessen fordert das Evangelium von uns Hunger und Durst nach Gerechtigkeit, erinnert uns, daß wir das „Salz der Erde" sind und verstärkt in uns die Verpflichtung zur Veränderung der Gesellschaft. Zwischen dem, was sie uns versprechen, und dem, was sie erlauben, gelangen wir Arbeiter zu einem Bewußtsein über unser Dasein als Ausgebeutete, organisieren wir uns in den Betrieben und Wohnvierteln in Gruppen, besetzen unsere Gewerkschaften, all das in Niederlagen und Siegen. In unseren Kämpfen sammeln wir Erfahrung, erneuern wir unsere Kräfte, finden wir unsere Einheit. Indem wir uns in die Geschichte einbringen, werden wir unsere Freiheit erobern. Wir kämpfen heute in Brasilien für weniger ungerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen aber auch, um eine freie und unabhängige Gewerkschaft durchzusetzen; wir wollen Organisations- und Meinungsfreiheit. Wir wollen ein Ende der Repressionsmaßnahmen und -instrumente. Companheiro, wir wollen außerdem ein Recht auf unsere Organisation und auf gewerkschaftliche Vertretung auf Betriebsebene. Wir fordern einen kürzeren Arbeitstag. Wir kämpfen für Arbeitsplatzsicherheit: Wir sind Menschen, Kinder Gottes und nicht Ersatzteile der kapitalistischen Industrie. Wir wollen die Freude spüren können, in Sicherheit zu leben.

Liebster Vater: Die christlichen Arbeiter sind stark engagiert in den Kämpfen der brasilianischen Arbeiterbewegung. Die Kirche in Brasilien und besonders in Sao Paulo leistet aufgrund der Schwerpunkte in ihrer Pastoralarbeit — insbesondere die Arbeiterpastoral — intensive Arbeit an der Seite der Arbeiter, indem sie Wege erschließt, damit sie ihre Lebensrealität in breitem Umfang erkennen können. Wir wollen, daß die Arbeiter, die ein scharfes, kritisches Bewußtsein besitzen, befähigt werden, die Verantwortung zu übernehmen, die der historische Moment erfordert. Wir wollen, daß der Arbeiter die Barriere durchbricht, die das uns regierende politische System errichtet hat, daß er aus der Passivität herauskommt und zum Streiter für gesellschaftliche Veränderungen wird. Wir suchen eine neue Ordnung, in der der Arbeiter am Produkt seiner Arbeit teilhat und mehr noch, sein Schicksal bestimmt.

Als Christen suchen wir immer mehr den Willen des Herrn bei unserer Aufgabe zu entdecken, das Reich Gottes auf Erden zu schaffen, das seine Vollkommenheit im ewigen Leben erreicht. Wir wollen in diesem großen alltäglichen Kampf, in dieser Schlacht, lebendige Zeugen des Evangeliums sein. Wir möchten daran erinnern, daß zwei unserer Kollegen im Kampf der Arbeiter ihr Leben verloren haben, Santos Dias da Silva und Raimundo, genannt Gringo. Wir erwarten sehnsüchtig Ihre Anleitung und Ihren Segen und hoffen auch, daß Ihre pastoralen Bemühungen in die Richtung gehen, daß die Weltkirche sich verbrüdert und sich immer mehr diesem Weg des Volkes Gottes zum Reich des Herrn verpflichtet. Der Geist des Herrn möge Sie immer erleuchten".

(Übersetzt nach Jornal do Brasil vom 4.7.198O von Peter Klein)



Guyana

Hintergründe der Ermordung Walter Rodneys

Am 13.6.80 wurde in Georgetown / Guyana Walter Rodney durch eine Bombe in seinem Auto ermordet. Das repressive Regime von Linden Forbes Burnham hat sich damit seines wichtigsten politischen Gegeners entledigt. Die Bedeutung dieses Mordes weist über die Dimensionen eines karibischen Kleinstaats hinaus, denn mit Walter Rodney starb ein bedeutender antiimperialistischer Wissenschaftler, dessen in Tansania geschriebenes Buch (Afrika, die Geschichte einer Unterentwicklung — auf deutsch als Rotbuch 56 erschienen) ihn nicht nur in Afrika bekannt gemacht hat, und einer der wenigen Politiker der „Neuen Linken" in der Dritten Welt, der eine reale Massenbasis hatte.

Walter Rodney begann seine wissenschaftliche und seine politische Karriere als Universitätsdozent in Jamaica, wo ihm die Verbindung von Theorie und Praxis so gut gelang, — er diskutierte mit den Slumbewohnern von Kingston über afro - amerikanische Geschichte und die Erfordernisse des Befreiungskampfes —, daß ihn die Regierung aus dem Land wies. Die Slumbewohner beantworteten diese Ausweisung mit einem Aufstand und verwüsteten drei Tage lang die Innenstadt von Kingston, bis das Militär die Ruhe im Touristenparadies wiederherstellte (TAZ, 16.6.80). Walter Rodney arbeitete dann einige Jahre in Afrika und in den USA und kehrte 1974 in sein Heimatland Guyana zurück, wo er sofort Berufsverbot erhielt. Zusammen mit politischen Freunden begann er, die Working People's Alliance aufzubauen, eine radikaldemokratische marxistische Arbeiterbewegung.

Die Verhältnisse, die er in Guyana vorfand, sind wahrhaft erschreckend: Das Land, das sich als „Genossenschaftsrepublik" bezeichnet und wo sich sowohl die Regierungspartei (People's National Congress / PNC) als auch die traditionelle Oppositionspartei PPP (People's Progressive Party — eurokommunistisch) auf den Sozialismus berufen, ist in Wirklichkeit nach Rodneys Worten eine „miese kleine Diktatur, wie es sie in jeder der alten Bananenrepubliken gab". (Spiegel, 30.6.80)

Zu den Schwierigkeiten, die Guyana mit anderen Entwicklungsländern gemeinsam hat, etwa eine extrem hohe Arbeitslosigkeit von 40 %, kommen noch einige Übel hinzu, die der britische Kolonialismus dem Land hinterlassen hat: heftige Rassengegensätze; ein von den Kolonialisten an die Macht gebrachtes Minderheitenregime (in diesem Fall mit schwarzer Hautfarbe), das fast sämtliche Posten im Staatsapparaat mit Afro - Guyanern besetzt hat; die indische Bevölkerungsmehrheit, die die afrikanischen Arbeiter und andere Minderheiten unterdrückt und sich mit Wahlschwindel und militärischer Repression an der Macht hält — trotz antiimperialistischer Rhetorik unterstützt vom CIA..

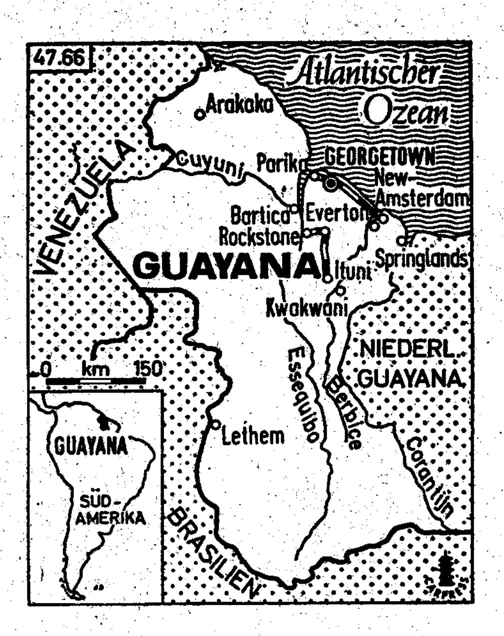
Der staatliche Gewaltapparat ist die größte Geißel des verarmten Volkes. Im Verhältnis zu seiner Größe ist Guyana mittlerweile wahrscheinlich das am stärksten militarisierte Land der Welt. Nach Schätzungen der Opposition gibt es bei nur 830.000 Einwohnern 18.000 - 25.000 reguläre Soldaten und 5.000 - 6.000 Milizionäre. Auf die Verhältnisse der BRD übertragen, würde das zwei Millionen Mann Bundeswehr und Bundesgrenzschutz entsprechen. Ein anderer aufschlußreicher Vergleich: Das Nachbarland Brasilien, immerhin eine Militärdiktatur, kommt für seine 120 Millionen Einwohner mit 240.000 Soldaten aus. Zu den offiziell bewaffneten Guyanern kommt noch die Polizei und eine unüberschaubare Zahl halboffizieller Bewaffneter hinzu: die Jugendorganisation der Regierungspartei „Young Socialists" und Anhänger einer schwarzen Nordamerikanischen Sekte, die sich „House of Israel" nennt, und von einem in den USA steckbrieflich gesuchten Erpresser angeführt wird. Ihre Schlägerbande treibt in Guyana im Regierungsauftrag Versammlungen auseinander und küppelt die häufig streikenden militanten Arbeiter des Aluminiumsektors nieder; dafür darf ihre verschrobene Heilsbotschaft über Staatsrundfunk verbreitet werden.

Der internationale Skandal nach dem Massenselbstmord der Volkstempelsekte von Jim Jones hat diesen Aktivitäten keinen Abbruch getan. Der militärische Kraftaufwand und der Luxus einer kleinen Oberschicht in Georgetown sind umso absurder, als das Land keine äußeren Feinde hat (1) und das Volk immer ärmer wird.

1) Venezuela und Surinam beanspruchen zwar rhetorisch drei Viertel von Guyanas Territorium, betonen aber ihr Interesse an guter Zusammenarbeit

Statistiken über das Bruttosozialprodukt sind zwar eine fragwürdige Sache, aber im Fall von Guyana sind sie so alarmierend, daß es sich lohnt, sie zu zitieren: 1960 nahm Guyana im lateinamerikanischen Vergleich mit 334 $ pro Kopf unter 26 Ländern den 13. Platz ein, 1975 war es auf dem 19. Platz (mit 637 $) und dürfte heute (535 $) ganz unten liegen. Die Guyaner sind heute pro Kopf mit 2.000 G$ im Ausland verschuldet (1 G$ = 0,75 DM) und halten damit einen weiteren negativen Rekord. Während die Bevölkerung wächst, fällt oder stagniert die Produktion in den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Die Guyanischen Hausfrauen haben es fast aufgegeben, das traditionelle Gericht „doll" zuzubereiten, das aus Erbsen mit Knoblauch und Curry besteht, da meistens mindestens eine dieser Zutaten nicht zu haben ist. Des Wartens in langen Schlangen vor den Läden und der hohen Schwarzmarktpreise müde, greifen die Menschen manchmal zur Selbsthilfe und plündern ein wenig die Geschäfte. Es gibt auch den Beruf des „Schlangestehers", der sich für ein paar Pfennige tagelang anstellt (LM, 4.12.79). Gesundheitswesen und Sozialversorgung sind zuzsammengebrochen und die Kriminalität steigt.

In dieser Situation konnte es nicht ausbleiben, daß auch der IWF (Internationaler Währungsfond) mit einem seiner berühmten „Pakete" die Bühne betrat: Die Sozialausgaben wurden auf 29 % des Budgets gekürzt (1964: 45 %), Subventionen für Grundnahrungsmittel und Massenverkehrsmittel gestrichen, Steuern auf Produkte des Massenkonsums erhöht und trotz der extrem hohen Arbeitslosigkeit Massenentlassungen durchgeführt (der Staat beschäftigt die Hälfte der Erwerbstätigen).



Wie kann es zu einer solchen Situation in einem Land kommen, das seit 27 Jahren angeblich sozialistische Regierungen hat und das, wenn man Verstaatlichungen als Maßstab nimmt, tatsächlich sozialistischer ist als die meisten Ostblock-

länder (80% der Wirtschaft sind staatlich, 9% genossenschaftlich organisiert)? Warum sind politische Morde an der Tagesordnung in einem Land, das noch vor einiger Zeit glaubhaft behaupten konnte, nicht einmal einen politischen Gefangenen zu haben?

Geschichte

Der soziale Sprengstoff in Guyana hat sich über 150 Jahre akkumuliert. Der Küstenstreifen im Niemandsland zwischen dem spanischen und dem portugiesischen Kolonialreich wurde schon früh abwechselnd von Niederländern, Engländern und Franzosen besetzt, aber erst im 19. Jahrhundert wirklich kolonisiert. Das fruchtbare Schwemmland an der Küste wurde nach holländischem Vorbild eingedeicht und zur Plantagenwirtschaft benutzt. Die Engländer führten 1831 in größerem Maßstab afrikanische Sklaven für die Zuckerplantagen ein. Sie wurden bereits 1833 freigelassen, als die Sklaverei im britischen Weltreich abgeschafft wurde. Viele wanderten in die Urwaldgebiete ab und gründeten selbständige Dörfer nach afrikanischem Vorbild. Ein Teil der Afrikaner bildete die Keimzelle des städtischen Proletariats.

Für die Plantagenwirtschaft wurden daraufhin in Indien und in geringerem Umfang in Portugal und China sogenannte „Kontraktarbeiter" angeworben, die sich verpflichten mußten, für einige Jahre auf den Plantagen zu arbeiten. Dann sollten sie theoretisch nach Hause fahren können. Ein Drittel von ihnen starb bereits bei der Überfahrt, ein raffiniertes System sorgte dafür, daß die große Mehrheit der Überlebenden sich so bei ihrem „Arbeitgeber" verschuldete (meistens die ‚Booker Company', heute eine Tochtergesellschaft des Reynolds - Konzerns), daß es ihnen niemals gelang, in ihr Vaterland zurückzukehren. Die große Masse der Inder blieb als ländliches Proletariat in Guyana, ihre Lebensbedingungen waren und sind in der Regel erheblich schlechter als die der Schwarzen, von denen sie verächtlich als Collies (Kulis) bezeichnet werden. Ähnlich wie in anderen britischen Kolonien, z.B. in Afrika, etablierte sich darüber hinaus auch eine indische Händler- und Grundbesitzerschicht, während es den vorwiegend in den Städten lebenden Schwarzen bereits in der Kolonialzeit gelang, sich im Verwaltungsapparat und in Armee und Polizei zu etablieren. So entstand eine scharfe Rassen-und Klassenspaltung, die sich seit der Unabhängigkeit 1966 noch verstärkt hat.

Als 1953 in der Kolonie die ersten freien Wahlen abgehalten wurden, gewann die marxistische „People's Progressive Party" 75 % der Parlamentssitze. Die erste marxistische Regierung auf dem südamerikanischen Kontinent dauerte aber nur 133 Tage. Dann landeten die ‚Royal Welsh Fuseliers' an der Mündung des Demerara, die Verfassung, die die britische Kolonialverwaltung gerade erst eingesetzt hatte, wurde aufgehoben und die Regierungsmitglieder wanderten ins Gefängnis — der indische Premierminister Cheddy Jagan wie auch Burnham, der damals Erziehungsminister war. Zwei Jahre später verließ Burnham die PPP und gründete eine separate Partei, in der sich die schwarze Bevölkerung Guyanas sammelte, den PNC, was zur Folge hatte, daß sich der indische Bevölkerungsanteil verstärkt um Cheddy Jagan sammelte und vereinzelte Angehörige der jeweils anderen Rasse in beiden Parteien nur noch Aushängeschilder waren. 1957 und 1961 gewann die PPP erneut die Wahlen und durfte sogar regieren, grössere Schwierigkeiten bekam sie erst wieder als es darum ging, unter welcher Regierung Guyana in die Unabhängigkeit entlassen werden sollte. Auf dem Höhepunkt der Kubakrise flog Burnham in die USA, um sich dort als Antikommunist zu profilieren, er wurde von da an von den USA protegiert und 1964 wurde die PPP zum zweiten Mal gestürzt. Die Sunday Times schrieb damals: „Es war ein relativ billiger Staatsstreich, der CIA zahle eine Viertelmillion Pfund und British-Guyana bekam dafür 170 Tote, mehrere hundert Verwundete, etwa 10 Mill. Pfund wirtschaftlicher Schaden und eine Erbschaft rassischer Bitternis". (zitiert nach Süddeutscher Zeitung vom 2.5.72). Burnham gewann die Wahlen 1964 und alle seitherigen. Die Säuberung des Staatsapparates von den letzten Indern gestattete es Burnhams PNC, das Auszählen der Stimmen selbst vorzunehmen und entsprechende Ergebnisse zu erzielen. 1978 durften die Guyaner schließlich per Volksabstimmung darüber entscheiden, daß in Zukunft keine Volksabstimmung mehr für Verfassungsänderungen nötig ist. Die 1978 fällige Parlamentswahl wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, die Verfassung wurde so verändert, daß Burnham praktisch Präsident auf Lebenszeit ist. Offiziell gab es 70% Wahlbeteiligung und über 97% Ja-Stimmen. „Unparteiische Beobachter dagegen schätzten, daß die Wahlbeteiligung in Wirklichkeit nur bei etwa 15% lag". (der Spiegel, 30.6.80). Hier zeigt sich, daß auch das schwarze Proletariat, das sich verschärfter Arbeitslosigkeit und Repression gegenübersieht und gleichzeitig beobachtet, wie trotz Wirtschaftskrise der Luxus der schwarzen Oberschicht immer unverschämter wird, nicht mehr ohne weiteres bereit ist, Burnham zu unterstützen, nur weil er schwarz ist. Zwar hat Burnham in der Vergangenheit nicht nur mit Gewalt und Korruption regiert, sondern auch Reformen durchgeführt, aber er hat keine wirtschaftliche Selbstständigkeit erreicht, die finanzielle Abhängigkeit von den USA nicht abgebaut, den Großgrundbesitz weitgehend unangetastet gelassen, den Staatsapparat aufgebläht und gleichzeitig die Sozialleistungen zusammengestrichen. Schematisch angewandte Importrestriktionen, die die Selbstständigkeit Guyanas fördern sollten, führten dazu, daß einerseits die Güter des Massenkonsums knapp wurden, andererseits die einheimische Industrie aus Mangel an Kapitalgütern nicht mehr produzieren konnte und das Konsumniveau der Massen ständig sank, während dank der Korruption Luxusgüter weiterhin auf dem Markt waren. In den letzten beiden Jahren ist Burnham unter dem Druck des IWF umgeschwenkt und hat das Land dem ausländischen Kapital wieder geöffnet. In dieser Situation ist der Erfolg der „Working Peoples Alliance" nicht erstaunlich, die zum ersten Mal seit 25 Jahren die guyanischen Massen nicht nach rassischen Kriterien, sondern mit sozialen Forderungen organisiert hat.

Die Working Peoples Alliance (WPA) entstand 1974 aus einem Zusammenschluß von afrikanischen und indischen Kulturgruppen einerseits und linken Gruppen aus der Universität andererseits.

Die Struktur der WPA ist demokratisch und baut weitgehend auf die Eigeninitiative der Basis. Um diese demokratische und offene Struktur zu erhalten, will sich die WPA auch in keine gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Regierung einlassen. Die WPA strebt nicht nach Alleinherrschaft, sondern nach einer Regierung, die von allen linken Kräften im lande getragen wird. Vor allem will sie jedweder Politik ein Ende setzen die die Völker und Rassen Guyanas gegeneinander ausspielen. (TAZ, 2.1.80).



Walter Rodney

Nach seiner Verhaftung hat Walter Rodney erklärt: „Solange wir können, werden wir legal arbeiten, um möglichst viele Menschen zu erreichen". (TAZ, 2.1.80). Der WPA wird längerfristig nichts anderes übrig bleiben, als sich in eine Untergrundorganisation zu verwandeln. Aber in der Zwischenzeit braucht sie unsere Proteste gegen die Mißachtung der Menschenrechte in Guyana, braucht Geld für ausländische Anwälte, braucht einen Composer (elektrische Schreibmaschine mit automatischem Randausgleich) zur Herstellung von Flugblättern, Geld bitte an:
Harald Selin
Co-op-Str. 10
2000 Hamburg 13
Hamburger Sparkasse
BLZ 20050500, KNr. 1322-452762,
Kennwort Walter Rodney

Peru

Wahlen in Peru: Die Letzten werden die Letzten sein

Das peruanische Volk hat nach der Verfassung von 1979 seit dem Mai 1980 auch eine Demokratie — eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie nach bestem westlichen Vorbild. Zusammen mit entsprechend interessierten Kreisen in Peru ist es den maßgeblichen Regierungen des Westens, der USA und der BRD, gelungen, die ihnen politisch und wirtschaftlich gelegenste Herrschaft den Peruanern zu vermitteln. Nicht zuletzt Dank der gemeinsamen Strategie dieser beiden reichsten westlichen Industrienationen — getrennt marschieren, gemeinsam inszenieren — war diesem neuerlichen Versuch einer Demokratie in einem lateinamerikanischen Staat auf den ersten Schritten der Erfolg beschieden: die neue bürgerliche Regierung der Acción Popular kann sich auf eine solide Mehrheit in den gesetzgebenden Organen stützen.

US-Außenministerium und SPD setzten auf jeweils eine der beiden mit einer gewissen Massenbasis versehenen Parteien, die überhaupt Aussichten auf einen Wahlsieg hatten. Beide Parteien garantierten, abgesehen von letzlich unbedeutenden ideologischen Unterschieden, in ihrer Verfilzung mit dem etablierten Staatsapparat und der Wirtschaft sowie toleriert von den zurückgetretenen Militärs eine Politik, an der die demokratischen Regierungen des Westens wesentlich nichts auszusetzen hatten: Reprivatisierung verstaatlichter Wirtschaftssektoren und eine Entwicklungspolitik, die auf ausländische Kapitalinvestitionen und fremden Staatskrediten für Großprojekte in wohlverstandenem Eigeninteresse der Geber baut.

Das Ergebnis dieser demokratischen Wahlen wird mit einiger Sicherheit der Mehrheit des peruanischen Volkes kaum eine Verbesserung seiner Lebensbedingungen bringen, noch wird es der neuen Regierung gelingen, die daraus entspringenden Konflikte auf Dauer in den friedlichen Kanälen demokratisch legitimierter Verfahrensweisen zu lösen. Das Ende des „demokratischen Experimentes" scheint absehbar — eine Frage nur von wenigen Halbjahren. (Red.)

Seit geraumer Zeit werden die Diktaturen Lateinamerikas von der parlamentarischen Demokratie ereilt: In Ecuador und Bolivien gab es schon 1978 Präsidentschaftswahlen, in Brasilien wird dies etwas vorsichtiger und schrittweise gehandhabt und über kurz oder lang werden nach Aussage des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, van Well, auch kleinere Staaten wie Uruguay und Paraguay „immer stärker in diesen Liberalisierungssog"[1] geraten.

Die ‚Tendenzwende' bahnte sich nach dem Amtsantritt Jimmy Carters 1976 in den Vereinigten Staaten an.

Im Rahmen einer neuen globalen US-Strategie wurden 1976 die Leitlinien der US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika formuliert:
Die USA sollen von ihren ‚besonderen Beziehungen' zu Lateinamerika abweichen und die Beziehungen mit diesen Staaten als Teil ihrer Beziehungen zu der 3. Welt insgesamt sehen; die USA sollten auf offene Formen politisch-militärischer Einflußnahme verzichten und stattdessen auf wirtschaftliche Interessenverflechtung als anonyme, unsichtbare und langfristig stabilere Form der Herrschaftssicherung setzen[2].

Nun gingen, unterstützt von der US-Regierung, am 18. Mai dieses Jahres auch die Peruaner zu den Wahlurnen.

State-Department gegen SPD

Ebenso deutlich wie unerwartet ist bei den Präsidentschaftswahlen am 18.5.80 Fernando Belaúnde Terry, der 1963-68 schon einmal Präsident Perus war, als Sieger hervorgegangen. Wo sämtliche Beobachter ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen seiner Partei, der Acción Popular, und der APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) erwarteten, erhielt die AP über 43% der Stimmen, während sich die APRA mit gut 26% begnügen mußte, dem niedrigsten Ergebnis ihrer Geschichte.

Dem Präsidenten wird ein Parlament zur Seite stehen, in dem seine Partei über die absolute Mehrheit der Abgeordneten verfügt, während ihm im Senat nur 5 Sitze zu dieser Mehrheit fehlen.

Dieses Resultat veranlaßte die peruanische Tageszeitung „Correo", von einem „Sieg des US-State-Department über die westdeutsche SPD" zu sprechen[3].

Das drittbeste Ergebnis mit rund 11% der Stimmen erzielte die PPC (Partido Popular Cristiano), die im Parteienspektrum weit rechts steht, gefolgt von den zahlreichen linken Parteien und Wahlbündnissen, die zusammen etwa 17% erreicht haben.

Ein Erdrutsch für die Linke im Vergleich zu den Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung im Juni 1978, als diese etwa 30% erhalten hatte. Die APRA errang damals über 35%, die PRC knapp 24%[4]; die Acción Popular nahm an diesen Wahlen zu einer ‚Constituyente' nicht teil.

Wie ist nun das überraschende Ergebnis der jetzigen Wahlen zu erklären?

Die Wahl - Alternativen

Die ideologisch etwas diffuse **APRA**, *die „in Europa gelegentlich mit einer sozialdemokratischen Partei verwechselt wird" (5), besitzt eine lange Tradition: Sie wurde 1924 von Haya de la Torre im mexikanischen Exil gegründet und verfolgte von ihren Grundsätzen her zunächst anti - imperialistische Ziele.*

Verbalradikal hielt sie an diesen Grundsätzen fest, während sich ihre Politik im Verlauf der Jahrzehnte gravierend veränderte. So konnte sie zwar einen Teil ihrer ursprünglichen sozialen Basis, die sie in der traditionellen Gewerkschaftsbewegung hatte, bis heute an sich binden, stützt sich allerdings gleichzeitig mehr und mehr auf kleinbürgerliche Schichten, die z.T. offen faschistoide Tendenzen erkennen lassen, wie in jenen „Buffalos" genannten Schlägertruppen.

Unter der ersten Regierung Belaúnde beispielsweise blockierte die APRA zusammen mit der extrem konservativen Unión Nacional Odriista die bescheidenen Reformansätze der Acción Popular fast gänzlich und machte sich zum parlamentarischen Fürsprecher der traditionellen Oligarchie. In den letzten Jahren unterstützte die APRA als einzige Partei offen die Militärregierung. Dies zeigte sich besonders deutlich im 108 Tage währenden Streik der peruanischen Lehrerschaft im Sommer 1979, als APRA-Studenten als Streikbrecher den Unterricht übernahmen, sie es als einzige namhafte Partei unterließ, die Militärs zu einer befriedigenden Lösung des Arbeitskonflikts aufzufordern und wiederholt Schlägertrupps der APRA durchaus im Regierungsinteresse gegen die streikenden Lehrer zu Felde zogen. Im Gegenzug versuchten die Militärs, nur die von der APRA gegründeten und kontrollierten Gewerkschaften als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Innerhalb der Militärregierung nahmen APRA-Anhänger führende Ämter ein (zum Beispiel Silva Ruete als Wirtschaftsminister oder Moreyra als Zentralbankpräsident) und auch Posten der mittleren Verwaltungsebene wurden vorzugsweise an Parteigänger vergeben. Die APRA empfahl sich als Garant für eine Weiterführung der Politik der Militärs auf allen Ebenen.

Die **PPC** *(Partido Popular Cristiano), der Partner der APRA in der Constituyente, war 1967 von Luis Bedoya Reyes als rechte Abspal-*

tung der damals noch existenten Democracia Cristiana gegründet worden. Sie gilt als Verfechterin der freien Marktwirtschaft und Bedoya, der im Wahlkampf für die 78er Wahlen vor allem durch seine Bemerkung auffiel, „wenn Pinochet Austerität und Ordnung bedeutet, dann bin ich für Pinochet" (6), war auch schon auf Einladung und Kosten der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Besuch in der BRD. Der Anhang der PPC rekrutiert sich vor allem aus der Mittel- und Oberschicht.

Die peruanischen Linke *ist traditionell in zahlreiche Parteien und Gruppierungen zersplittert, was in den verschiedenen ideologischen Ausrichtungen, der Führerorientierung und der Vertretung lokalistischer Interessen begründet liegt. Für die Verankerung in der Volksbewegung ist die ideologische Richtung weniger relevant als die jeweiligen Führerpersönnlichkeiten und ihre Fähigkeit, Basisinteressen aufzugreifen.*

Die Einigungsbewegung zu den Constituyente-Wahlen, nicht zuletzt verursacht durch ein Wiedererstarken der Massenbewegung in den Jahren 1977/78, führten zu zwei großen Wahlbündnissen: der vornehmlich trotzkistisch orientierte FOCEP und der UDP, einem bunten Sammelbecken radikal-linker Gruppen. Die traditionelle kommunistische Partei PCP und die bedeutsamste velaskistische Gruppierung PSR traten einzeln an, während die Maoisten zum Wahlboykott aufriefen. Die FOCEP erhielt 1978 über 12%, die UDP 4f,5% und die PCP und die PSR jeweils etwa 6%. (7)

Während der Zeit der Verfassungsgebenden Versammlung zerfiel die FOCEP und auch die UDP zeigte Auflösungstendenzen. Die PSR spaltete sich in mehrere Richtungen. Anfang 1980 vereinigten sich verschiedene Parteien erneut in zwei grossen Wahlbündnissen; FOCEP, PSR und PCP zur Unidad de Izquierda (UI) sowie in der Alianza Revolucionaria de Izquierda (ARI) einige Parteien der „revolutionären Linken". Kaum anderthalb Monate später zerfielen diese Bündnisse wieder, so daß schließlich fünf linke Parteien und Gruppierungen sowie mehrere sozialistisch angehauchte im Mai dieses Jahres um die Gunst der Wähler stritten. Das Gerangel, die lautstarken Auseinandersetzungen um die Vereinigung der Linken und schließlich das Scheitern dieses Ansinnens sind wohl hauptsächlich Ursache für das schlechte Abschneiden gewesen.

Wahlbetrug?

Das geänderte Wählerverhalten scheint nicht aus dem Ablauf der Wahlen selbst erklärbar zu sein — das jetzige Ergebnis muß als *relativ* fair zustandekommen und repräsentativ gewertet werden, zumindest wenn man dies mit Wahlen von 1978 in Peru vergleicht. Natürlich haben (und hatten '78) die großen konservativen Parteien allein schon aufgrund ihrer finanziellen Mittel ganz andere Möglichkeiten, ihren Wahlkampf zu führen, doch gab es bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung darüberhinaus noch deutliche Behinderungen der linken Parteien. Zum Beispiel wurden diese damals in ihrem Recht, Fernsehspots auszustrahlen, beschnitten, kritische Zeitschriften wurden zwei Wochen vor den Wahlen verboten und 17 oppositionelle Politiker und Journalisten zwangsexiliert.

Auch erhielten im Juni 1978 — im Gegensatz zu den Wahlen des Jahres '80 — die ca. 800 000 Analphabeten kein Stimmrecht.

Sicherlich, auch bei den jetzigen Wahlen gab es zahlreiche Unregelmäßigkeiten. So werden in Lima wohl immer noch 129 Wahlurnen vermißt und mehrere Parteien der Linken haben die Stimmenauszählung in einigen Wahlbezirken angefochten, doch insgesamt dürfte all dies das Wahlergebnis nicht sehr stark verändert haben.

Aufgrund der Wahlpflicht war die Wahlbeteiligung diesmal sehr hoch, doch waren 37,5% der abgegebenen Stimmen ungültig (1978 „nur" 29,3%). Zum einen lag dies sicherlich an technischen Unzulänglichkeiten, zum anderen mag es aber auch ein Indikator für die Unschlüssigkeit / Unwilligkeit der Bevölkerung angesichts der angebotenen Alternativen gewesen sein.

Jeder gegen Jeden

Im Wahlkampf zu den jetzigen Wahlen traten alle Parteien ohne Koalitionsvereinbarungen gegeneinander an und waren mit Ausnahme der AP zusätzlich in interne Flügelkämpfe verstrickt.

Als 1979 der Vorsitzende der APRA, Haya de la Torre, verstarb, traten in der Auseinandersetzung um seine Nachfolge die Richtungskämpfe innerhalb der Partei offen zutage. Unterstützt durch die Jugendorganisation und die APRA-Gewerkschaften wurde Armando Villanueva del Campo vom linken Flügel als Präsidentschaftskandidat nominiert. Mit den Slogans „Die APRA ist der Weg" und „Armando hat Kraft" zog die APRA in den Wahlkampf. Vielen Wählern hatte Armando aber offensichtlich zuviel Kraft, denn der hohe Stimmenanteil der AP dürfte auch auf die Art und Weise des Auftretens der APRA zurückzuführen sein. Die Schlägerbanden der Partei, in Peru „bufalos" genannt, gingen zahlreiche Male hart zur Sache und störten Wahlkampfveranstaltungen anderer Parteien, vor allem der Linken aber auch der Acción Popular, wobei zahlreiche Tote und Verletzte zu beklagen waren. Aber auch Konrad Fischer, der APRA-Wahlkampfberater der Friedrich-Ebert-Stiftung, war wenig begeistert. Vor seiner Abreise soll er die folgenden Worte gesprochen haben: „Ich empfahl Armando Villanueva, er solle die APRA von den extremen Rechten säubern, wie Andrés Townsend, Luis Alberto Sánchez, Ramiro Piralé und Julio Cruzado Zavala. Dies war nötig, um der APRA ein neues Image zu geben. Leider hat er das nicht getan und die Rechtesten, die verantwortlich sind für die Niederlage, sind jetzt Senatoren."[8].

Die PPC sagte im Wahlkampf relativ klar, was sie will: Fortführung der monetaristischen Wirtschaftspolitik, Reprivatisierung verstaatlichter Unternehmen und im übrigen das freie Spiel der Kräfte. Sie lehnte es auch ab, Versprechungen über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu machen (AP und APRA überboten sich gegenseitig bei der Zahl, der von ihnen zu schaffenden neuen Arbeitsplätzen. Der Präsidentschaftskandidat Bedoya empfahl seine Partei mit einem überraschenden Argument: „Die PPC wird geleitet von Menschen, die keine Wünsche mehr ans Leben haben, die das höchste soziale Niveau bereits erreicht haben. Was heißt das? Wir wollen die Macht nicht, um der Macht willen, nicht, um sie auszunutzen. Wir bieten uns vielmehr an zum Dienst an unserem Land."[9].

Noch im Februar diesen Jahres gab es Austritte von PPC-Funktionären der mittleren Führungsebene, die den derzeitigen Zustand der Partei und deren weiter zunehmende Rechtstendenz kritisiert hatten.

Die PPC legte insgesamt ein viel zu konservatives Programm vor, um von breiten Massen wählbar zu sein; insofern ist es nicht überraschend, daß sie von 25% 1978 auf 11% 1980 absackte. Das jetzige Ergebis dürfte ohnehin wesentlich repräsentativer für diese Partei sein, denn vor zwei Jahren hat sie sicherlich ihre stattliche Prozentzahl aufgrund des Fehlens der Acción Popular erreicht.

Die Acción Popular schließlich verkaufte sich ein weiteres Mal als polyklassistische Partei. Belaúnde erschien ruhiger, überlegener als Villanueva von der APRA und im Gegensatz zu diesem auch eindeutig antimilitaristisch — die Wahl Belaúndes war sicherlich auch eine Wahl gegen die Militärs. Darüberhinaus glänzte der Präsidentschaftskandidat der AP mit zahlreichen Versprechungen, ohne aber zu sagen, wie er dies alles in die Tat umsetzen wolle. Die peruanische Zeitschrift MARKA schrieb hierzu: „Die Wahlkampagne Belaúndes erscheint wie eine dieser ausländischen Schallplatten, die schön klingen, aber nichts sagen."[10].

Für die Wahlniederlage der Linken waren neben der Zersplitterung auch inhaltliche Fragen bedeutsam.

Kaum eine der linken Parteien legte ein umfassendes Wahlprogramm vor, sondern sie stützten ihren Wahlkampf auf Einzelprobleme in relativ allgemeiner Form. Dadurch haben sie es unterlassen, für große Teile der Bevölkerung zentrale Probleme im Zusammenhang aufzugreifen (Beschäftigungsverhältnisse, Gesundheitsversorgung) und Antworten zu versuchen. Selbst Fragen wie die der selbstverwalteten Organisationen der städtischen und ländlichen Bevölkerung und deren ökonomische Grundlagen und personellen Schwierigkeiten waren ihnen in der Vorwahlkampfzeit kein Thema.

Das Wahlergebnis im Überblick

Parteien in %		1978	1980
AP	(Acción Popular)	—	43,6
APRA		35.39	26.5
PPC	(Partido Popular Cristiano)	23.78	11.2
UNIR	(Unión de Izquierda Revolucionaria)		3,7
PRT	(Partido Revolucionario de los Trabajadores)	9.37	3.5
U.I.	(PCP-PSR) (Unión de Izquierda)	12.53	2.8
FNTC	(Frente Nacional de Trabajadores y Campesinos)	3.85	2.5
UDP	(Unidad Demócrata Popular)	4.57	2.4
FOCP	(Frente Obrero Campesino, Estudiantil Peruano)	2.97	1.8
Auf 9 bzw. 6 weitere Parteien entfielen		7.54	2.0
Gültige Stimmen		70.22	62.5
Ungültige Stimmen		29.28	37.5

Das kleinere Übel

Die Acción Popular dürfte insgesamt von allen Parteien Stimmen gewonnen haben. Belaúnde gilt gemeinhin als Garant von Sicherheit und gemäßigtem Wandel. Viele Wähler haben sich sicherlich auch aus Angst vor einer „apristischen Diktatur" mit ihren Schlägerbanden für Belaúnde entschieden, so daß auch viele potentielle Linkswähler angesichts der Zersplitterung und Konzeptionslosigkeit der Linken für das „kleinere Übel" votiert hatten.

	Abgeordnete	**Senatoren**
Acción Popular	97	26
APRA	49	17
PPC	12	6
(Linke*)		
UNIR*	7	3
UI*	3	2
PRT*	3	2
UDP*	4	2
FNTC*	4	1
UNO	1	
	180	60

Was ist nun von einer Regierung zu erwarten, die zwar mit großer Mehrheit, jedoch von völlig verschiedenen Interessengruppen gewählt wurde?

Bevor wir auf den Prozeß der Regierungsbildung und die Programme der daran beteiligten Parteien eingehen, soll ein Überblick über die politische und ökonomische Ausgangslage gegeben werden, die im wesentlichen durch 12 Jahre Militärregierung und, seit 1977, durch das Diktat des IWF (Internationaler Währungsfonds) bestimmt ist.

Generäle, Staatskapitalismus und Krise

1968 übernahm in Peru in einem blutigen Putsch das Militär unter General Juan Velasco Alvarado die Macht. Es folgte eine Zeit nationalistischer Strukturreformen, die hierzulande als Versuch eines „Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus bekannt wurden[11]. Kernstücke dieser „peruanischen Revolution" waren zum einen breit angelegte Verstaatlichungen und Nationalisierung im Rohstoffsektor, die den Einfluß des Auslandskapitals vermindern und dem Staat eine Steuerung der Ökonomie ermöglichen sollten, zum anderen eine Agrarreform, bei der die unproduktiven Hacienden im Andenhochland und die riesigen exportorientierten Plantagen an der Nordküste in Kooperativen umgewandelt wurden. Im Industriesektor sollte ein Modell der paritätischen Mitbestimmung und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eingeführt werden.

Etwa ab 1973 zeigte sich das sowohl politische als auch ökonomische Scheitern dieses Modells. Durch die von den Streitkräften initiierten Reformen wurde keine Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen erreicht, es profitierte nur ein Fünftel der Arbeiter und Bauern davon, und zwar vorzugsweise die ohnehin gut bezahlten an der Küste. Daher begannen vor allem die Indios bald, die neuen Staatsmanager in den Kooperativen mit ihrem alten Patron zu vergleichen. Für die Bewohner der Elendsviertel (genannt pueblos Jovenes = junge Dörfer), die in Peru etwa 50% der städtischen Bevölkerung bilden, kontrastierte die eklatante Vernachlässigung der städtischen Infrastruktur mit den Privilegien der zur Staatsklasse aufgestiegenen „Reformgeneräle" (z.B. eigenen Krankenhäusern, überhöhten Gehältern etc.)

Das inländische Privatkapital, im unklaren gelassen über seine zukünftige Bedeutung zog Rationalisierungsinvestitionen den möglichen Erweiterungsinvestitionen vor, was der Beschäftigungssituation nicht gerade zugute kam.

Die Agrarproduktion stagnierte, da die Kooperativen nicht mit Krediten für produktionssteigernde Maßnahmen, sondern mit der Pflicht zu Entschädigungszahlungen an die alten Landbesitzer beglückt wurden; das Problem des minifundismo (Kleinstbesitz) wurde ebenfalls nicht gelöst.

*Die **AP** (Acción Popular) wurde 1956 von Fernando Belaúnde Terry gegründet. Sie ist im weitesten Sinne eine populistische Partei und verfügt ganz im Gegensatz zur APRA über keine organisatorische Verankerung im Volke. Während Belaúndes erster Regierungsperiode 1963 - 68 versuchte die AP eine gemäßigte Agrarreform durchzuführen, scheiterte im Parlament an den Gegenstimmen der APRA und entschloß sich, vor die Wahl gestellt, entweder die Bauernschaft zu organisieren, um so Druck ausüben zu können, oder die Repression gegen die aufbegehrende Landbevölkerung zu verstärken, für letzteres 1968, als ein weitere Skandal folgte, und die Belaúnde - Regierung für Peru äusserst ungünstige Konditionen mit der IPC (International Petroleum Company, Tochter der Standard - Oil / Rockefeller) aushandelte, die die Ausbeutung der peruanischen Ölvorkommen übernommen hatte, putschten die Militärs, um längst überfällige Reformen anzugehen.*

Unter der Militärregierung war Belaúnde bis 1978 in den USA im Exil, wo er eine Beschäftigung als Dozent an der Harvard University gefunden hatte. An den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung nahm die Acción Popular nicht teil, denn sie zweifelte an der Unabhängigkeit der Constituyente gegenüber den Militärs und forderte stattdessen sofortige Parlamentswahlen.

Auch die Auslandsabhängigkeit Perus wurde nicht vermindert, sondern nur verlagert: die gleichen kapitalintensiven Großprojekte zur Rohstofförderung, die vor 1968 von US - amerikanischen Firmen getätigt wurden, wurden unter Velasco mittels öffentlicher Auslandsverschuldung finanziert. Steigende Importabhängigkeit und anwachsender Schuldendienst als Indikatoren der Unvollständigkeit der Reformen führten 1975 zu einer der schwersten Zahlungsbilanzkrisen der peruanischen Geschichte, die durch die Anfälligkeit der Wirtschaft für Rohstoffpreisschwankungen zusätzlich verschärft wurde.

Der IWF und die „paquetes de hambre" (= Hungerpakete)

Der Zusammenbruch wurde auf politischer Ebene vom Beginn der sogenannten „zweiten Phase" der Militärregierung begleitet, sprich der Ablösung Velascos durch General Francisco Morales Bermudez mittels kaltem Putsch im August 1975. Im Wirtschaftsministerium wurde die Entscheidungsautonomie in den folgenden Jahren schrittweise an internationale Banken und ab 1977 den IWF abgegeben mit jenen aus anderen Ländern schon bekannten Folgen: die Freigabe des Wechselkurses führte über

die Verteuerung der Importe zum Ruin der mittelständischen Industrie und zu unkontrollierter Inflation, die Reallöhne wurden zwischen 1973 und 79 fast halbiert[12], die Beschäftigung ging zwischen 1977 und 79 um 20 % zurück, die Kindersterblichkeit nimmt heute den zweiten Platz in ganz Lateinamerika ein, das gesundheitsschädliche Hühnerfutter Nicovita ist zum Volksnahrungsmittel aufgestiegen[13].

Durchgesetzt wurde diese Verelendungsstrategie über den Mechanismus der alle vier Monate deklarierten sogenannten Wirtschaftspakete (im Volksmund Hungerpakete) aus Subventionsstreichungen für Grundnahrungsmittel und öffentliche Verkehrsmittel, allgemeinen Preiserhöhungen und darunter liegenden Lohn- und Gehaltssteigerungen, wobei die Arbeitslosen nur in den „Genuß" derPreiserhöhungen kamen.

Die regelmäßige Folge dieser Maßnahmen waren Streiks, Massendemonstrationen und als staatliche Reaktion darauf Panzereinsatz und Verhaftungen. Seit 1977 gab es neben zahlreichen regionalen Streiks vier nationale Generalstreiks; der jeweils mehrere Monate andauernde Ausstand der Lehrer unter der Gewerkschaft SUTEP 1978 und 79 sowie der Marsch der streikenden Minenarbeiter nach Lima im Sommer 1978 markierten Höhepunkte dieser breiten Volksbewegung.

Exportboom und Aufschwung ohne das Volk

Seit 1979 herrscht in Peru auf makroökonomischer Ebene wieder Hochkonjunktur: das Bruttosozialprodukt wuchs um 3,8 %, das Staatsdefizit sank auf1%des BSP und die durch Währungsverfall und Lohnsenkung auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähige (Groß)Industrie hat sich erholt; Handels- und Zahlungsbilanz weisen Überschüsse von anderthalb Milliarde Dollar auf. Allerdings bemerkt die Wirtschaftszeitschrift Actualidad Economica ergänzend: „Salario real no sube ... la inflacion no baja"[14] (kein steigender Reallohn, keine sinkende Inflation) und das Lateinamerikajahrbuch analysiert: „Als neue Akkumulationsstrategie setzt sich das klassische Exportmodell von Rohstoffen und nicht - traditionellen Exporten durch, dessen potentielle Erträge heute schon verpfändet sind"[15].

Und in der Tat beruht das neue Wirtschaftswunder ausschließlich auf einem Exportboom. Perus Ausfuhren bestehen zu vier Fünfteln aus agrarischen und mineralischen Rohstoffen, deren Preise auf dem Weltmarkt sich in den letzten Jahren zufällig günstig für Peru entwickelt haben (vgl. Tabelle). Den größten Anteil daran hatten Kupfer und Silber, aber auch das Erdöl, dessen Erlöse sich allein von 1978 und 79 mehr als verdreifachten, spielt eine wichtige Rolle. Der Erfolg der sogenannten nicht - traditionellen Exporte (alle Nicht - Rohstoffe) ist schlicht darauf zurückzuführen, daß die Ausfuhr dieser Güter mittels der Exportsubvention CERTEX (bis zu 30 % des Exportwertes) massiv gefördert wird. Es handelt sich übrigens vornehmlich um Güter, die aufgrund der Lohnsenkungen im Inland nicht mehr absetzbar sind, darunter Nahrungsmittel und Medikamente[16].

Daß diese Entwicklung mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen nichts zu tun hat, zeigen aber nicht nur die Arbeitslosenziffern und Lohnstatistiken, sondern auch die in den letzten beiden Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnenden Landbesetzungen[17], bei denen Indiogemeinden ihr Land von den Genossenschaften zurückfordern. Diese Aktionen, an denen unter Führung der Bauerngewerkschaft CCP oft mehrere Tausend Bauern beteiligt sind, wurden bisher meist von den Spezialeinsatztrupps der Polizei brutal niedergeschlagen.



Koalitionsverhandlungen

Da die AP zwar im Parlament über eine stabile Mehrheit verfügt, jedoch keinerlei organisatorischen Rückhalt in den Gewerkschaften hat, war Belaúnde von Anfang an an einer Regierung auf möglichst breiter Basis interessiert. Von den 12 Ministerposten sollten ursprünglich zwei mit Vertretern der PPC besetzt werden, zwei weitere mit APRA - Sympatisanten.

Der Versuch, die Unterstützung der APRA und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften zu gewinnen, scheiterte. Der APRA - Vorsitzende Villanueva wieß das Angebot, ein selbstgewähltes Amt im Kabinett zu übernehmen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer „scharfen, aber auch konstruktiven" Opposition zur Stärkung der Demokratie zurück. Dahinter standen jedoch weniger unüberbrückbare programmatische Unterschiede, als vielmehr die parteiinternen Differenzen und wahltaktisches Kalkül für die anstehenden Kommunalwahlen im November, die aus Interesse am gewerkschaftlichen Profil der Partei leichter aus der Opposition zu führen sind.

So wird denn die PPC mit der AP allein die Regierung stellen. Die Tageszeitung Correo erklärt dieses Interesse Belaúndes an einem Bündnis mit der Rechten mit einem Bedürfnis nach „der Unterstützung durch eine besser organisierte Partei, die ihr (der AP) in den Positionen nahesteht und ein kohärentes politisches Programm zur Anwendung bereithält"[18].

Frühstücksgespräche in New York

Die politische und wirtschaftliche Anlehnung an die USA ist mit Belaúndes Wahlsieg keineswegs beendet. Allein schon die Besetzung wichtiger Ministerien, des Zentralbankpräsidiums mit Männern aus der Weltbanktochter BID (Interamerikanische Entwicklungsbank) verdeutlicht dies. Ersten Informationen zufolge wird ein beträchtlicher Teil des Planungs- und Verwaltungsstabes mit US - Fachleuten oder in den USA ausgebildeten Peruanern bestehen. Auch kündigte der neue Landesvater einen möglichen Rückzug Perus aus dem Verband der Blockfreien an und eine stärkere außenpolitische Anbindung an die USA. Er begründete dies ganz offen mit der Abhängigkeit von den amerikanischen Märkten, und daß Peru mit den Ländern der Dritten Welt „zwar die Probleme und Erwartungen, nicht jedoch Methoden und politische Systeme" gemein habe, denn Peru sein „ein demokratisches Land"[19].

Bereits zwei Wo chen nach der Wahl reisten der voraussichtliche Wirtschaftsminister Manuel Ulloa, der als Vertreter des Privatkapitals angesehen wird, nach New York, um dort das Programm der AP - Regierung vorzustellen.

Interessanterweise kennt das peruanische Volk dieses Programm aber noch nicht, die Regierungserklärung kann offenbar nicht ohne fremde Hilfe erstellt werden.

Aufgrund dieses Vorgehens können auch wir unsere Informationen über die Pläne der Regierung nur aus verschiedenen Einzeläußerungen, Interviews, alten Programmen und einer kurz vor den Wahlen durchgeführten Umfrage unter den Parteien entnehmen (die übrigens zufällig von der Friedrich - Ebert - Stiftung bezahlt wurde[20]).

Multis rein ...

Beide Koalitionsparteien befürworten gemeinsam eine Politik, welche die weitere Einbindung des Landes in den Weltmarkt und die ausgedehntere Tätigkeit multinationaler Konzerne zur Folge haben wird. Wirtschaftsminister Ulloa kündigte bereits eine Änderung der Entschließung 24 des Andenpaktes an, welche die Tätigkeit ausländischer Konzerne in den Mitgliedsstaaten regelt[21].

Um an der bisherigen Praxis festhalten zu können, die Staatsschulden mit Erlösen aus Rohstoffexporten, vor allem von Erdöl zu finanzieren, die bekannten Reserven allerdings nur bis 1985 reichen werden[23)], kommt der Exploration neuer Ölvorkommen eine zentrale Rolle zu.

Die Gestaltung der Ölverträge mit den ausländischen Ölgesellschaften ist in Peru seit jeher ein Politikum ersten Ranges, und obschon Belaúnde 1968 sogar darüber stürzte, weiß er zu den vor kurzem abgeschlossenen Neuverhandlungen nur zu sagen, daß er den Vertragstext zwar nicht genau kenne, sie aber günstig für Peru seien[24)]. Der vor allem aus Brasilien schon bekannte Raubbau am Amazonasbecken durch zumeist transnationale Unternehmen konnte bisher in Peru nur in relativ geringem Maße betrieben werden, da das Gesetz über die comunidades nativas (Eingeborenengemeinden) und die durch die Agrarreform festgelegten Höchstgrenzen für Landbesitz zum einen den Aufkauf des Landes verhinderten und zum anderen die durch die comunidades nativas genutzten Teile der Selva nur begrenzt zur Ausbeute freigaben. Durch die weitgehende Aufhebung der Landbesitzgrenzen in der neuen Verfassung fiel die erste Schranke und Belaúnde kündigte bereits an, das Gesetz über die Eingeborenengemeinden ebenfalls zu ändern[25)].

Ein mittelamerikanisches Bankenkonsortium, in dem auch Somoza große Kapitalanteile hält, hat bereits im Departament Madre de Dios 300 000 Hektar Land für Viehwirtschaft kaufen können[26)].

... Staat raus

Die neue Verfassung läßt der Regierung einigen Spielraum für die Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft. Die PPC, die dem klassisch - liberalen Credo: „je mehr Markt, um so mehr Demokratie" folgt, tritt für eine völlig von privater Hand gelenkte Wirtschaft ein, in der der Staat lediglich Verwaltungsfunktion erfüllt. Für die AP hingegen hat der Staat die Aufgabe, Bereiche abzudecken, die für die Privatwirtschaft nicht rentabel sind — gemäß der Parole: „Privatisierung der Gewinne, Vergesellschaftung der Verluste". Innerhalb einer solchen „gemischten Ökonomie" will sie Banken, Eisenbahnen und einige wichtige Schlüsselbetriebe im extraktiven Sektor in staatlichem Besitz behalten, aber florierende Betriebe, die zur Zeit noch in Staatsbesitz sind, weitgehend oder völlig privatisieren.

Bei der Durchsetzung dieser Politik wird es in den nächsten Jahren voraussichtlich im Pressewesen und im Agrarsektor zu schweren politischen Konflikten kommen.

Belaúndes Ankündigung, die 1974 enteigneten Tageszeitungen zu reprivatisieren, stieß auf das Mißfallen sowohl der Militärs als auch der Gewerkschaften und löste bereits erste Protestaktionen aus[27)].

Ebenso hat sich der neue Präsident im Agrarsektor für die Privatisierung der Kooperativen und speziell der agroindustriellen Zuckerproduktion ausgesprochen. Obschon das bisherige Kooperativenmodell die Probleme der Masse der Bauern nicht lösen konnte, wird sich die davon profitierende und relativ gut organisierte „Arbeiteraristokratie" massiv gegen die Senkung des einmal erreichten Status wenden. Auch daß die Indiogemeinden, die am dringendsten Land brauchen, von der Privatisierung etwas haben, ist unwahrscheinlich. Sie sind in den Programmen nirgendwo auch nur erwähnt.

Wer keinen Mut zum Träumen hat ...

Die Vorstellungen Belaúndes über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind widersprüchlich und erscheinen angesichts der Realitäten als völlig illusionär.

Die von allen Parteien veröffentlichten Notstandsprogramme, unter denen die AP mit der angestrebten Neuschaffung von 1 Million Arbeitsplätzen die Spitze hielt, kommentiert Actualidad Economica mehr als skeptisch: „... 300 000, 1 000 000, wer bietet mehr?"[28)]

Unerfindlich bleibt, wie dies alles finanziert werden soll, ebenso wie die immer wieder propagierte Strategie angepaßter und arbeitsintensiver Technologie durchgeführt werden kann.

Was auf Wahlveranstaltungen basisnah als „Wegebau, Kanalbau und Aufbau ländlicher Elektrizitätsversorgung" verkauft wurden, entpuppen sich in den „Grundzügen des Regierungsplans 1980 - 85" als große und teure Infrastrukturvorhaben, wie die Urwaldrandstraßen und immens kostspielige Wüstenbewässerungsprojekte.

Allein 450 000 Arbeitsplätze will Belaúnde während der nächsten Jahre in der Industrie schaffen, das heißt doppelt soviele wie heute existieren; dies kann nur als Witz gewertet werden, da die industrielle Beschäftigung in den letzten 10 Jahren nie mehr als 5 % jährlich wuchs.

Indexierung des Elends

Wie bereits angedeutet hört in Fragen der Finanzpolitik Belaúndes Programmatik vollständig auf.

Aus all den widersprüchlichen Verlautbarungen der AP — von einerseits zusätzlichen Ausgaben für die Basisversorgung (Gesundheit, Erziehung), Subventionierung einzelner Wirtschaftssektoren bis hin zu Steuererleichterungen und andererseits von strikten Begrenzungen der öffentlichen Ausgaben, um die Geldwertstabilität zu gewährleisten[29)] — scheint sich zumindest eine Indexierung der Löhne zu kristallisieren, die auch die Duldung der PPC findet. (Indexierung: die Löhne steigen ebenso schnell wie die Preise, der Reallohn bleibt konstant.) Nach den jahrelangen Reallohnsenkungen kann Actualidad Economica dies bloß noch als die „Indexierung des Elends" würdigen. Diese Einschätzung ist unseres Erachtens eine gute Kennzeichnung des derzeitigen Zustandes und der mittelfristigen Entwicklung der peruanischen Wirtschaft.

Im Augenblick ist die Konjunkturlage günstig, so daß auch begrenzte Lohnerhöhungen möglich erscheinen oder wenigstens die Haltung des dürftigen Lebensstandards garantiert werden kann. Da jedoch die Regierungsparteien keinerlei Perspektiven vorweisen können, die die strukturellen Probleme des Landes (Inflation, ungleiche Verteilung, Arbeits-



losigkeit etc.) befriedigend zu lösen versprechen, ist die nächste Flaute mit dem konjunkturellen Sinken der Weltrohstoffpreise bereits absehbar.

Zudem deuten sich durch die seit 50 Jahren schlimmste Dürrekatastrophe in der Landwirtschaft erste Schwierigkeiten an, da die Ernteausfälle (z.B. bei Weizen um 38 %) sowohl die ohnehin z.T. schon schwierige inländische Versorgung als auch den Export treffen wird[30].

Belaúnde — ein trojanisches Pferd der Militärs?

Dubios ist noch die Bedeutung der Militärs. Belaúnde scheint ihren Forderungen nach weitgehender Autonomie und Selbstverwaltung entsprochen zu haben; er gewährte ihnen weiterhin, für ihre Resorts die verantwortlichen Minister stellen zu können, und der selbst für lateinamerikanische Verhältnisse horrende 20 %ige Anteil der Militärausgaben am Staatshaushalt bleibt ungekürzt.

Indes ist auch nirgendwo festgelegt, inwieweit die ehedem von den Militärs willkürlich zu Diensten ihrer Diktatur erlassenen Gesetzesdekrete Rechtsgültigkeit behalten, auch wenn sie der neuen Verfassung widersprechen. Werden sie ohne Prüfung übernommen, so hat die Regierung gute Instrumente zur „legalen Presion" bereit. Ein Beispiel dafür ist das am 4.3.80 erlassene Gesetzesdekret 22 919, das die gewaltsame Vertreibung von Bauern erlaubt, die Land besetzt haben, auch wenn ihnen dieses gerichtlich zugesprochen wurde (oder werden würde)[31].

Geschwindigkeitsbegrenzung

Welche Politik Belaúnde den Gewerkschaften gegenüber verfolgen wird, bleibt bisher noch widersprüchlich: einerseits versprach er die Gewerkschaft SUTEP anzuerkennen[32], andererseits aber möchte er die Gewerkschaften „entpolitisieren" — was immer dies in der Praxis bedeuten mag.

Wie erfolgreich dies sein kann, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob es der Linken gelingt, mit einem konstruktiven Programm gegen den Verbalradikalismus der APRA die Volksbewegung auf ihre Seite zu bringen.

Belaúnde gibt sich jedenfalls versöhnlich, wenn auch nicht gerade reformbesessen: „Wir alle wollen ja zur sozialen Gerechtigkeit kommen, nur auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die extremen Linken haben immer ein anderes Tempo. Sie wollen sehr schnell zur sozialen Gerechtigkeit kommen. Diese Geschwindigkeit ist aber gefährlich, im Straßenverkehr wie im ganzen Leben[33].

N. Boschmann, U. Grell, Kl. Weiss

Anmerkungen

1) FAZ, 31.3.80
2) vgl. Lateinamerika Nachrichten No. 73
3) Latin America Weekly Report, 30.5.80
4) Qué Hacer (Lima), No. 4, April 1980
5) amnesty international, Berichte und Dokumente ..., Bonn 1978
6) Qué hacer, No. 4 a.a.O.
7) Kölner Stadtanzeiger, 23.4.80
8) Marka (Lima), 22.5.80
9) Kölner Stadtanzeiger, 23.4.80
10) Marka, 15.5.80
11) Sofern nicht anders vermerkt, vgl. zu den folgenden Abschnitten: Lateinamerika Analysen und Berichte Bd. 2 u. 3, Berlin 1978 und 79
12) Actualidad Economica del Perú 7/79 u. 3+4/80
13) Der Spiegel 49/79
14) Actualidad... 4/80
15) Lateinamerika... 1979: 306
16) Actualidad... 3/80
17) vgl. Blätter des iz3w Nr. 83
18) Resumen Semanal, Desco, Lima, versch. Nummern Mai + Juni
19) Fernsehinterview nach: Empres servicio de informaciones-Perú andina
20) Resumen Semanal Nr. 74 und Caretas Nr. 601
Sofern nicht anders vermerkt, stammen die Informationen der folgenden Abschnitte aus:
- Universidad del Pacifico y Fundación Friedrich Ebert:
Guia al Elector, Lima April 80
- Actualidad Economica Serie Nr. 2: Qué pasará en los proximos cinco anos? Análisis de los programas economicas del APRA, PPC y AP, Mai/Juni 80
21) Interview mit Ulloa in: Perú Economica, Juni 80
22) Boletin Sur, Cusco, Juli 79
23) NZZ, 21.5.80
24) Monitordienst Hamburg, 21.5.80
25) Marka, 12.6.80
26) El Diario, 30.5. u. 1.6.80
27) Resumen Semanal, 24.5.80
28) Actualidad... 3/80
29) Grundzüge...
30) Resumen Semanal nach amtlichen Quellen
31) Boletin Sur, April/Mai 80
32) Resumen Semanal Nr. 74
33) siehe 19)







El Salvador

Medizinische Situation in El Salvador verschärft sich

medico international ruft erneut zur Solidarität auf

Mordkommandos der Rechten wollen medizinische Hilfe unterbinden

Frankfurt:"Die Ärzte in El Salvador sind fast ausschließlich mit Operationen von Schußverletzungen und der Obduktion verstümmelter Leichen beschäftigt, die von den rechtsextremistischen Terroristen auf den Straßen des Landes liegengelassen werden", meldete die FAZ bereits im Juni.

Wir müssen heute davon ausgehen, daß die Zahl der Opfer des Militärregimes in diesem Jahr bereits mehr als 6 000 beträgt. Doch das Regime gibt sich nicht mit dem Erschießen auf offener Straße zufrieden. Wer eine Verletzung hat, soll ausbluten, an seiner Verletzung sterben, wenn er der politischen Opposition angehört. Killerkommandos dringen in Krankenhäuser ein, kidnappen Verletzte von den Operationstischen. Entweder werden sie gleich im Krankenhaus umgebracht oder verschleppt und dann auf bestialische Weise ermordet. Über 50 Ärzte sollen bereits erschossen sein, berichtet die FAZ.
Das medizinische Personal ist aus Protest gegen diese Brutalität, die auch den letzten Funken Humanität vermissen läßt, in den Streik getreten, andere haben das Land verlassen, weil sie den Terror einfach psychisch nicht durchstehen. Die Kollegen arbeiten nicht mehr in auffälliger Arbeitskleidung, sondern in Zivil, um in der Öffentlichkeit nicht mehr als Mediziner erkennbar zu sein.

Doch der Protest durch Streik berührt das Regime nahezu überhaupt nicht. Das Salvadorianische Rote Kreuz weigert sich bisher, beim Internationalen Roten Kreuz einen Antrag der Menschenrechtskommission von El Salvador zu unterstützen, nach dem im zentralamerikanischen Land der reguläre Kriegszustand zuerkannt wird und damit die Krankenhäuser oder einzurichtende Notlazarette unter internationalen Schutz gestellt würden. Auch deshalb geht das Morden in den Krankenhäusern weiter. So wurden in Santa Ana in einem Krankenhaus Ende Juni 7 Menschen, darunter eine Krankenschwester und ein Arzt, durch ein Killerkommando umgebracht.
Um dem medizinischen Personal jede Möglichkeit zu entziehen, auch die Opposition medizinisch zu versorgen, sind die Militärs dazu übergegangen, Medikamente, chirurgische Geräte und Infusionslö-

Fortsetzung Seite 66

FRAUEN IN DER DRITTEN WELT

Mitte Juli fand in Kopenhagen die UNO-Weltfrauenkonferenz statt, und wieder war für kurze Zeit das Problem der Frau und vor allem der Frau in der Dritten Welt für die Politiker hoch aktuell. Die Medien boten allerdings wenig Hintergrundwissen zur Lage der Frau in diesen Ländern, sondern begnügten sich meistens mit dem trockenen Berichten der Kongreßabläufe und der etwas schadenfrohen Feststellung, daß weibliche UN-Delegierte genau so zerstritten sein können wie ihre männlichen Kollegen.
In diesem Heft bringen wir ein Informationsspiel über Frauen, das besonders als Einstieg in die Probleme der Frauen in den Entwicklungsländern dienen soll; einen Artikel über Frauen in der Elektronikindustrie Südostasiens, der aufzeigt, daß die häufig unkritisch geforderte Integration der Frau in die Entwicklung nicht unbedingt positiv sein muß; und einige Artikel zu einem der umstrittensten Themen auf der Weltfrauenkonferenz – der Genitalverstümmelung der Frau. Für den Herbst dieses Jahres ist ein ausführlicheres Heft zu Problemen der Frauen in der Dritten Welt geplant.

Red.

Die verkehrte Seite der Taschenrechner-Kultur –

Frauen in der Elektronikindustrie Südostasiens

Als unerläßlicher Bestandteil des modernen Lebens haben sich die Elektronikprodukte erwiesen. Regierung, Banken, Fabriken, Militär und andere große Institutionen könnten ohne Computer, Rechenmaschinen, EDV-Anlagen, die bestimmte „Denkprozesse" übernehmen, nicht mehr effektiv arbeiten. Aber auch der einzelne Verbraucher wird zunehmend von solchen Produkten, z.B. Taschenrechnern, abhängig. Hinter der glitzernden, hypermodernen Fassade der Elektroindustrie, die zu den am schnellsten wachsenden Industriezweigen Südostasiens gehört, steckt aber die fast unsichtbare, eintönige, wenig qualifizierte und billige Arbeit asiatischer Frauen. Z.B. sind bei der INTEL Fabrik in Penang, Malaysia, einer Tochterfirma des größten Halbleiterherstellers aus dem „Silikontal" Nordkaliforniens, 90 % der 1.400 Beschäftigten Frauen. Genauso sieht es bei den anderen 18 Elektronikfabriken auf der Insel Penang aus: 19.000 Frauen arbeiten dort und etliche Tausend mehr in den Elektronikfabriken an anderen Orten Malaysias. Insgesamt arbeiten in Südostasien 200 – 300.000 Frauen in der Elektronikindustrie.
Der Kampf um profitträchtige Marktanteile hat die großen Halbleiterhersteller gezwungen, die Preise zu senken, und fast alle haben sich nach billigen Arbeitskräften für den arbeitsintensiven Teil ihrer Produktion umgesehen. Diese Arbeitskräfte haben sie zum größten Teil in Asien gefunden, wo jetzt Frauen die winzigen Teile verschiedener Produkte von Digitaluhren bis zu millionenschweren Computern zusammensetzen. Ihre Arbeitskraft ermöglicht die billigen Preise, die ihrerseits wieder das enorme Wachstum des Marktes für elektronische Produkte ermöglicht haben. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, das heißt Produktivität hoch und Kosten niedrig zu halten, haben die Halbleiterfirmen große Anstrengungen darauf verwendet, ein ganzes Arsenal von Methoden zu entwickeln, um die Frauen, die in ihren Fabriken arbeiten, zu manipulieren und zu kontrollieren. Ihre Personalpolitik verbindet autoritäre Disziplin mit sehr verfeinerten human-relation-Techniken. Diese Techniken, in Malaysia am ausgeprägtesten entwickelt, machen sich den traditionellen Begriff von Weiblichkeit zunutze: Passivität, Unterwürfigkeit, Sentimentalität, Sexappeal – gleichzeitig schaffen sie in der Fabrik einen Lebensstil, der sich von dem der übrigen Gesellschaft unterscheidet. Die Absicht dabei ist, die Produktivität der Arbeiterinnen zu erhöhen und deren Identifikation mit der Firma für lange Zeit anzustreben. Gleichzeitig soll die Betonung einer passiven Frauenrolle verhindern, daß ein Unabhängigkeitsgefühl oder das Bewußtsein der gemeinsamen Stärke der weiblichen Arbeiterinnen aufkommt. Es wäre durchaus möglich, daß die plötzliche Konzentration vieler Frauen in fortgeschrittenen industriellen Enklaven in patriarchalischen Gesellschaften Südostasiens dazu führt, daß ein starkes feministisches Bewußtsein unter ihnen entsteht. Die sorgfältig geplante Personalpolitik soll das verhindern.

Freizeitgestaltung als Methode
Schönheitswettbewerbe sind das eindringlichste Beispiel dafür, wie Elektronikfabriken traditionelle Vorstellungen von Weiblichkeit und Geschlechtsrollen ausnutzen. „Unsere letzte Schönheitskönigin gab 80 Malaysische Dollar (M$) (40 US $) für ihr Abendkleid aus. Aber sie machte soviele Schlitze in den Rock, um mehr Bein zu zeigen, daß sie jetzt das Kleid nicht mehr anziehen kann." Die Personalchefin führte diese Extravaganz ganz sachlich als Beispiel dafür an, wie ernst die Arbeiterinnen die Teilnahme an Schönheitswettbewerben nehmen. Die Gewinnerinnen des Schönheitswettbewerbes in diesem Jahr werden als ersten Preis eine Reise nach Medan gewinnen (die nächstgrößere Stadt); als zweiten Preis einen Kassettenrekorder und als dritten eine „Nacht zu Zweit" im Rasa Sayang, dem nobelsten Hotel in Penang. Als ich fragte, was es für einen Sinn habe, achtzehnjährige Malayinnen, die größtenteils aus strengen Moslemfamilien kommen, eine Nacht zu Zweit zu versprechen, witzelte die Personalchefin: „Wir sagen der Gewinnerin: ‚Das ist Ihr Preis. Was in neun Monaten passiert, dafür sind wir nicht verantwortlich.' " Ein amerikanischer Geschäftsführer einer Fabrik in Penang erklärte: „Wir haben die Freizeitgestaltung zu einer Methode entwickelt. Freizeitaktivitäten halten die Fluktuation gering. Wir geben 100.000 US $ im Jahr für Freizeitaktivitäten für unser Personal aus." Er zählte so typisch weibliche Aktivitäten auf wie Nähkurse, einen monatlichen Schuhverkauf, Gesangs- und Schönheitswettbewerbe, außerdem eine Bi-

Wie es gemacht wird

Integrierte Schaltkreise sind elektronische Bauelemente, in welchen mehrere Transistoren auf einem Siliziumplättchen (Chip) integriert und zusammengeschaltet sind. Ursprung dieser Technologie war die Erfindung des Transistors 1947. Zu Beginn der 60er Jahre wurden die ersten integrierten Schaltkreise entwickelt und heute können bereits mehr als 100 000 Transistoren, Widerstände und andere Elemente auf einem Chip von wenigen Quadratmillimetern integriert werden. Die Produktion integrierter Schaltkreise ist ein sehr komplexer Prozeß, welcher relativ wenige hochqualifizierte Spezialisten in den USA erfordert, sowie Tausende von unqualifizierten Arbeitern irgendwo in der Welt, die die Teilchen zusammensetzen.
Die amerikanischen Hersteller integrierter Schaltkreise haben ihre Forschung, Entwicklung und die ersten, sehr kapitalintensiven Produktionsstufen hauptsächlich in dem „Silicon Valley" in Nordkalifornien konzentriert. Für jeden Schaltkreis werden von Wissenschaftlern und Ingenieuren entsprechend den folgenden Produktionsschritten mehrere Masken entworfen, die die Größe von einem Quadratmeter erreichen können. Diese Masken werden fotografisch bis zur tatsächlichen Größe der Schaltung verkleinert, so daß die einzelnen Elemente mit dem bloßen Auge nicht mehr zu erkennen sind.
Die Chips – die bloßen Siliziumplättchen ohne Anschlüsse – werden in Kalifornien produziert. Alle Herstellungsschritte werden auf einer größeren Siliziumscheibe (Wafer) von etwa 100 Millimeter Durchmesser ausgeführt, so daß auf diesem Wafer gleichzeitig mehrere hundert gleiche Chips entstehen. Entsprechend den vorher gefertigten winzigen Filmen wird das Silizium „dotiert", um positiv und negativ leitende Felder zu erhalten. Die Dotierung erfolgt in sehr komplizierten Anlagen durch Zuführung von gasförmigem Antimon, Phosphor, Gallium oder ähnlichem bei sehr hohen Temperaturen. Die gewünschten Transistoren und andere Bauelemente erzeugt man durch mehrfaches Dotieren. Durch Aufdampfen von Metall werden schließlich die einzelnen Elemente jedes Chips entsprechend der gewünschten Schaltung miteinander verbunden.
Ist das Wafer fertig, so werden die einzelnen Schaltkreise auf dem Wafer von Frauen mit weitgehend computergesteuerten Geräten getestet und in verschiedene Kategorien eingeteilt. Da allein eines dieser Testgeräte mehrere hunderttausend Mark kostet, werden diese Tests in der Regel bei den Herstellern in Kalifornien selbst durchgeführt.
Nun werden die Wafer nach Asien geschickt. Die nun folgenden monotonen und sehr arbeitsintensiven Produktionsschritte, nämlich der Zusammenbau der Schaltkreise, läßt man von asiatischen Frauen machen. Zuerst werden die Wafer zersägt, so daß man die einzelnen Chips – etwa 500 pro Wafer – erhält. Die Chips werden auf eine Grundplatte gelötet und Tausende von Arbeiterinnen damit beschäftigt, die elektrischen Verbindungen zwischen dem Chip und den Anschlußstiften des späteren Gehäuses herzustellen. Dies ist nur mit einem Mikroskop möglich und jede Frau arbeitet 7 bis 9 Stunden täglich am Mikroskop, um die bis zu 40 hauchdünnen Golddrähtchen sowohl auf dem winzigen Chip, als auch an den Anschlußstiften zu kontaktieren. Die Frauen müssen extrem schnell arbeiten; die Akkordsätze betragen bis zu 800 Chips pro Arbeiterin und Tag.
Als nächster Fertigungsschritt wird der Schaltkreis in ein Gehäuse aus Plastik oder Keramik eingesetzt. Es folgen eine elektrische Funktionsprüfung, sowie verschiedene Zuverlässigkeitstests bei hohen Temperaturen, chemischen Einflüssen und so weiter. Dieser Teil des Produktionsprozesses, früher noch in Kalifornien durchgeführt, wird mehr und mehr nach Asien verlagert. Schließlich werden die fertigen Schaltkreise entweder zu anderen Tochtergesellschaften der Konzerne in Asien geliefert, wo sie in einfachen elektronischen Geräten wie zum Beispiel in Taschenrechnern verwendet werden; oder die Schaltkreise werden in die USA zurückgeschickt, wo sie in verschiedenen Produkten, von Taschenrechnern bis zu militärischen Überwachungssystemen, eingesetzt werden.



bliothek, den Laden der Firma und sportliche Veranstaltungen. Ein Manager auf den Philippinen sagte, die einzige Funktion seines großen Personalbüros sei, „Freizeitaktivitäten anzuleiern."
Ein großer Teil der organisierten Freizeitaktivitäten haben die Form eines Wettbewerbes. Damit beabsichtigt man, wie ein Personalchef es ausdrückt: „Anreize und Motivation zu entwickeln." Die Wettbewerbe spielen die Arbeiterinnen gegeneinander aus, fördern ihren Individualismus und ihre Bereitschaft, hart zu arbeiten. Die Wettbewerbe, die in firmeneigenen Zeitschriften hochgejubelt werden, lassen keine Möglichkeit aus: Gesangswettbewerbe, sportliche Wettbewerbe, „Raten Sie mal, wessen Beine das sind", Talentwettbewerbe und Kostümwettbewerbe. Produktionswettbewerbe, die ebenfalls unter der Überschrift „Vergnügen" laufen, verschleiern nur notdürftig die Erhöhungen des Arbeitstempos und liefern den Vorwand dafür, die Arbeitsnormen heraufzusetzen. Produktionswettbewerbe gibt es auf allen Ebenen: Sie gehen von Wettbewerben zwischen einzelnen Arbeiterinnen – neben jeder Arbeiterin hängt eine Graphik mit ihrer täglichen Leistung –

bis zu Wettbewerben zwischen Tochterfirmen in verschiedenen Ländern. Die Arbeiterinnen in einer Fabrik in Indonesien erzählten, daß man sie dazu aufgefordert hatte, mit der Produktivität von Arbeiterinnen in anderen asiatischen Ländern ihrer Firma in Wettbewerb zu treten.
Am Übergang von Schönheits- zu Produktionswettbewerben sieht man plötzlich ganz deutlich die Absicht, die hinter all den hübschen Spielchen steht: Kontrolle. Die Disziplin ist streng, denn die elektronischen Bauteile sind entweder perfekt oder völlig unbrauchbar. Die Arbeiterinnen bekommen Produktionsquoten zugewiesen und an ihrem Arbeitsplatz wird die Produktivität täglich aufgezeichnet. Es ist ihnen verboten, in der Fabrik zu reden, sie müssen Uniformen tragen und bekommen im Durchschnitt nur 45 Minuten Pause während einer achtstündigen Schicht. Arbeiterinnen der FAIRCHILD-Fabrik in Indonesien sagten sogar, sie hätten nur eine zehnminütige Teepause und eine fünfzehnminütige Mittagspause. Sie sagten auch, daß jede Woche 20 Frauen entlassen würden, die ihre Produktionsquote nicht mehr erfüllen konnten.
Die Disziplinierung geht auch über den Aufenthalt in der Fabrik hinaus, da das Management viele Methoden hat, das Leben der Arbeiterinnen an den Zeiten des Fabrikbetriebs zu orientieren. In Malaysia gibt es in den Fabriken alle zwei Wochen Wechselschicht. „Die Mädchen mögen den Schichtwechsel. Sie planen ihr Leben danach," erklärte ein Personalchef bei MONOLITHIC MEMORIES, INC. Aber die Arbeiterinnen beklagen sich, daß der zweiwöchige Schichtwechsel dazu führe, daß sie nichts planen und keine Kurse außerhalb der Fabrik besuchen könnten. Auch haben sie Schwierigkeiten, ihre Eß- und Schlafgewohnheiten den Schichten anzupassen. Die Richtlinien für Arbeiterinnen bei AMD (Advanced Micro Devices – Philippines) verlangen auch noch in anderer Weise, sich den Forderungen des Unternehmens anzupassen: „Nehmen Sie ohne die Zustimmung des Personalchefs und des Generaldirektors keine Stelle bei einer anderen Firma an, keine Teilzeitarbeit oder sonst irgendeinen Job." (1)

„Wir wollen niemals auseinandergehen"
Vom ersten Tag an, an dem eine Arbeiterin die Fabrik betritt, wird sie mit Sprüchen bombardiert, wie: „Komm und erlebe die Familienatmosphäre bei MOTOROLA und baue eine sichere Zukunft für Dich und Deine Angehörigen. " Die Fabrik wird als eine Familie dargestellt, die viele der patriarchalischen Züge aufweist, die charakteristisch für Familien in Südostasien sind. Männliche Kontrolleure in der Rolle des „big brother" beaufsichtigen die weiblichen Hilfskräfte. Der Direktor der Fabrik, normalerweise ein Amerikaner, gibt sich als freundliche – wenn auch gestrenge – Vaterfigur aus, er spielt Basketball mit dem Firmenteam, küßt die Gewinnerin des Schönheitswettbewerbs und ißt in der Kantine der Fabrik.
Für Frauen, die in Familien aufgewachsen sind, in denen das Wort des Vaters Gesetz ist, ist dieses Familienimage unwiderstehlich. Zwar unterscheidet sich die Fabrikkultur grundlegend von der Kultur, in der sie aufgewachsen sind, aber die Betonung der Familienideologie läßt sie nicht erkennen, was es für sie bedeutet, von ihren Familien unabhängig zu sein. Die Famileinideologie legitimiert die Verbindung von autoritärer Disziplin und „Verwöhnung" (Freizeitgestaltung), die von der Leitung so effektiv eingesetzt werden, um die Arbeiterinnen bei der Stange zu halten.
Die Absicht der Unternehmer ist es, von vornherein dem Wunsch der Arbeiterinnen vorzubeugen, sich zu organisieren und damit die von oben oktroytierte Gemeinschaftsidee in Frage zu stellen. Unternehmensvertreter in ganz Südostasien sagen das Gleiche: „ Wenn die Unternehmensleitung gut arbeitet, hoffe ich, daß eine Gewerkschaft überflüssig wird."



THE MISS AMD BEAUTY CONTEST

An asiatische Verhältnisse angepaßt
Mehr noch als in anderen südostasiatischen Ländern wird in Malaysia gezielte Personalpolitik eingesetzt, um eine bestimmte Fabrikkultur zu schaffen. Ausländische Halbleiterindustrien haben sich inzwischen in Malaysia erfolgreich niedergelassen, vor allem in Penang. Einige haben damit begonnen, Testverfahren durchzuführen und das Zusammensetzen der Teile zu automatisieren. Malaysia ist zum Testzentrum in Südostasien geworden und die Automatisierung befähigt eine Arbeiterin, das Zehnfache zu produzieren.
Die komplizierten Produktionsprozesse wurden gerade in Malaysia angesiedelt, weil die gut ausgebildeten und englisch sprechenden Arbeiterinnen dort leichter angelernt und kontrolliert werden können. Die meisten Arbeiterinnen der Elektronikindustrie haben vorher keinen anderen Job in der Industrie gehabt, und viele von ihnen sind die ersten weiblichen Mitglieder ihrer Familie, die solche Jobs annehmen. Sie sind besonders empfänglich für die Reize der „westlichen Kultur", die ihnen als Zusatzleistungen bei der Einstellung offeriert werden. Eine Folge davon ist, daß die Arbeiterinnen der Elektronikindustrie überall auffallen; man kann sie an ihrem raffinierten Make-up erkennen, an engen Jeans und hohen Absätzen.
In Hongkong und Singapur, wo Industriearbeit und die westliche Kultur weiter verbreitet sind und zudem die Arbeitsplatzmobilität größer ist, lassen sich die Arbeiterinnen nicht so sehr von Angeboten wie Schönheitswettbewerben und Kosmetikkursen beeindrucken. Sie arbeiten für bares Geld. Sowohl Singapur als auch Hongkong sind zu regionalen Hauptquartieren der Elektronikindustrie geworden; sie bieten ihren Arbeiterinnen qualifiziertere Tätigkeiten und höhere Löhne.
Die auf den Philippinen und in Indonesien herrschende Armut macht ausgeklügelte Freizeitprogramme für das Personal überflüssig. Der Personalchef vom AMD auf den Philippinen gab an, daß 500 Bewerberinnen in der Woche auf 50 freie Stellen kämen, und ein Personalchef in Indonesien sprach von 500 Bewerbungen am Tag. Bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit müssen sich die Firmen nicht so anstrengen

wie in Malaysia, um die Loyalität ihrer Angestellten zu sichern. Wie eine indonesische Arbeiterin kommentierte: „Es kann so übel sein wie es will, aber es ist ein Job. Das ist besser als nichts."

Die fingerfertige Malaysierin
Die Elektronikindustrie hat ihre asiatischen Verbindungen nicht in einem Vakuum aufgebaut. Regierungen in Asien, die auf der Suche nach Auslandskapital und einer Lösung für ihr Arbeitslosenproblem waren, haben sich um arbeitsintensive Investititionen bemüht. Die Halbleiterfirmen erschienen ihnen dabei besonders attraktiv. Ein malaysischer Regierungsbeamter: „Sie wachsen so schnell, und kaum sind sie im Land, beschäftigen sie schon eine Menge Arbeitsloser." (2). In ihrer Werbung um ausländische Investitionen weisen die Regierungen auf die in ihren Ländern große Anzahl billiger weiblicher Arbeitskraft hin. Die Aussichten werden im Hochglanz beschrieben: „Malaysia: Der solide Staat für die Elektronikindustrie. Die manuelle Geschicklichkeit der orientalischen Frau ist in der ganzen Welt berühmt. Ihre Hände sind klein, sie arbeitet schnell und mit ungeheurer Sorgfalt. Wer könnte daher seinem Wesen und seinen ererbten Fähigkeiten nach besser geeignet sein, zur Leistungsteigerung schwieriger Montagearbeiten beizutragen, als das orientalische Mädchen?" (3).
Innenpolitisch haben die Regierungen Asiens Maßnahmen getroffen, um ihre Frauen als potentielle Arbeitskräfte noch attraktiver zu machen, indem sie dafür gesorgt haben, daß sie sich nicht gegen die Ansprüche wehren, die ausländische Firmen an sie stellen. Als 1970 die Elektronikfirmen sich in Malaysia niederlassen wollten, sorgte die Regierung dafür, daß Ausnahmen von einem Gesetz gemacht werden konnten, das Frauen vor Nachtarbeit schützte. Auf den Philippinen kam kurz nach der Ausrufung des Kriegsrechts ein Dekret des Päsidenten heraus (Nr. 148, 1972), wodurch die Zahlungen für den Mutterschaftsurlaub von 60 % des Lohns für die Dauer von 14 Wochen auf 100 % des Lohns für 6 Wochen reduziert wurden. Außerdem bekam man dieses Geld nur noch für die ersten vier Kinder. Der Personalchef einer Textilfirma sagte daraufhin: „Dies hat es wieder profitabel gemacht, Frauen einzustellen."
Aber schwerwiegender als die Aufhebung der Arbeiterschutzgesetze ist die aktive Rolle der kapitalistischen Staaten in Südostasien bei der Niederschlagung aller Formen von Arbeiterprotesten gewesen. Man hört die Geschichte immer wieder – auf den Philippinen, in Indonesien, Thailand, Singapur, Taiwan, Südkorea: „Sobald der Protest begann, sind ganze Wagenladungen von Polizei und Regierungsbeamte in der Fabrik angekommen . . .". Solche Aktionen werden durch die Gesetze gedeckt, die Streike in „wichtigen" Industriezweigen verbieten. Darunter fallen normalerweise die ausländischen Fabriken.
Manchmal sprechen die Regierungsbehörden zu ihren eigenen Bürgern im gleichen Ton wie zu den potentiellen Investoren und versuchen, sie davon zu überzeugen, daß die Regierung und die Arbeiter die gleichen Interessen haben. In einem kürzlich erschienen Artikel mit dem Titel „Warum wir uns um ausländische Investoren bemühen", hat der stellvertretende Premierminister von Malaysia Mahathit Mohammed erklärt:
„Die Regierung kann dem Volk nicht helfen, wenn das Volk die Bedeutung einer besseren Wirtschaft und eines größeren Verantwortungsbewußtseins nicht einsehen will . . . Die Arbeiter müssen ihre Ehre bewahren und dürfen keine Schwierigkeiten verursachen, die ausländische Investoren verscheuchen würden. Die Arbeiter sollten statt dessen produktiver sein, damit die Bemühungen der Regierung, ausländische Investoren anzuziehen, Erfolg haben." (4)

Wird die Arbeitslosigkeit wirklich beseitigt?
In Wirklichkeit haben die Elektronikfirmen den Erwartungen ihrer Gastländer nicht entsprochen, was die Bereitstellung von Arbeitsplätzen betrifft. Einerseits haben sie nicht dazu beigetragen, das Heer der männlichen Arbeitslosen in den Städten zu verringern. Andererseits werden vorzugsweise Mädchen mit Schulbildung eingestellt, während Stadtfrauen ohne Schulausbildung und Mädchen, die mit der Hoffnung auf Arbeit vom Land in die Stadt ziehen, kaum Aussicht auf eine Anstellung haben.

Verbindungen mit Kalifornien

Während die Arbeiterinnen in Asien durch Konsumieren versuchen, Mitglied einer weltweiten Kultur zu werden, haben sie viel mehr als sie wissen, mit ihren Kolleginnen in Kalifornien gemeinsam. Ungefähr 60.000 Arbeiterinnen arbeiten in den Fabriken des Silikontals. Hier beginnt der Produktionsprozeß für Halbleiter und werden die fertigen Produkte getestet, nachdem die Arbeiterinnen in Asien ihren Teil dazu beigetragen haben. 90 % der amerikanischen Elektronikarbeiter sind Frauen und etwa die Hälfte von ihnen stammen aus Asien und Lateinamerika (Philippinen, Korea, Vietnam, Mexiko und den Azoren). Im Gegensatz zu ihren Schwestern in Südostasien sind die Arbeiterinnen in Kalifornien alleinstehende Mütter, die allein für ihre Familie sorgen müssen.
Die Arbeiterinnen in Asien und in Kalifornien haben viele Arbeitsbedingungen und Probleme gemeinsam: Die Gefahren am Arbeitsplatz, hohe Leistungsanforderungen, strikte Disziplin und Techniken, die dazu dienen, eine unabhängige Organisation der Arbeiterinnen zu verhindern. In Kalifornien entstehen die Gesundheitsrisiken durch die hohe Anzahl von Chemikalien, die bei der Fabrikation von Silikonchips verwendet werden. Der Leistungsdruck zeigt sich in erzwungenen Überstunden, Erhöhung der Arbeitstempos und Steigerung des Konkurrenzkampfs. Die Manager in Kalifornien besuchen regelmäßig Seminare, auf denen Themen wie: „Wie mache ich Gewerkschaften überflüssig" behandelt werden. Es wird nachgespielt, wie sich Arbeiterinnen organisieren, und welche Persönlichkeitsstruktur die Organisatoren haben könnten. Auf solchen Managertreffen werden die Unterdrückungsmechanismen, wie sie in Kalifornien angewendet und nach Südostasien exportiert werden, verfeinert. Den Frauen in Kalifornien ist bewußt, daß Frauen in Asien einen Teil des Produktionsprozesses leisten, da ihre Unternehmer sie ständig daran erinnern. Den Elektronikarbeiterinnen in Südostasien ist jedoch nicht klar, daß Frauen in Kalifornien eine ähnliche Arbeit machen wie sie. Die Firmen nützen die internationale Arbeitsteilung zur Manipulation und Einschüchterung der Arbeiterinnen aus, so daß kein Gefühl der Gemeinsamkeit unter ihnen entstehen kann. Den Arbeiterinnen in Kalifornien wird mit dem Verlust ihres Jobs gedroht, wenn sie sich organisieren oder zu hohe Ansprüche stellen: Die Produktion kann jeder Zeit nach Asien verlegt werden. Für die Arbeiterinnen in Asien liegt die Hauptbedrohung nicht in einer möglichen Umsiedlung der Firma. Ihnen werden Statistiken über Produktionen anderer Arbeiterinnen gezeigt und sie so zu höherer Produktivität angetrieben. Eine Identifikation mit Arbeiterinnen in anderen Ländern kann so nicht stattfinden.

Während bis vor kurzem überwiegend verarmte Bauern auf der Suche nach Arbeit in die Städte zogen, sind es jetzt vor allem junge Mädchen, die in die Industriezentren kommen. Da aber in vielen Ländern Südostasiens für die Arbeit in der Elektronikindustrie inzwischen Gymnasialbildung vorrausgesetzt wird, heißt das, daß diese Arbeitsplätze für die meisten arbeitssuchenden Frauen nicht erreichbar sind. Ein Personalchef bei NS auf den Philippinen sagte, daß 30 % der Arbeiterinnen das College abgeschlossen hätten und weitere 30 % eine gewisse Zeit im College verbracht hätten.



Die Tatsache, daß sie hier eine ganz neue Arbeiterschaft heranziehen, ist von Vorteil für die Elektronikfirmen. Die Unternehmen bevorzugen junge unverheiratete Frauen ohne vorherige Berufserfahrung. Einmal sind junge Frauen fügsamer als ältere Frauen und Männer, zum anderen können ihre Löhne niedriger gehalten werden, da man davon ausgeht, daß sie keine Familie zu unterhalten haben. Und nicht zuletzt können sie, ohne Aufsehen zu erregen, auf die Straße gesetzt werden. Für die Elektronikfirmen ist es wichtig, daß sie ihre Arbeiterinnen nach Belieben entlassen können, denn die Arbeit ist schon von der Anlage her nur eine Zeitlang zu ertragen. Nach drei oder vier Jahren am Mikroskop läßt die Sehkraft nach und die Arbeiterinnen sind nicht mehr in der Lage, die Produktionsnormen zu erfüllen. Die unausgesprochene Erwartung der Firmen ist es, daß sie dann heiraten und in „Pension gehen".

Die Natur diesesProduktionszweiges verlangt eine ständig verfügbare Arbeiterschaft, denn der starke Wettbewerb führt dazu, daß jede Firma Zeiten sehr hoher und sehr niedriger Konjunktur erlebt. Einige werden nur ein paar Jahre überleben, bevor sie untergehen. Doch in der Zwischenzeit haben sie eine große Anzahl asiatischer Frauen eingestellt. Ein Manager der NS in Kalifornien sagte vorraus, daß in zehn Jahren nur noch drei oder vier Halbleiterfirmen existieren würden. (5)

Somit haben die Gastländer keine Kontrolle über die Dauer der Investitionen, um die sie sich so eifrig bemüht hatten. Die Rezession von 1974 gab ein deutliches Beispiel, welche Auswirkungen weltweite ökonomische Trends und Entscheidungen, die in Kalifornien oder sonstwo getroffen werden, auf die Arbeiterinnen in Asien haben. Ungefähr 15.000 Arbeiterinnen – 1/2 der Arbeiterinnen der Elektronikindustrie – verloren allein in Singapur ihren Job. (6) Einige Fabriken in Penang entließen tausende von Arbeiterinnen, während andere die Arbeitswoche auf drei Tage verkürzen mußten. Auf den Philippinen, wo gerade die erste Elektronikfabrik zu arbeiten angefangen hatte, wurde ein Fünftel der 200köpfigen Belegschaft entlassen (7). Der verstärkte Automatisierungsprozeß der Elektroindustrie in einigen Ländern Südostasiens hat auch dazu geführt, daß viele Arbeiterinnen überflüssig geworden sind.

Aber wenn es schon keine Arbeitsplätze für längere Zeit gibt, bereiten die Elektronikfirmen die Arbeiterinnen dann wenigstens auf andere Arbeit vor? Nein! Da es sich um stark atomisierte Segmente eines multinationalen Produktionsprozesses handelt, werden Fähigkeiten erlernt, die in anderen Industriezweigen nicht angewendet werden können. Beim Zusammensetzen z.B. lernt man durch ein Mikroskop zu sehen, beim Testen, das Material in Tanks mit Chemikalien zu tauchen. Es gibt keine Möglichkeiten aufzusteigen oder innerhalb des gleichen Industriezweiges auf eine andere Arbeit überzugehen.

Am Existenzminimum oder darunter

Für die Arbeiterinnen hat ihre Stellung innerhalb der internationalen Verflechtungen der Industrie fühlbare Konsequenzen. Die Firmen setzen verschiedene Mittel ein, die Löhne niedrig zu halten, obwohl viele der Elektronikarbeiterinnen zum Einkommen ihrer Familie beitragen müssen. Auf den Philippinen und in Indonesien bekommen die Frauen während der sechsmonatigen Anlernzeit weniger als den Mindestlohn. Der gesetzliche Mindestlohn liegt bei 11 Pesos auf den Philippinen und 500 Rupias in Indonesien. Die „Elektroniklehrlinge" erhalten aber nur acht Pesos, bzw. 390 Rp. Doch selbst die Personalchefs geben offen zu, daß eine neue Arbeiterin ihren Job in einer oder höchstens zwei Wochen erlernen kann. Die Bezahlung liegt in vielen Fällen schon für eine Person unter dem Existenzminimum. Ein Sozialarbeiter in derProvinz Bataan sagte, daß Bauernfamilien ihre Töchter oft während der ersten Monate oder sogar des ersten Jahres ihrer Fabrikarbeit unterstützen müßten.

Statt angemessene Löhne festzulegen, benutzen die Firmen ein Bonussystem, um auch nach der Anlernzeit Druck auf ihre Arbeiterinnen ausüben zu können. Um einen ausreichenden Verdienst zu haben, benötigt eine Arbeiterin einen Bonus, den es z.B. für ständige Anwesenheit, Pünktlichkeit, hohe Produktion oder die Arbeit am Mikroskop gibt. Wenn in irgendeiner Form gegen die Betriebsordnung verstoßen wird, oder die Frau einmal im Monat fehlt, verliert sie ihren Anspruch auf Sonderzulagen. Das greift besonders in Hongkong um sich, wo die Industrie eher materielle Anreize als Freizeitaktivitäten einsetzt, um die Arbeiterinnen zu disziplinieren und zu motivieren. Eine Arbeiterin, die einen täglichen Grundlohn von 24 Hongkong (5 US Dollar) verdient, kann einen Wohnkostenzuschuß (60 US Cents), einen Zuschuß für Essen (40 US Cents) und für Transport (20 US Cents) erhalten. Wenn sie aber 15 Minuten zu spät kommt, verliert sie alle Zuschüsse für diesen Tag. Weniger

extreme Varianten dieses Systems gibt es in anderen Teilen Südostasiens im Zusammenhang mit nichtmonetären Anreizen.
In Fabriken in Hongkong, Taiwan, Malaysia und den Philippinen gibt es am Ende des Jahres ein dreizehntes Monatsgehalt, anstatt eines höheren Gehalts für zwölf Monate. Eine Arbeiterin, die mitten im Jahr angestellt wird, erhält nur einen Teil des Bonus, während eine, die während des Jahres aufhört, den Bonus überhaupt nicht bekommt.
Nach der Anlernzeit werden die Löhne etwas höher und die meisten Frauen fangen an, ihre Familien zu unterstützen, sobald sie ihre eigenen Grundbedürfnisse erfüllt haben.
Auf den Philippinen sagten viele Arbeiterinnen, die schon länger als zwei Jahre arbeiten, daß sie die Hälfte oder Mehr ihres Monatseinkommens nach Hause schicken.
In Malaysia, wo die Elektronikarbeiterinnen nicht aus so extrem armen Familien kommen, geben sie trotzdem 25 – 50 % des Lohns ihrer Familie.

Gesundheit und Sicherheit
Auf Fotos einer Elektronikfabrik fällt die dort herrschende Ordnung auf, ein großer, gut beleuchteter Raum, in dem sich Reihen von weißgekleideten Frauen über glänzende Mikroskope beugen. Bei einem Gang durch die Fabrik fällt dem Besucher allerdings auch der starke Geruch nach Chemikalien auf. und schaut er versuchsweise einmal durch ein Mikroskop, wird er benommen und bekommt Kopfweh. Giftige Dämpfe und Augenkrankheiten sind die beiden Hauptfeinde der Elektronikarbeiterinnen. Die Firmen informieren sie aber nicht über die Gesundheitsrisiken ihrer Arbeit und die Komittees für Gesundheit und Sicherheit, die vom Management kontrolliert werden, versuchen in Wirklichkeit, von diesen Problemen abzulenken.
„Hey oma" begrüßen junge Frauen jeden Morgen ihre geringfügig älteren Kolleginnen am Fabriktor. In Hongkong werden die meisten Elektronikarbeiterinnen über 25 „oma" genannt, weil sie eine Brille tragen. Obwohl Arbeiterinnen in Südostasien noch nicht so lange in der Elektronikbranche tätig sind, wie in Hongkong, beginnen auch bei ihnen schon ernsthafte Augenkrankheiten. 1975, erst drei Jahre nachdem die erste Elektronikfabrik in Penang aufgemacht hatte, beklagten sich fast die Hälfte der Arbeiterinnen darüber, daß ihre Sehkraft nachließe und sie oft Kopfweh hätten – ein Folge der Arbeit am Mikroskop. Fast alle Arbeiterinnen leiden von Zeit zu Zeit an schmerzhafter und ansteckender Bindehautentzündung. Oft kann man von den Arbeiterinnen Geschichten hören wie diese: „Nach einer Zeit sehen wir nicht mehr, alles ist irgendwie getrübt. Über sieben Stunden schauen wir durchs Mikroskop. Wir arbeiten mit Golddrähtchen, sie sind sehr dünn, wie unsere Haare ..." (8). Fast jede, die mehr als drei Jahre die Tätigkeit ausführt, muß schließlich eine Brille tragen. Die Firmen weigern sich normalerweise, für die Brillen zu zahlen – andererseits verlangen sie von den Mädchen, die sie anstellen, 100 % Sehkraft.
Ätzende und giftige Chemikalien, von denen man vielfach annimmt, daß sie krebserzeugend sind, stehen in offenen Containern neben vielen Arbeiterinnen und strömen Dämpfe aus. Es handelt sich um TCE, Xylen und MEK, alle sehr gefährliche Säuren und Lösungen, die im Produktionsprozeß gebraucht werden. Arbeiterinnen, die Einzelteile in Säure tauchen und mit Lösungsmitteln abreiben müssen, ziehen sich oft ernsthafte Verbrennungen zu. Andere Unfälle sind häufig und einige Arbeiterinnen haben sogar einen Finger verloren. Eine der Hauptursachen für Unfälle ist die hohe Produktionsgeschwindigkeit. Es wird zehn oder fünfzehn Jahre dauern, bis sich die möglichen krebserzeugenden Wirkungen der Chemikalien an den Frauen zeigen, die heute damit arbeiten.
Die Repräsentanten der Firmen leugnen oder trivialisieren die Gefahren dieser Arbeit. Ihre Dementis sind allerdings manchmal sehr aufschlußreich. Der Manager bei Hewlett-Packard in Malaysia beantwortete meine Frage nach Augenproblemen so: „Die Mädchen sind gewohnt, mit Mikroskopen zu arbeiten. Wir haben keine Augenprobleme, mir wird allerdings schwindlig, wenn ich durch diese Dinge schaue."
Die Personalabteilungen bilden Kommissionen aus Unternehmensleitung und Arbeitern, um Gesundheits- und Sicherheitsfragen zu untersuchen. Diesekümmern sich aber selten um die wirklichen Gefahren oder um Lösungsmöglichkeiten. Statt in Frage zu stellen, wie mit Chemikalien umgegangen wird, beschäftigen sie sich im Allgemeinen damit, Plakate über Gesundheit und Sicherheit aufzuhängen, veranstalten Aufsatzwettbewerbe, Feuerschutzübungen oder einmal im Jahr eine Woche der Gesundheit und Sicherheit.



Ein Bett und ein Schrank
Viele Frauen, wenn auch nicht alle, müssen lange Strecken zwischen Wohnung und Arbeitsstelle zurücklegen. Die Bedingungen unter denen sie leben, sind ein Spiegelbild ihrer geringen Löhne und des sozialen Sprengstoffs, der durch die von ausländischen Firmen getragene Industrialisierung hervorgerufen wird. In Malaysia, wo die Löhne und Lebensbedingungen allgemein besser sind als in den andren Ländern Südostasiens, leben die Elektronikarbeiterinnen in Heimen. Vier bis acht Arbeiterinnen teilen sich normalerweise einen Raum. In einem Heim, wo ich mich aufhielt, besitzt jede eine Schlafkoje und ein 50 cm hohes Schränkchen. Die Küche mit nur 19 Kochstellen wird von 50 Frauen benutzt. „Achten Sie auf Ihre Kamera, Jemand könnte sie stehlen." Meine Gastgeberin verschloß sorgfältig ihr Schränkchen. Ich war überrascht. Kann man sich denn hier entspannen? „Nein", erklärte sie, „wir arbeiten in verschiedenen Schichten, ich kannte niemanden, bevor ich hierher kam, und wir sind nicht alle Freunde. Außerdem gehen laufend Leute ein und aus."
Sie mietet kein Zimmer, weil sie es sich nicht leisten kann.

Sie mietet das Bett und das Schränkchen und kann nicht bestimmen, wer ihre Mitbewohnerinnen sind. In einer Gesellschaft, die entscheidend auf Familien und stabilen Gemeinschaften beruht, in der sich die Leute seit Generationen kennen, und die Frauenrolle nur innerhalb der Familie definiert ist, ist das Auswandern in ein Industriezentrum mit Einsamkeit verbunden. Weder ihre eigenen Erfahrungen noch die Förderung individueller Konkurrenz innerhalb der Fabrik, bereiten sie darauf vor, freundschaftlichen Kontakt zu knüpfen. In vielen Fällen sind die physischen Lebensbedingungen nicht viel schlechter als zu Hause, aber die Isolation, bei der gleichzeitigen Unmöglichkeit allein zu sein, wird zum Streß.
Auf den Philippinen leben die Fabrikarbeiterinnen unter noch schlimmeren Bedingungen als in Malaysia. Viele können sich nur einen Schlafplatz in einer illegal gebauten Hütte in den Slums leisten.

Kaffee und Kosmetik
Die Antworten der malaysischen Arbeiterinnen auf meine Fragen waren oft die gleichen: Sie wären wegen des Geldes gekommen, aber auch wegen der Freiheit, der Freiheit, spät am Abend auszugehen, einen Freund zu haben, Blue Jeans, hohe Absätze und Make-up zu tragen. Sie vergleichen diese soziale Freiheit mit dem beschützten und reglementierten Leben, das sie zu Hause bei ihren Familien in Dörfern und kleinen Städten führen würden, und sind froh, dem wachsamen Auge ihrer Väter und Brüder entkommen zu sein.
Zu diesem Gefühl von sozialer Freiheit kommt die Gelegenheit hinzu, ein bißchen an der Konsumgesellschaft teilzuhaben, die ihr Bild vom Westen und der Modernität prägt. Am Zahltag richten es die Fabriken ein, daß während der Essenspause Verkäufer von Kosmetika und Schmuck in die Fabrik kommen.
„Verkäufer von T-Shirts und Kleidung werden nicht reingelassen, denn wenn die Mädchen etwas anprobieren würden, würde das für die halbe Stunde Essenspause zu lange dauern. Was wir auch immer machen, wir bringen die Produktion nicht durcheinander.", erklärte eine Personalchefin. „Mir ist der Preis für einen Lippenstift oft zu hoch", sagte sie weiter, „aber eine einfache Arbeiterin geht zum Verkäufer und kauft auf einmal für 80 M $ (40 US $) Kosmetik!" Sie konnte sich nicht erklären, wie es sich eine einfache Arbeiterin leisten kann, zwei Wochenlöhne für eine solche Menge Kosmetika auszugeben. Ein raffiniertes Make-up gehört zum Elektronikimage in Malaysia und die Fabriken geben sogar Kurse, wie das Make-up aufzutragen ist. Das gibt den Arbeiterinnen das Gefühl, Teil einer weltweiten Kultur zu sein, die es ihnen erlaubt, zwischen Produkten von Avon und Mary Quant zu wählen, Posters von John Travolta und Farah Fawcett-Majors neben ihren Betten zu haben und aus den Lautsprechern der Fabrik „Saturday Night Fever" zu hören.
Doch der wichtigste Grund, warum die Frauen in den Fabriken arbeiten ist die Notwendigkeit, zum Familienunterhalb beizutragen. Familien, die vielleicht den Lebensstil der Fabrikkultur nicht billigen, erlauben ihren Töchtern, zu arbeiten, wenn sie sehen, daß dies das Einkommen der Familie heben wird. Eine Arbeiterin in Indonesien erzählte: „Als ich anfing, bei Fairchild zu arbeiten, habe ich es meinem Vater nicht erzählt. Er kam schließlich nach einer Woche dahinter, als meine Mutter ihm erklärte, warum ich jeden Morgen so früh wegginge. Zuerst regte er sich auf, aber dann hat er gesehen, daß ich ein bißchen Geld für Essen mitbringe, und also ließ er mich arbeiten... Ich würde gerne ausziehen und ein Zimmer in der Nähe der Fabrik nehmen. Aber meine Eltern lassen mich nicht. Unsere Wohnung ist so vollgestopft – neun Geschwister und immer noch andere Leute .... Meine jüngere Schwester will auch in der Fabrik anfangen, aber ich bin dagegen. Ich möchte meine eigene Identität haben."

Ein Fließband über die ganze Welt

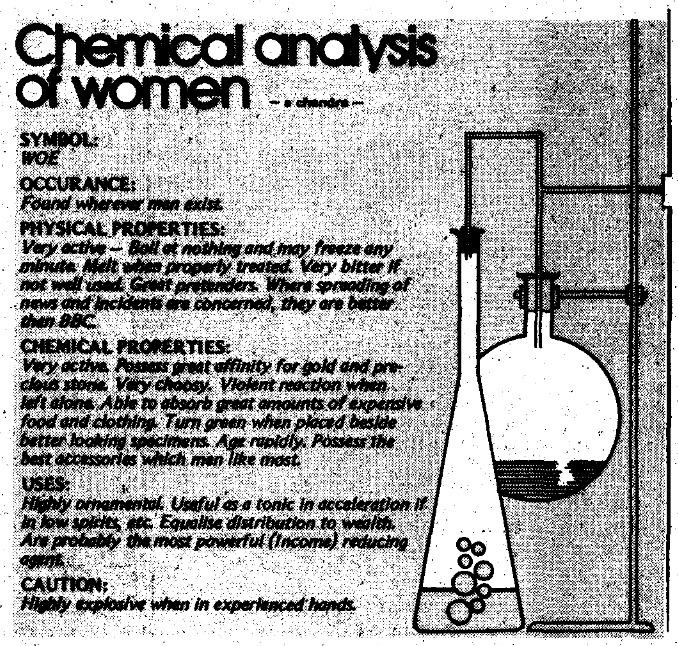
In der Elektronikindustrie ist der Wettbewerb immer noch so stark, daß die Preise für die Produkte schneller fallen als die Produktionskosten. „Ein Transistor, der vor 12 Jahren 25 US $ gekostet hat, kostet jetzt 25 cents", prahlte ein amerikanischer Manager in Penang. Im Kampf ums Überleben haben die Firmen neue Produkte eingeführt, wie z.B. elektronisches Spielzeug und Heimcomputer, gleichzeitig haben sie versucht, die Kosten auf alle nur erdenkliche Art zu senken. Da paradoxerweise die Herstellung dieser Apparate sehr arbeitsintensiv ist, wird bei den Löhnen am ehesten gespart. In Kalifornien sind 90 % der Arbeitskräfte am Fließband junge Frauen. Aber wichtiger als die Kostensenkung in Kalifornien sind die Maßnahmen gewesen, die den Produktionsprozeß in immer kleinere Segmente aufteilen. Dies, sowie die mikroskopische Größe der Halbleiter (man kann leicht halbfertige Teile von einer Fabrik in die andere schaffen), hat es der Industrie ermöglicht, die arbeitsintensiven Phasen der Produktion an Orten durchzuführen, an denen die Arbeitskraft billig ist.
Zuerst zog man nach Mexiko, aber man fand bald in Asien noch billigere Arbeitskräfte. FAIRSCHILD CAMERA AND INSTRUMENTS CO. gründete die erste Montagefirma in Hongkong 1962. Während der 60er Jahre gingen andere amerikanische, europäische und japanische Firmen nach Hongkong, Thailand und Südkorea. Auf ihrer Suche nach noch billigeren Arbeitskräften dehnte sich die Halbleiterindustrie dann nach Südostasien aus, 1969 nach Singapur, 1972 nach Malaysia, 1973 nach Thailand, 1974 Philippinen und Indonesien. Der Manager einer Firma in Malaysia erklärte, wie profitabel diese Umlegungen gewesen sind: „Eine Arbeiterin, die eine Stunde arbeitet, produziert genug, um damit den Lohn von zehn Arbeiterinnen für eine ganze Schicht zu bezahlen, und dazu noch die ganzen Material- und Transportkosten."

Spannungen
Die Familien begrüßen es zwar, daß ihre Töchter Geld verdienen, doch ist es schwer für sie, die größere Unabhängigkeit ihrer Töchter zu akzeptieren. Das wird besonders deutlich, wenn die Frauen mehr Freiheit verlangen oder den fremden Lebensstil zur Schau tragen, der innerhalb der Fabrik so ermutigt wird. Das wirkt sich besonders heftig in Malaysia aus, wo die Fabrikkultur noch ausgeprägter ist als in den anderen Ländern der Region. Der Personalchef bei INTEL in Penang beklagte sich: „Unser größtes Problem sind die Klagen der Eltern und Brüder, wenn sie die kulturellen Veränderungen sehen und den neuen Lebensstil, den ihre Töchter und Schwestern aufnehmen."
Einige Fabriken haben Elterntage veranstaltet, um deren Unmut zu besänftigen und „den Eltern zu zeigen, daß di Arbeitsatmosphäre sehr freundlich sind". Bei solchen Gelegenheiten gibt es Betriebsbesichtigungen und freie Verpflegung. Andere Firmen haben für die Arbeiterinnen Heime eingerichtet, die von der Fabrik verwaltet werden, so daß

die Eltern keine Angst haben müssen, was ihre Töchter in unbeaufsichtigten Stunden tun.
Die Heime stehen unter Aufsicht und strengen Regeln: Die Bewohnerinnen müssen sich beim Kommen und Gehen an der Pforte melden, siemüssen angeben, wohin sie gehen und vor elf Uhr nachts wieder zurück sein. Auch wenn sie Gäste haben müssen sie genau angeben, wer es ist.
Diese Maßnahmen führen jedoch nicht zu einer Verringerung des Zwiespalts, in dem die Arbeiterinnen leben. Man hat sie in einen Raum zwischen zwei Welten geworfen und keine dieser beiden Welten akzeptiert die andere. Wenn sie sich den Moden unterwerfen, die in der Fabrik begünstigt werden, kann es ihnen passieren, daß sie von ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Wenn sie sich nicht anpassen, werden sie als rückständig, sogar als für die Fabrikarbeitnicht geeignet, betrachtet. Eine malaiische Fabrikarbeiterin erzählte von einer Erfahrung, die viele gemacht haben: „Als ich nach Penang kam, wohnte ich in einem Dorf in der Nähe der Fabrik, weil es mich an mein Zuhause in Ipoh erinnerte. Aber nach ein paar Monaten zog ich in eine Pension in der Stadt, weil die älteren Männer des Dorfes mich nicht in Ruhe ließen und mir immer sagten wie leichtfertig und schlecht ich sei..."

Zwänge und Widersprüche

Elektronikarbeiterinnen in Südostasien sind mit kurzfristigen Problemen und langfristigen Widersprüchen konfrontiert. Ein Arbeitsplatz, den sie nicht länger als vier Jahre innehaben, kann für die Zukunft entscheidende Auswirkungen haben. Da die Industrie in Südostasien noch relativ jung ist, haben erst wenige Frauen eine Anstellung in einer solchen Firma bereits hinter sich. Man muß sich jedoch überlegen, was aus ihnen wird, wenn ihre Zeit in der Elektronikindustrie vorüber ist.
Kurzfristig haben die Zehntausende von Arbeitsplätzen, die die Elektronikindustrie in jedes südostasiatische Land gebracht hat, eine neue wirtschaftliche Rolle für die Frau geschaffen. Ihr Status wurde potentiell gehoben und die patriarchalische Struktur angekratzt. Indem allerdings die westliche Varianten weiblicher Passivität propagiert werden, ist es den Firmen gelungen, in den Arbeiterinnen nicht das Bewußtsein relativer Unabhängigkeit entstehen zu lassen. In Taiwan und Hongkong beklagen sich die Arbeiterinnen über den Druck, den ihre Familien auf sie ausüben, damit sie in der Fabrik weiterarbeiten, wenn sie nicht mehr wollen. Ihre Klagen zeigen auch die Wirkung der Fabrikkultur, unerfüllbare Träume zu schaffen, wie es in der Erzählung einer taiwanesischen Arbeiterin zum Ausdruck kommt: „Ich würde gerne singen lernen, ich mag Musik. Ich möchte eine Sängerin werden. Meine Familie ist damit nicht einverstanden. Ich würde gerne jetzt gleich mit der Arbeit hier aufhören, aber meine Mutter sagt, ich soll bleiben, weil die Bezahlung hier höher ist. ... Der Manager ist ein Arschloch, er benimmt sich wie ein Schwein. Er macht sich dauernd an uns heran ... Nächstes Jahr gehe ich bestimmt zur Arbeit nach Taipeh." (9)
Besonders verbreitet ist der Unmut darüber, daß die, mittlerweile von Einkommen der Töchter abhängig gewordenen Familien, diese am Heiraten hindern wollen. Nach der Heirat hören die Frauen entweder auf zu arbeiten oder benötigen einen Großteil des Geldes, um einen neuen Haushalt zu gründen.
Die Personalpolitik und die Förderung westlicher Verhaltens- und Konsummuster in der Industrie machen es Frauen sehr schwer, sich nach der Arbeitin einer Halbleiterfirma wieder in die Gemeinschaft und Familie einzufügen; auch haben sie häufig Schwierigkeiten, eine neue Arbeit zu finden oder zu heiraten. Ein Pfarrer in Südkorea, wo die Elek-


Chemical analysis of women
– a chandra –

SYMBOL:
WOE

OCCURANCE:
Found wherever man exist.

PHYSICAL PROPERTIES:
Very active – Boil at nothing and may freeze any minute. Melt when properly treated. Very bitter if not well used. Great pretenders. Where spreading of news and incidents are concerned, they are better than BBC.

CHEMICAL PROPERTIES:
Very active. Possess great affinity for gold and precious stone. Very choosy. Violent reaction when left alone. Able to absorb great amounts of expensive food and clothing. Turn green when placed beside better looking specimens. Age rapidly. Possess the best accessories which men like most.

USES:
Highly ornamental. Useful as a tonic in acceleration if in low spirits, etc. Equalise distribution to wealth. Are probably the most powerful (Income) reducing agent.

CAUTION;
Highly explosive when in experienced hands.

A Human Relations Publication
Published by Motorola Communications Group, Free Trade Zone, Bayan Lepas, Penang.

Chemische Analyse der Frauen

Symbol:	FR
Vorkommen:	überall, wo es Männer gibt.
Physikalische Eigenschaften:	sehr aktiv – kommen leicht zum Kochen und können jederzeit gefrieren. Schmelzen bei richtiger Behandlung, werden bei unsachgemäßer Behandlung leicht bitter. Sehr wandlungsfähig. Im Verbreiten von Nachrichten und Gerüchten besser als BBC.
Chemische Eigenschaften:	sehr aktiv – starke Affinität zu Gold und Edelsteinen. Sehr wählerisch. Heftige Reaktion, wenn alleingelassen. In der Lage, große Mengen an teurer Kleidung und Nahrung zu absorbieren. Werden in der Nähe besser aussehender Exemplare der gleichen Gattung grün. Altern schnell. Ihr Zubehör bei Männern sehr beliebt.
Verwendung:	Vorwiegend dekorativ. Positiver Katalysator bei Niedergeschlagenheit etc. Für gleichmäßigere Verteilung des Reichtums. Wahrscheinlich das stärkste Reduktionsmittel für Einkommen.
Achtung!	In der Hand des Fachmanns hochexplosiv.

Quelle:
Eine Human-Relations-Publikation der Motorola Communications Group in Penang.

troindustrie schon über zehn Jahre alt ist, sagte, daß viele ehemalige Arbeiterinnen keine andere Alternative als die Prostitution hätten, um sich selbst zu ernähren.
Zwar macht ihre neue wirtschaftliche Rolle die Frauen zu einem Bestandteil eines internationalen Systems, doch versuchen die Firmen mit allen Mitteln zu verhindern, daß sie ihre wahre Bedeutung erkennen. Die Betonung auf Wettbewerb und Individualität macht es schwierig, innerhalb der Fabrik zusammenzuarbeiten und noch schwieriger, Verbindungen zu Frauen in der gleichen Industrie in anderen Ländern aufzubauen. Auch Verbindungen zu anderen „Frauenindustrien" lassen sich nicht aufbauen, da die Arbeiterinnen in der Elektronikindustrie die Vorstellung haben, etwas Besseres zu sein. Überall in Südostasien sagten Arbeiterinnen und Beobachter, daß Frauen in anderen Industriezweigen die Elektronikarbeiterinnen wegen ihres modischen Aussehens und ihrer scheinbaren Freiheiten beneiden, sie zugleich aber wegen ihres aufgesetzten fremden Lebensstils verachten würden.
Dennoch beginnt der Widerstand. Aus alteingesessenen Firmen in Taiwan, Hongkong und Südkorea hört man regelmäßig Berichte von Protesten, Sit-ins und Arbeitsniederlegungen. Die Militanz der Arbeiterinnen in Hongkong während der späten 60er Jahre führte dazu, daß ausländische Investoren für viele Jahre abgeschreckt wurden und sich eine Menge Halbleiterfirmen dazu entschlossen, neue Betriebe in anderen Teilen Südostasiens zu gründen. Aber auch in den anderen Ländern nimmt der Widerstand Gestalt an. Auf den Philippinen z.B. gründeten die Arbeiterinnen einer amerikanischen Firma eine Gewerkschaft, obwohl es seitens der Regierung starke Einschränkungen der Koalitionsrechte gibt. Die Arbeiterinnen legen regelmäßig in allen südostasiatischen Ländern die Arbeit nieder, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ein wichtiger Aspekt des organisierten Widerstands der Arbeiterinnen auf den Philippinen, in Südkorea, in Hongkong ist die Analyse der Rolle, die sie in der internationalen Arbeitsteilung spielen. Indem sie sich gegen die Firmen wehren, erkennen die Arbeiterinnen, daß sie sich über deren internationale Struktur klarwerden müssen, um sich erfolgreich über nationale Schranken und die Schranken verschiedener Branchen hinaus organisieren zu können. Einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer internationalen Arbeiterbewegung unternahmen Arbeiterinnen in Hongkong, die Reisen zu Elektronikarbeiterinnen auf den Philippinen, in Malaysia, in Singapur und in Thailand organisierten.
Eine Frau berichtete über ihre Reise auf die Philippinen Anfang 1978: „Die elftägige Reise war vorbei, aber was ich auf den Philippinen gesehen und gehört hatte, habe ich mir sehr gut gemerkt. Die Arbeiterinnen in Hongkong sollten von den Kolleginnen auf den Philippinen lernen, denn wir haben gesehen, daß man für seine Rechte kämpfen muß. Diese Reise hat mir geholfen, über meine Rolle Klarheit zu bekommen" (10).

Rachael Grossman, in Southeastasia Chronicle Nr. 66 und Pacific Research, Bd. 9 Nr. 5-6 1978/79. (von der Redaktion übersetzt und gekürzt.)

Anmerkungen
Wenn nicht anders angegeben, stammt das Interview-Material von einer Informationsreise von Rachael Grossman nach Hongkong, Malaysia, Singapore, Indonesien und den Philippinen von November 1978 bis Januar 1979.

1) Operator's Handbook; Advanced Micro Devices (Philippines)
2) WALL STREET JOURNAL, September 20, 1972, S. 36.
3) Lim, Linda Y. C. „Women Workers in Multinational Corporations: The Case of the Elektronics Industry in Malaysia and Singapore", Michigan Occasional Papers, Nr. IX, Herbst 1978, S. 7
4) NEW STRAITS TIMES, November 27, 1978, S. 32
6) Interview mit einem Manager von National Semiconductor, Oktober 1978
7) NEW NATION, (Singapore), 24.1.1975.
8) Enrico Paglaban, „Philippines: Workers in the Export Industry", PACIFIC RESEARCH, Bd. IX, Nr. 3,4 (März – Juni), 1978, S. 18.
9) Lim, Linda Y. C. a.a.O. S. 32
10) VOICES, Chritian Conference of Asia-Urban-Rural Mission, Japan, 6.10.1978, S. 15.
11) Linda Gale, Chen, „The Effect of Industrial Employment and Management Policies on the Lives of Taiwanese Working Women", paper delivererd at a conference on „Modern Man and His Industrial Environment", 13./14. Mai 1978, Taichung, Taiwan, p. 16.
Weitere wichtige Informationsquellen sind:
„Free Trade Zones and Industrialization of Asia", special issue AMPO, Tokyo, 1977.
SILICON VALLEY: Paradise or Papadox? (Pacific Studies Center, Oktober 1977).



Kampfansage gegen die Beschneidung der Frau

Unser Kampf oder Kampf der Afrikanerinnen?

Auf der Tagesordnung der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen stand ein heikles Thema, das in letzter Zeit viele Gemüter in Europa und Asien erhitzt hat, und das die Feministinnen groß auf ihr Banner geschrieben haben: die Genitalverstümmelung der Frau, die in weiten Teilen Afrikas, in einigen arabischen Ländern, in Malaysia und sporadisch in Süd-Amerika vorkommt. (1) Obwohl die Beschneidung auf der ganzen Welt von engagierten Fraun schärfstens verurteilt wird, ist es umstritten, auf welche Weise man gegen diese traditionelle und sozial tief eingewurzelte Sitte vorgehen sollte. Denn die Frage, ob und was nicht-afrikanische Frauen gegen die Beschneidung unternehmen können, ist eine sehr schwierige und bedarf gründlicher Überlegungen. Dies umso mehr angesichts der negativen Reaktionen von Afrikanerinnen auf die Entrüstung hiesiger Frauen. Im Folgenden bringen wir daher die Rezension zweier Publikationen zur Beschneidung; die Übersetzung eines Artikels aus „Jeune Afrique" über die Reaktion der „Vereinigung der afrikanischen Frauen zur Erforschung der Entwicklung" (AFARD) auf die westliche Kampagne gegen die Beschneidung und schließlich einige Überlegungen einer deutschen Afrikakorrespondentin zu diesem Thema.

Red.

Fran P. Hosken, The Hosken Report Genital and Sexual Mutilation of Females. 2., erweiterte und revidierte Auflage. Lexinton, Mass. 1979. zu beziehen über: Women's International Network (WIN) News.
187 Grant St., Lexington, Mass., 02173 U.S.A.
17 $ plus 4 $ Porto, im voraus bezahlbar.

Der Verdienst Fran Hosken's ist es, mit diesem Report eine umfassende Dokumentation der verstreuten und häufig unzugänglichen Publikationen zur Beschneidung aus den Gebieten der Medizin, der Soziologie und der Ethnologie zusammengestellt zu haben. Neben genauen medizinischen Fakten, einer Darstellung der Geschichte der Beschneidung (soweit sie bekannt ist), Erklärungen der Betroffenen dazu, einem Vergleich mit der männlichen Beschneidung, sowie zahlreiche Einzelfallbeschreibungen bietet diese zweite erweiterte Auflage ein Kapitel zur Rolle der Frau in der afrikanischen Gesellschaft und zu ihrer Benachteiligung durch die Modernisierung und schließlich einen Bericht der im Februar abgehaltenen Konferenz der Weltgesundheitsorganisation in Khartoum zu dieser Frage. Der Report enthüllt auch die bisherige Untätigkeit – und oft Unkenntnis – von Entwicklungsorganisationen, wie der Weltgesundheitsorganisation oder UNICEF, auf diesem Gebiet.
Leider ist aber der Grundton des Berichts eher dazu geeignet der Abschaffung der Beschneidung entgegenzuwirken. So verwischt die von Hosken beteuerte weltweite Verschwörung der Männer gegen die Frauen, die ihre höchste Stufe in der Genitalverstümmelung der Frau findet, die sehr komplizierten und sozialen Hintergründe solcher Praktiken, die ja häufig von den betroffenen Frauen selbst perpetuiert werden. Der Hinweis darauf, daß die Frauen in diesem Fall von den patriarchalischen Gesellschaften einer Gehirnwäsche unterzogen werden, hilft wenig bei der Ausarbeitung konstruktiver Vorgehensweisen gegen die Beschneidung. Und er schließt von vornherein aus, daß auch Männer in den entsprechenden Ländern für die Abschaffung der Beschneidung aufgeschlossen sein könnten.
Eine falsche Interpretation der traditionellen Rolle der Frau, der ursprünglichen Eigentumsverhältnisse, des Brautpreises und der Polygamie, eine Pauschalierung der Fakten sowie die nichthinterfragte Übertragung einiger Fälle auf Gesamtafrika erwecken ein Bild der Afrikanerin als Sklavin des Mannes. Ein Bild, das verständlicherweise viele Afrikanerinnen nicht bereit sind zu akzeptieren. So haben z.B. im Sudan, wo zwar die Infibulation noch durchgeführt wird, Frauen erreicht, daß es bei den lokalen Regierungen eine feste Frauenquote gibt, wonach mindestens 25 % der Sitze mit Frauen zu besetzen sind. (Ein Ziel, von dem wir in Europa noch weit entfernt sind).
Die Kritik einiger Afrikanerinnen auf diese Kampfansage gegen die Beschneidung ist Fran Hosken nicht unbekannt. Diese Afrikanerinnen sind der Meinung, daß dieser Kampf allein der ihre ist und nur mit aller Vorsicht geführt werden darf. Die Reaktion Hoskens darauf, nämlich die Berechtigung gebildeter Afrikanerinnen für die Frauen Afrikas zu sprechen, in Frage zu stellen, und Hosken's Überzeugung, daß ihr eigener Kreuzzug, weil humanitär, mit allen Mitteln und trotz aller Kritik zu führen sei, zeugt von einer Unempfindlichkeit gegenüber Völkern, die auf Grund der kolonialen Erfahrung besonders verletzlich sind, wenn Nicht-Afrikaner ihnen mit einem selbstgerechten Gehabe gegenüber treten. Viele Afrikanerinnen sind außerdem der Meinung, daß die wirklichen Probleme der Frau nicht in diesem spektakulären Bereich, sondern z.B. in der Ausbildung oder in der Schaffung von Einkommensmöglichkeiten für Frauen liegen. Wie man hier zu einer Verbesserung der Lage der Frau in Afrika von Europa aus beitragen könnte, ist von Frauengruppen selten thematisiert worden.
Die Dokumentation von Fran Hosken ist, abgesehen von ihrer ideologischen Färbung jedoch sehr wertvoll für alle, die sich mit diesem Problem beschäftigen wollen. Es ist wohl am ehesten die Sammlung von Informationen zur Beschneidung, die für Afrikanerinnen häufig unzugänglich sind, womit wir hier in Europa einen sinnvollen Beitrag zur Unterstützung der Afrikanerinnen in ihrem Kampf gegen die Beschneidung leisten können.

Jbt

I. Braun, T. Levin und A. Schwarzbauer (Hrsg.). Materialien zur Unterstützung von Aktionsgruppen gegen Klitorisbeschneidung. München: Verlag Frauenoffensive, 1979. 82 S. 7,– DM

Diese sehr informative Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Aktionsgruppe in München gegen die Beschneidung der Frau, die sich 1977 anläßlich des Aufrufs der Zeitschrift „Emma", gegen die Genitalverstümmelung vorzugehen, gebildet hat. Das Buch enthält Aufsätze zur allgemeinen Information, zur Situation der betroffenen Frauen, einen Erklärungsversuch der Entstehung der Beschneidung und Vorschläge für Aktionen und Aufklärungs-

kampagnen hier in Europa. Unter anderem ist ein Artikel von Fran Hosken zu den medizinischen Auswirkungen der Beschneidung übersetzt worden. Besonders erwähnenswert scheint mir der Beitrag von Liselotte Roost und Peter Weidkuhn, die auf die komplexen sozialen Hintergründe der Beschneidung eingehen und aufzeigen, daß, solange das Ansehen von Frauen in den betroffenen Ländern davon abhängt, daß sie diese „Operation" über sich haben ergehen lassen; und daß, solange das Prestige und die Verdienstmöglichkeiten der Hebammen von der Durchführung dieses Eingriffs abhängen, es schwer sein wird, gegen die Beschneidung vorzugehen. Es ist deshalb notwendig, so folgern die Autoren, daß neue Bereiche geschaffen werden, in denen die afrikanischen Frauen gesellschaftliche Anerkennung erreichen können.
Diese Materialien eigenen sich gut zu einem Einstieg in di e gesamte Problematik.

ibt

1) Zur Definition der verschiedenen Formen der Beschneidung siehe dieses Heft Seite 43

„Die Verstümmelung der Geschlechtsorgane des weiblichen Körpers, aus welchem Grund auch immer, bedeutet einen fundamentalen Verstoß gegen die Menschenrechte aller Frauen im allgemeinen und besonders gegen die weiblichen Kinder und Frauen, die verstümmelt werden. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein grundlegendes Menschenrecht, das nicht beschnitten werden kann."

Fran P. Hosken

Das Vorgehen einiger westlicher Feministinnen in der Frage der Beschneidung hat eher das Gegenteil erreicht als sie bezweckt haben. Es hat sogar einer Solidarisierung von Frauen in der ersten und der dritten Welt entgegengewirkt. Anfang dieses Jahres hat die „Vereinigung der afrikanischen Frauen zur Erforschung der Entwicklung" (AFARD) eine Stellungnahme abgegeben, in der sie zwar die Beschneidung eindeutig verurteilt, sie sich aber von westlichen Feministinnen in dieser Frage abgrenzt. Da uns zu diesem Zeitpunkt der genaue Wortlaut dieser Stellungnahme nicht vorliegt, möchten wir deshalb dazu einen Artikel aus „Jeune Afrique" wiedergeben.

Red.

Die Beschneidung, jenseits der Leiden - schaften

Die Beschneidung, jenseits der Leidenschaften
Man hat sie minutiös beschrieben, analysiert und auf dem von der Weltgesundheitsbehörde 1979 in Karthoum einberufenen Seminar verurteilt, und sie wird auf der Weltfrauenkonferenz von neuem auf der Tagesordnung stehen. Wie sieht es nun aber wirklich mit der Beschneidung aus, jenseits aller Leidenschaften und empörten Reaktionen?

Gegen den Paternalismus
Tatsächlich geht die Beschneidung, in dem Maße in dem die Verstädterung und die allgemeine Schulbildung vordringen, allmählich zurück. Langsam zwar und kaum wahrnehmbar, aber unaufhaltsam. Dennoch hat die Beschneidung noch nie so sehr Kolloquien, Seminare und die Zeitungen beschäftigt wie heute. Die Feministinnen des Westens empören sich und präsentieren erdrückende Beweise und schockierende Fotos. Aber die afrikanischen Frauen gehen zum Gegenangriff über. Tatsächlich geht es aber gar nicht mehr so sehr um die Beschneidung als solche, sondern generell um die Einstellung der Europäer(innen) gegenüber den Afrikanerinnen. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die der – durchaus gut gemeinten Ansicht sind, den afrikanischen Frauen wäre am besten geholfen, indem man das Problem der Beschneidung öffentlich macht. Auf der anderen Seite stehen aber eben diese Afrikanerinnen selbst, die sich durch die Publizität, mit der die Beschneidung behandelt wird, bloßgestellt und als „rückschrittlich" gedemütigt fühlen. Darauf ist es zurückzuführen, daß die Afrikanerinnen – die im übrigen die Beschneidung und die Infibulation einmütig verurteilen – sich gegen die Internationalisierung eines Problems zu wehren beginnen, daß, wie sie meinen, nur sie und niemand sonst etwas angeht.
Die „Vereinigung der afrikanischen Frauen zur Erforschung der Entwicklung" (AFARD) nimmt kein Blatt vor den Mund. Der Kampf der westlichen Feministinnen gegen die Beschneidung ist in ihren Augen „ein neuer Kreuzzug, der auf der Basis moralischer und kultureller Vorurteile geführt wird. Die Aggressivität, die Ignoranz, der Paternalismus, ja sogar die Verachtung, die diesen Kreuzzug charakterisieren, haben viele Gutwillige verärgert, schließlich sogar schockiert."
Daher ist es nicht erstaunlich, wenn der erste Punkt in der Abschlußresolution der „Zweiten Regionalkonferenz über die Integration der Frau in die Entwicklung" (Lusaka, 2-3.12.1979) die „Verurteilung der internationalen Kampagnen" war, „die von der Komplexität der afrikanischen Realität keine Kenntnis nehmen". Der zweite Punkt befaßte sich mit der Infibulation !..

Was die Afrikaner den marktschreierischen Kampagnen, die von der amerikanischen „Pasionaria" , Fran Hosken, lanciert werden, am meisten vorwerfen ist, daß sie das Problem der Beschneidung auf einer Begriffsebene behandeln, die für Afrika vollkommen fremd ist. Vor allem geht es hier um den Begriff des Leidens. Es ist natürlich richtig, daß sowohl die Beschneidung als auch die Infibulation weit entfernt davon sind, ein Vergnügen zu sein. Aber die Beschneidung bei den Männern, die Tätowierungen, das Schneiden von Schmucknarben und das Abfeilen der Zähne sind auch nicht viel angenehmer. Aber daraus zu schließen, daß die Afrikaner Barbaren sind, heißt zu vergessen, daß die Beherrschung des Körpers und der sinnlichen Empfindungen – zu denen eben auch der Schmerz gehört – einen fundamentalen Bestandteil der traditionellen afrikanischen Erziehung ausmachen. Das von den westlichen Feministinnen gerne in die Diskussion geworfene Argument vom Krieg der Geschlechter scheint nicht minder realitätsfremd zu sein. Für Fran Hosken ist die Beschneidung gleichzeitig sowohl Ursache als auch Folge der Polygamie und damit ein Instrument für die Männer, um die Frauen „an der Kandare" zu halten. Wenn das auch für die Infibulation zutreffen mag, so ist es für die Beschneidung aber keineswegs bewiesen. Diese voreiligen Schlüsse haben nur den Blick für die eigentlichen Probleme getrübt.

„Wenn man sich mit Scheingründen auseinandersetzt", so meinte eine Sozialhelferin „wird man wohl kaum erfolgreich die Folgen bekämpfen können."

Eine Situation zwischen gestern und heute

Zwei Argumente bleiben noch: das Recht auf Gesundheit und das Recht auf eine „normale" Sexualität. Was das erste dieser beiden Rechte betrifft, so könnte es sich durchaus als gefährlich herausstellen, würde man es zum alleinigen Zugpferd im Kampf gegen Beschneidung und Infibulation machen. Denn die Verfechter dieser Praktiken könnten sich ihrer Gegner dann ganz einfach dadurch erwehren, indem sie die Beschneidung nur im Krankenhaus, unter medizinisch einwandfreie Bedingungen durchführen lassen – so wie es in Guinea schon heute der Fall ist, wo per Gesetz die Beschneidung nur unter ärztlicher Aufsicht erlaubt ist. Anstatt die Beschneidung einzudämmen, würde die „Medikalisierung" ihr nur zu einem neuen Aufschwung verhelfen. Was nun das zweite der genannten Rechte betrifft, daß auf eine „normale" Sexualität: diejnigen, die sich das sexuelle Leben der anderen so angelegen sein lassen, weisen immer wieder darauf hin, daß die Beschneidung und ganz besonders die Infibulation Frigidität zur Folge hätten. Hierzu werden auch Zahlen vorgelegt: man nimmt an, daß 63 Millionen afrikanischer Frauen frigide seien, also ein Viertel aller Frauen! In Mali und Somalia sollen es sogar vier Fünftel sein ...

Die Malinesin Aminata Traore vom Institut für Ethno-Soziologie in Abidjan, selbst beschnitten, ist empört: „Nach den Untersuchungen, die wir in Mali und in der Elfenbeinküste durchgeführt haben, sieht es nicht so aus, als sei der Prozentsatz der frigiden Frauen bei den Beschnittenen höher als bei denen, die es nicht sind. Die Klitoris ist nicht alles!

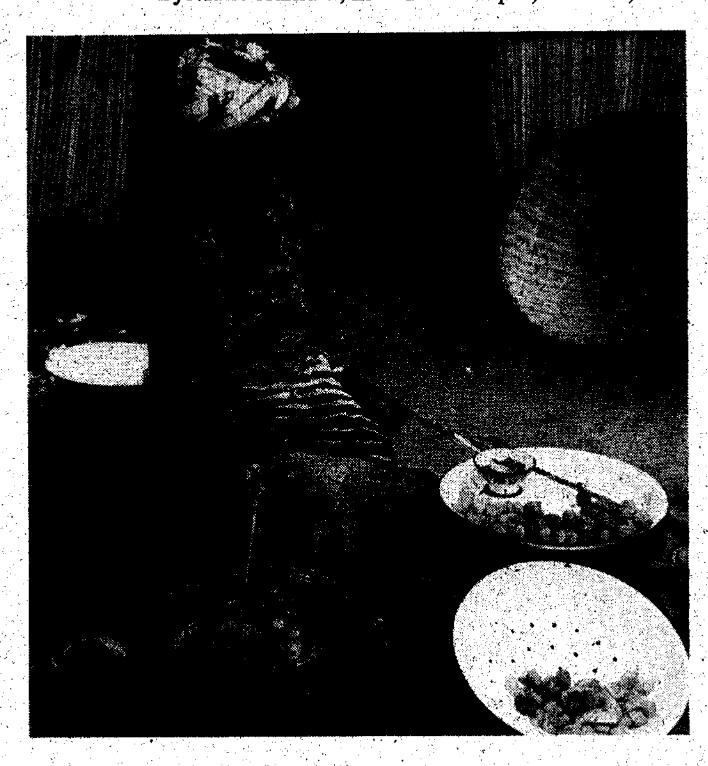
Bei vielen der beschnittenen Frauen war es im Gegenteil erst diese in aller Öffentlichkeit ausgebreitete Diskussion über die Sexualität, die sie gehemmt und verunsichert hat – begannen sie doch erst jetzt, an der „Normalität" ihrer eigenen Sexualität zu zweifeln!"

Statt über Barbarei, Schmerz, Hygiene und Lust sprechen die Afrikaner auf ihren Kolloquien lieber über Entwicklung und sozialen Wandel. Denn man neigt dazu, zu vergessen, daß die Beschneidung früher ein Initiationsritus gewesen war, ein Ritus, der heute aber jeglicher Bedeutung entkleidet ist, da man ja nicht mehr junge Mädchen oder schwangere Frauen beschneidet, sondern Kinder, ja sogar Säuglinge. Trotz dieser Entleerung ihres ursprünglichen Sinnes aber hält sich die Beschneidung. Warum? Nach der Meinung der oben genannten AFARD „wird aufgrund der heutigen weltweiten Krisensituation die Tradition trotz aller ihrer Zwänge für die Völker der Dritten Welt mehr denn je zu einem sicheren Zufluchtsort". Wie Aminata Traoré unterstreicht, ist es diese Situation zwischen einer im Grunde schon überfällig gewordenen Tradition einerseits und dem Fehlen sinnvoller Alternativen andererseits, die der Grund dafür ist, „daß es nicht das Problem der Beschneidung als solcher gibt, sondern vielmehr das enorme Problem der Umdefinition des ganzen sozialen Gefüges". Auf der Konferenz von Lusaka und dem Kolloquium von Yaounde haben die Frauen daher gefordert, daß gründliche Untersuchungen über Ursachen und Folgen von Beschneidung und Infibulation durchgeführt werden sollten.

Die Angelegenheit der Frauen

Ebenso haben sie gefordert, daß in die Programme der Gesundheitsschulen Kurse über diese „sexuellen Eingriffe" und deren Folgen mit aufgenommen werden sollten. Isabelle Tevoedjre, die eine Arbeitsgruppe über die Beschneidung leitet, verteidigt dieses Projekt. Nachdem die Instrumente zur Bekämpfung der Beschneidung definiert worden sind, bleibt nun noch, sie auch in die Tat umzusetzen. Im April werden sich die Weltgesundheitsbehörde und die UNICEF zusammensetzen um ein gemeinsames Aktionsprogramm zu erarbeiten. Im darauf folgenden Monat wird dann ein Seminar über „sexuelle Verstümmelungen" an der Al-Azhar-Universität in Kairo stattfinden. Vorschläge wurden auch von der UNESCO gemacht, die sich bis dahin ziemlich zurückgehalten hatte, um die kulturelle Identität der Afrikaner zu wahren – eine Haltung, die von einigen kritisiert worden ist. Denn heute, so sagen sie, sind es die afrikanischen Frauen selbst, die „Garanten der Tradition", die das Verschwinden der Beschneidung wünschen.

Sylviane Kamara, in Jeune Afrique, Nr. 998, 1980



Hinderniskarten

Hindernis Nr. 1
EIN NEUES LEBEN ...

IL – reiche Frau
Ein Mädchen wird geboren. Es wird gefeiert, die Familie versammelt sich und trinkt eine Flasche Champagner.

EL – reiche Frau
Ein Mädchen wird geboren. Es wird gefeiert, indem die männlichen Familienmitglieder in die Moschee gehen, und beten.
Wäre es ein Junge gewesen, hätte man auch einen Ochsen geopfert.

IL – arme Frau
Ein Mädchen wird geboren. Es wird gefeiert, indem der Vater eine Runde Bier auf seinem Arbeitsplatz spendiert.

EL – arme Frau
Ein Mädchen wird geboren. Der Vater begnügt sich damit, in die Moschee beten zu gehen.

ALLE RÜCKEN EIN FELD VORWÄRTS

Hindernis Nr. 2
FLASCHENKINDER

IL – reiche Frau
Da die Mutter denkt, daß ihre Figur zerstört wird, wenn sie ihrem Kind die Brust gibt, wählt sie die Flasche. Es gibt keine Probleme damit, da sie eine Krankenschwester und einen Arzt hat, an die sie sich wenden kann.
GEH FÜNF FELDER VORWÄRTS

EL – reiche Frau
Die Mutter hat in der Werbung gesehen, daß die Kinder gesund bleiben, wenn sie die Flasche bekommen, so wählt sie die Flasche für ihr Kind. Es geht gut, aber das Kind ist häufig krank. Die Mutter kann Medikamente für das Kind bekommen und die Probleme sind erledigt.
GEH EIN FELD ZURÜCK

IL – arme Frau
Die Mutter hat viele Beschwerden während der Schwangerschaft gehabt. Nach der Geburt wird es für sie schwierig, das Kind zu stillen und sie muß bald zur Flasche übergehen. Das Kind ist häufig krank und sie muß oft von der Arbeit wegbleiben und das Kind pflegen.
GEH TROTZDEM EIN FELD ZURÜCK

EL – arme Frau
Die Mutter hat in der Werbung gesehen, daß Kinder gesund bleiben, wenn sie Flaschennahrung bekommen. Aber sie kann es sich nicht leisten, so viel Milchpulver zu benutzen, wie es notwendig wäre, so daß sie zu viel verdünnen muß und das Kind unterernährt und oft krank ist.
BLEIB ZWEI RUNDEN STEHEN

Hindernis Nr. 3
GESCHLECHTSROLLEN UND AUSBILDUNG

IL – reiche Frau
Dein Schulbesuch ist kein Problem. Du gehst ins Gymnasium, kannst dich danach aber nicht entscheiden, was du willst. Die Familie ist der Ansicht, daß du eine Ausbildung erhalten sollst, bevor du heiratest.
Während du wartest, geh ein Feld vorwärts

EL – reiche Frau
Deine Familie weiß, daß es wichtig für dich ist, bevor du heiratest, lesen und schreiben zu können. So kommst du sowohl in die Grundschule als auch später in die Oberschule und du schaffst es gut.
Geh zwei Felder vor

IL – arme Frau
Mit sechs Jahren kommst Du in die Schule. Du bist oft krank, da ihr in einer alten und feuchten Wohnung lebt. Darüber hinaus ist es nie ruhig, um die Hausaufgaben in Ruhe in der kleinen Wohnung zu machen. Deshalb kommst Du schwer mit und hast es bald satt, in die Schule zu gehen. Du gehst aus dem Haus so bald wie möglich, um Geld zu verdienen und wartest nur darauf, geheiratet zu werden.
Geh ein Feld vorwärts

EL – arme Frau
Du kommst in die erste Klasse und schaffst es gut, aber weil man zu Hause deine Arbeitskraft nicht entbehren kann, kannst du nicht in die nächste Klasse gehen. Du sollst statt dessen zu Hause der Mutter helfen und die kleineren Geschwister beaufsichtigen.
Bleib eine Runde stehen

Hindernis Nr. 4
DER PRINZ AUF DEM WEISSEN PFERD

IL – reiche Frau
Du hast einen passenden Freund gefunden, den du gern heiraten willst. Es wird eine große und flotte Hochzeit mit vielen Gästen. Du freust dich, Hausfrau in einem großen Haus zu werden.
Geh drei Felder vor

EL – reiche Frau
Deine Familie hat für Dich einen passenden Ehemann gefunden, mit dem du verheiratet wirst. Es wird eine große und flotte Hochzeit mit vielen Gästen. Du bist in dieser Situation etwas beklemmt, hast aber deine Schwestern, mit denen du sprechen kannst.
Geh drei Felder vor

IL – arme Frau
Du hast einen Freund gefunden und willst gerne mit ihm zusammenziehen. Deine Eltern sind dagegen – sie möchten am liebsten, daß ihr heiratet – aber ihr findet eine kleine, alte Wohnung und zieht zusammen.
Geh zwei Felder vor

EL – arme Frau
Deine Eltern haben für Dich einen passenden Mann gefunden, aber sie haben Schwierigkeiten, die Mitgift zu beschaffen.

Bleib zwei Runden stehen, während deine Eltern zu Familien

Hindernis Nr. 5
DU BIST EINE „RICHTIGE" FRAU

IL – reiche Frau
Ein Jahr nach der Hochzeit gebärst du einen Sohn. Die Familie ist sehr stolz, und da du zwei Jahre später eine Tochter gebärst, seid ihr eine richtig glückliche Familie.
Geh vier Felder vor

EL - reiche Frau
Ein Jahr nach der Hochzeit gebärst du einen Sohn. Die Familie ist sehr stolz und es wird ein Ochse geopfert. Du hast jetzt deinen Wert als Ehefrau bewiesen.
Geh vier Felder vor

IL – arme Frau
Ihr freut euch, ein Kind zu bekommen, aber als es geboren ist, könnt ihr keinen Platz in der Kinderkrippe finden. Ihr müßt alle möglichen Notlösungen mit verschiedenen Stellen finden. Darüber mußt du oft der Arbeit fernbleiben und zu Hause sein, um auf dein Kind aufzupassen.
Setze eine Runde aus, während ihr in der Gemeinde nach einem Platz in der Kinderkrippe suchen geht.

EL – arme Frau
Nachdem du einige Jahre unter der Scham, nicht schwanger geworden zu sein, gelitten hast, wirst du jetzt dein erstes Kind gebären. Du hast Angst, daß etwas schief gehen könnte, wie du es so oft auf dem Lande miterlebt hast. Der weise Mann des Dorfes gibt dir einige Kräuter und die Geburt verläuft gut. Das Kind aber ist sehr klein, und stirbt einige Tage nach der Geburt. Die Familie verachtet dich und du mußt
zwei Felder zurückgehen

Hindernis Nr. 6
EIN APFEL AM TAG

IL – reiche Frau
Eines von deinen Kindern ist krank geworden. Du holst den Arzt, der auch schnell kommt. Es zeigt sich, daß es eine gewöhnliche Kinderkrankheit ist. Das Kind erholt sich schnell.
Geh zwei Felder vor

EL – reiche Frau
Eines von deinen Kindern ist krank geworden. Es ist guternährt und ihr könnt ärztliche Hilfe bekommen. Das Kind wird schnell gesund und vergißt schnell seine Krankheit.
Geh zwei Felder vor

IL – arme Frau
Eines von deinen Kindern hat Masern bekommen. Da dein Einkommen geringer ist als das deines Mannes, bist du es, die zu Hause bleiben muß, um das Kind zu pflegen, und somit verlierst du einen Wochenlohn.
Bleib eine Runde stehen, während du dein krankes Kind pflegst

EL – arme Frau
Eines von deinen Kindern hat Masern bekommen. Da es sich nicht in einem so guten Ernährungszustand befindet, und es im Dorf keine ärztliche Hilfe gibt, wird die Krankheit schnell schlimmer und es stirbt im Laufe von einigen Tagen.
Du bist darüber traurig, da du vorher schon ein Kind verloren hast. Aber es gibt nicht so viel Zeit, darüber nachzugrübeln, weil die Arbeit auf dem Feld gemacht werden muß.
Geh ein Feld zurück, da die Arbeit auf dem Feld schlecht vorangeht

Zum Ausschneiden und Aufkleben

Literatur

Frauen in der Dritten Welt – blätter des Iz3w Nr. 57, Nov. 1976. (Erhältlich als Sonderdruck beim Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg.)

Ester Boserup: Woman's Role in Economic Development. London 1970.

Gunhild Rauch: Frauenarbeit in den Städten Kolumbiens. Verlag Frauenpolitik, Münster 1978.

Moema Viezzer: Wenn man mir erlaubt zu sprechen... Zeugnis von Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens. Lamuv Verlag Köln.

Andrea Baumgartner-Karabak / Gisela Landesberger: Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien. rororo-aktuell 4268.

Dietlinde Leßner: Zur sozialen Lage der Frau in Entwicklungsländern. Eine Fallstudie: Algerien. Tudov-Verlag, München 1978.

Salma Galal: Emanzipationsversuche der ägyptischen Frau. Verlag Frauenpolitik, Münster 1977.

Ruth Erlbeck: Frauen in Indien. Verlag Frauenpolitik, Münster 1978.

Maria Mies: Indische Frauen zwischen Chancengleichheit und Patriarchat. Meisenheim 1973.

Blandena Lee Kossodo: Die Frau in Afrika. Zwischen Tradition und Befreiung List Verlag 1978.

Luitgard Fleischer: Zur Rolle der Frau in Afrika. Heirat, Geburt und Krankheit im Leben der Hausa-Frauen in Nigeria, Kübel Stiftung 1977.

Frauen im Befreiungskampf (im Südlichen Afrika). Hrsg. von der Informationsstelle Südliches Afrika, Blücherstr. 14, 5300 Bonn.

Ruth Weiss: Frauen gegen Apartheid, rororo-aktuell 4351, 1980

Kay-Michael Schreiner, (Hrsg.), Frauen in der Dritten Welt. Hammers Jahrbuch Dritte Welt 2. Wuppertal 1980

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.): Frauen und Dritte Welt, Beiträge 3 zur feministischen Theorie und Praxis. München. Frauenoffensive 1980

Brauen, I. u.a. (Hrsg.): Materialien zur Unterstützung von Aktionsgruppen gegen Klitorisbeschneidung, München, Frauenoffensive 1979

Filme

Communiqué aus Argentinien
USA 1977, 40 Min. F. Kuretzky u.a.
Dokumentarfilm über die Rolle der Frau in den peronistischen Kämpfen Argentiniens. Er stellt die bekannte Aktivistin Lili Massafero von der Widerstandsorganisation Montoneros und ihre politische und persönliche Entwicklung vor.

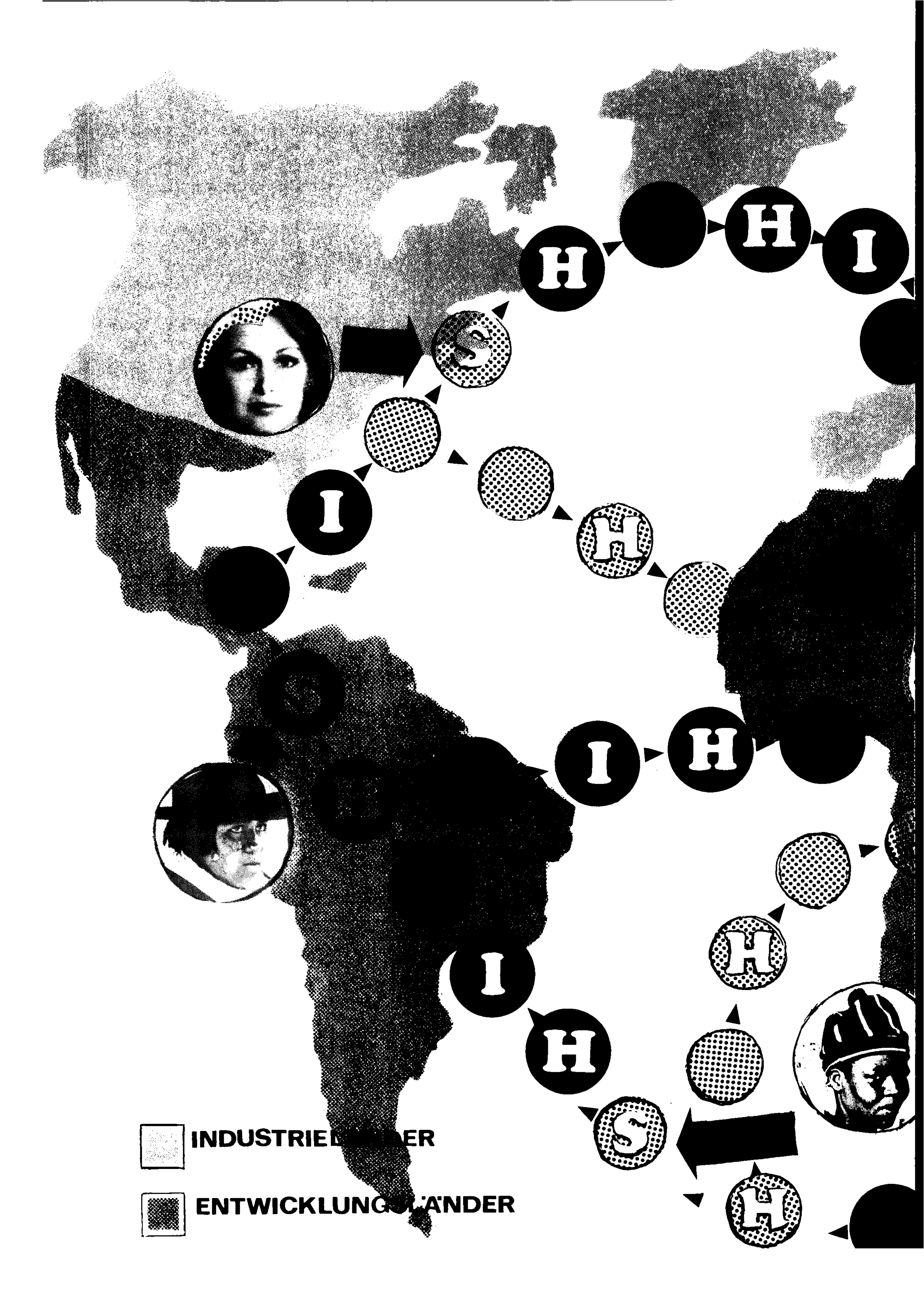
Flaschenkinder
Peter Krieg, 1975, BRD, 26 Min.
Dokumentarfilm, Der Film erläutert die Ausbeutungsmechanismen der Dritten Welt anhand eines konkreten Beispiels: die katastrophalen Folgen der künstlichen Flaschenernährung von Babies anstelle von Stillen – bedingt durch die schlechten hygienischen Bedingungen – werden aufgezeigt. Die Babies – Opfer diesr neuen „Saugflaschenkrankheit" – sterben an Inektionen. Wider besseres Wissen, aus kommerziellen Gründen, werden Flasche und Milchpulver von der Firma Nestle mit den Mitteln eines großen Werbefeldzuges propagiert.

Frauen in der Dritten Welt
Erwin Leiser, Schweiz 1975, 55 Min.
Dokumentarfilm, der die Rolle der Frau in der Dritten Welt an Beispielen aus Peru und Kenia beschreibt. Mangelnde Ausbildung, Armut, Not kennzeichnen das Leben dieser Frauen.
Ausbildungsprogramme und Selbsthilfe sind Schritte auf dem Weg zur Befreiung.

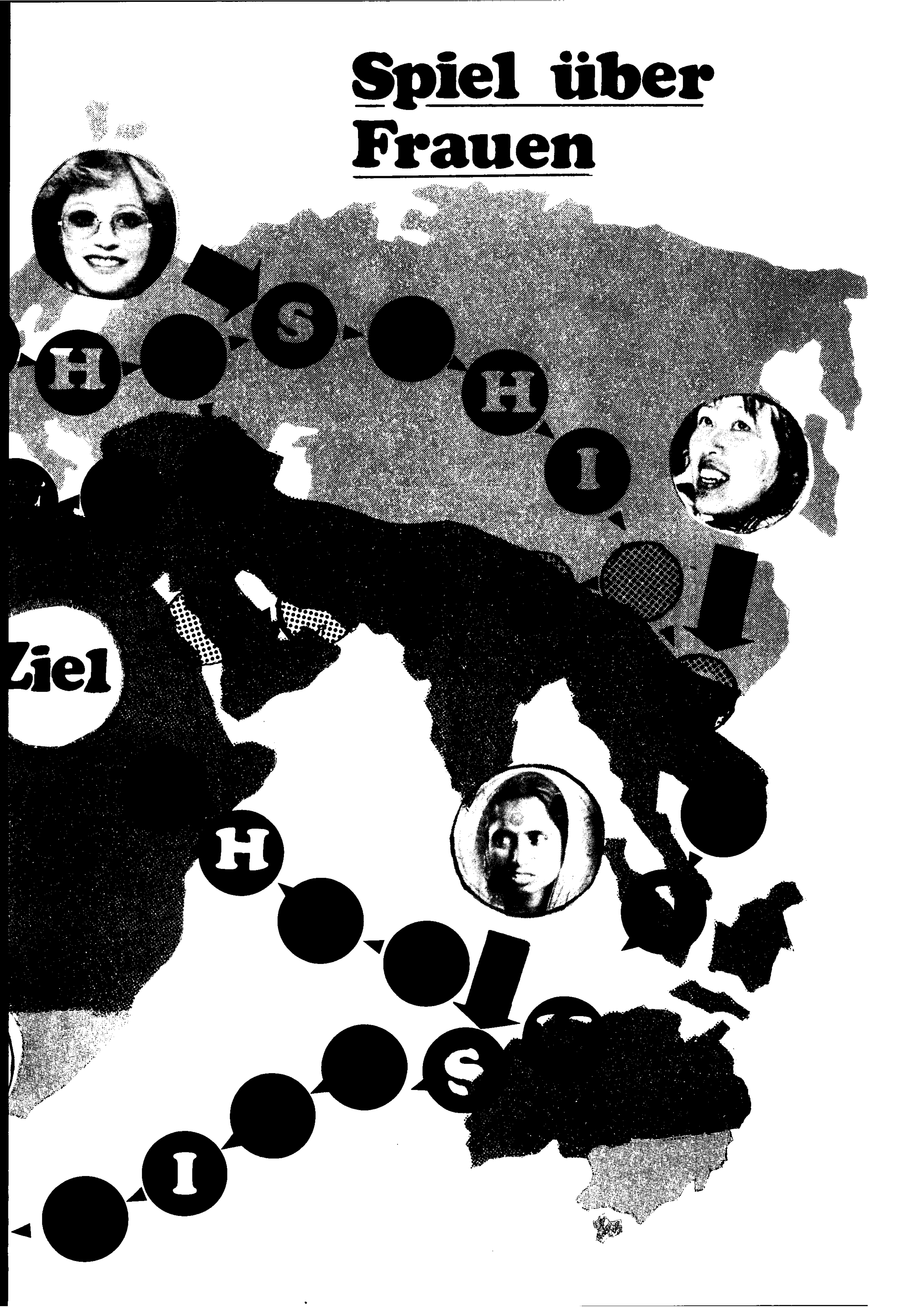
Iracema
Jorge Bodanzky und Orlando Senna, Brasilien/BRD 1975, 96 Min.
Hintergrund für diese Geschichte der fünfzehnjährigen Iracema, die als Prostituierte verkommt, ist die industrielle Erschließung des südamerikanischen Kontinents. Die Wälder werden abgeholzt, um eine gigantische Straße zu bauen. Rücksichtslose Spekulanten vertreiben oder versklaven die Urbevölkerung. Iracemas Leidensweg steht stellvertretend für ein Millionenheer von Besitzlosen und Entrechteten in Brasilien. Am wenigsten eine Frau hat weder etwas zu entscheiden noch zu fordern.

Shirins Hochzeit
Helma Sanders, BRD 1975, 130 Min.
Shirin lebt in einem Dorf in Anatolien und soll mit einem Gutsverwalter verheiratet werden. Doch sie liebt Mahmud, einen jungen Mann aus ihrem Dorf, der im fernen deutschen Köln arbeitet. Shirin flieht, läßt sich als Gastarbeiterin nach Deutschland anwerben, um Mahmud zu finden. In Köln begegnet Shirin einer fremden Welt. Als sie ihre Arbeit verliert, bekommt sie dann zwar einen Job als Putzfrau, muß sich aber viele Demütigungen gefallen lassen. Dann läuft ihre Aufenthaltserlaubnis ab: ohne Erlaubnis gibt es keine Arbeit – und umgekehrt. Shirin weiß nur eins: sie kann nicht wieder zurück, muß Mahmud finden und weiterhin ihrer Familie Geld schicken. In dieser Situation begegnet Shirin dem Kölner Zuhälter Aida. Sie ist verzweifelt, aber sie arbeitet für ihn. Und eines Tages findet sie auch Mahmut. Die „Hochzeit" ist allerdings anders, als sie es erträumt hat.

Das Blut des Condors
jorge Sanjines, Bolivien 1969, 80 Min.
In einem Indio-Dorf auf der Anden/Hochebene werden von Angehörigen des nordamerikanischen Friedenscorps Indio-Frauen heimlich sterilisiert. Der Geburtenrückgang, der für die Indios einen Schicksalsschlag darstellt, veranlaßt sie, den Fremden diese Tat mit Gewalt zu vergelten. Daraufhin werden einige Männer von der Staatspolizei erschossen, einer


INDUSTRIE…ER
ENTWICKLUNG…LÄNDER

Spiel über Frauen



überlebt und könnte durch Blutkonserven gerettet werden. Doch alle Versuche seines Bruders, dies zu erreichen, scheitern. Das letzte Bild zeigt einen Wald von Gewehren mit emporgereckten Fäusten. Der Film wurde wegen „Anstiftung zu subversiver Tätigkeit" verboten und erst nach Protestaktionen freigegeben.

Simplemente Jenny
USA, 1978, 30 Min.
Eine brasilianische Filmemacherin beleuchtet die Widersprüche zwischen dem Frauenbild einer bürgerlichen Presse, die auch in Lateinamerika für eine kleine Oligarchie Pin-Up Modelle entwirft und der Lebensrealität der Masse der Frauen, die um ihre Existenz kämpfen.

Frauen im Iran
1979, 43 Min.
Interviews mit Frauen aus verschiedenen sozialen Schichten, die über ihre Situation vor der Revolution und über ihre eigene Beteiligung an der Revolution berichten.

Salz der Erde
Herbert J. Biberman, USA 1953, 92 Min.
„Salz der Erde"rekonstruiert einen vierzehn Monate langen Streik, der sich 1950 in Silver City,New Mexico, ereignete. Nach einem Grubenunglück legten die Bergleute die Arbeit nieder, um ihren Forderungen nach gerechtern Löhnen und schärferen Sicherheitsbestimmungen Nachdruck zu verleihen. Ihr Protest richtete sich auch gegen die Diskriminierung, der sie als Amerikaner mexikanischer Abstammung ausgesetzt waren, sowie gegen die unzureichenden hygienischen Einrichtungen der Arbeiterwohnungen. Als die Minengesellschaft es ablehnte, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, beginnt der monatelange Streik.Schließlich werden die Arbeiten durch einen Gerichtsbeschluß gezwungen, ihre Streikposten zu verlassen. Jetzt treten die Arbeiterfrauen an ihre Stelle und führen den Streik erfolgreich zu Ende.

Bis es dazu kommt, daß die Frauen aktiv in den Arbeitskampf ihrer Männer eingreifen, beschreibt der Film einen langwierigen Prozeß der Emanzipation. Die Schwierigkeiten der Frauen, das eigene traditionelle Rollenverhalten zu überwinden, stehen den Schwierigkeiten der Arbeiter in ihrem Kampf nicht nach. Nur langsam beginnen die Arbeiter einzusehen, daß sie in ihren Familien die Herrschaftsverhältnisse,.gegen die sie kämpfen, fortsetzen, und daß sie selbst dabei die Rolle der Unterdrücker und Ausbeuter spielen.

Zum Ausschneiden und Aufkleben

Hinderniskarten

Hindernis Nr. 7
WIE FRAUEN FÜR MÄNNER STERBEN

IL – reiche Frau
Dein Hausfrauendasein langweilt dich. Du hast angefangen, heimlich zu trinken und endest als Alkoholikerin. Dein Mann bringt dich in eine Entziehungsanstalt, fordert die Scheidung und bekommt die Kinder zuerkannt.
Geh drei Felder zurück

EL – reiche Frau
Du wirst ernsthaft an Gallensteinen krank, aber glücklicherweise kann deine Familie es sich leisten, dich in die großen und guten Krankenhäuser des Landes zu schicken, wo man nur behandelt wird, wenn man dafür bezahlt. Du überstehst die Operation gut, darfst wieder nach Hause und reist zur Erholung in ein Hotel an der Küste.
Geh zwei Felder vor

IL – arme Frau
Du hast dauernd Schmerzen im Kreuz aufgrund der Zugluft und der schlechten Arbeitsstellung auf dem Arbeitsplatz. Dein Arzt kann dir nicht viel helfen, und du wagst nicht, dich krank zu melden, da du Angst hast, deinen Arbeitsplatz zu verlieren.
Steh eine Runde ruhig, während du deinen Rücken kurierst

EL – arme Frau
Du bist ernsthaft an Tuberkulose erkrankt und dadurch arbeitsunfähig. Dein Mann muß eine andere Ehefrau nehmen, die im Haus hilft und die Kinder versorgt. Du führst ein unscheinbares Dasein in einer Ecke des Hauses.
Geh vier Felder zurück

Hindernis Nr. 8
ARBEIT UM ZU LEBEN

IL – reiche Frau
Du bist froh über deine Arbeit in einem Büro, aber die Firma verlegt ihre deutsche Abteilung in ein Entwicklungsland und du wirst gefeuert. Deine Eltern und dein Freund sind derMeinung, daß die Zeit jetzt passend ist, zu heiraten und Kinder zu bekommen. Du siehst der Zukunft froh entgegen und **Geh ein Feld vor**

EL – reiche Frau
Nach dem Studium willst Du gern einen Job haben, mit dem dein Mann einverstanden ist. Aber es ist schwierig für Dich, eine Stellung zu finden, da Dein Fach traditionell eine Männerdomäne ist. Du wirst ständig abgewiesen und rückst nur langsam unter den vielen Bewerbern vor.
Geh ein Feld vor

IL – arme Frau
Du arbeitest als Näherin in einer Konfektionsfabrik. Eines Tages macht die Fabrik zu, und es gibt für dich keine Möglichkeit, in deiner Stadt eine andere Arbeit zu finden. Die Familie kommt ohne Dein Einkommen schlecht aus, aber eine zeitlang bekommst du Arbeitslosengeld, und die Familie schafft es vorläufig. **Bleib stehen**

EL – arme Frau
Dein Mann kann schlecht ein Einkommen bekommen, das für die Familie ausreicht. Es gelingt Dir, eine Heimarbeit zu bekommen, bei der Du Zigaretten drehen mußt. Inzwischen hat sich die Situation noch verschlechtert und obwohl Du einiges verdienen kannst, beansprucht die Arbeit dich doch 10 Std. täglich. Du hast keine Möglichkeit eine andere Arbeit zu kriegen und mußt weitermachen bis zum Tag, an dem endlich keine Heimarbeit mehr zu bekommen ist. Jetzt ist deine Familie wirklich in einer schlechten Situation. **Bleib drei Runden stehen, suche eine Lösung**

Hindernis Nr. 9
WAS DER VATER MACHT . . .

IL – reiche Frau
Die Kinder haben die Schule angefangen, und du langweilst dich, allein zu Hause zu sein. Du hast Lust, rauszukommen und ein paar Stunden täglich zu arbeiten. Aber dein Mann kann ohne Mühe die Familie versorgen und er sieht es nicht gern, daß du Arbeit nimmst. Du bekommst dann die Erlaubnis, zu einer Entwicklungshilfeorganisation ehrenamtlich ein paar Vormittage in der Woche zu arbeiten. Dadurch setzt sich allmählich deine persönliche Entwicklung in Gang.
Geh ein Feld vor

EL – reiche Frau
Du hast Lust, zu Besuch zu Deiner Familie zu fahren. Dein Mann kann leicht freinehmen und fährt zusammen mit Dir zu Deinen Eltern
Geh zwei Felder vor

IL – arme Frau
Die Kinder sind groß geworden und haben mit der Schule angefangen. Du hast das Gefühl, daß du jetzt etwas Zeit für dich hast und möchtest etwas lernen, wozu du nicht die Möglichkeit hattest, als du jung warst. Du willst Englisch in der Abendschule lernen, aber dein Mann ist dagegen. Um des Hausfriedens willen meldest du dich nicht zu dem Kurs, sondern versuchst dagegen, den Englischunterricht im Funkkolleg zu folgen. **Bleib einen Wurf stehen, während du die Arbeitsbogen vor dei nem Mann versteckst**

EL – arme Frau
Du willst gerne Deine Familie sehen, die du seit langem nicht besucht hast. Dein Mann will nicht, daß du mit ihnen verkehrst und gibt dir keine Erlaubnis zu fahren. Da du gehorschen mußt, bist du traurig
Unabhängig davon, spiel weiter

Hindernis Nr. 10
EHESCHEIDUNG – GLÜCK ODER UNGLÜCK?

IL – reiche Frau
Dein Mann und Du seid einige Jahre verheiratet und ihr habt euch auseinandergelebt. Du siehst keinen Grund mehr, die Ehe aufrechtzuerhalten und willst dich scheiden lassen. Das will aber dein Mann nicht. Du ziehst aus und leitest das Ehescheidungsverfahren ein. Es ist psychisch sehr schwer für dich, denn du wirst ständig auf deine Pflicht als Ehefrau hingewiesen, außerdem wie unvernünftig es sei, als alleinstehende Frau zu leben. Du stehst aber fest hinter Deiner Entscheidung und siegst.
Zwei Felder vor

EL – reiche Frau
Dein Mann ist brutal und Du willst dich scheiden lassen. Das will deine Familie nicht mitmachen, und Du mußt dich unterordnen, da Du nicht ohne ihre Hilfe klarkommen kannst. Du wirst sauer und unumgänglich und suchst Trost in Luxusgütern.
Bleib eine Runde stehen, während du dich über deine Situation ärgerst

IL – arme Frau
Du fühlst, daß dein Mann brutal gegen dich ist und du möchtest dich scheinen lassen, aber bewältigst nicht alle Schwierigkeiten, die eine alleinstehende Frau mit Kindern hat. Du bleibst in deiner schlechten Ehe, hast immer Kopfschmerzen und bist oft bei schlechter Laune.
Geh zu Bett mit deinem Kopfweh für eine Runde

EL – arme Frau
Du hast dich in deinem Dorf in einen anderen Mann verliebt. Dein Mann arbeitet in der Stadt, wo er mit einer anderen Frau zusammenlebt. Du willst dich gerne scheiden lassen, aber das will dein Mann nicht. Du hast kein Geld für die Scheidung.
Bleib zwei Runden stehen

Hindernis Nr. 11
SIND NUR MÄNNER STARK?

IL – reiche Frau
Dein Mann stirbt. Du bist noch recht jung, hast aber keine Ausbildung, die du anwenden kannst, nachdem du viele Jahre Hausfrau gewesen bist. Du bekommst einen Halbtagsjob im Büro und mit der Pension von deinem Mann kommst du doch gut aus.
Geh zwei Felder vor

EL – reiche Frau
Dein Mann stirbt, aber zum Glück kann dir deine Familie bei dem Unterhalt helfen, bis deine Kinder diese Pflicht übernehmen können.
Geh ruhig ein Feld vor

IL – arme Frau
Dein Mann stirbt bei einem Arbeitsunfall. Du bist Fabrikarbeiterin und jetzt die einzige Fürsorgerin für deine zwei Kinder. Dein Einkommen reicht für die Ausgaben für euer Haus nicht aus und du mußt es verkaufen. Du hast eine Entschädigung von der Versicherung bekommen und mit dem Kindergeld, das du noch bekommst, könnt ihr euch das Notwendigste leisten.
Bleib eine Runde stehen, während du in der Schlange vor dem Sozialamt stehst

EL – arme Frau
Dein Mann stirbt. Du bist noch recht jung und hast keine erwachsenen Kinder, die für dich sorgen würden. Da du keine Familie zur Hilfe hast, mußt du im Dorf betteln gehen, es sei denn, es gelingt dir, einen neuen Mann zu finden. Du bist also gezwungen, den ersten Besten zu nehmen, der dich heiraten will.
Geh ein Feld zurück

Hindernis Nr. 12
GIBT ES ANWENDUNG FÜR ERFAHRUNGEN?

IL – reiche Frau
Du bist alt und verwitwet. Deine Kinder sind erwachsen. Du bist in ein Pflegeheim gekommen, wo du nicht viel Besuch bekommst, so daß du dich schnell einsam fühlst und die Lebenslust verlierst.
Bleib stehen und warte, bis du eine sechs wirfst, so daß du sterben kannst

EL – reiche Frau
Du bist alt und verwitwet. Deine Kinder sind erwachsen und Du wohnst bei deinem ältesten Sohn. Den Tag verbringst du damit, deiner Schwiegertochter zu helfen, indem du z.B. auf die Enkelkinder aufpaßt.
Geh ein Feld vor

IL – arme Frau
Du bist alt und allein. Deine Kinder sind erwachsen und Du kommst in ein Pflegeheim. Hier fühlst du dich einsam, da du selten Besuch von deinen Kindern und Enkeln bekommst. Du hast keine Freude am Leben.
Bleib stehen und warte, bis du eine sechs wirfst, so daß du sterben kannst.

EL – arme Frau
Du bist alt und verwitwet. Deine Kinder können dich nicht lange bei sich haben, so daß du von dem einen zum anderen ziehen mußt. Du hilfst etwas im Haushalt, fühlst dich aber sehr überflüssig. Du möchtest gerne sterben und ißt und trinkst möglich wenig, um der Familie nicht zur Last zu fallen.
Du bist schnell raus aus dem Spiel

Das „Spiel über Frauen" ist ein Diskussionsspiel. Es ist nicht nur ein gewöhnliches Brettspiel mit Würfeln, sondern es soll auch eine Menge Information bieten.

Hindernisse (H). Wie Du siehst, ist dieses Spiel mit einer Reihe von Hindernissen versehen. Es ist fast unmöglich für die Spielteilnehmer, diese Hürden zu umgehen. Wenn man die Hürden betritt, wird man entweder belohnt oder bestraft, je nach dem ob man reich oder arm, aus einem Industrie- oder Entwicklungsland ist.
Wenn Ihr das Spiel durchgemacht habt, könnt Ihr eine Diskussion über den Inhalt führen.

Informationskarten (I)
Aus den Informationskarten gehen eine Reihe von Themen hervor, die man in verschiedener Weise mit der Situation der Frau in Verbindung bringen kann, insbesondere in den Entwicklungsländern. Jedes einzelne Thema kann ein Anlaß für eine längere Diskussion geben. Anschließend zu jeder Information gibt es noch fragen für die Diskussion. Es soll aber darauf geachtet werden, daß nicht alle Themen und nicht zu lange diskutiert wird, denn sonst wird der spielerische Charakter gestört.

Das Spiel kann nicht allein stehen
Das Spiel ist nur eine von vielen Möglichkeiten, die Situation von Frauen in Industrie- und Entwicklungsländern verständlich zu machen. Es gibt viele verschiedene Methoden und Materialien, die benutzt werden können, wie zum Beispiel Literatur, Filme und Dias, Rollenspiele, Diskussionen usw.

SPIELREGELN

Zahl der Spieler: 4 – 6
Benötigtes Spielmaterial: 1 Würfel
kleine Papierzettel
evtl. Mühlensteine als Spielfiguren

Spielrollen:
arme und reiche Frauen aus Industrieländern (IL) und Entwicklungsländern (El). Die Rollen werden durch Losen verteilt. Auf kleinen Papierzetteln, die im Spiel auch als Spielfiguren verwendet werden können (dann müssen die Zettelchen sehr klein sein) werden die jeweiligen Bezeichnungen gekennzeichnet (IL – arm, IL – reich, EL – arm, EL – reich). Sind es mehr als vier Spieler, dann werden beliebige Rollen doppelt verteilt.

Spielfiguren:
Als Spielfiguren können die zum Losen verwendeten Papierzettelchen benutzt werden. Auch können Mühlesteine (oder Figuren aus anderen Spielen) benutzt werden, so daß weiße Steine für arm, schwarze für reich sind. Für IL können zwei Steine zusammengeklebt werden, die Spieler aus EL haben einen einfachen Stein.

Spielroute:
Jede Frau geht von ihrer jeweiligen „Heimat" (Bild) auf das entsprechende Startfeld „S". Sie macht eine Runde um die ganze Welt (in Pfeilrichtung) und geht dann von dem Feld aus, das vor ihrer „Heimat" liegt, auf das Ziel zu. Sie muß dabei das Ziel genau erreichen, das heißt, genau die Augenzahl würfeln, die ins Ziel führt.

Wer soll zuerst werfen?
Eine reiche Frau aus dem IL beginnt das Spiel. Alle reichen Spieler rücken direkt zum Start und ziehen so viel vorwärts wie der Wurf zeigt. Alle armen Spieler aus den IL und EL sollen einen Einser oder Sechser werfen, um starten zu dürfen.

Wer schlägt wen?
Reiche Spieler schlagen immer die armen Spieler zurück (heim), unabhängig davon, woher sie kommen. Falls beide Spieler reich oder beide arm sind, schlagen die Spieler aus dem Industrieland die aus dem Entwicklungsland zurück. Sind es Spieler mit gleichen Rollen (wenn mehr als vier Spieler sind), dann müssen die Dagewesenen das Feld räumen.

Wie benutzt man die Hindernisse?
Wenn Du zu dem Feld „H" kommst, nimmst Du die oberste Karte des Stapels „Hindernisse" (dafür sollen die Karten vor dem Spiel ausgeschnitten werden). Der Abschnitt, der für Dich paßt, wird vorgelesen und Du folgst den Anweisungen. Wenn der Stapel fertig ist, wird er umgedreht und man fängt wieder bei Nr. 1 an.

Wie benutzt man die Informationskarten?
Erreichst Du ein Feld mit „I", wird das Spiel unterbrochen und es wird eine Informationskarte vorgelesen und darüber diskutiert.
Dann wird weiter gespielt.
Es ist nicht notwendig, alle Informationen vorzulesen. Es ist auch möglich, das Spiel ohne die Informationskarten zu spielen. Sie könnten dann von dem Spiel getrennt behandelt werden.

Herausgeber:
Dansk Kvindesamfund
Dansk Ungdoms Faellesrad
Danske Medicinstuderendes Internationale Organisation, Kopenhagen 1979
Bildidee Jennie Katva, Graphische Überarbeitung: uk/iz3w
Übersetzung: Raili Salmela / iz3w
Deutsche Überarbeitung: iz3w, Freiburg

Informationen

Information Nr. 1

Die Nahrungsmittel in der Welt sind ungleich verteilt
Zwei Drittel aller Nahrungsmittel, die in der Welt produziert werden, werden von einem Drittel der Weltbevölkerung verbraucht, die in einem reichen Teil der Welt lebt. Die Kluft zwischen den Reichen und Armen, zwischen den Satten und den Hungrigen wird jeden Tag größer.
Die meisten Entwicklungsländer benutzen den Großteil ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche für Waren für den Export (Kaffee, Tee, Kakao, Bananen, Erdnüsse, Baumwolle, Tabak) anstatt für die Bevölkerung des Landes anzubauen. Es sind oft die Reichen des Landes oder multinationale Unternehmen, die bestimmen, was und wie angebaut wird. Sie sind es auch, die durch den Export verdienen und nicht die armen Landarbeiter. Exportgetreide wird fast immer auf dem besten Boden angebaut, wo es gerade gute Möglichkeiten gäbe, Nahrungsmittel zu produzieren.
Viele Regierungen in den Entwicklungsländern versuchen, zusammen mit der WHO (Weltgesundheitsorganisation) und UNICEF (Kinderfonds der UNO), Frauen über die richtige Ernährung zu informieren. Aber was nützt es, wenn man die Frauen auf dem Lande zusammentrommelt und sie belehrt, bei der täglichen Essenszubereitung z.B. Gemüse zu verwenden, wenn sie kaum die Möglichkeit haben, diese Nahrungsmittel in kleinen Gärten anzubauen, da der Boden für den Anbau von Exportgütern benutzt wird?
In den meisten Entwicklungsländern ist die Nahrung weiterhin sehr einseitig. Viel zu oft besteht sie nur aus pflanzlichen Produkten wie z.B. Reis, Mais oder aus verschiedenen Früchten. Tag für Tag essen die Menschen sich mit dem gleichen Essen „satt": Reis in Indien, Tortillas in Mexiko, Cassava-Brei in Nigeria und Tansania. Proteinreiche Esswaren wie Sojabohnen und Erdnüsse gehören selten zur Nahrung. Diese Produkte werden als Tierfutter in den reichen Teil der Welt exportiert. Viel zu selten kann sich die Frau in dme Entwicklungsland leisten, ihrer Familie Fleisch, Milch, Eier oder Fisch anzubieten, auch wenn sie es möchte.
Welche Veränderungen könnt ihr für eine gerechtere Verteilung von Nahrungsmitteln in der Welt vorschlagen?
Was könnt ihr selbst tun?
Spielt weiter

Information Nr. 2

Gesundheits- und Krankenhauswesen muss der ganzen Bevölkerung zu Gute kommen
Den Unterschied zwischen einem reichen und armen Land – zwischen einem Industrie- und Entwicklungsland – sieht man vielleicht am deutlichsten in dem Gesundheits- und Krankenhauswesen. Das Gesundheitswesen in einem Land zeigt nicht nur einiges über den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung, sondern auch einiges über die Entwicklung des Landes.
Selbst wenn ein Entwicklungsland eine Politik betreibt, die die gesellschaftlichen Ressourcen an alle Einwohner zu verteilen versucht, sind es fast immer die Reichen in den Städten, die den meisten Nutzen von den Investititionen haben. Dies gilt nicht nur für den Gesundheitssektor, wo die Armen auf dem Lande überall im Stich gelassen werden. Es gibt Beispiele, wo große Krankenhäuser in den Städten bis zu 80 % des gesamten Budgets für das Gesundheitswesen im Land schlucken. Und diejenigen, die zuerst behandelt werden, sind immer die Reichsten, die mit dem größten Einfluß. In einem Land, wo die Ressourcen knapp sind, ist es wichtiger:
1. einfache Gesundheitszentren auf dem Land aufzubauen statt große Krankenhäuser in den Städten
2. die Kinder gegen die gewöhnlichen Volkskrankheiten zu impfen statt Spezialbehandlung in der Stadt zu geben
3. Barfußärzte, Krankenschwestern und Hebammen auszubilden statt hochbezahlte Oberärzte und Professoren in den städtischen Krankenhäusern einzustellen
4. Gesundheitsuntersuchungen für die ganze Bevölkerung durchzuführen anstatt teure und unnötige Medikamente aus den reichen Ländern zu importieren
5. Frauen und Männer über die Hygiene zu unterrichten statt Wegwerfbesteck und -bettwäsche in den Stadtkrankenhäusern zu benutzen.

Besprecht die fünf Behauptungen. Welchen stimmt ihr zu? Welche würdet ihr anders formulieren?
Spielt weiter

Information Nr. 3

Sauberes Trinkwasser ist Mangelware in den meisten Entwicklungsländern
Viele Entwicklungsländer liegen in Gebieten, wo es sehr problematisch ist, reines und bakterienfreies Trinkwasser zu bekommen. Einige von diesen Ländern liegen in Trockenheitsgebieten, wo Wasser Mangelware ist. Andere liegen in sehr Regenreichen Gebieten, wo Überschwemmung großen Schaden anrichtet und die Trinkwasserversorgung verunreinigen kann.
In den Ländern, wo es einen großen Bedarf an sauberem Trinkwasser gibt, hat man versucht, dem Wassermangel Abhilfe zu schaffen, indem man tiefe Brunnen bis zum Grundwasser gebohrt hat. Aber nur in den wenigsten Fällen kann man es sich leisten, Wasserleitung mit Wasserhähnen an jedes einzelne Haus zu führen.
Man findet im Gegenteil viele Dörfer in der Welt, von denen aus es bis zur nächsten Wasserstelle ziemlich weit ist. Oft müssen die Mädchen und Frauen vom Dorf aus kilometerweit zu einem Brunnen oder einer Quelle gehen, um Wasser zu holen, das teilweise mit Bakterien infiziert ist, die Krankheiten verursachen können und so zu verringertem Arbeitseinsatz führen.
Ansteckende Krankheiten, die durch unreines Trinkwasser verursacht worden sind, sind einer der meist verbreiteten Todesursachen in Entwicklungländern.
Auch viele Städte haben inzwischen große Probleme mit dem Trinkwasser. Das beruht zum Großteil auf der Tatsache, daß die Bevölkerungszahl in den Großstädten der Entwicklungsländer explosionsartig wächst. Es gibt zu wenig Trinkwasserbrunnen und das Trinkwasser wird in vielen Städten aufgrund der mangelnden Kanalisation verschmutzt.
Früher hatten viele Frauen in den EL die Möglichkeit, sich mit einander zu unterhalten, wenn sie Wasser holten. Nachdem Wasserhähne in die Nähe der Häuser installiert worden sind, oder die Häuser an die Wasserversorgung angeschlossen wurden, verloren die Frauen die Möglichkeit, miteinander in

Kontakt zu kommen. Heißt das, daß man die Frauen weiterhin das Wasser tragen lassen sollte?
Spielt weiter

Information Nr. 4

Mädchen werden auch im Unterrichtssystem diskriminiert
Mädchen in den Entwicklungsländern haben schlechtere Möglichkeiten, eine Schulbildung zu bekommen als Jungen. In manchen Ländern ist nur jeder dritte Schüler ein Mädche Die Mehrzahl der Schüler, die die Schule vorzeitig verlassen, sind Mädchen.
In vielen Entwicklungsländern ist der Schulbesuch obligatorisch und kostenlos in den ersten 6–7 Schuljahren. Doch unterlassen es viele Eltern, ihre Töchter in die Schule zu schicken, da Mädchen im Hause als Arbeitskraft notwendig sind, wo sie u.a. Wasser und Brennmaterial holen, waschen, kochen, Getreide mahlen, sauber machen und die kleineren Geschwister beaufsichtigen müssen. Viele Väter sind auch der Ansicht, daß es unnötig sei, Mädchen in die Schule zu schicken.
In vielen Entwicklungsländern werden Fächer unterrichtet, die auf eine Eliteausbildung für Männer ausgerichtet sind. Es wird viel Wert auf Fächer wie Mathematik, Chemie, Physik, Sprachen und Literatur gelegt. Dies sind Auswirkungen aus der Kolonialzeit, wo diese Fächer sehr betont waren In einer Reihe von Entwicklungsländern gibt es kaum oder schlicht keine Verbindung zwischen dem Unterricht in der Schule und dem Leben und den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Immer mehr Entwicklungsländer werden bewußt, daß die Unterrichtspläne und die Schulgesetzgebung geändert werden müssen, so daß sie mehr Rücksicht auf die Mädchen nehmen. Und immer mehr Entwicklungsländer zielen darauf ab, größeren Wert auf den praktischen Unterricht zu legen, sowohl für Mädchen als auch für Jungen. Doch ist es ein langer Weg, bis Mädchen einigermaßen die gleichen Chancen bekommen wie die Jungen.
Sollten Mädchen und Jungen die gleiche Ausbildung bekommen? Welche Vor- oder Nachteile ergeben sich aus einer unterschiedlichen Ausbildung?
Spielt weiter

Information Nr. 5

Niedriges Heiratsalter verhindert eine Ausbildung von Mädchen
In vielen Entwicklungsländern ist es normal, daß ein Mädchen bereits im Alter von 13–15 Jahren verheiratet wird. Die Angst der Familie und des Mädchens selbst, unverheiratet zu bleiben, steht im krassen Widerspruch zu der „neuen" Schulgesetzgebung und den Schulregeln in den meisten Ländern: nur in Ausnahmefällen absolviert ein verheiratetes Mädchen die Schule. Das Schulsystem zwingt es ganz einfach dazu, die Schule zu verlassen. Schwangere werden in der Regel immer ausgewiesen. Auf diese Weise wird es vielen jungen Mädchen unmöglich gemacht, mehr als 5–6 Jahre die Schule zu besuchen.

In den wenigen Fällen, in denen ein verheiratetes Mädchen die Erlaubnis bekommt, die Schule fortzusetzen, stellt der Ehemann normalerweise die Forderungen, daß sie zu Hause bleibt, um auf das Haus „aufzupassen". In Ländern, wo die weiterführende Ausbildung nicht nach Geschlechtern getrennt ist, hat der Ehemann, Angst, wenn die Frau mit anderen jungen Männern zusammenkommt, was dazu führt, daß er ihr verbietet, die Ausblidung fortzusetzen.

Hinter der Forderung der Verwandtschaft und der Familie, daß 13–14-jährige Mädchen ihren Schulbesuch abbrechen sollen, um zu heiraten, steht in vielen asiatischen und arabischen Ländern auch die Angst, daß Mädchen zu selbständig und sich dadurch ihrer eigenen Situation bewußt werden. Die Angst der Familie gilt auch den Kontakten des Mädchens mit älteren Jungen oder jungen Männern in der Schule, eine Angst, die u.a. darin begründet liegt, daß ein Junge die Freundschaft für eine sexuelle Beziehung ohne die Kontrolle der Familie ausnutzen will. Diese Angst wird auch von vielen Gastarbeiterfamilien in Westeuropa geteilt. Es ist nicht ungewöhnlich, daß diese Familien ihre halberwachsenen Töchter aus der Schule nehmen und in das Heimatland zurückschicken, um dort zu heiraten. Darüber hinaus befürchten die Eltern, daß das „freie Leben" in Westeuropa zu einem sexuellen Verhältnis und eventuell zu einer Schwangerschaft führen könnte.
Sucht einige realistische Vorschläge, die den früh verheirateten Mädchen in den Entwicklungsländern bessere Ausbildungsmöglichkeiten sichern können.
Spielt weiter

Information Nr. 6

Muttermilchersatz ist zum Statussymbol geworden
Es gibt viele Beispiele für die katastrophalen Folgen, die vorkommen können, wenn die Konsummuster der reichen Länder auf die Entwicklungsländer übertragen werden. Muttermilchersatz ist eines davon. Muttermilch ist sowohl aus ökonomischen als auch aus gesundheitlichen Gesichtspunkten deutlich der fabrikhergestellten Babynahrung vorzuziehen. Das kann mit folgenden Beispielen beleuchtet werden:
In einem Land gibt es z.B. 350.000 Säuglinge. Falls sie alle gestillt werden, werden sie im Laufe des ersten Lebensjahres einen bedarf von ca. 110 Millionen Litern an Muttermilch haben. Die entsprechende Menge Milch, die aus dem Milchersatz hergestellt wird, würde mindestens 33 Mio. DM kosten. Darüber hinaus gibt es eine Menge von Beweisen dafür, daß Kinder, die mit Flaschennahrung gefüttert werden, falsch ernährt sind, u.a. weil es den Müttern an Geld fehlt, Milchpulver zu kaufen und sie deshalb die Milchmischung mit viel Wasser verdünnen. Viele Säuglinge sterben an Infektionskrankheiten aufgrund mangelnder Hygiene, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung vom Milchpulver vorkommt oder weil die Babyflaschen nicht ordentlich gereinigt werden.
Es gibt eine Reihe von Gründen dafür, daß viele Frauen in den Entwicklungsländern darauf verzichten, ihre Kinder zu stillen:

– die Konsummuster der reichen Länder sind oft auf die Gebildeten in den Entwicklungsländern gerichtet. Wenn immer mehr Frauen in den reichen Ländern vom Stillen abgehalten werden, ist es sicher deshalb, weil es primitiv und altmodisch ist, denken die Frauen in den Entwicklungsländer

– Muttermilchersatz ist zum Statussymbol geworden
– Durch Anzeigen und Plakate, Werbeaktionen im Radio und Fernsehen, Vorträge und vieles andere führen viele multinationale Unternehmen (u.a. Nestle) Kampagnen durch, um auf Frauen einzuwirken, Flaschennahrung zu benutzen. Die Wirkung zielt auf die Angst der Mutter, daß ihr Kind nicht die richtige Nahrung bekommt, falls es gestillt wird.
– die Frauenkultur in den Entwicklungsländern wird zerstört

Warum hören viele Frauen in den EL und IL auf zu stillen? Welche Wirkung hat es, wenn Säuglinge Flaschennahrung statt Muttermilch bekommen?
Spielt weiter

Information Nr. 7

Aufklärung über Familienplanung ist ein Frauenrecht
Familienplanung ist kein neuer Begriff. Es ist z.B. in vielen Kulturen die Regel gewesen, daß der Mann mit seiner Frau eine bestimmte Zeit lang nach der Entbindung keinen Geschlechtsverkehr hatte. Dadurch hatte die Frau die Möglichkeit, Kräfte zu sammeln und Zeit für das Neugeborene und evt. auch für die anderen Kinder zu haben.
Selbst wenn die Familienplanung in den meisten Entwicklungsländern heute akzeptiert wird, gibt es trotzdem viele Staaten, wo die Frage auf den Widerstand sowohl der Frauen als auch der Männer stößt. In gewissen Kulturen ist Verhütung einfach verboten.
Es kann viele Ursachen geben, daß die Menschen keine Geburtenkontrolle wünschen. Ein Grund kann sein. daß Männer selbst „so etwas" nicht anwenden wollen und sie gleichzeitig, um ihre „Männlichkeit" zu bewahren, auch ihren Frauen verbieten, sich zu schützen. Ein anderer Grund kann sein, daß die Verhütungsmittel, die angeboten werden, von Frauen nicht akzeptiert werden. Es kann bei vielen Widerstand erwecken, die Pille zu schlucken oder die Spirale zu tragen. Es ist auch ein Problem, daß Sexualaufklärung in den Schulen nur in wenigen Entwicklungsländern gegeben wird.
Die Einstellung gegenüber der Familienplanung ist natürlich auch dadurch nicht besser geworden, daß in vielen Staaten die Frauen gezwungen werden, ihre Schwangerschaftszahlen zu begrenzen. Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen. In Indien sind z.B. viele Frauen gegen ihren Willen sterilisiert worden. In anderen Ländern haben die Frauen die Auffassung, daß Familienplanungsprogramme darauf zielen, die Armen zu bestrafen und auszurotten.
Sollte die Familienplanung in den Entwicklungsländern Erfolg haben, ist die allererste Vorraussetzung, daß die Kinder, die geboren werden, überleben. Geschieht dies, entfällt das Argument, viele Kinder zu gebären, damit einige davon überleben. Zunächst sollte der Sozialsektor ausgebaut werden, so daß die Angst, keine Hilfe zu haben, wenn man alt ist, unnötig ist. Frauen müssen das Recht haben, frei die Anzahl und den Zeitpunkt der Geburten zu bestimmen; sie müssen Zugang zu allen Informationen haben, die sie fähig machen, diese Entscheidungen zu fällen.
Welche Familienplanungsmethoden würdet ihr vorschlagen, die den Frauen in den Entwicklungsländern nützen könnten?
Spielt weiter

Information Nr. 8

Die Frau im Entwicklungsland hat oft harte körperliche Arbeit
In vielen Entwicklungsländern sind Frauen in der Landwirtschaft, Industrie, in den Bergwerken, auf dem Bau und im Transportwesen tätig, wo sie harte körperliche Arbeit leisten. Auch tragen sie in vielen Ländern die Hauptverantwortung für die Nahrungsmittelproduktion. Ihr Arbeitstag ist lang, und die Werkzeuge und Arbeitsmittel, die sie benutzen, erfordern häufig große körperliche Anstregung.
In Afrika ist der Anteil von Frauen, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, bis vor einigen Jahren größer gewesen als der von Männern. Inzwischen geht die Tendenz aufgrund der Mechanisierung und „Modernisierung" der Landwirtschaft dahin, daß Frauen aus ihren traditionellen Bereichen weggedrängt werden. Dadurch verlieren Frauen die Möglichkeit, durch den Verkauf eigener Produkte Geld zu verdienen.
In vielen Ländern Asiens und Lateinamerikas stellen Frauen ein Drittel oder ein Viertel der Arbeitskraft in den Bergwerken dar. Sie sind zum Beispiel bei Kohletagebau und im Steinbruch, meistens aber beim Transport von den Minen zu Eisenbahnwaggons und LKWs beschäftigt.
In Asien sind viele Frauen im Bausektor tätig, wo sie „Männerarbeit" verrichte. Auch beim Straßenbau stellen Frauen einen großen Teil der Arbeitskraft dar.
Es gibt zahlreiche Gründe dafür, daß Frauen in den Entwicklungsländern harte Arbeit leisten müssen. Teils spielen Traditionen eine Rolle. Teils werden Frauen niedriger bezahlt als Männer. Und teils ist es für den Arbeitgeber leichter, Frauen zu entmündigen und zu unterdrücken und ihnen unvorstellbare Arbeitsbedingungen zuzumuten, da sie normalerweise nicht in der gleichen Weise zu protestieren wagen wie die Männer.
WAs kann die Ursache dafür sein, daß die Frauen im Entwicklungsland nicht wagt, gegen schlechte Arbeits- und Lohnbedingungen zu protestieren? Welche Ähnlichkeiten gibt es in der Beschäftigungssituation von Frauen in Industrie- und Entwicklungsländern?
Spielt weiter

Information Nr. 9

Die einzelne Frau in einem Großstadtslum bleibt immer Verlierer
In immer größeren Massen strömen überall in den Entwicklungsländern Menschen vom Land in die Städte. Sie hoffen alle auf Möglichkeiten, ein besseres Dasein zu finden. Der Traum und die Hoffnung, die sie dazu veranlassen, aufzubrechen, ist oft der Wunsch nach Arbeit, am liebsten in einer Fabrik mit festem Lohn. Es werden auch bessere Schulverhältnisse für die Kinder, bessere Wohnungen, Wasser, Elektrizität, Kinos, Unterhaltung etc. erwartet. Es ist inzwischen ein Traum, der für die meisten zerbricht. Denn es sind unwahrscheinlich viele Menschen, die Arbeit suchen, und immer mehr Fabriken importieren Maschinen aus den reichen Ländern, damit die Arbeit rationalisiert werden kann. Es bleibt nur Arbeit für einige Wenige, und in manchen Großstädten der Entwicklungsländer sind bis zu 30 % der Männer und 80 % der Frauen arbeitslos.

Jedoch dauert die Landflucht an. In Lateinamerika ziehen z.B. bedeutend mehr Frauen als Männer in die Stadt. Das wird dadurch erklärt, daß die Situation von Frauen auf dem Land noch unerträglicher ist als die von Männern. Oft verläßt der Mann seine Frau und seine Kinder und kommt nie mehr zurück. Er kann gehen, wohin er will, denn er ist ein Mann. Aber wohin kann eine Frau gehen?

Der Frau, die mit mehreren Kindern alleingelassen ist, erscheint die Großstadt als der letzte, befreiende Ausweg. Viele Frauen glauben, daß sie dort die Möglichkeit haben, persönliche Freiheit zu erlangen. Manche flüchten in die Großstadt, um der Kontrolle und dem Klatsch des Dorfes zu entgehen. Untersuchungen zeigen aber, daß fast alle Frauen, die allein in die Großstadt kommen, der Zukunft als Arbeitslose, Prostituierte oder Bettler entgegen blicken. Einige wenige schaffen es, ihren Lebensunterhalt durch Abfallsammeln oder durch den Verkauf von Kaugummi, Schnur oder Zeitungen zu sichern. Der Großteil stirbt früher

oder später in den Slumvierteln – viele von ihnen überleben nicht ihren 40. Geburtstag.
Welche Folgen hat der Umzug vom Land in die Stadt für einzelne Frauen?
Spielt weiter

Information Nr. 10

Die genitale Verstümmelung der Frau
Bei einigen Völkern Ost-, West- und Zentralafrikas, sowie in einigen arabischen Ländern und vereinzelt in Südamerika herrscht heute noch eine traditionelle Sitte, die weitgehend physische und psychische Folgen für die Frauen hat: die Beschneidung.

Bei der weiblichen Beschneidung unterschiedet man drei Formen:
– Die Sunna Circucision (Sunna Beschneidung) Sie stellt die „mildeste" Form dar. Entfernt werden die Vorhaut und die Spitze der Klitoris.
– Die Klitoridektomie (Klitorisentfernung) Bei dieser Form, die am weitesten verbreitet ist, wird die ganze Klitoris zusammen mit den inneren Schamlippen entfernt. Oft wird die innere Wand der äußeren Schamlippe mit weggeschnitten.
– Die Infibulation (auch pharaonische Beschneidung und, in Ägypten, sudanesische Beschneidung genannt). Nach der Entfernung der Klitoris und der inneren Schamlippen werden die äußeren Schamlippen aufgerauht und über der Vagina zusammengeheftet oder -gebunden (mit Dornen oder Naturfaden) bis sie zusammengewachsen sind. Eine kleine streichholzgroße Öffnung wird für das Abfließen von Urin und Menstruationsblut gelassen. An der Hochzeitsnacht muß die Frau von ihrem Ehemann aufgeschnitten werden. Bei der Geburt wird die Vagina von der Hebamme noch weiter aufgeschnitten, um das Kind durchzulassen. Manche Frauen werden sogar nach der Geburt eines Kindes wieder zugenäht.

Diese Eingriffe werden an Mädchen im Alter zwischen ein paar Monaten und sechszehn Jahren vorgenommen. Ausgeführt werden sie meistens von einer alten Frau, die auf Grund dieses Berufes ein hohes Ansehen genießt. Betäubungsmittel werden nicht angewandt und die Beschneidung wird oft mit primitiven Mitteln (Scheren, Glassplittern, Rasierklingen) durchgeführt. Die Auswirkungen dieser Operation sind oft verheerend; abgesehen vom psychischen Schock und hohen Blutverlust, kann es, durch die Verwendung von unsauberen Instrumenten zu Infektionen oder Zystenbildungen kommen, die zur Sterilität oder zum Tod führen können. Eine Ungeschicklichkeit beim Schneiden oder eine Bewegung der Patientin kann eine Verletzung des Darm-, Vagina- oder Blasenbereichs verursachen. Auf jeden Fall führt die Beschneidung zu einer Verhärtung der Vagina, die die Geburt erheblich erschwert.

Weder die Hintergründe noch das genaue Ausmaß dieser Sitte ist bekannt. Die Beschneidung ist wahrscheinlich ein vorislamischer Brauch, der von der arabischen Halbinsel stammt. Angeführte Begründungen der Betroffenen selbst reichen von Sauberkeitsmaßnahmen über Erleichterung der Geburt bis zur Tötung der sexuellen Empfindung der Frau, um ihre Keuschheit und Treue zu gewähren. Die Infibulation wird eindeutig durchgeführt, um die Jungfräulichkeit eines Mädchens bis zur Hochzeit zu garantieren. In Gesellschaften, in denen die Beschneidung vorkommt, hat ein unbeschnittenes Mädchen keine Chance einen Ehemann zu finden. Ihr ganzes Ansehen hängt davon ab, daß sie diese Operation über sich hat ergehen lassen. Man schätzt, daß in Schwarzafrika allein 30 Millionen Frauen auf diese Weise verstümmelt worden sind. Die Zahl ist wahrscheinlich weit untertrieben
Was ist eurer Meinung nach die Ursache dafür, daß in manchen Ländern Mädchen die Klitoris entfernt wird?
Könnte und sollte man in Europa etwas unternehmen, um gegen diese Sitte vorzugehen?
Spielt weiter

Information Nr. 11

Der Status der Frau ist mit ihrem Einsatz in der Familie verbunden
Der Respekt für die Frau ist in den meisten Entwicklungsländern mit ihrem Einsatz in der Familie verbunden: Kindergebären, Kindererziehung, Kinderpflege, Kochen. Die Frau muß kurz gesagt als „gute Hausfrau" gelten. Dagegen wird sie fast überall auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Frauen bekommen weniger Lohn für die gleiche Arbeit, sie werden bei Schwangerschaft entlassen und auch, bei Heirat. Unabhängig von ihrer Situation in der Arbeitswelt liegt die ganze Hausarbeit auf ihr.
In fast allen Entwicklungsländern ist es notwendig, die Rolle der Frau zu stärken, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt.

Immer mehr Frauen werden von ihren Männern in Stich gelassen und sind somit gezwungen, schlecht bezahlte Arbeit in der Industrie, im Handwerk, in der Landwirtschaft oder im Haushalt anzunehmen.
Welche Rolle hat eine im Entwicklungsland lebende Frau zu erfüllen? Unterscheidet sich diese Rolle von der Rolle der Durchschnittsfrau hier?
Spielt weiter

Information Nr. 12

Nur wenige Frauen in den Entwicklungsländern können sich von der Macht der Männer befreien
Eine Person, die Geld, Macht und Einfluß hat, läuft schnell Gefahr, andere zu unterdrücken.
Der Großteil der Frauen in EL spürt ständig die Unterdrückung in den sehr langen Arbeitstagen , in ihrer harten körperlichen Arbeit, in ihren vielen Entbindungen, in ihrer mangelnden Freizeit, in ihrer eingeschränkten Bewegungsfreiheit, in ihren begrenzten Möglichkeiten, mit anderen Frauen zusamemn zu sein – und darin, daß der Mann sie kontrolliert, übersieht und vielleicht sogar mißhandelt.
Die Tatsache, daß die Bewegungsfreiheit der Frau mit wenigen Ausnahmen auf das Haus oder die Hütte der Familie begrenzt ist, ist eine weitverbreitete Form der Unterdrückung z.B. in der arabischen Welt.
Noch eine Art, sie zu unterdrücken, ist, ihr viele Rechte und Möglichkeiten, Land und Sachen zu besitzen, zu verneinen.
Es gibt nur wenige Frauen in den Entwicklungsländern, die die Möglichkeit gehabt haben, sich von der Macht des Mannes zu befreien. Dies gilt insbesondere für finanziell bessergestellte Familien, wo es üblicher ist, daß Frauen höhere Bildung bekommen.
Dies gilt für einige Gesellschaften, die eine gesellschaftliche Änderung erlebt haben (z.B. China). Und es gilt auch für gewisse Marktfrauen u.a. in den einzelnen afrikanischen Ländern, wo Frauen auf Grund eines großen Arbeitseinsatzes und persönlichen Willens nicht bloß eine selbständige Stellung erreicht haben, sondern auch einen verhältnismäßig selbständigen Status im Bezug auf Mann und Familie.
Wie beurteilt Ihr die Emanzipationschancen der Frau in den Entwicklungsländern? Inwieweit können sie mit europäischen Frauenorganisationen zusammenarbeiten?
Spielt weiter

Grenzen und Möglichkeiten der Solidarität

Es gibt kaum ein Aktionsfeld, auf dem sich Außenstehende so schwer tun mit ihren Solidaritätsbekundungen wie beim Kampf gegen die Exzision bzw. Infibulation (1). Das Forum der NGO auf der Kopenhagener Mitteldekadenkonferenz war wieder einmal Schauplatz des schon zur Routine gewordenen Konflikts zwischen „weißen" und „schwarzen" Frauen: die Afrikanerinnen verbaten sich energisch jede Einmischung in diese Angelegenheit, sie müßten allein mit diesem heiklen Problem fertigwerden. Die Europäerinnen und Amerikanerinnen fühlten sich wieder einmal vor den Kopf gestoßen, sie verstehen nicht, warum sich die Schwestern aus der 3. Welt so abrupt gegen jede Hilfe – die in diesem Fall zumeist aus öffentlichen Protesten auf internationaler Bühne bestehen – wehren. Das erscheint umso widersprüchlicher, als der interne Widerstand gegen diese verstümmelnden Praktiken zunimmt. Z. B. versucht eine zunehmende Anzahl Eltern ihre kleinen Töchter davor zu bewahren, bzw. die traumatisierenden Wirkungen des Eingriffs zu mildern. So schicken z.B. relativ wohlhabende Eltern ihre Töchter zur Erziehung ins Ausland, städtische Familien v.a. der höheren Beamtenschicht wollen kein gesundheitliches Risiko eingehen und lassen den Eingriff im städtischen Krankenhaus vornehmen. Daß solche Möglichkeiten finanzielle Opfer bedeuten und somit ein Privileg der Besitzenden darstellen, liegt auf der Hand.
Sicher ist, daß der Widerstand und teilweise sogar der Kampf gegen Ifibulation und Exzision in Afrika begonnen hat, aber daß es in diesem Stadium ungeheuer schwierig ist, ein so tabuisiertes Thema öffentlich anzugehen. Die Gegner in Afrika selbst sind sich noch nicht über den richtigen Weg im klaren, und man muß davon ausgehen, daß dieser Weg für jedes Land anders aussieht. An folgenden zwei Beispielen, die persönliche Erlebnisse wiedergeben, kann man die Grenzen ablesen, die dabei der Einflußnahme von außen gesteckt sind.

Beispiel Obervolta
Bei einer Autofahrt über Land im Frühjahr 1977 in Begleitung eines ehemaligen Lehrers nahmen wir auf dem Rückweg nach Ouagadougou zwei seiner ehemaligen Kollegen mit, die in der Hauptstadt zu tun hatten. Im Lauf der Unterhaltung fiel das Wort Emanzipation, für die drei Obervoltaer offensichtlich ein Reizthema. Nach ihrer Meinung war in Obervolta ein Grad der Emanzipation erreicht, der entschieden das Maß des Erträglichen überschritten habe: „stellen Sie sich vor, Madame, die Frauen sprechen bei uns im Radio ganz offen über die Exzision, und nicht nur das, sie machen eine ganze Sendefolge daraus!"
Zufällig traf ich nach meiner Rückkehr in die BRD die obervoltaische Journalistin, die diese Sendungen gemacht hatte. Sie erzählte, wie es dazu gekommen war: eines Tages bekam sie einen Brief von einer Gruppe Hörerinnen, die vor vielen Jahren in ein Dorf zugewandert waren, in dem die Exzision praktiziert wurde, während diese Sitte in ihrer Volksgruppe unbekannt war. Aus diesem Grund wurden ihre Töchter von den jungen Männern im Dorf als „nicht heiratbar" betrachtet. Die besorgten Mütter fragten deshalb bei der für Frauensendungen verantwortlichen Redakteurin an, ob sie dieses Thema nicht kritisch in einer Sendung behandeln könne um aufzuzeigen, daß auch unbeschnittene Mädchen gute Ehefrauen und Mütter werden können. Daraus entstand dann eine Sendereihe, die über mehrere Wochen lief, und in der Fachleute aus medizinischer, psychologischer, sozialer und religiöser Sicht zu dem Thema Stellung nahmen. Die Reaktionen waren heftig, zum ersten Mal wurde öffentlich über dieses Tabu diskutiert. Die Journalistin erhielt bergeweise Schmähbriefe, v.a. von Männern, aber auch massive Zustimmung, v.a. von Frauen. Wie positiv die Reaktion der Betroffenen war, und wie schwierig es ist, sich freimütig zu einem Tabu zu äußern, wird aus folgender Begebenheit deutlich: die Rundfunkfrau mußte kurz danach aus Gesundheitsgründen ihre Sendereihe für einige Zeit unterbrechen. Daraufhin erschien eine Delegation von Frauen aus einer ca. 150 km entfernten Ortschaft im Rundfunk, um sich zu erkundigen, warum sie nicht mehr im Rundfunk zu hören sei, und ob das vielleicht mit ihren mutigen Sendungen zu tun habe. Sie konnte die Frauen beruhigen, und die Delegation fuhr nach Hause zurück mit der Versicherung, daß alle Frauen aus Koupela und Umgebung zu einem Protestmarsch nach Ouagadougou kämen, wenn sie wegen dieser Angelegenheit Schwierigkeiten hätte.

Beispiel Sudan
Auf einer Konferenz zum Thema „Medizin und Medien" im Herbst 1978 in Berlin traf ich eine Ärztin aus dem Sudan. In den Diskussionen am Rande der Tagung kam das Gespräch auch auf die Mädchenbeschneidung. Die Sudanesin schilderte an zahlreichen Beispielen die physischen und psychischen Schäden, an denen v.a. die Opfer der in diesem Land überwie-

gend praktizierten „pharaonischen Beschneidung" (1) zeitlebens leiden. Sie berichtete auch von dem geduldigen und langwierigen Kampf, den seit einigen Jahren Ärzte bzw. Ärztinnen, geistliche Würdenträger und Führungskräfte aus den verschiedensten Bereichen gegen diese barbarische Sitte führen, und von den ersten Erfolgen dieser Anstrengungen, z.B. der allmählichen Zunahme der sogenannten sunnitischen Beschneidung (1), die weniger verstümmelnd ist. Sie sagte aber auch, daß v.a. auf dem Land diesen Bemühungen große Schwierigkeiten im Weg stehen.
Als ich sie fragte, ob sie bereit sei, sich zu diesem Thema interviewen zu lassen und zwar für das Afrika-Programm in englischer Sprache der Deutschen Welle, das auch im Sudan viel gehört wird – stimmte sie spontan zu. Wir erarbeiteten gemeinsam einen roten Faden für das Interview, das am nächsten Morgen vor Beginn der Konferenzsitzung stattfinden sollte. Pünktlich zum Termin erschien sie, übermüdet und sichtlich verlegen: sie habe die ganze Nacht darüber nachgedacht, welche Wirkung dieses Interview in ihrem Land auslösen würde, und sie sei zu dem Schluß gekommen, daß es von den meisten Hörern als verletztende Einmischung empfunden würde, wenn sie vom Ausland aus über einen ausländischen Sender zu diesem heiklen und kontroversen Thema sprechen würde. Dadurch würde der Kampf der Bewegung gegen die Mädchenbeschneidung keineswegs unterstützt, sondern eher geschwächt, und das könne sicher nicht das Ziel der Solidarität sein.

Was tun?
Was kann man also außerhalb tun? Sicher nicht viel. Dieser Kampf muß von den Betroffenen selbst geführt werden. Trotzdem ist Unterstützung – in engen Grenzen zwar – möglich. Es gibt noch viel zu tun, um unsere Öffentlichkeit taktvoll zu informieren, wie es der kürzlich im Fernsehen gezeigte Film „Schneide aber schneide nicht zu tief" beispielhaft vor Augen geführt hat. Es gibt die Möglichkeit – allerdings nur für internationale Gremien, in denen die Länder selbst vertreten sind – Konferenzen abzuhalten, in denen auch dieses Thema sachkundig behandelt wird. Wie das geht, hat eine WHO-Konferenz im März 1979 in Khartoum aufgezeigt. Man kann auch fordern, daß in allen von außen finanzierten Entwicklungsprojekten zur Förderung der Gesundheit der Frauen – z.B. bei der Ausbildung von Hebammen und ländlichen Entbindungshelferinnen – Aufklärung und Bewußtseinsbildung zu diesem Thema stattfindet, dabei ist sicherzustellen, daß diese Arbeit von einheimischen Fachkräften geleistet wird. Vielleicht könnte man auch versuchen, die Empfindlichkeit abzubauen, mit der Afrikanerinnen oft reagieren, wenn sie von Ausländerinnen zu diesem Thema angesprochen werden, und die sich daraus erklärt, daß sie hinter diesem Interesse eine gewisse Verachtung für afrikanisches Brauchtum wittern. Hier wäre es vielleicht ganz nützlich, wenn man darauf hinweist, daß es bei uns ähnliche barbarische Handlungen gegenüber Frauen gab und sogar noch gibt: immerhin sind viele Frauen bei uns nicht zuletzt als Hexen verbrannt worden, weil man sie verdächtigte, eine „vagina dentata" zu haben. Und es sollen unter uns Frauen leben, die in der Freiburge Uniklinik „verrammelt" wurden, d.h. sie wurden zugenäht... Alle diese Aktionen sollten jedoch unter dem Motto stehen: Solidarisiere Dich, aber mische Dich nicht ein!

Eva-Maria Bruchhaus

1) Zur Definition siehe dieses Heft S.

Campesinos in Peru verteidigen eine jahrtausendalte Tradition: den Anbau der Cocapflanze

Vom 29. – 31. Oktober 1979 traten die Campesinos der Provinz von La Convencion in der Nähe von Cuzco in einen 72stündigen Generalstreik, um ihre Cocafelder gegen die, von der peruanischen Regierung, angedrohte Vernichtung der Cocapflanzen zu verteidigen. Die Campesinogewerkschaft von La Convencion, die „Federacion Provincial de Campesinos de La Convencion y Lares", die auf eine militante Geschichte gewerkschaftlicher Organisation während der 60er Jahre unter Führung von Hugo Blanco zurückblicken kann, faßt die Bauern einer Region zusammen, in der neben Kaffee und Kakao der größte Teil der Coca Perus angebaut wird. Dem Streik lagen folgende Forderungen zugrunde:

- **die Täler von Convencion und Lares sollen von der peruanischen Regierung zur offiziellen Anbauzone für Coca erklärt werden**
- **Rückgabe der Verkaufslizenzen für Cocablätter an die Bauern**
- **Abschaffung der Steuer für Coca (pro geerntetem Kilo werden 30 Soles Steuern erhoben)**

72 Stunden waren in Quillabama, der Provinzhauptstadt von La Convencion, alle Läden geschlossen, sämtlicher Verkehr und Handel in der ganzen Provinz lahmgelegt. Auf diese Weise protestierten die Bauern gegen ein von der peruanischen Militärregierung 1978 verabschiedetes sehr weitreichendes Gesetz, das den Anbau von und den Handel mit Cocablättern verbietet und das nun im cocaproduktivsten Gebiet Perus zur Anwendung kommen soll.

2 – 5 Jahre Gefängnis . . .

Die peruanische Militärregierung verabschiedete am 21.2. 1978 ein Gesetz, (Decreto Ley No. 22095) in dem der jahrtausendealte Brauch der Hochland- und Tieflandindianer, Coca zu kauen, ebenso wie der Genuß des aus den Cocablättern gewonnenen Kokain, als ein schwerwiegendes soziales Problem bezeichnet werden, welches beseitigt werden müsse. Der Artikel 31 dieses Gesetzes verbietet den Coca-Anbau und Artikel 33 kündigt an, daß der Staat alle privaten Coca-Anpflanzungen beschlagnahmen und zerstören wird. Nur noch die staatliche Firma ENACO ist berechtigt, Coca für medizinische Zwecke, für Export und industrielle Verarbeitung oder „wissenschaftliche Untersuchungen" anzubauen und zu verkaufen. Alle Felder in Privatbesitz, auf denen nach einem Zeitraum von 2 – 3 Jahren (je nach Größe) nach Verabschiedung dieses Gesetzes die Cocapflanzen nicht durch andere Anpflanzungen ersetzt worden sind, werden vom Staat den bisherigen Besitzern in Anwesenheit eines Richters als Vertreter des Agrarministeriums entzogen und neu an landlose Bauern verteilt, mit der Auflage keine Coca-Büsche anzupflanzen, heißt es in dem Gesetz weiter.

Nach Artikel 60 wird mit nicht weniger als 2 Jahren und mit nicht mehr als 5 Jahren Haft bestraft, wer Coca anbaut, ohne offiziell registriert und autorisiert worden zu sein, wer Cocablätter als Tauschobjekt oder zur Bezahlung von persönlichen Dienstleistungen verwendet, oder wer Coca verkauft, ohne von ENACO eine Lizenz erhalten zu haben. Bereits am 31.10.1977 war in der Tageszeitung „La Prensa" in Lima eine Anordnung von ENACO erschienen mit der Überschrift: „Verbot des Verkaufs von Cocablättern in Lima". In dieser Verordnung wird jeglicher Handel mit Cocablättern in Lima vom 1.12.1977 an untersagt und allen bisherigen Cocahändlern die Verkaufslizenz entzogen.

Mehrere Millionen Menschen in Peru konsumieren täglich Cocablätter

Obwohl das oben erläuterte Gesetz von der peruanischen Regierung angeblich zur Eindämmung der Herstellung und des Schmuggels von Kokain verabschiedet wurde und sich der größte Teil des Gesetzes auch auf Kokain bezieht, trifft es mit der neueingeführten radikalen Kontrolle des Coca-Anbaus durch die Militärregierung vor allem einen großen Teil der indianischen Bevölkerung Perus, die normalerweise weder mit der Herstellung, noch mit dem Konsum von Kokain irgendetwas zu tun hat. Sollte dieses Gesetz je streng angewendet werden, so hätte dies für tausende von Coca-Produzenten, zum großen Teil indianische Kleinbauern, sowie für Millionen von Cocakonsumenten unübersehbare Folgen. Zur Zeit werden nach offiziellen Angaben in Peru von 32.200 Bauern auf ca. 20.550 ha Land Cocabüsche angebaut. 2.800.000 Menschen konsumieren angeblich täglich Cocablätter. Nach ebenfalls offiziellen Angaben wurden im Jahre 1974 in Peru 20 Millionen Kilo Cocablätter geerntet. Man schätzt, daß etwa 4 Millionen Kilo im Jahr von der indianischen Bevölkerung selbst konsumiert werden. 770.000 Kilo werden jährlich von ENACO an Coca Cola verkauft und weitere 66.000 Kilo werden für medizinische Zwecke zu Kokain verarbeitet: insgesamt etwa 5 Millionen Kilo. Bleiben 15 Millionen Kilo Cocablätter für das Jahr 1974, von denen man annehmen muß, daß sie illegal zu Kokain verarbeitet wurden: 80.000 Kilo Kokain lassen sich daraus herstellen mit einem Wert von 250 Millionen Dollars bei Verkauf innerhalb Lateinamerikas und einem Wert von ca. 2 Milliarden US-Dollars bei Ankunft in den USA.

Ein Gesetz mit vielen Fragezeichen

Bei genauer Analyse des Gesetzes D.L. 22095 fällt auf, daß zwischen Coca und Kokain in keinster Weise unterschieden wird. Coca wie auch Kokain werden als Drogen bezeichnet, die schädlich sind, die abhängig und süchtig machen und deren Konsum somit ein soziales Übel darstellt, das abgeschafft werden muß. Dabei werden gewisse traditionell wichtige Funktionen der Coca wie z.B. die Verwendung der Blätter als Tausch- und Zahlungsmittel ausdrücklich extra verboten.

Noch merkwürdiger ist die Tatsache, daß zwar Coca-Anbau und Handel mit Cocablättern wie auch mit Kokain verboten werden, der Konsum von beiden aber nicht. So beklagte die Zeitung Expreso in Lima am 5.2.1978: „Wenn man die Polizei anruft, weil man Jugendliche beobachtet hat, die Kokain konsumieren, dann bekommt man zur Antwort: Gemäß der bestehenden Gesetzgebung können wir leider nichts dagegen unternehmen. Melden Sie uns, wenn Sie jemanden beim Handeln erwischen, den sperren wir sofort ein ...". Diese Gesetzeslücke ist umso erstaunlicher, wenn man sich vor Augen führt, daß nach Angaben von Tageszeitungen in Lima die Anzahl der kokainkonsumierenden Jugendlichen in Lima ständig ansteigt. Auf der anderen Seite fragt man

sich, ob ein Verbot des Konsums von Cocablättern überhaupt durchsetzbar wäre und ob die peruanische Militärregierung bei Verabschiedung des Gesetzes wissenschaftlich fundierte Anhaltspunkte dafür hatte, daß Cocablätter eine Droge sind und süchtig machen.



Cocapflanze mit noch geschlossenen Blütenknospen

Vor allem die ärmsten Bauern sind Cocaproduzenten

Aber zurück zu den Bauern von La Convencion. In dieser Region werden etwa 60 % der nationalen Cocaproduktion Perus geerntet. Nach Angaben der Gewerkschaft von La Convencion y Lares gibt es in dieser Provinz zwischen 6000 und 8000 Familien, die ausschließlich vom Coca-Anbau leben, sowie weitere 10.000 Familien, die neben Coca andere Produkte anbauen.

Da Cocablätter biszu viermal im Jahr geerntet werden können (andere Produkte nur einmal im Jahr) und nicht viel Pflege benötigen, die Büsche zudem fast überall dort wachsen, wo andere Agrarprodukte nicht mehr angebaut werden können, wie z.B. an steilen Abhängen, ist die per Gesetz vorgeschriebene Ersetzung der Cocabüsche durch andere Pflanzen praktisch nicht durchführbar. Oft pflanzen gerade die ärmsten Bauern mit dem schlechtesten Boden, auf dem nichts anderes mehr wächst, Cocabüsche an.

Neben diesem rein ökonomischen Aspekt für die Cocaproduzenten gibt es den sozialen, kulturellen und religiösen Wert der Cocablätter für die indianische Bevölkerung vor allem im Hochland der Anden, die auch dort wo kein Coca wächst (Coca wird auf 1000 – 2000 m Höhe angebaut) die Blätter dieser Pflanze seit 2000 Jahren konsumieren. Cocablätter dienen als Energiespender und Stimulant für harte Arbeit und lange Fußmärsche in mehreren tausend Meter Höhe, um sich gegen Hungergefühle, Kälze und Müdigkeit zu schützen. Darüber hinaus spielt „Mama Coca" eine wichtige Rolle in der traditionellen Mythologie, ihr werden überirdische Kräfte zugesprochen und sie ist Teil religiöser Riten. So werden z.B. Blätter an Pachamama, Mutter Erde, geopfert, außerdem sind sie ein wichtiger Bestandteil traditioneller Medizin. Auch die Bearbeitung des Kalksteins, der zusammen mit den Cocablättern gekaut wird ist eine traditionelle Zeremonie, die nach genau vorgeschriebenen Regeln abläuft. Cocablätter als Tauschobjekt oder Geschenk spielen eine zentrale Rolle innerhalb der sozialen Kontakte der Andenbewohner untereinander. Aber auch für viele Ureinwohner des Amazonastieflands ist Coca seit Jahrtausenden ein wichtiger Bestandteil ihrer Kultur. Auch an der Küste Perus wurde traditionell genausoviel Coca konsumiert wie im Hochland. Westliche Wissenschaftler streiten sich denn auch seit Jahrzehnten über die Wirkung von Cocablättern auf den menschlichen Organismus. Die wenigen, die der Cocapflanze „positiv" gegenüberstanden und sie nicht von vorneherein als schädlich betrachteten und verdammten, haben den Cocablättern eine Menge positiver Wirkungen zugesprochen: Cocablätter haben einen hohen Nährwert, viele Kalorien, einen großen Anteil von Proteinen, Eisen, Kalzium und Vitamine – mehr als andere Agrarprodukte, die im Hochland konsumiert werden. Allerdings gibt es bisher keine zuverlässige Studie darüber, wieviele dieser jeweiligen Nährstoffe beim Coca-Kauen wirklich in den Magen gelangen, da die Cocablätter ja nicht gegessen, sondern eher ausgesaugt werden. Cocakonsum hebt den Glucosespiegel im Blut, was für Bewohner von hochgelegenen Gebieten, wie den Anden, sehr nützlich ist. Außerdem schützen Cocablätter die Zähne vor Karies.

Die Verdammung der Cocablätter hat eine lange Geschichte

Schon in vorinkaischer Zeit in verschiedensten Teilen Perus, an der Küste wie im Hochland sowie unter den Inkas weit verbreitet, wurden die Cocablätter von spanischen Missionaren als „Teufelskraut" bezeichnet und als eines der Hauptelemente, welches der Christianisierung indianischer Heiden im Wege stand, verdammt. Friar Antonio de Zungia schlug dem spanischen König bereits im Jahre 1579 in einem Brief vor, alle Cocapflanzen in den Anden zu zerstören. Später jedoch entdeckten die Spanier die geschäftliche Seite dieser Pflanze und schickten Hochlandindianer zur Zwangsarbeit in Tieflandgebiete, um Coca zu ernten. So versorgten sie darüberhinaus indianische Minenarbeiter während der Zwangsarbeit der „Mita" mit Coca, um sie leistungsfähiger zu machen. Der Handel mit Coca wurde für die Spanier fast so ein gutes Geschäft wie der Handel mit Silber, Gold und Kupfer. Alte Incaplantagen wurden jetzt von der spanischen Krone bestellt und nach einem im Jahre 1558 verabschiedeten Gesetz konnten Steuern an die Vertreter des spanischen Königs in Form von Cocablättern bezahlt werden. Damit hatten die Spanier sozusagen eine der traditionellen Funktionen der Cocablätter in den Anden übernommen: Coca als Zahlungsmittel.

Der nächste große Angriff auf Cocablätter wurde erst nach der Entdeckung des Kokain im Jahre 1858 durch Albert Niemann in Deutschland gestartet. Zunächst einmal blieb Kokain 25 Jahre lang ziemlich unbeachtet, bis von einem Freund des begeisterten Kokainkonsumenten Sigmund Freud, die lokale Anaesthesie erfunden wurde.

1936 begann in Lima die medizinische Fakultät der Universtät San Marcos mehrere Untersuchungen über den Gebrauch von Coca. Ein gewisser Dr. Carlos Gutierrez-Noriega trat bald als Spezialist in Cocafragen hervor und vertrat Theorien wie: „Der Konsum von Cocablättern, Analphabetismus und eine negative Haltung gegenüber einer fortgeschrittenen überlegenen Gesellschaft sind alle sehr eng miteinander verbunden." Coca-Kauer wurden als apathisch, anti-sozial, weniger intelligent, initiativelos und als gering anpassungsfähig bezeichnet. An Hand der obigen Äußerun-

gen wird klar, daß dieser fortschrittsgläubige Wissenschaftler nicht das geringste Interesse für die Geschichte, Kultur und Lebensbedingungen der indianischen Bevölkerung seines Landes aufbrachte. Er war von vorneherein davon überzeugt, daß indianische Traditionen altmodisch sind und dem Fortschritt eines sich nach dem Modell der westlichen Industriegesellschaft entwickelnden Landes im Wege stehen. Währenddessen hatte sich der Gebrauch von Kokain in den USA bereits in Form von Zigarren, Schnupftabaken und Spritzen verbreitet, so daß im Jahre 1914 mit dem Harrison-Narcotics-Act in den USA Kokain und Coca gleichzeitig verboten wurden. Schon im Jahre 1903 sah sich die Firma Coca Cola gezwungen, den Anteil von Coca in dem Coca Cola Konzentrat zu reduzieren, um sich schlechter Propaganda zu entziehen, nachdem mehrere Fälle von Kokain-Übergenuß bekannt geworden waren.
Im Jahre 1949 schickte die UNO eine Kommission zur Untersuchung der Coca-Blätter nach Peru, die von einem gewissen Howard B. Fond, Direktor der „American Pharmaceutical Manufacturer's Association" geleitet wurde. Die „Unvoreingenommenheit" dieses Herrn wird besonders deutlich durch erste Aussagen bei Ankunft auf dem Flughafen in Lima am 12.9.1949 gegenüber der peruanischen Presse: Coca sei unzweifelbar schädlich und möglicherweise führe die „rassische Degenerierung" der Indianer dazu, daß sie Cocablätter kauten – die Kommission werde nach abgeschlossener Untersuchung mit Sicherheit den Wahrheitsgehalt dieser Annahmen bestätigen können. Die UN-Kommission kam dann auch wie nicht anders zu erwarten zu dem Schluß, das Coca-Kauen sei eine schädliche Angewohnheit, ohne Beweise dafür vorzulegen. Immerhin wurde von dieser Studie aber anerkannt, daß nicht ausreichend geklärt werden konnte, ob der Genuß von Coca die Folgen von Unterernährung noch verschlimmere, wie von Noriega-Gutierrez behauptet worden war, oder ob es nicht im Gegenteil gerade gegen die Folgen der Unterernährung schütze. Coca-Kauen sei nicht Ursache schlechter Ernährung, wie vielfach vorher behauptet wurde, sondern Forlge davon. Eine rassische Degenerierung als Folge des Coca-Konsums könne nicht nachgewiesen werden. Mehrere spätere Debatten in den Vereinten Nationen griffen jedoch die weitergehenden Vorwürfe gegenüber der Coca, die von der Wissenschaftlergruppe um Gutierrez-Noriega erhoben worden waren, wieder auf.
So erscheint es nicht so ungewöhnlich, daß sich die Regierungen Perus und Boliviens auf der einzigen internationalen Rauschgiftkonferenz 1962 in Genf bereiterklärten, alle Cocapflanzungen innerhalb von 25 Jahren zu vernichten. Auf dieser Konferenz war man zu dem Schluß gekommen, daß davon ausgegangen werden müsse, daß Coca-Blätter negative Auswirkungen auf das Gehirn haben, solange nicht das Gegenteil bewiesen wird.

Traum der Carter-Regierung: Coca-Monopol für Coca Cola
Die 1976 gebildete US-Regierung unter Carter sah sich mehr und mehr vor dem Problem eines Anstiegs des Kokainkonsums ungeheuren Ausmaßes in den Vereinigten Staaten, nachdem frühere US-Regierungen versucht hatten, Mohnanpflanzungen in Asien zu vernichten und damit das Heroin immer knapper geworden war.
Am 14.8.1977 berichtete dann auch die Zeitung „La Cronica" in Lima von dem offiziellen Besuch einer Kommission von US-Kongreß-Abgeordneten in Lima unter Leitung von Lester Wolff, dem Vorsitzenden des Unterausschusses zur Eindämmung des Gebrauchs und Handels mit Drogen. Diese Kongreßabgeordneten brachten ihr Interesse an der Vernichtung der Cocapflanzen zum Ausdruck. Der damalige Innenminister Luis Cisneros Vizquerra beeilte sich zu unterstreichen, daß seine Regierung bereit sei, sofort kontrollierende Maßnahmen einzuführen. Seit der Rauschgiftkonferenz in Genf 1962 hatte nämlich bisher trotz der Zusage der Peruaner keine Regierung etwas in dieser Richtung unternommen. Nach den Vorstellungen der Carter-Regierung sollen die Coca-Büsche einzig und allein für die Versorgung des Multis Coca Cola und für pharmazeutische Zwecke angebaut werden dürfen und das nur unter strenger Kontrolle durch die peruanische Regierung.
Da es seit dem Besuch der UNO-Kommission praktisch keine ernstzunehmenden wissenschaftlichen Studien über die Schädlichkeit von Coca-Blättern mehr gegeben hatte, wurde das Gesetz D. L. 22095 mit allen Vorurteilen gegenüber Coca in den Hinterköpfen verabschiedet, und so wurde

HAITI-INFORMATIONSBÜRO GEGRÜNDET

Haiti: strahlende Sonne, smaragdblaues Meer, Palmen am weißen Strand, ewig fröhliche, braungebrannte Menschen – so jedenfalls ist der Eindruck, den die bunten Reiseprospekte von der direkt neben Cuba gelegenen „Perle der Antillen" vermitteln. Haiti heißt aber auch Diktatur, Armut und Hunger, ständige Verletzung der Menschenrechte.
1957 setzte sich Francois Duvalier durch manipulierte Wahlen an die Spitze Haitis. Während seiner 14jährigen Herrschaft wurden 30.000 Haitianer ermordet, und mehr als eine Million (1/5 der Bevölkerung) mußte das Land verlassen. Alle elementaren Menschenrechte wie Presse-, Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit wurden abgeschafft.
Als der Diktator 1971 starb, trat sein 19jähriger Sohn Jean-Claude Duvalier (Baby Doc) dessen Nachfolge als Präsident auf Lebenszeit an.

- Heute sind 80 % der Haitianer Analphabeten; die weitere Tendenz ist steigend.
- Kindersterblichkeit und Unterernährung sind selbst für lateinamerikanische Verhältnisse extrem hoch
- Zehntausende mußten wegen politischer Repressionen und aus ökonomischer Not ihr Land verlassen. Jährlich müssen sich tausende Haitianer in der benachbarten Dominikanischen Republik als billige Wanderarbeiter verdingen. (s. auch „blätter" des iz3w Nr. 83, S. 9-10)
  Für die Oppositionellen Haitis bedeutet die Aufmerksamkeit aus dem Ausland eine – wenn auch beschränkte – Sicherheit. Unter den Augen einer wachsamen Öffentlichkeit fällt es schwerer, Regimegegner einfach 'verschwinden' zu lassen.

Haiti-Informationsbüro
Um auch in der BRD mitzuhelfen, Öffentlichkeit über die Zustände auf Haiti herzustellen, hat sich jetzt in Köln das Haiti-Informationsbüro (HIB) gegründet. Aufgabe des HIB soll es nicht nur sein, alle erreichbaren Informationen über Haiti zu sammeln und allgemein zugänglich zu machen, sondern vor allem dem verklärenden Bild von der „Perle der Antillen" in den Medien entgegenzuwirken und durch praktische Solidaritätsarbeit die auf Haiti entstehende Bewegung auch von der BRD aus zu unterstützen.

KONTAKTADRESSE:

Haiti-Informationsbüro,
Severinstraße 1, 5000 Köln 1

Coca einfach als Droge bezeichnet, ohne daß dies wissenschaftlich bewiesen wäre. Erst nach Verabschiedung de Gesetze zur Einschränkung des Anbaus und Handels von Coca haben sich einige aufgeschreckte Wissenschaftler in Peru aufgemacht, um das beschädigte Image der Cocablätter und der Coca-Konsumenten zu retten, die in den Augen der Öffentlichkeit Perus inzwischen schon als genauso verdorben und lasterhaft angesehen werden, wie kokainsüchtige Drogenabhängige, mit dem erschwerenden Hintergedanken, daß solange die indianische Bevölkerung Coca konsumiert, d.h. „drogenabhängig" ist, von ihr nichts Gutes zu erwarten sei. Sie fanden z.B. heraus daß eine Person, die das ganze Jahr über Coca kaut, nur ein Gramm Kokain zu sich nimmt. Trotz allem sind auf jeden Fall noch genauere Untersuchungen über die Wirkung von Cocablättern nötig, um sozusagen die Unschuld dieser armen getretenen Pflanze zu beweisen, wie die Ergebnisse der Drogenkonferenz in Genf es fordern.

Ist die Vernichtung von fast allen Cocapflanzen überhaupt durchführbar?

Abgesehen davon, daß die Existenz eines Gesetzes in Lateinamerika noch lange nicht gewährleistet, daß es auch befolgt und durchgesetzt wird, muß man sich fragen, ob die peruanische Regierung den Coca-Anbau überhaupt kontrollieren könnte. Bisher scheint sie jedenfalls noch nicht allzuviel Erfolg damit gehabt zu haben und das Gesetz D.L. No. 22095 ist immerhin schon seit 2 Jahren in Kraft. Nach den Erfahrungen von Kolumbien, wo regelmäßig vor allem von der Zeitung „Alternativa" Rauschgiftskandale aufgedeckt wurden, in denen hohe Beamte der Regierung und des Militärs bis hin zu den jeweiligen Präsidenten verwickelt waren, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die Regierungen anderer Coca-produzierender Länder Lateinamerikas bis über beide Ohren in finstere Kokain-Geschäfte verwickelt sind. Wenn man sich noch einmal vor Augen führt, daß allein im Jahre 1974 in Peru der illegale Kokainverkauf an die 2 Milliarden US-Dollars Wert war, so kann man sich vorstellen, daß keine lateinamerikanische Regierung aus einem solchen Geschäft ihre Finger heraushalten würde, schon gar nicht die Militärs. Schon im Jahre 1949 versuchte die damalige Militärregierung Perus unter Odria mit dem Gesetz D.L. No. 11046 dem Staat das Coca-Monopol zu übertragen. Artikel 6 dieses Gesetzes schrieb vor, daß alle Gewinne aus dem Coca-Handel für den Bau und die Aufrechterhaltung von militärischen Anlagen zu verwenden seien.

So ist es denn auch ein offenes Geheimnis, daß verschiedene Generäle des peruanischen Militärs sowie viele Polizeibeamte der PIP (Policia de Investigaciones del Peru = Kriminalpolizei) selbst Mitglieder der Kokainmafia sind und die großen Geschäfte machen. In Peru traut sich jedoch keiner so recht, irgendwelche Namen zu veröffentlichen, denn er muß um sein Leben fürchten. Auch die Bauerngewerkschaften, die sich für den Coca-Anbau einsetzen, wie z.B. in der Provinz von La Convencion und die oft über genauste Informationen darüber verfügen, welche lokalen und regionalen Autoritäten der Kokainmafia angehören, könnensich solche Veröffentlichung nicht erlauben und müssen sich darauf beschränken, auf die ökonomischen und kulturellen Folgen eines Coca-Anbau-Verbots für einen Großteil der Bevölkerung hinzuweisen und im übrigen klar herauszustellen, daß die indianische Bevölkerung am allerwenigsten mit Mafias und Kokainkonsum zu tun hat.

Selbst die Regierung der USA mit ihrer berühmten Anti-Rauschgiftbehörde der DEA (Drug Enforcement Agency) ist langsam in Verruf geraten, und es gibt eine Menge Hinweise dafür, daß sie selbst stark am Rauschgifthandel mit Lateinamerika beteiligt ist. Weiterhin steht fest, daß die Aktivitäten des DEA oft denen des CIA ähnelten und das Rauschgiftproblem einen willkommenen Vorwand dafür abgab, Informationen über jeweilige Bauernorganisationen u.a. zu schaffen. Unter diesem Gesichtspunkt muß man sich wirklich fragen, ob die von der peruanischen Militärregierung verabschiedeten Gesetze nicht vielleicht nur eine Alibifunktion nach außen darstellen, um allen zu zeigen, daß etwas gegen Drogen unternommen wird, damit die armen Jugendlichen der Welt vor der Rauschgiftsucht bewahrt werden, während gleichzeitig hinter den Kulissen

die großen oder vielleicht sogar aufgrund dieserGesetze noch größeren Geschäfte mit Kokain abgehandelt werden. Denn seit der Coca-Anbau verboten wurde, sind die Preise für Coca-Blätter in Peru, abgesehen von der höheren Steuer, rapide angestiegen. Viele Bauern im Hochland können sich den Kauf von Cocablättern inzwischen nicht mehr leisten und müssen diese Angewohnheit aufgeben, es sei denn, sie bauen selbst Coca an. Dazu kommt, daß oft Engpässe in der Versorgung der indianischen Bevölkerung mit Cocablättern dadurch entstanden sind, daß Mafias große Mengen Blätter aufkaufen und dafür jeden Preis bezahlen. Wie man sich denken kann, ist der illegale Coca-Anbau durch das Verbot und die ständig steigenden Preise, die für Cocablätter gezahlt werden, geradezu neu stimuliert worden.

Aufgrund dieser komplexen Situation ist wie immer die ärmste indianische Bevölkerung der Andenländer, die am meisten Betroffene. Denn obwohl indianische Cocaproduzenten inzwischen auch höhere Preise für ihre Blätter erhalten, so sind sie doch den Mafias, d.h. der örtlichen Polizei ziemlich hilflos ausgeliefert, von denen sie unter Druck gesetzt werden und die selbst ein viel größeres Geschäft machen.

So denunzierte z.B. die Federacion Provincial de Campesinos de la Convencion y Lares, daß ENACO Hunderten von Campesinos in der Provinz von La Convencion völlig willkürlich die Registrierung als Cocaproduzenten verweigert, sie damit automatisch in die Illegalität zwingt und sie dann verfolgen und einsperren läßt. Auf der anderen Seite zwingt ENACO alle Cocaproduzenten, ihre gesamte Produktion an diese staatliche Firma zu verkaufen, die die Preise nach eigenem Gutdünken festgesetzt und Coca nach unter den auf dem Markt üblichen Preisen ankauft. Denn ENACO hat die Handelslizenzen der „Central de Cooperativas" (COCLA) der Bauern entzogen, die schon seit Jahren feste Handelskanäle aufgebaut hatte, und sie an große Händler vergeben, die nach Angaben der Bauern die wirklichen Spekulanten mit Coca sind. Diese Großhändler setzen nach ihren Gutdünken die Preise und Qualitätsmaßstäbe fest, wie sie wollen, und außerdem arbeiten sie mit betrügerischen Gewichtsangaben. Auf diese Weise gelangt ein großer Teil der Cocablätter auf den schwarzen Markt.

Dazu kommt eine neue Möglichkeit, der rassischen Diskriminierung; Bei einer Militärkontrolle bei Puno wurde eine alte Indianierin aus einem Bus heraus festgenommen, weil sie einen Beutel Cocablätter bei sich trug, der offensichtlich nur zum eigenen Gebrauch bestimmt war. Der junge Soldat, der sie festnahm und sie des Handels mit Coca bezichtigte, ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit selbst Teil der Mafiaszene des Kokainhandels, während die arme alte Frau wahrscheinlich mit Mühen ihre letzten Soles zusammengekratzt hatte, um sich dieses kleine Säckchen zu kaufen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß das D.L. 22095, wenn überhaupt, nur die Falschen trifft und vor allem dazu dienen wird, den Polizeibehörden neue Vorwände für die Schikanierung der peruanischen Bauern zu liefern.

PROTEST GEGEN DIE GESETZE D.L. 22046 UND D.L. 22095 UND D.S. 254-64; ZUR VERTEIDIGUNG DER KULTUR UND DES HANDELS DER CAMPESINOS QUECHUAS UND AYMARAS

1. Die Militärregierung hat kürzlich eine Anzahl von rechtlichen Anordnungen verabschiedet, die in direkter Weise der Wirtschaft, den Gebräuchen und der Kultur der Campesinos, hauptsächlich Quechuas und Aymaras, schaden.

   Es handelt sich dabei um folgende Gesetze:
   a) Das D.S. 254-64, das die „fortschreitende Vernichtung der Coca-Anpflanzungen" vorschreibt.
   b) Das D.L. 22046 mit dem die Steuern für Cocablätter von 4,80 Soles pro Kilo auf 30 Soles pro Kilo angehoben werden.
   c) Das D.L. 22095, das am 21.2. mit dem Titel „Gesetz zur Verhinderung des illegalen Drogenhandels" verabschiedet wurde, in dem keinerlei Unterschied gemacht wird zwischen der Lebensweise, Wirtschaftsform und Kultur der Campesinos und dem Drogenhandel.

2. Diese oben genannten Gesetze schaden auf direkte Weise denjenigen Campesinos, die Coca-Büsche anbauen und das trifft normalerweise auf die ärmsten Campesinos des Landes zu. Davon werden auch Campesinos der Provinz von La Convencion in Cuzco betroffen, wo mehr als 15.000 Familien Coca anbauen. Diese neu verabschiedeten Gesetze schaden aber nicht nur den Bauern, die Coca anbauen, sondern fast allen Campesino-Bewohnern der Anden, da der Gebrauch von Coca für sie einen sehr hohen kulturellen, sozialen, wissenschaftlichen und religiösen Stellenwert hat.

3. In diesem Sinne weisen wir diese von der Militärregierung verabschiedeten Gesetze mit aller Entschiedenheit zurück und verlangen ihre Aufhebung. Das Problem des Drogenhandels und internationaler und nationaler Mafias ist ein Problem der Polizei und hat soziale Ursachen und Auswirkungen, die in keinster Weise mit dem Gebrauch der Coca von peruanischen Campesinos verglichen werden können. In diesem Sinne begrüßen und unterstützen wir die Bildung des „Komitees zur Verteidigung und Untersuchung des Gebrauchs von Coca", das auf Initiative des Erzbischofs von Cuzco, Monsenor Luis Vallejo Santoni, dem Centro de Estudios Andinos und dem Instituto Americano de Arte gegründet wurde.

Wir unterstützen die Ansicht, daß die notwendige Abschaffung des Drogenhandels in keinem Zusammenhang steht mit der Abschaffung des täglichen Gebrauchs der Coca durch Quechua und Aymarabewohner der Anden, vor allem, weil wir seine vorteilhafte Wirkung in Bezug auf verschiedenste Aspekte des Lebens kennen und die angeblichen negativen Folgen des Coca-Konsums, die wiederholt geäußert wurden, jeglicher wissenschaftlichen Grundlage in Bezug auf Campesinos entbehren. Schließlich unterstützen wir die Auffassung, daß ein Gesetz im Zusammenhang mit Coca erst nach ernsthaften Untersuchungen zu diesem Thema verabschiedet werden sollte. Wir fordern, daß sofort Anbauzonen für Coca geschaffen werden und daß die wissenschaftliche und industrielle Verarbeitung dieses Produkts weitergeführt wird.

Federacion Departamental de Campesinos del Cuzco,
FDCC
Cuzco, 20. April 1978

(Die Annahme, daß ein Verbot des Coca-Anbaus in Peru zu einem rückläufigen Kokainkonsum in den USA führt, ist irrig. Da die Rauschgift-Mafia auf andere Bezugsquellen zurückgreifen kann, wird das Kokain allenfalls teurer. Teure Drogen lösen aber nicht das Abhängigkeitsproblem. Wie schon in Punkt 3 angesprochen wurde, liegen die Ursachen der Drogenabhängigkeit in den sozialen Verhältnissen der Länder selbst begründet. Ein Anbauverbot von Coca bedroht nur die Existenz der Campesinos und löst nicht das Drogenproblem der USA. d. red.)

„Das Überleben sichern" – Ein Programm zur Absicherung von überlebten Strukturen?

Kritik am Bericht der „Nord-Süd-Kommission"

Anfang des Jahres legte die Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt ihren umfangreichen Abschluß-bericht vor, der auf der Grundlage einer um Vollständigkeit bemühten Bestandsaufnahme ein komplexes Bündel von Maßnahmen zur Überwindung der aktuellen weltpolitischen Probleme vorschlägt. Die Problemanalyse, die über eine Beschreibung von Symptomen i.d.R. nicht hinauskommt, geht in Anwendung überkommender Denkmuster von einem Entwicklungsdefizit der sogenannten „Entwicklungsländer" (dem „Süden") im Vergleich zu den „entwickelten" (dem „Norden") aus. Ebenso konventionell sind die Vorschläge der Kommission, die vordergründig auf ein Zusammenwirken der Regierungen der einzelnen Länder zur Überwindung der schlimmsten Not in den „Entwicklungsländern", sowie auf eine Stabilisierung des Lebensstandards in den reicheren Staaten abzielen.

Der Bericht, der auf Anregung des Weltbankpräsidenten und früheren US-Verteidigungsministers McNamara zustande kam, negiert weitgehend bestehende Interessengegensätze und Abhängigkeiten innerhalb und zwischen den Ländern des Südens und des Nordens. Angesichts unverhohlener Hegemonieansprüche der Industriestaaten aus Ost und West z.B. im Nahen Osten und brutaler Repressionsregime z.B. in Lateinamerika und Südostasien erscheint die postulierte Politik der „Gemeinsamen Interessen" als eine Partnerschafts-Ideologie, die die Interessen der jeweils Herrschenden absichern soll. Das Schicksal um die Ansprüche der Menschen in aller Welt scheinen in dem Konzept der aus Politikern und Wirtschaftsexperten zusammengesetzten Kommission nur insofern eine Rolle zu spielen, als sie die bestehenden Strukturen in Unordnung bringen könnten.

Im Frühjahr 1980 überreichte Willy Brandt dem Generalsekretär der UNO, Kurt Waldheim, den Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen. Die sogenannte Nord-Süd-Kommission, ein Gremium „hochkarätiger" Politiker und Wirtschaftsexperten aus westlichen Industrieländern und Staaten der Dritten Welt, hatte Ende 1977 auf Anraten des Weltbankpräsidenten McNamara die Arbeit an dem Bericht aufgenommen. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse, die in der westdeutschen Presse schon ausführlich referiert wurden, dürften bei der im Sommer dieses Jahres beginnenden Diskussion über die „Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen" eine wesentliche Rolle spielen.

In sechzehn Kapiteln ist der Bericht um eine umfangreiche, verständlich geschriebene Bestandsaufnahme der weltweiten Entwicklungs- und Wirtschaftsprobleme bemüht. Unter Überschriften wie „Hunger und Ernährung", „Abrüstung und Entwicklung" u.a. findet der Leser aktuelle Daten und deren Entwicklungstendenzen. Es folgt in jedem Kapitel eine Beschreibung der wichtigsten Probleme und Zusammenhänge; daran anschließend ist die Kommission bemüht, das „gemeinsame Interesse des Nordens wie des Südens" an der Lösung der jeweiligen Probleme darzustellen. Am Schluß jeden Kapitels finden sich Anregungen und Vorschläge, wie die beschriebenen Probleme angegangen werden könnten bzw. sollten.

Weder die Problembeschreibungen, die über die Beschreibung von Symptomen kaum hinausgehen, noch die Vorschläge bringen dem mit der Materie Vertrauten viele neue Erkenntnisse. Die kompakte Auflistung bietet jedoch dem Leser, der sich mit den drängendsten aktuellen Problemen vertraut machen will, einen Einstieg. Der Bericht ist insofern als **Diskussionsgrundlage** entwicklungspolitischer Probleme und Konzeptionen geeignet; zudem ist es begrüßenswert, daß Politiker wie Willy Brandt, Edward Heath, Olof Palme u.a., die auf die Öffentlichkeit Autorität und Einfluß ausüben können, die aktuellen Probleme nun endlich wenigstens zur Kenntnis nehmen.

Willy Brandt's Einsatz für entwicklungspolitische Fragen sowie der Abschlußbericht seiner Kommission wurden in den westdeutschen Medien überwiegend neutral bis wohlwollend aufgenommen. Alle Medien veröffentlichten Berichte und Kommentare, die die wichtigsten Vorschläge der Nord-Süd-Kommission zum Inhalt hatten. Einige der Forderungen, z.B. die Erhebung einer internationalen „Entwicklungssteuer", stießen auf skeptisches Wohlwollen; andere, wie z. B. die Forderung nach Rüstungsbegrenzung, wurden mit Hinweis auf die Afghanistan-Krise als „unzeitgemäß" abgetan. Nur wenige Stimmen melden weitergehende Kritik am Nord-Süd-Bericht an: so kritisiert z.B. die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" zu Recht, daß „die Bedeutung der kulturellen und religiösen Dimension von Entwicklung in der Einführung des Vorsitzenden zwar erwähnt, in den Sachkapiteln aber vernachlässigt (wird)". Über Detailfragen hinausgehende prinzipielle Kritik wird an dem Kommissionsbericht jedoch kaum geübt.[1)]

„Ostpolitik" als Modell für „Nord-Süd-Konflikt"?

Den Ausgangspunkt der Überlegungen und die Intention der Kommission legt Willy Brandt in seiner Einleitung dar: Ausgehend von seinen praktischen Erfahrungen in der Ostpolitik, in der trotz unvereinbarer ideologischer Gegensätze „**Gemeinsame Interessen**" zu beiderseitigem Nutzen zur Geltung gebracht wurden, sucht die Kommission das gemeinsame Interesse aller Staaten an der Lösung der weltweiten Probleme herauszustreichen (vgl. S. 14f): „Auf mittlere und längere Sicht haben Nord und Süd mehr an gemeinsamen Interessen, als die meisten haben erkennen können." Und: „Es gibt in steigendem Maß gemeinsame Interessen." (vgl. S. 28f) Doch so einleuchtend der Ansatzpunkt auf den ersten Blick auch erscheinen mag (– gerade wenn man die Ergebnisse der „Entspannungspolitik" als positiv bewertet –), das Modell der Ostpolitik läßt sich nicht sinnvoll auf die Nord-Süd-Konfliktformation übertragen.[2)]

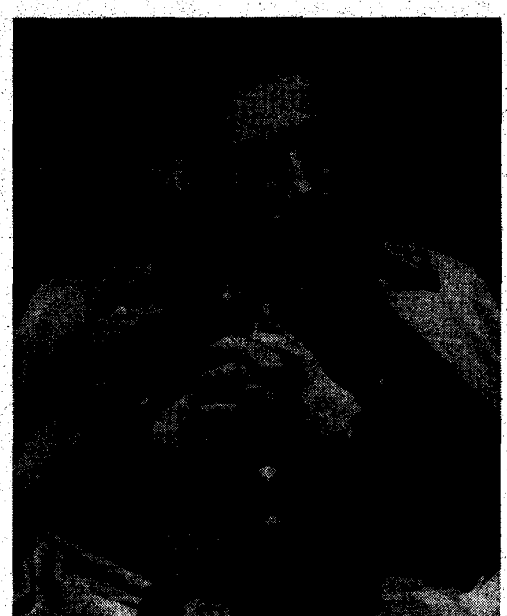
Bei den Ost-West-Bemühungen um Entspannung standen sich zwei gleich starke, voneinander weitgehend **unabhängige** Blöcke als gleichberechtigte Verhandlungspartner gegen-

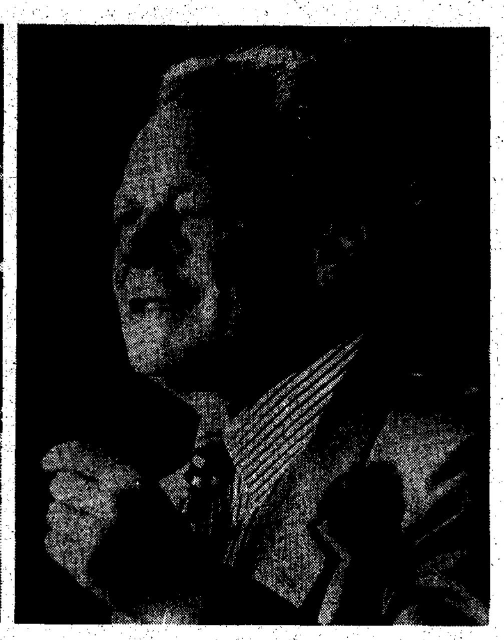
über. Für beide Seiten war es fruchtbar und „ungefährlich", von Gegensätzlichkeiten zu abstrahieren und Gemeinsamkeiten herauszukehren. In Bezug auf die Nord-Süd-Konfliktformation werden durch die Hervorhebung der „gemeinsamen Interessen" die **gegensätzlichen Interessen** innerhalb und zwischen den Blöcken des „Nordens" und des „Südens" jedoch in unzulässiger Weise **überspielt**; das fundamentale Problem des „Nord-Süd-Konflikts"[2], die andauernde **Abhängigkeit** des Südens vom Norden, wird nicht ausreichend – bzw. nur insofern der Norden davon über feedback-Effekte betroffen ist – thematisiert. „Wir sitzen alle in einem Boot, das zu versinken droht" ist der Tenor des Berichts. „Laßt uns gemeinsam das ‚Überleben sichern'!"[3] Doch daß die einen rudern sollen, während die anderen den Kurs des Schiffes bestimmen und die Seefahrt genießen wollen, diese Quintessenz der Vorschläge bleibt unausgesprochen. Das Interesse der Kommission ist weitgehend nur auf die Funktionstüchtigkeit des „Raumschiff Erde" gerichtet – die Funktionsweise wird nicht in Frage gestellt.

Zur Theorie des „Peripheren Kapitalismus"

Wenn das Stichwort „Dritte Welt" fällt, dann ist meist auch bald von „Unterentwicklung" und „Entwicklungshilfe" die Rede. Die beiden letztgenannten Begriffe nähren dabei die mehr oder minder bewußte Vorstellung, daß die „unterentwickelten" Länder in ihrer „Entwicklung" hinter den Industrieländern zurückgeblieben seien, dieses Defizit mit der Zeit jedoch aufholen könnten. Demgegenüber erklärt die „Theorie des Peripheren Kaitalismus" Unterentwicklung als eine Folge der von den Industriestaaten (genauer: den „kapitalistischen Metropolen") beherrschten Weltwirtschaft. Die Entstehungsgeschichte dieser Metropolen und die Geschichte der Unterentwicklung der Dritten Welt sind komplementäre, sich gegenseitig bedingende und ergänzende Vorgänge. Ihren Ursprung nahm diese Entwicklung mit dem Kolonialismus, als die meisten Völker der Dritten Welt von europäischen Staaten, später auch von den USA und Japan, erobert und unterworfen wurden. Im Laufe der Jahrhunderte wurden die unterworfenen Gesellschaften in ein System internationaler Arbeitsteilung gezwungen: die Dritte Welt mußte sich auf die Produktion von landwirtschaftlichen Produkten (häufig in Monokulturen!) und unverarbeiteten Rohstoffen spezialisieren. Erst neuerdings produzieren auch einige wenige sogenannte „Schwellenländer" Industriegüter. Die Industrienationen behielten sich die Produktion und den Export von verarbeiteten Produkten, das Monopol für Handel, Information, Kommunikation vor. Ihre politische Dominanz sicherten sie durch militärische Macht (Interventionsgruppen) ab.
Eine derartige „Arbeitsteilung" zieht **notwendig** eine Kluft zwischen den Industriestaaten und den Lieferanten von wenig verarbeiteten Produkten nach sich, denn die Verarbeitung von Rohstoffen setzt die Existenz und den Ausbau der Infrastruktur, Technisches Wissen, einen hohen Bildungsstandard der Bevölkerung usw. voraus. Während die Industriestaaten sich also ständig dynamisch weiterentwikkeln (können und müssen!), bleibt den abhängigen Ländern eine eigendynamische Entwicklung verwehrt. Von den Interessen der Metropolen abhängig und beherrscht, müssen sie sich an **deren** jeweiligen Bedürfnissen ausrichten – ohne Chance für eine autozentrierte, selbständige und auf sich selbst gerichtete Entwicklung. So bevorzugt auch heute – trotz (formaler) politischer Selbständigkeit – die Beziehung zwischen den kapitalistischen Metropolen und der Dritten Welt (der „Peripherie") **systematisch** die ersteren, benachteiligt **systematisch** die beherrscht abhängigen Peripherien. Aus dieser Sicht wird der wachsende Wohlstand in den Metropolen und die gleichzeitig zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungskreise der Dritten Welt als das Ergebnis ein und desselben Prozesses erklärbar. Dieser Prozeß dauert auch nach der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien an, denn seit Beginn des Kolonialismus haben die ehemaligen Machthaber in den peripheren Ländern die Entstehung einer nationalen Elite gefördert. Diese privilegierten Schichten, die sich an den Denk- und Wertvorstellungen der Metropolen-Gesellschaften (bzw. deren herrschenden Schichten) ausrichten, üben in vielen jetzt „unabhängigen" Ländern Macht und Einfluß aus. Da sie aufgrund ihrer Privilegien auch trotz der zunehmenden Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung in ihren Heimatländern von der Beziehung zu den kapitalistischen Metropolen profitieren, haben sie ein vitales Interesse an der Erhaltung des „status quo".
Während diese elitären Schichten ihre privilegierte Stellung nach innen häufig durch brutale Repression verteidigen, suchen sie auf internationaler Ebene – auf der sie als Sprecher für die Anliegen „ihrer" Völker auftreten – ihre Stellung und ihre Interessen durch Verhandlungen wie z.B. um die Neue Weltwirtschaftsordnung zu verbessern. Da sich die nationalen Reichtümer der peripheren Gesellschaften (Grund und Boden, Rohstofflager, Industrieanlagen, Finanzkapital) zum großen Teil in der Verfügungsgewalt eben dieser Eliten liegen, ist auch von einer Reform der Weltwirtschaftsordnung nicht ohne weiteres eine Besserung der Lage der Bevölkerung in den „Entwicklungsländern" zu erwarten.
Aufgrund der Existenz dieser „Brückenköpfe" der Metropolen in den Ländern des Südens (bzw. aufgrund der Existenz von „Zentren" innerhalb der Peripherien) wird im Rahmen der „Theorie des Peripheren Kapitalismus" die Verwendung des Begriffs „Nord-Süd-Konflikt" abgelehnt, da dieser Begriff die Existenz zweier (ebenbürtiger) geschlossener Blöcke suggeriert. Statt dessen wird von einer „Nord-Süd-Konfliktformation" gesprochen, die die angesprochenen Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen explizit berücksichtigt.

Literatur: Senghaas, D. (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt, 1974; darin insbes.: ders.: Vorwort. Elemente einer Theorie des Peripheren Kapitalismus
ders. (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt 1979
Eine gut lesbare Einführung findet sich in: (ders.): Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung. Einige einführende Überlegungen in: B. Tibi/V. Brandes (Hrsg.): Handbuch 2 – Unterentwicklung, 1975 Frankfurt, Köln.





Pinochet, südamerikanische Landarbeiter, Brandt: „Gemeinsame Interessen?"

Umverteilung von Macht – ein „Gemeinsames Interesse"?

So bleiben die Vorschläge der Kommission, die auf die Umverteilung von Macht abzielen, blaß. Zwar sollen die „Entwicklungsländer" in internationalen Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds mehr bzw. gleichberechtigte Mitsprache erhalten (vgl. S. 253 ff), doch handelt es sich bei der derzeitigen Praxis, die den Industrieländern in diesen Gremien die Mehrheit sichert, ohnehin um einen Anachronismus. Ganz allgemein muß an diesem Punkt die Konzeption der Kommission an ihre Grenzen stoßen, denn die Umverteilung von Macht liegt kaum im Interesse der „entwickelten" Staaten – ein „Gemeinsames Interesse" ist nicht gegeben (vgl. dazu S. 56). Auch gute Argumente und gutgemeinte Appelle an die Vernunft, das Verantwortungsbewußtsein oder das Gewissen sind angesichts Borniertheit und Machtstreben machtlos. Wie eng der Rahmen der „Gemeinsamen Interessen" gesteckt ist, läßt eine Äußerung des CDU-Vorsitzenden Kohl erkennen: „Zum Abschluß der außenpolitischen Fachtagung der DCU sagte Kohl gestern in Bonn, es sei überholt, dieses Verhältnis (zwischen der BRD und der Dritten Welt, der Verf.) allein nach ‚humanitären und ökonomischen Kriterien der Entwicklungsbedürftigkeit zu definieren'. In Wirklichkeit wachse hier ein ‚Machtpotential' heran, das unter den Kriterien der Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik gesehen werden müsse . . . ‚Prowestliche Staaten müssen deutlich bevorzugt und in Einzelfällen zu Entwicklungsschwerpunktländern gemacht werden' ". (zitiert nach Die Welt, 6. 3. 1980) Angesichts derartiger Positionen, die für den „Westen" bzw. den „Norden" zwar nicht repräsentativ, aber hier dennoch weit verbreitet sind, ist zu fragen, ob die Kommission nicht besser daran getan hätte, für den Süden Möglichkeiten zu beschreiben, wie Druck ausgeübt werden kann, um eine **eigenständige** Position durchzusetzen. Doch ist der Kommission das Beispiel, das die OPEC-Staaten mit ihrem erfolgreichen Ölkartell geliefert haben, offensichtlich eher eine Horrorvision. Das neue Selbstbewußtsein einiger Ölländer, die sich den Interessen der Industrieländer nicht mehr bedingungslos unterordnen, paßt ganz und gar nicht in die Konzeption der Kommission.[4] – Die Beschränkung auf „Gemeinsame Interessen wird in Bezug auf die Machtfrage zu einer Ideologie, die Herrschaftsansprüche sichern soll.
Auch die Vorschläge der Kommission, die sich auf Reformen auf nationaler Ebene beziehen, bleiben vage. „In Ländern, in denen wesentliche Reformen noch nicht stattgefunden haben, ist die Umverteilung von Produktionsmitteln und Einkommen notwendig." (S. 176) Welche Länder gemeint sind[5]) bzw. was unter „wesentlichen Reformen" zu verstehen ist, wird nicht erläutert. Die Kommission versagt sich eine eindeutige Parteinahme für die entrechteten **Menschen**, denn ihre Konzeption zielt vorrangig auf das **Zusammenwirken von Staaten.** Die „Gemeinsamen Interessen" – sie sollen zwischen den jeweils Herrschenden in den einzelnen Ländern definiert und ausgehandelt werden (vielleicht mit Ausnahme der Hilfe für die Hungernden, denen auf alle Fälle geholfen werden soll). Die Vergangenheit hat gezeigt, daß eine derartige Politik die Herrschaft von Cliquen und Marionettenregimes nicht untergräbt, sondern eher noch stabilisiert (– sofern das nicht ohnehin intendiert ist).

Beschreibung der Symptome – aber keine Ursachenanalyse

Die Darstellungsweise des Berichts ist auf „Konfliktvermeidung" angelegt: Die Kommission beschreibt zwar die Symptome, doch in ihrem Bemühen, möglichst keinen Inhaber von Macht (einen potentiellen „Partner") zu verprellen, geht sie häufig den Ursachen nicht auf den Grund. Die Nutznießer des derzeitigen Systems, die an dessen Fortbestand „einseitig" interessiert sind, werden nicht klar identifiziert und gebrandmarkt. Ein beliebig herausgegriffenes Beispiel mag dies illustrieren: Im Abschnitt „Unterschiedliche Bedingungen der Armut" (S. 66 f) heißt es: „ . . . allerdings hat auch manches bessergestellte Land eine breite Unterschicht akuter Armut, die erkennen läßt, daß die Wohltaten des Wachstums nicht zu den Ärmsten ‚durchgesickert' sind . . (*die Problembeschreibung; der Verf.*) . . Das muß nicht unbedingt heißen, daß den Regierungen ihre (*!?*) Armen gleichgültig wären oder daß ihnen der politische Wille fehlte, deren Los zu verbessern . . . (*Keine Regierung verprellen!, der Verf.*) . . Einige der reicheren Staaten, insbesondere in Lateinamerika könnten aber doch sehr viel mehr tun: Das Wachstum (*!, nicht etwa eine sandinistische Revolution; der Verf.*), das Lateinamerika in den siebziger Jahren erzielte (etwa sieben Prozent pro Jahr), versetzt, wenn es gehalten werden kann, die Länder durchaus in die Lage, die Probleme ihrer extremen Armut zu lösen." Angesichts von menschenverachtenden Diktaturen ist eine derartige Analyse

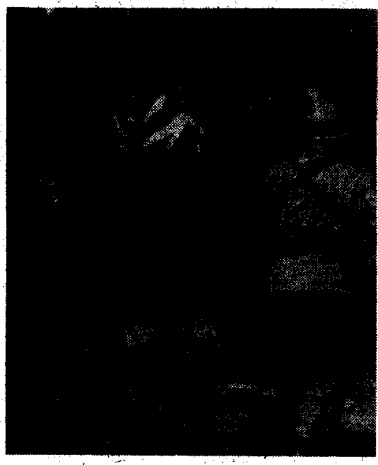
und die völlige Inhaltslosigkeit des „Vorschlags" für Führungsmitglieder der „Sozialistischen Internationale" geradezu erbärmlich – oder das Ergebnis eines falschen Ansatzes. Nach ähnlichem Muster ist der gesamte Bericht gestrickt. Wie sehr durch eine „Beschreibung", der die Analyse fehlt, Probleme verschleiert werden können, wird an folgender „Definition", die den Charakter des gesamten Berichts geprägt hat, deutlich: „Im großen und ganzen, und obwohl weder der ‚Norden' noch der ‚Süden' eine einheitliche oder festgefügte Gruppierung ist, stehen die beiden Begriffe gleichbedeutend für ‚reich' und ‚arm', für ‚entwickelt' und ‚sich entwickelnd'." (S. 42) So einfach ist das Weltbild der Kommission: der Süden ist dabei, sich zu entwickeln – und es erscheint nur eine Frage der Zeit, bis auch er seine Entwicklungsdefizite aufgeholt hat. In die Definition geht mit keinem Wort ein, daß die Schere zwischen reich und arm in den letzten Jahren und fortdauernd weiter auseinandergeht. Nicht untersucht wird, ob nicht etwa zwischen „unterentwickelt" dort und „entwickelt" hier ein funktionaler Zusammenhang besteht; ob die Ungleichheit zwischen Nord und Süd sich nicht laufend reproduziert und reproduzieren muß – eben weil der „Norden" reich ist und diese Position behaupten will. In ihrer Definition von „Nord" und „Süd" definiert die Kommission das Problem von Abhängigkeit und Ungleichheit weg anstatt es zur Sprache zu bringen. – Ein einfacher Fehler oder bewußte Manipulation?

Absolute Armut – ein Investitionshindernis?

Die Vorschläge der Kommission spiegeln wider, daß sie von satten Herrschenden ausgedacht wurden: „Für die Beseitigung der Armut in der Welt insgesamt sind die Aussichten düster. Aus den jünsten Prognosen der Weltbank (die von recht optimistischen Prognosen ausgehen, was das Wirtschaftswachstum betrifft, aber keinerlei nennenswerte Änderungen der internationalen oder nationalen Entwicklungsbemühungen in Betracht ziehen) geht hervor, daß es im Jahr 2000 in den Ländern des Südens immer noch 600 Millionen absolut Arme geben wird." (S. 67) Auch Willy Brandt wagt keine optimistischere Prognose: „Es besteht die reale Gefahr, daß im Jahr 2000 ein großer Teil der Weltbevölkerung weiterhin in Armut lebt." (S. 17) Doch auch angesichts dieser „düsteren Aussichten" (für wen?!), rückt die Kommission nicht von ihrem Konzept der „Gemeinsamen Interessen" ab, das immer auch die Interessen des satten Nordens als gleichberechtigt darstellt: „Investitionen zur Erschließung von Energie und Bodenschätzen im Süden, die für das industrielle Wachstum im Norden wie im Süden von entscheidender Bedeutung sind, haben im Gefolge politischer und ökonomischer Unsicherheit stark nachgelassen. Die Beseitigung der Armut an sich ist nicht allein eine moralische Verpflichtung. Es verstößt gegen die Interessen aller, die Armut, und mit ihr Unsicherheit, Leiden und Zerstörung, weiterbestehen zu lassen." (S. 335) Die Kommission appelliert an den Geschäftssinn des „Nordens", das „Investitionshindernis" Armut zu bekämpfen – zum eigenen Nutzen, versteht sich! Darf gefolgert werden, daß eine „Rest-Armut" (600 Millionen?) dann keine entscheidende Beeinträchtigung des Investitionsklimas darstellt?
Doch ist zugunsten der Kommission einzuräumen, daß sie an anderer Stelle die Bedürfnisse der Ärmsten als „vorrangig" einstuft (vgl. S. 338, auch S. 22): Und: „Die Welt muß danach trachten, bis zum Ende des Jahrhunderts Hunger und Unterernährung durch Beseitigung der absoluten Armut abzuschaffen." (338) Dennoch ist zu bezweifeln, daß diese laue Formulierung die Interessen der 800 Millionen absolut Armen widergibt. Für die absolut Armen ist das Programm zu anspruchslos!

Das „Modell Deutschland" im Weltmaßstab?

Die Kommission zielt darauf ab, „Nord" und „Süd" eine Art soziale Marktwirtschaft im Weltmaßstab schmackhaft zu machen: „Innerhalb eines Landes hat die staatliche Politik die schwächeren Partner zu schützen. Es ist an der Zeit, dieses Rezept auf die Beziehungen zwischen den Nationen der Völkerfamilie anzuwenden." (S. 44), heißt es im Brandt-Bericht. Doch schreibt eine derartige Politik nicht implizit die Rollenverteilung zwischen „starken" und „schwachen Partnern" in alle Zukunft fort? Ist diese Politik nicht eher auf eine **Befriedung** als auf eine Überwindung der Gegensätze ausgerichtet – Befriedung zugunsten derer, die satt und mächtig sind, zu ungunsten derer, die die armen Schutzbefohlenen bleiben sollen? Sicherlich: es wäre völlig verfehlt, den positiven Gehalt der Forderung nach einer „Weltinnenpolitik" (S. 27), die auf die Deckung der Grundbedürfnisse der Armen abzielt, zu negieren. Grundauf schlecht wäre es, das Leiden der 800 Millionen Hungernden fortschreiben und politisch instrumentalisieren zu wollen, um auf den „Aufstand der Habenichtse", die große alles umwälzende Revolution zu hoffen. Doch ist die Deckung der elementaren menschlichen Bedürfnisse der absolut Armen nicht nur auf dem von der Kommission beschriebenen Weg, der für den „Süden" ganz bestimmte „Gegenleistungen" vorschreibt, zu erreichen. Nach dem Konzept der Kommission ist der Preis, den der „Süden" zu erbringen hat, hoch: Das Konzept setzt bedingungslos auf Fortschritt nach dem Muster der Industrieländer: Wachstum, Industrialisierung, verstärkter Welthandel oder – negativ ausgedrückt – Dominanz der Wirtschaft, Übernahme der „nördlichen" Wert-


Castro, Volksaufstand, McNamara: „Gemeinsame Interessen?"

vorstellungen, Denk- und Problemlösungsmuster, Abhängigkeit vom Weltmarkt sind die Komponenten des Konzepts. Die Kommission setzt auf eine „zentralistische" Lösung der Probleme – ganz nach dem Muster der Industrieländer, in denen der Staat zur obersten und wichtigsten Entscheidungseinheit wurde und für Ruhe und Ordnung sowie den „sozialen Ausgleich" zu sorgen hat. Ist der Kommission entgangen, daß auch in den „entwickelten" Staaten die Kritik an Zentralismus, Bürokratie und Allmacht des Staates zugenommen hat? Daß „zentralistische" Problemlösungen wie z.B. Keynsianische Globalsteuerung, EG-Agrarmarkt oder Atomstaat-Energiepolitik an ihre Grenzen stoßen? Der Ausweg, den die Kommission vorschlägt, läuft darauf hinaus, die anstehenden Probleme durch Verlagerung der Entscheidungen auf eine noch höhere „Meta-Ebene" zu lösen: Keynsianische Globalsteuerung im Weltmaßstab, zentralisierte Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieverwaltung sind die Problemlösungen, auf die die Kommission setzt. Folgerichtig fordert die Kommission die Erhebung internationaler Abgaben zur Finanzierung der „Entwicklungsländer" und – als Vorgeschmack auf die zukünftigen Macht- und Entscheidungsstrukturen – „eine Nord-Süd-Begegnung auf höchster Ebene" (S. 36), „ein Gipfeltreffen (von etwa 25 (!); der Verf.) verantwortlichen Politikern aus Industrie- und Entwicklungsländern." (S. 350)[6]

zent der Beschäftigten in der Industrie arbeiten werden (– auch der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ging in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich drastisch zurück –). Der größte Teil der US-Bevölkerung wird dann im Dienstleistungssektor sowie im Sektor „Information" (im weitesten Sinne, also Forschung und Lehre, Informationsverarbeitung und -übermittlung) arbeiten.[7]

Von einer Nivellierung der Unterschiede zwischen Nord und Süd im Laufe der Zeit kann deswegen keine Rede sein; eher dürfte sich die Diskrepanz durch die Vervollkommnung der globalen Arbeitsteilung noch verschärfen: geistige Arbeit im Norden – körperliche Arbeit im Süden. Der Norden plant, steuert, kontrolliert, und das Milliardenheer billiger Arbeitskräfte im Süden wird für die Produktion „für den Weltmarkt" eingespannt. Kein Zweifel, daß der planende und lenkende „Kopf" den Bärenanteil der Weltproduktion – wie schon heute – für sich beanspruchen wird; und die Länder des Südens werden aufgrund der Arbeitsteilung noch stärker als bisher vom Weltmarkt, auf den sie exportieren und von dem sie lebenswichtige Güter importieren müssen, abhängig sein.

Ganz und gar im Widerspruch zu dem Konzept der Kommission, das auf die Schaffung eines Weltmarkts inclusive einer wie oben beschriebenen „Arbeitsteilung" abzielt, steht das





Europäische und afrikanische Bauern: „Gemeinsame Interessen?"

Sind zu Beginn der 80er Jahre die „Sachzwänge", die von den Politikern so häufig angeführt werden, schon so übermächtig geworden, daß eine auf Zentralismus und weltweit allgegenwärtige Kontrolle angelegte Lösung unausweichlich, als einzig denkbare erscheint? Oder wird nicht mit dem Konzept der „gemeinsamen Interessen", das immer auch die Interessen der Herrschenden als gleichrangig berücksichtigt, ein neuer Sachzwang erst geschaffen?

Ungleichheit in alle Ewigkeit

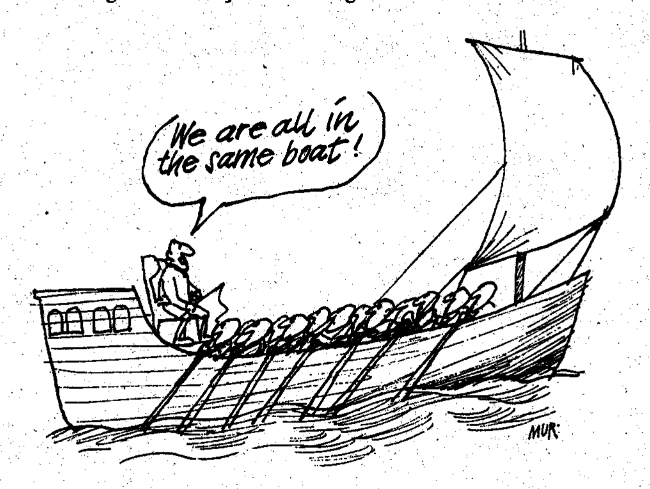
Wie wenig die Vorschläge der Kommission geeignet sind, die bestehende Ungleichheit wenigstens in der Zukunft zu überwinden, wird dadurch verschleiert, daß die Kommission die Entwicklung der Industriestaaten nicht fortschreibt. Doch die Industrieländer sind nicht statisch („entwickelt"), sondern ebenfalls in einem dynamischen Umwandlungsprozeß begriffen. Die in den letzten Jahren einsetzende Automatisierung wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der kapitalistischen Metropolen völlig umkrempeln. Richard Bellman, ein amerikanischer Mathematiker und Zukunftsforscher, hält es für möglich, daß im Jahre 2000 in den USA nur noch zwei Pro-

Konzept der „Abkopplung von der Weltwirtschaft". Dieses Konzept, das auf der „Theorie des Peripheren Kapitalismus" aufbaut, sieht für einzelne (oder Gruppen von) „Entwicklungsländern" eine Lösung aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung und den Aufbau eigenständiger Wirtschafts- (und Gesellschafts-) systeme vor. Die Kommission verwirft derartige Vorstellungen – ohne ihre Berechtigung und Chancen zu diskutieren – rigoros: „Der Süden muß und will selbständig sein, um den Prozeß der politischen Unabhängigkeit zu vervollkommnen. Das aber bedeutet nicht die Abkopplung von der Weltwirtschaft." (S. 56) Hier setzt die Kommission an Stelle vorurteilsfreier Diskussion Prämissen: Eine Abkopplung der Dritten Welt vom Weltmarkt würde dem Konzept der „Gemeinsamen Interessen" entgegenstehen, denn die meisten Industrieländer sind sowohl auf die Rohstoffimporte aus den „Entwicklungsländern" als auch auf die Exporte auf die riesigen Absatzmärkte in den Ländern des Südens angewiesen. So versucht die Kommission insbesondere auch den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in den Industriestaaten klar zu machen, daß protektionistische Maßnahmen nicht zuletzt ihren eigenen langfristigen Interessen Schaden zufügen. Doch wird das Schreckgespenst „Protektionismus" von der Kommission

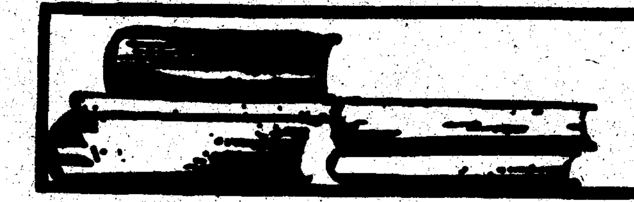
nur einseitig und pauschalierend erörtert. Ob **gezielte** protektionistische Maßnahmen des Südens gegen den Norden möglicherweise für den Süden (und nicht nur für ihn allein) vorteilhaft sein könnten, wird nicht untersucht. Interesse haben die Industriestaaten jedoch an einer Verbesserung der Rohstofferschließung und an einer Stabilisierung des Rohstoffhandels. Genau in diese Richtung zielen auch die Vorschläge der Kommission, die in Anwendung überkommener Denkmuster dem Süden einredet: „Der Rohstoff**handel** ist die Lebensader des Südens . . ." (S. 179, Hervorhebung vom Verf.) Doch ohne ungehemmten, „liberalen Rohstoffhandel – der nach wie vor von militärischen Drohungen und Interventionen, Erpressungen und Manipulationen begleitet seinen Ursprung aus dem Zeitalter des Kolonialismus nicht verleugnen kann – müßte insbesondere der „Norden" seine Lebensgewohnheiten verändern: Verschleißproduktion und die Möglichkeit zur Verschwendung von Gütern aller Art – wichtige Stabilisatoren der nördlichen Gesellschaftssysteme – werden von der Kommission nicht in Frage gestellt. So wird auch der Begriff „Überentwicklung" von der Kommission mit skeptischen Anführungszeichen versehen und ohne weitere Diskussion beiseite geschoben. Denn auch in Bezug auf den Norden geht es der Kommission nicht um grundlegende Veränderungen, sondern um den Erhalt und Fortbestand der herrschenden Systeme. „Das Überleben Sichern" – ein Programm zur Absicherung von Überlebtem?

(bef)

Fußnoten:
1) In der MSZ 4/80 S. 25ff findet sich eine die Prinzipien des Berichts in Frage stellende Kritik
2) Zur Kritik des Begriffs „Nord-Süd-Konflikt" siehe den Kasten „Zur Theorie des Peripheren Kapitalismus"!
3) so der deutsche Titel des Berichts (Köln, 1980)
4) Eine Kritik der Politik der OPEC-Staaten kann an dieser Stelle nicht geleistet werden; vgl. dazu auch: „Wem nützt die Opec", blätter des iz3w Nr. 83, S. 39 ff
5) Ist z.B. auch in der BRD die Umverteilung von Produktionsmitteln und Einkommen notwendig?
6) Das erste derartige Gipfeltreffen ist für Anfang 1981 in Mexiko geplant.
7) Eine derartige Prognose ist selbstverständlich mit Vorsicht zu genießen! Zitiert nach: Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft, insbes. S. 141 Frankfurt/New York 1975. Die Tendenz der Prognose dürfte jedoch richtig sein.







Das PRO und KONTRA der Weltbank

„Was hat die Dritte Welt, besonders ihre ländlichen Armutsgruppen als die unterste Schicht der modernen Weltgesellschaft" von der kapitalistischen Entwicklungsbank zu erwarten? lautet die ehrgeizige Fragestellung der jetzt erschienenen umfangreichen (600 Seiten) Studie des Hamburger Politologen

Rainer Tetzlaff: Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer? Weltforum Verlag München, 26 Mark.

Die Antwort auf die Gretchenfrage des Titels, soviel sei hier vorweggenommen. lautet: sowohl . . . als auch. Die Weltbankgruppe dient der Aufrechterhaltung und Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Macht der USA und anderer kapitalistischer Industrieländer, aber mit ihrem neuen armutsorientierten ländlichen Entwicklungskonzept kann sie in bestimmten systembedingten Grenzen real Elend lindern und Entwicklung in Gang setzen.

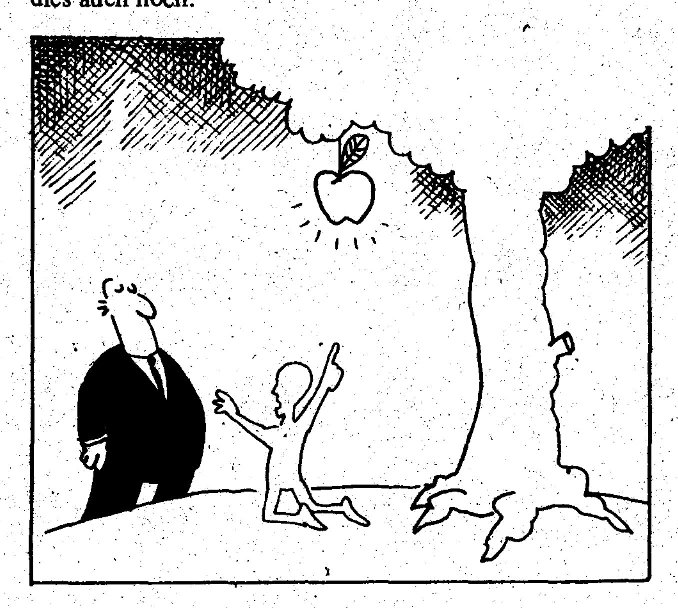
Die sehr differenziert vorgehende und detailreiche Studie, Frucht von siebenjähriger Beschäftigung mit dem Thema und insgesamt drei Forschungsaufenthalten des Autors am Weltbanksitz in Washington, nimmt die Weltbankgruppe gegen ihre radikalsten Kritiker von links und rechts in Schutz, unterzieht sie aber in Einzelfragen und im Prinzip selbst einer radikalen Kritik. Die Untersuchungen der einzelnen Aktivitäten der Weltbank, ihrer Schwesterorganisation Internationaler Währungsfonds (IWF) und der Weltbanktochter Internationale Entwicklungsagentur (IDA) stellt der Autor dabei in den Zusammenhang eines „weltgesellschaftlichen Analyseansatzes". Das ist der Versuch einer politischen Standortbestimmung der mächtigsten internationalen Organisation im Spannungsfeld nationaler Souveränitäten, wachsender „Interdependenz" aller Staaten und Gesellschaften der (kapitalistischen) Welt und Tendenzen zu überstaatlichen Entscheidungs- und Herrschaftsmechanismen.

Das Buch beginnt mit einem ausführlichen Kapitel über moderne Entwicklungsbegriffe und Schlagworte der entwicklungspolitischen Diskussion. Als Ziel von „Entwicklung" und Maßstab für die Analyse wählt der Autor die Kriterien: Überwindung entwicklungshemmender Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen *und* Befriedigung von Grundbedürfnissen der ländlichen und städtischen Armutsgruppen.

Mc or Mao?

Der theoretisch wichtigste Teil der Studie beschäftigt sich dann mit der neuen armutsorientierten Entwicklungsstrategie der Weltbank, die seit 1973 wesentlich vom ehemaligen US-Vietnamkriegsminister Robert McNamara geprägt wurde. Bis in die siebziger Jahre hatte sich die Weltbank den Ruf einer Kreditbank erworben, die nach harten Geschäftskriterien kapitalintensive Großprojekte in der Dritten Welt finanzierte, die vor allem für Multinationale Konzerne von Interesse waren: Staudämme, Elektrizitätswerke, Häfen und ähnliches. Im Einklang mit gängigen Entwicklungstheorien erhoffte man sich von diesen zugegebenerweise unmittelbar nur für die Oberschichten der Entwicklungsländer und für die Industrieländer nützlichen „Wachstumsinvestitionen", irgendwie werde der gesellschaftliche Reichtum schon zu den armen und hungernden Massen „durchsickern". Tatsächlich war das Gegenteil der Fall: Die Reichen wurden immer reicher, die Armen immer ärmer. Die nicht lebensfähigen Volkswirtschaften der Entwicklungsländer gerieten immer mehr in die Abhängigkeit von Industrieländern.

McNamara nannte nun kurz nach seinem Amtsantritt als Weltbankpräsident Gründe für das fortbestehende Massenelend in der dritten Welt (Hunger, Säuglingssterblichkeit, geringe Lebenserwartung, Analphabetentum), die kaum jemand von der kapitalistischen Kreditbank erwartet hätte. Ursachen seien vor allem das Versagen traditioneller wachstumsorientierter Entwicklungsstrategien und der sozial diskriminierende Einsatz von Gütern und Dienstleistungen seitens der privilegierten Herrschaftseliten in der Dritten Welt. Auf deutsch: die Oberschichten verschwenden den gesellschaftlichen Reichtum auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung, und die „Entwicklungspolitik" fördert dies auch noch.



Der „Kommunistenfresser" McNamara kommt also zu fast dem gleichen Ergebnis wie seine linken Kritiker. Das überrascht aber nur auf den ersten Blick, denn krasse Ausbeutung und Unterdrückung sind der beste Nährboden für das, was die Weltbank als Instrument der kapitalistischen Länder verhindern möchte, die Linken aber herbeiwünschen und fördern: soziale Revolution und radikale Umwälzungen. Wer die Revolution verhindern möchte, muß ihre Ursachen ausschalten. Die Weltbank als Verhandlungspartner der Oberschichten und Herrschaftseliten in der Dritten Welt kann und will diese aber nicht bekämpfen, sondern nur „ermahnen" und „drängen", „mutige" Reformentscheidungen zu treffen. Tetzlaff dazu: es besteht ein „Widerspruch zwischen der abstrakt-vernünftigen Einsicht einer-

seits, daß ohne radikale politische Reformen in der Dritten Welt Entwicklungsprogramme für die unteren Bevölkerungsschichten ohne Bedeutung bleiben müssen, und der pragmatischen Praxis andererseits, sich mit den etablierten, in der Regel reformunwilligen Regierungen der Dritten Welt zu arrangieren. Einerseits wird also die Notwendigkeit erkannt, entwicklungshemmende politische Herrschaftsstrukturen zu überwinden (bis hin zur Forderung nach institutionalisierter politischer Gegenmacht der Armutsgruppen), andererseits will die Weltbank aus Angst vor sozialistischen Revolutionen radikale unkontrollierbare Systemtransformationen verhindern und überflüssig machen".

Immerhin muß aber die neue Weltbankstrategie der „Umverteilung mit Wachstum" durchaus ernst genommen werden und kann nicht als reines Betrugsmanöver eingestuft werden. Denn im Interesse der politischen Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft müssen die armen Massen wegen ihrer revolutionären Sprengkraft (Iran, Nicaragua) und als mögliche Konsumenten von Gütern und Dienstleistungen in den Wirtschaftskreislauf integriert werden. Reformen sind notwendig, auch und gerade im Interesse des Kapitals. Die Frage ist nur, wie: Revolution von unten oder gesteuerte Reform von oben. „Mc or Mao", so hat ein Weltbankmitarbeiter die Frage auf den Punkt gebracht.

Rechnungseintreiber von Wall Street

Das Verständnis für die Weltbank-„Philosophie" erleichtert Tetzlaff in ausführlichen Abschnitten über Entstehungsgeschichte, Aufbau und Funktionsweise dieser einzigartigen internationalen Organisation. Geburtsstunde des Zwillingspaares Weltbank und Währungsfonds war die Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944. Von Entwicklungsländern war damals erst in dritter Linie die Rede. Hauptaufgaben dieser „zweitwichtigsten Konferenz des zwanzigsten Jahrhunderts nach Versailles" waren die Neuregelung des völlig zusammengebrochenen internationalen Finanzsystems und die organisatorisch-technische Festigung der zu Ende des zweiten Weltkrieges unübersehbaren Vormachtstellung der USA in der kapitalistischen Welt.

Eine egoistische und nur auf den Schutz der eigenen Wirtschaft bedachte Politik der einzelnen Länder hatte den freien Fluß des Kapitals lahmgelegt und dem Welthandel fast unübersteigbare Hürden in den Weg gelegt – eine beklemmende Fessel für das Expansionsstreben der USA und die dynamische Entwicklung des Kapitals.

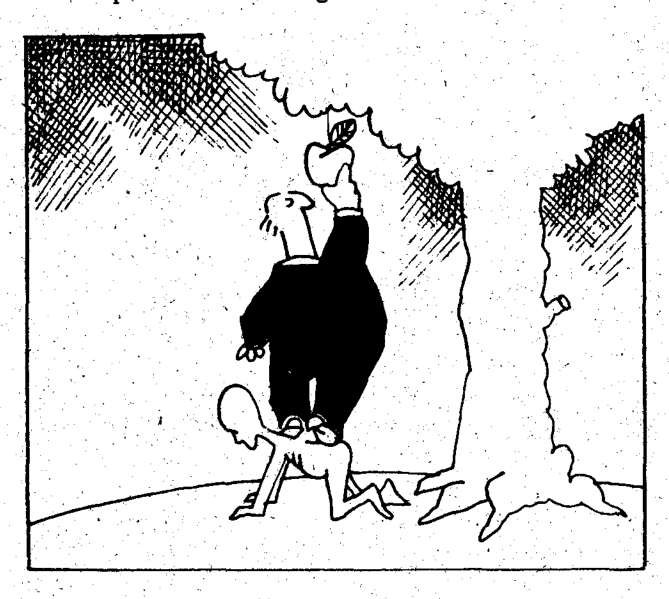
Zudem hieß es nach fürchterlichen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges Europa wieder aufzubauen und in ein kapitalistisches Weltsystem unter Führung der USA einzubeziehen.

Den Amerikanern ging es in Bretton Woods daher um die Durchsetzung eines Ordnugssystems, das einerseits alle Länder auf die Prinzipien des freien Welthandels und Kapitalverkehrs verpflichten würde und andererseits Länder mit „fundamentalen Zahlungsbilanzdefiziten"(entspricht der drohenden Pleite eines Unternehmens) zu einer radikalen Änderung ihrer Politik zwingen könnte.

Bretton Woods wies dafür der Weltbank und dem Währungsfonds eine Arbeitsteilung zu, in der der Fonds (IWF) über die kurzfristige Stabilität der Zahlungsbilanzen zu wachen hat, während die Bank durch gezielte Kredite strukturelle Mißstände abzustellen hat.

Im Rahmen der Uno-Familie nehmen Fonds und Bank in zweifacher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Wegen der besonderen „Philosophie" ist der Beitritt praktisch nur für kapitalistische Länder möglich (allerdings hat der Fonds im Falle Jugoslawiens und neuerdings der VR China eine bemerkenswerte Flexibilität entwickelt), und die Stimmrechte sind nicht wie sonst üblich gleich verteilt, sondern richten sich nach der wirtschaftlichen Stärke der einzelnen Mitglieder. So verfügen die USA in allen wichtigen Fragen über eine Sperrminorität, die fünf wichtigsten Industrieländer haben fast fünfzig Prozent der Stimmen.

Interessant der Abschnitt über das Personal der Bank: es handelt sich fast ausschließlich um höchstqualifizierte Ökonomen und Juristen mit wenig Länderkenntnis, was zu einer recht technokratischen und schematischen Denkweise und entsprechender Politik geführt hat.



Stummer Zwang der Abhängigkeit

Höchst wichtig, weil in deutschsprachigen Veröffentlichungen bisher kaum abgehandelt, sind Tetzlaffs Ausführungen über die politische Definitionsmacht der scheinbar unpolitischen Wirtschaftsorganisationen. Durch ihre „konservative" Kreditpolitik haben sich Bank und Fonds zu Recht den Ruf des Rechnungseintreibers von Wall Street erworben. Denn Kredite werden erst gewährt, wenn alle öffentlichen und privaten Altschulden abgetragen sind, und krisengeschüttelte Länder kriegen häufig erst dann neue Gelder von privaten und öffentlichen Kapitalgebern, wenn die Weltbankgruppe ihre Kreditwürdigkeit festgestellt hat. So erreichen die für eine Kreditzuteilung erforderlichen Auflagen eine Hebelwirkung, die weit über die vergleichsweise eher bescheidenen Eigenmittel der Weltbankgruppe hinausgehen. Bei den Auflagen kann von „unpolitischen Sachzwängen" in der Regel nicht die Rede sein: Kürzungen der Staatsausgaben, Lohnstopp, Abwertung mit Verteuerung der Importe, Steuererhöhungen, Reprivatisierung von Staatsunternehmen, für Auslandsinvestitionen günstige Gesetzgebung usw. Die Folgen sind eine Stabilisierung von meist sehr konservativen Regimen, die das Gegenteil von Sozialpolitik betreiben, und die Auslieferung ganzer Volkswirtschaften an das Auslandskapital. Ein Musterbeispiel dafür ist die Politik der Militärjunta in Argentinien. (Vgl. blätter... Nr. 84). Solche drastischen Sanierungskuren werden häufig dann verschrieben, wenn eine progressive Regierung in der Dritten Welt trotz struktureller Abhängigkeit und Einbettung in das kapitalistische Weltsystem eine Politik national-demokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt und – auch wegen Korruption und überhöhter Militärausgaben – in eine existenzbedrohende Zahlungsbilanzkrise gerät. Tetzlaff kommt daher zu dem sicherlich zu diskutierenden Schluß, „eine progressiv gemeinte Politik der die materiellen Möglichkeiten und Mittel zu ihrer Realisierung über einen längeren Zeitraum hinweg fehlen," sei „objektiv reaktionär", weil emanzipatorische Hoffnungen

zunichtegemacht würden und die armen Massen nach Krise und Roßkur schlechter dastünden als vorher. Die Notwendigkeit zur Unterwerfung unter die Weltbankphilosophie sei „letztendlich als zwangsläufige Folge einer weltmarktassoziierten abhängigen Entwicklung zu begreifen", es herrsche „der stumme Zwang neokolonialer Abhängigkeitsverhältnisse", der langfristig nur durch eine gemeinsame Abkopplung einer Gruppe von Entwicklungsländern aus den Weltmarktszusammenhängen zu brechen ist.

IDA und IFC

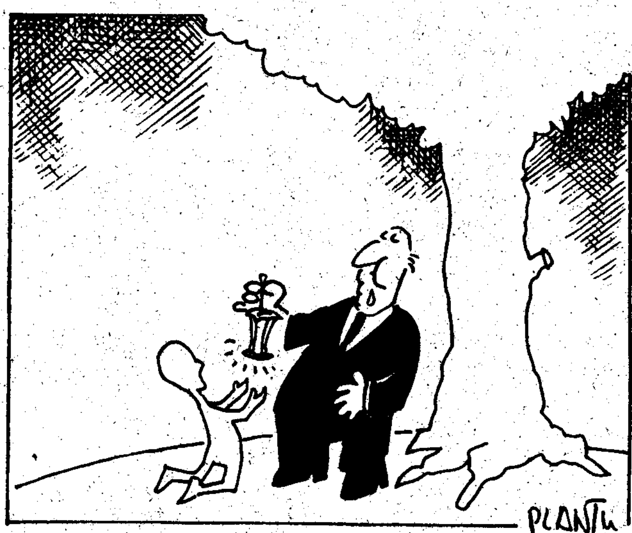
Zwei ausführliche Kapitel beschäftigen sich mit der Weltbank-Tochter IDA, die Kredite zu weichen Bedingungen, das heißt zinsfrei und mit sehr langen Rückzahlungsperioden, verteilt. Hier geht es vor allem um die Politik des US-Kongresses gegenüber der IDA, um Konflikte zwischen dem aufgeklärten Selbstinteresse im Sinne einer langfristig eigennützlichen Politik und dem kurzfristig borniert-nationalen Standpunkt, der Entwicklungshilfe ohne unmittelbaren politischen Nutzeffekt als Verschleuderung von Steuergeldern sieht. Ähnliche Argumente kann man auch im Bundestag bei Entwicklungspolitik-Debatten hören.

Sehr detailliert beschreibt Tetzlaff dann die Verteilung der Weltbank-Kredite auf Schwerpunkt-länder und -sektoren. Nach wie vor stehen exportorientierte Wachstumswirtschaften („Schwellenländer") an der Spitze der Kreditvergabeprogramme. Es läßt sich nicht nachweisen, daß die Weltbank Armutsländer besonders fördert. Für den Westen wirtschaftlich interessante Länder mit Militärdiktaturen gelten als besonders kreditwürdig, aber auch Jugoslawien und Rumänien. Die jahrzehntelange Konzentration auf Projekte der materiellen Infrastruktur hat vor allen Dingen industrielle Großunternehmen sowie die Exportorientierung der Schuldnerländer unterstützt. Für die McNamara-Ära charakteristisch ist die Ausweitung der Kreditprogramme auf neue Investitionsfelder wie ländliche Entwicklung, Erziehungswesen, Stadtentwicklung und Energiebodenschätze. Deutlich wird die Rolle der Weltbank als Wegbereiter für ausländische Direktinvestitionen vor allem über die zweite Weltbanktochter IFC, die auch in Armutsländern ausländisch mitfinanzierte Enklaven-Projekte zu etablieren versucht.

Die Weltbank auf dem Lande: die meisten gehen leer aus!

Besondere Beachtung verdienen die Weltbank-Aktivitäten im ländlichen Bereich und die neue Kleinbauernstrategie. Alle halbwegs erfolgreichen Entwicklungspfade in der Dritten Welt hatten bei allen Unterschieden ein Gemeinsames: eine radikale politisch-sozial-ökonomische Umgestaltung auf dem Lande. China, Taiwan und Kuba mögen als Beispiele dienen. Diese mittlerweile kaum noch bestrittene These hat auch die Weltbank unter McNamara erkannt. Sie hat sich daher Landreformen im Sinne von Ausdehnung der kapitalistischen, marktverbundenen Produktionsweise auf die Landwirtschaft auf die Fahnen geschrieben und geriet zwangsläufig in Konflikt mit parasitären Landoligarchien und ihnen hörigen Staatsateliten. Da ihre politische Durchsetzungsmacht oft erstaunlich gering ist, verlegt sie sich gerne auf Projekte, die niemandem weh tun, wie Neulandbesiedelung und Gebietsentwicklungsprojekte in 'jungfräulichen' Subsistenz-Regionen.

In drei Fallstudien untersucht Tetzlaff Weltbankprojekte neuen Stils. Ihn interessieren dabei allerdings – ein gewisser Mangel – weniger die langfristig sozio-kulturellen Folgen, wenn vormals isoliert wirtschaftende Bauern in das Räderwerk einer Marktwirtschaft einbezogen werden, sondern die unmittelbaren Auswirkungen auf Einkommen und Linderung des Elends. Als größtes Problem hat es sich für die Weltbank-Technokraten erwiesen, das gesunde Mißtrauen der ländlichen Zielgruppen gegenüber von außen herangetragener „Entwicklung" zu überwinden.



Tetzlaffs Ergebnisse: Die ländlichen Entwicklungsprojekte der Weltbank bewirken tatsächlich mehr an wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Veränderungsdynamik, als radikale Kritiker für möglich halten. Von einem Programm zur „Selbstzerstörung der Landbevölkerung in der Dritten Welt" (Feder, blätter ... Nr. 52) kann keine Rede sein. Aber die neuen Weltbankprojekte kommen hauptsächlich einem recht kleinen Kreis von Kleinbauern zugute, die bereits über genügend fruchtbares Land und andere Voraussetzungen verfügen, so daß ihre Höfe betriebswirtschaftlich rentabel geführt werden können. Landlose, Kleinbauern ohne „Wachstumspotential" und Wander- oder Gelegenheitsarbeiter (das sind 60 bis 70 Prozent der ländlichen Armen!) gehen leer aus, denn Arbeitsplätze außerhalb der Familienbetriebe werden kaum geschaffen. Die von der Weltbank (und fast allen anderen „Entwicklungsprogrammen" Vergessenen sind, so zynisch es klingt, für das marktwirtschaftliche System schlicht überflüssig, haben weder als Konsumenten noch mögliche Arbeitskräfte irgendeine Funktion. Sie bleiben zu Hunger und frühem Tod verurteilt. „Von der Realisierung der der Grundbedarfsstrategie ist die Weltbank also noch weit entfernt. Obwohl man nicht behaupten kann, daß ohne ihre Existenz ... die Massenarmut geringer wäre als sie heute ist, so muß man doch in aller Nüchternheit feststellen, daß sie von ihrer politischen Struktur her gar nicht die Voraussetzungen bietet, an den Grundbedürfnissen der ärmsten Schichten der modernen Weltgesellschaft anzusetzen."

Das Buch ist eine Fundgrube für alle, die sich intensiv mit der Weltbank auseinandersetzen möchten. Zahlreiche Aspekte, insbesondere die weltpolitischen Implikationen der Weltbanktätigkeit, konnten in dieser Rezension gar nicht referiert werden. Der Preis von DM 26,– ist für 600 Seiten ausgesprochen billig. Es muß aber befürchtet werden, daß diese wichtige Neuerscheinung einem relativ kleinen Kreis von Weltbank-Spezialisten und Wissenschaftlern vorbehalten bleibt, da Umfang, thematische Breite den „Normal-Leser" schlicht überfordern. Eine gestraffte (Kürzungen erscheinen durchaus möglich) und vielleicht um einige Aspekte „erleichterte" Fassung in einer billigen Taschenbuchausgabe könnte das Buch einem breiteren Leserkreis zugänglich machen, was sicherlich wünschenswert wäre. sth

Bücher zum Tourismus

Aus redaktionellen Gründen konnten wir im letzten Heft die Rezensionen zu den Tourismusbüchern nicht abdrucken und wollen es hiermit nachholen.

Die Redaktion



Aus dem breiten Angebot anLiteratur zum Thema Tourismus haben wir drei wichtige Arbeiten zur Rezension ausgesucht. Jedes dieser Bücher gibt die Möglichkeit, das Problemfeld Tourismus auf jeweils unterschiedliche Art und Weise anzugehen. Alle drei Titel kosten übrigens weniger als DM 10,– und dürften deshalb für jeden Leser erschwinglich sein.

Eines der wohl wichtigsten Bücher zu diesem Bereich ist

Gerhard Armanski: Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus – Ursachen, Formen, Folgen; Berlin 1978 (Rotbuch Nr. 181, DM 8,–).

Armanski geht davon aus, daß der Urlaub auch nur ein Teil unseres gesamtgesellschaftlichen Lebens ist und auch nur in diesem Rahmen analysiert werden kann. Er versucht, die innere Struktur des Massentourismus freizulegen, d.h. seine Beweggründe und Formen im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu betrachten. Gleich zu Beginn seiner Arbeit kritisiert er diesbezüglich die Linke, die seiner Meinung nach nämlich gerade diesen Sachverhalt vernachlässigt hat und sich um den Tourismus bisher überhaupt nicht kümmerte, sich „im wesentlichen ablehnend und unwissenschaftlich zum Tourismus" verhalten hat. Linke Einzel- oder Antitouristen sind für ihn „nur vor der Touriswelle herfliehende Einzelgänger", die den Massentourismus zwar kritisieren, doch als sein Vortrupp an seinen zersetzenden Wirkungen teilhaben.
Obwohl das Buch mit vielen Bildern und Tabellen sowie sonstigen Einschüben optisch aufgelockert ist, bleibt der Verfasser vielfach in seinen Ausführungen schwer verständlich – es soll wohl auch sprachlich der Eindruck von Wissenschaftlichkeit erzeugt werden. Trotzdem ist die Lektüre sehr zu empfehlen. Armanski gibt ein recht umfassendes Bild über die Touristen (Urlaubsmotive), die wirtschaftliche Implikationen und die Auswirkungen in den Zielländern. Insbesondere geht es dem Autor um die sogen. Massentouristen, denen er die von ihnen hervorgerufenen Auswirkungen nicht anlasten will: „Kaputt durch Arbeit und Umwelt, sind sie zur Erholung gezwungen, machen sich auf die individuelle Flucht in vermarktete Bahnen". Die Urlauber sind also nur Gefangene des Systems.
Ausgehend von dieser These ist es schwierig, *alternative Konzepte zum bestehenden Massentourismus* aufzuzeigen. Was Armanski im letzten Kapitel seines Buchs an Umrissen einer alternativen Tourismuspraxis skizziert, ist deshalb auch keine für breite (bürgerliche) Bevölkerungsschichten akzeptable Lösung. Der Autor ist sich dessen wohl bewußt und meint, letztlich könne der Tourismus erst „nach vorn befreit" werden, wenn er von den kapitalistischen Fesseln gelöst sei und „an die Stelle der touristischen Entfremdung die bewußt-assoziierte Aneignung der Welt tritt". An Armanski wurde deshalb kritisiert, er seziere zwar die augenblicklichen Mißstände, tue aber nichts zu einer konstruktiven Veränderung, weil er sich nicht mit denen einlassen wolle, „die zwar mitschuldig sind, aber die Macht hätten, die (Urlaubs-)Verhältnisse zu ändern" (DIE ZEIT Nr. 46, 10.11.1978). Nun, wer dies erwartet, verkennt den Anspruch des Autors an eine alternative Tourismuspolitik. Armanski schlug den anderen Weg ein und versuchte, alle tourismuskritischen Personen und Gruppen zu vereinen, um gemeinsam an einer Veränderung derzeitiger Tourismuspolitik weiterzuarbeiten. Diese Bemühungen führten zur Gründung der GRUPPE NEUES REISEN, auf die an anderer Stelle bereits näher eingegangen wurde. Mit seinem Buch hat Armanski die Grundlage für eine solche weiterführende Diskussion geschaffen – darin liegt seine besondere Bedeutung.

In ganz unwissenschaftlicher Weise und trotzdem sehr informativ, zudem auch noch unterhaltsam und spannend – so beschreibt ein Insider der Tourismusbranche das Geschäft mit den „kostbarsten Tagen des Jahres":

Rolf Bergmann: Cubra libre in Benidorm. Roman; Frankfurt 1977 (Fischer TB Nr. 1888, DM 5,80).

Kurz zum Inhalt: Die Urlaubsreisenden vor herben Enttäuschungen zu bewahren, das ist die Aufgabe von Reiseinspektor Watzel. Doch schon bald wird ihm bewußt, daß er nur eine Alibifunktion auszuführen hat, daß es die Geschäftszentrale von „Quarz-Reisen" überhaupt nicht interessiert, wie Urlaubswirklichkeit und Prospektbeschreibung auseinanderklaffen. Als der alte Watzel den Verantwortlichen in der Zentrale zu kritisch wird, schieben sie ihn ab. Er macht jedoch auf eigene Verantwortung weiter und enthüllt nach und nach die Mechanismen einer Industrie, die vorgibt, Träume und Sehnsüchte zu befriedigen, der es aber im Grunde nur darauf ankommt, jedes Jahr mehr Buchungen noch effektiver ausführen zu können.
Der Leser erhält ebenso Einblick in den Alltag bei der Geschäftszentrale in Frankfurt, als auch in das Geschehen vor Ort, in den Tourismuszentren Spaniens und Kenias. Der Autor beschreibt Menschen und enthüllt durch sie hindurch die Struktur eines Systems. Wer theoretische Bücher nicht mag, findet hier eine ideale Alternative.

Den Lesern, die sich speziell für sozio-kulturelle Aspekte des Tourismus interessieren, sei folgende Lektüre empfohlen:

Zeitschrift für Kulturaustausch Nr. 3/1978: Tourismus und Kulturwandel (H. Erdmann Verlag Tübingen, DM 5,–)

In ihren Beiträgen versuchen die 21 Autoren die kulturelle Bedeutung des Tourismus unter jeweils verschiedenen Gesichtspunkten darzustellen. Allerdings sind die einzelnen Artikel hinsichtlich Stil und Informationsgehalt recht unterschiedlich, auch wenn man ihre unterschiedlichen Themenstellungen berücksichtigt.
Im Editorial wird Tourismus als Ausdruck und Ausdrucksform einer Kultur, aber auch als Faktor kulturellen Wandels definiert. Inwiefern umgekehrt der Tourismus heute noch in der Lage ist, Kultur zu vermitteln, versucht der anschließende Artikel zu klären. Es folgen Betrachtungen über die Reiseliteratur, über die Rolle Roms als Ort kultureller Begegnung im 17. und 18. Jahrhundert und über die Reiseerfahrungen des Bildungs- und Besitzbürgertums um 1800. Die nächsten Artikel beschäftigen sich mit dem Stand und einigen wichtigen Ergebnissen der Tourismusforschung (Typologie der Touristen, Auswirkungen von Auslandsreisen, u.a.). Darunter fällt auch ein sehr informativer (allerdings englischsprachiger) Bericht über die Auswirkungen des Himalaya-Tourismus auf die dortige Sherpa-Kultur

und zwei Berichte über den Einfluß des Fremdenverkehrs auf Agrargesellschaften in Südeuropa und der Schweiz.
Zum Themenbereich Tourismus und 3. Welt findet der Leser eine Gegenüberstellung der Tourismuspolitik von Kenia und Tansania und einen Bericht über die Auswirkungen des Tourismus in Tunesien (Tourismus und Unterentwicklung). Besonders hervorgehoben zu werden verdienen auch die Betrachtungen von Reinhard Hesse über das Phänomen Tourismus in hochindustrialisierten Gesellschaften: „Massentourismus als Flucht in die Selbstbestätigung?" – eine Ergänzung und Präzisierung der Tourismustheorie von H. M. Enzensberger. Schließlich sei noch auf die sehr umfassende und nach Themenschwerpunkten geordnete Literaturdokumentation hingewiesen.
Es kann leider nicht ausführlicher auf die einzelnen Artikel eingegangen werden. Zusammengenommen vermitteln sie ein recht differenziertes Bild der vielfältigen Beziehungen zwischen Kultur und Tourismus.

psc

Prostitutions -Tourismus

Dieses Heft beschäftigt sich mit dem Prostitutions -Tourismus nach Thailand. Als zu allem bereite Dienerinnen des Mannes werden Thailänderinnen nicht nur in vielen Filmen und Zeitungen dargestellt, auch Reiseveranstalter locken ihre Kunden unverhohlen mit thailändischem Sex.
Analysiert wird weiterhin die Darstellung von Thailänderinnen in unseren Medien, die historische Situation der Prostitution in Thailand beschrieben und die Notsituation geschildert, die die Frauen heute in die Prostitution treibt.
Eine Bildserie verdeutlicht sehr anschaulich die Entwicklung der Stellung der Frauen von den traditionellen Lebenszusammenhängen bis hin zur heutigen Situation. Es folgt ein Beitrag zur Theorie über Frauen in der 3. Welt. Außerdem kommen zwei thailändische Feministinnen mit ihrem Artikel „Ein weiter Weg zur Freiheit" zu Wort.
Abschließend ist ein Gespräch mit einer konservativen thailändischen Fraurechtlerin abgedruckt. Das Heft bietet zugleich aufschlußreiche Informationen über die Sitution der Frauen in Thailand und die Auswirkungen des Massentourismus / Prostitutions - Tourismus auf die thailändische Bevölkerung.
zu beziehen über:
Thailand Correspondenz 7/8
Ed. TISK e.V., Postfach 430209, 8 München 43;
6 DM





Beschränkung von Informationsständen und Straßenmusik

Vor ca. 2 Jahren schränkte die Stadt Freiburg die Vergabe von Standplä
tzen für Informationsstände drastisch ein. Nachdem vorher keine Obergrenze festgesetzt war, sollten plötzlich nur noch 6 Stände in der Innenstadt genehmigt werden. Außerdem gab es schikanöse Maßnahmen gegen Straßenmusikanten: Nur 15 Minuten Spielzeit, nur bestimmte Plätze sowie Verbot bestimmter Instrumente.
Es schlossen sich ca. 40 Freiburger Gruppen in der Aktionseinheit für Informationsfreiheit in der Freiburger Innenstadt zusammen und verlangten die Aufhebung des Erlasses. Eine langfristige Unterschriftenaktion erbrachte mehr als 6 000 Unterschriften. Das Musikhochschulorchester bereicherte einen verkaufsoffenen Samstag um eine spontane Solidaritäts - Symphonie; Durch zahlreiche Info - Stände, Pressearbeit und Briefe an die einzelenen Stadträte wurde immer wieder auf die Probleme hingewiesen.
Die Stadt reagierte mit einer Erhöhung der Platzzahl zunächst von 6 auf 9, später auf 11; zur Zeit (Wahlkampf) werden 18 genehmigt. Die Kontrolle der Strassenmusikanten wird flexibel gehandhabt. Insgesamt verfolgt die Stadt die Taktik, durch kleine Zugeständnisse den Widerstand aufzuweichen.
Für Gruppen, die sich näher informieren wollen, weil sie die gleichen Probleme haben, empfehlen wir unsere Dokumentation der wichtigsten einzelnen Vorgänge zu bestellen, gegen Voreinsendung von 4 DM in Briefmarken bei:

Aktion Dritte Welt
Postfach 5328
7800 Freiburg

Leserbrief

Zum Beitrag „ASEAN – ein Weg in die Unabhängigkeit?" von wite in Nr. 85.

„ASEAN – ein Weg in die Unabhängigkeit?" ist der Leitartikel im ASEAN-Themenheft der blätter des iz3w überschrieben. Beim Lesen wird sehr schnell klar, daß die Frage rhetorisch gemeint war. Kurz zusammengefaßt werden in dem Artikel folgende Thesen vertreten:
Entgegen dem offiziell propagierten Ziel, die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der fünf Länder Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen zu stärken, sind die ersten sichtbaren Folgen des Bündnisses verstärkte militärische Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung der Guerillabewegung. ASEAN ist – auch wenn die beteiligten Regierungen das Gegenteil beteuern – eine Nachfolgeorganisation des SEATO-Paktes für Südostasien. Die Organisation hat primär die Funktion, die Interessen des US-Imperialismus in der Region durchzusetzen.
Wirtschaftliche Zusammenarbeit kam dagegen nur sehr schleppend zustande. Das ist auch kein Wunder, denn die Entwicklungsstrategien der fünf Länder sind ausnahmslos auf Weltmarktintegration ausgerichtet. Da bleibt wenig Raum für regionalen Handel übrig. Die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den ASEAN-Ländern – so die These des Artikels – sei auch wieder durch den Druck von außen, von Seiten der imperialistischen Länder erfolgt. Seit die ASEAN besteht, hat sich die Weltmarktabhängigkeit der fünf Länder nur verstärkt. Was sich geändert hat ist lediglich das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Ländern. Der dominierende Einfluß der USA ist zurückgegangen. Japan und neuerdings die EG haben demgegenüber aufgeholt. Unabhängiger sind die ASEAN-Länder aber nicht geworden, nur weil es ihnen bisweilen gelingt, die verschiedenen imperialistischen Mächte gegeneinander auszuspielen
Das Fazit des Artikels: Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß von Ländern der Dritten Welt von der Art der ASEAN könne niemals fortschrittlich sein. „Die Bevölkerungen der südostasiatischen Länder werden durch die ASEAN nicht befreit."
Mir scheint, diese Schlußfolgerung wird dem Problem ASEAN nicht gerecht. Die Frage, wie ein Bündnis von Ländern der Dritten Welt wie die ASEAN einzuschätzen sei, gehört zu den schwierigsten Fragen, mit denen sich die antiimperialistische Linke heute auseinanderzusetzen hat. Das gilt auch für die Befreiungsbewegungen in der Region selbst. Hier hat die Diskussion um den Charakter der ASEAN gerade erst begonnen.
Meine Bemerkungen sollen als Anregung dienen, die ASEAN-Debatte in den blättern des iz3w weiterzuführen. Zunächst: Mit dem Hinweis auf die Unterdrückung der Bevölkerung in den ASEAN-Ländern ist die Frage, ob ASEAN unabhängig mache, nicht beantwortet. Nein, die unterdrückten Arbeiter und Bauern Südostasiens werden durch ASEAN sicher nicht befreit. Aber Unabhängigkeit und soziale Revolution sind nun einmal nicht identisch. Und zwar weder begrifflich, noch im historischen Verlauf. Auch historische Beispiele, in denen der Kampf für soziale Unabhängigkeit und Revolutionierung der sozialen Verhältnisse zusammenfielen oder in denen die soziale Revolution unmittelbar auf die nationale Befreiung folgte, sollten uns nicht zu dem Schluß führen: Wo keine soziale Befreiung der Mehrheit der Bevölkerung nachzuweisen ist, kann es auch keine Unabhängigkeit geben.
Denken wir an das Indonesien der Sukarno-Ära. Nachweislich ein Land, das sich um eine von den imperialistischen Mächten unabhängige Politik bemühte, aber auch ein Land, in dem keineswegs die Mehrheit des volkes die Macht im Staat innehatte. Den größten politischen Einfluß hatte damals die nationale Bourgeoisie Indonesiens. Eine von den Imperialisten unabhängige Entwicklung entsprach den Eigentinteressen dieser Klasse.
Für mich gibt es zwei Gründe eine Politik der nationalen Unabhängigkeit zu unterstützen. Erstens sucht eine nationale Bourgeoisie andere Investitionsmöglichkeiten als das internationale Kapital. Investitionen der nationalen Bourgeoisie orientieren sich an den Erfordernissen des einheimischen Markts und nicht denen des Weltmarkts. Das führt im Gegensatz zur exportorientierten Enklavenwirtschaft des internationalen Kapitals zu nationalen Wirtschaftskreisläufen mit Vorwärts- und Rückwärts-Verkoppelungseffekten. Eine solche Entwicklung ist – langfristig gesehen – im Interesse des ganzen Volkes des betreffenden Landes. Dabei soll gar nicht bestritten werden, daß die nationalen Kapitalisten häufig genug als die brutaleren Ausbeuter auftreten. In ihren Fabriken ist selbst das Minimum an Arbeitsschutz und sozialer Sicherheit, das in den Zweigbetrieben der Multis eingeführt ist, unbekannt.
Der zweite Grund: Ist nationale Unabhängigkeit einmal erreicht, sind auch die Bedingungen für soziale Umwälzungen besser.
Ich habe hoffentlich deutlich gemacht, warum ich die Frage nach nationaler Unabhängigkeit wichtig finde. Auch wenn im Ergebnis fürs erste die multinationalen Konzerne durch nationale Ausbeuter ersetzt werden.
„Macht ASEAN unabhängig?" ist für mich nicht bloß eine rhetorische Frage. Eine einigermaßen befriedigende Antwort wird nur auf der Grundlage einer gründlichen Analyse der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse in den Ländern Südostasiens möglich sein. Denn die Politik, die ein Land nach außen betreibt, ist Wiederspiegelung der im Inneren herrschenden Verhältnisse. Folgerichtig müßte die Analyse bei den Klassenverhältnissen in den fünf ASEAN-Ländern ansetzen.
Betrachten wir die Klassenauseinandersetzungen in Südostasien im letzten Jahrzehnt, so ist eine hervorstehende Tendenz in allen fünf Ländern der Aufstieg einer Bürokratenbourgeoisie innerhalb der herrschenden Klasse. Wichtigste Fraktion der herrschenden Klasse sind nicht mehr die Kompradoren im klassischen Sinn, überall ist dieser Fraktion Konkurrenz von Seiten der Bürokraten erwachsen, die ihre politische Macht durch Verfügungsgewalt über Produktivkapital in staatlichen Unternehmen ökonomisch abgesichert haben.
Welchen Charakter hat nun diese Bürokratenbourgeoisie? Hat sie Kompradorenfunktion, d.h. arbeitet sie vor allem dem internationalen Kapital in die Hände oder hat sie den Charakter einer nationalen Bourgeoisie? So weit ich sehe, findet innerhalb der Bürokratenbourgeoisie Südostasiens genau diese Auseinandersetzung zwischen Weltmarktintegration und nationaler Orientierung statt. Bisher überwiegt eindeutig die Fraktion, deren Eigentineressen unauflöslich an Exportorientierung und Weltmarktintegration verknüpft sind. Aber wer die inneren Rangeleien der Regie-

rungscliquen in Südostasien genau verfolgt, der wird beobachten können, daß Forderungen nach mehr nationaler Unabhängigkeit zunehmend salonfähig werden. In Malaysia wurde vor einigen Jahren ein Gesetz verabschiedet, nach dem neue Industriebetriebe nur angesiedelt werden können, wenn ihre Produktionsausrichtung in Einklang mit den Prioritäten der nationalen Wirtschaftsplanung steht. Das ist ein erster Schritt in die erwähnte Richtung. Die Belebung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fällt in die selbe Phase. Wenn es wirklich gelingt, den regionalen Handel zwischen den Mitgliedsländern auszuweiten, und eine in Ansätzen komplementäre Industriestruktur aufzubauen, dann wäre das eine Entwicklung, die den Handlungsspielraum der Imperialisten in der Region objektiv einschränkt. Damit würde ASEAN zwar nicht „fortschrittlich" aber objektiv antiimperialistisch.

Ich benutzte bewußt den Konditional, denn noch ist die nationale Tendenz innerhalb der Regierungen der ASEAN-Länder und folgerichtig auch innerhalb des Bündnisses noch recht schwach. Aber sie ist vorhanden und in den letzten Jahren nachweislich stärker geworden.
Es wäre undialektisch, ASEAN als „von Grund auf reaktionär" oder umgekehrt als „fortschrittlich" einzuschätzen. Die kurze Geschichte der Organisation spiegelt die Auseinandersetzung zwischen den beiden an sich widersprüchlichen Orientierungen wieder. Und das ist auch der entscheidende Unterschied gegenüber der SEATO. Diese war eindeutig ein Instrument zur Durchsetzung der US-Interessen in der Region, denn die USA führten den Vorsitz in dem Bündnis.Erst in einem regionalen asiatischen Zusammenschluß besteht die Möglichkeit, daß die Dialektik der Geschichte, das was einmal als Nachfolgeorganisation der SEATO gedacht war, zum Instrument für größere Unabhängigkeit vom Imperialismus wendet.

Einhard Schmidt

ASA FF. e.V.

In den 'blättern des iz3w' haben wir schon mehrfach Artikel, Erfahrungsberichte oder gekürzte Aufenthaltsauswertungen von Teilnehmern des ASA-Programms abgedruckt. ASA ist die Abkürzung für 3-monatige Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern.
Dieses Programm ist aus studentischer Initiative hervorgegangen und wird durch sie am Leben gehalten; denn vom Engagement der studentischen Teilnehmer der Vermittlung ihrer ERfahrungen, der Kontaktvermittlung zu den Projekten in den verschiedenen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, der durch die ehmaligen ASA-Teilnehmer weitergebenen praktischen und theoretischen Kenntnisse hängt der Verlauf eines solchen Aufenthaltes ab. Getragen wird dieses Programm besonders durch die Mitarbeit der Alt-ASAten als Kontinents- oder Ländervertreter, sowie in den verschiedenen Gremien der Selbstverwaltung. Aufgrund dieser Organisations- und Arbeitsstrukturen, vor allem durch das studentische Engagement konnte das ASA-Programm seit 20 Jahren mit relativ geringen Mitteln jährlich Studenten der verschiedensten Fachrichtungen in Länder der 'Dritten Welt' entsenden, die nach ihrer Rückkehr in die BRD als Multiplikatoren arbeiten sollen. Ein Erfolg des Programms ist inzwischen darin zu sehen, daß von den nunmehr 1.600 Teilnehmern über 35 % in irgendeiner Form im entwicklungspolitischen Feld arbeiten, viele jahrelang nach ihrem Aufenthalt in lokalen Entwicklungspolitischen Gruppen tätig sind.
Eine Belastung des Programms während seiner ganzen Geschichte war die Tatsache, daß es organisatorisch stets von einem Träger abhängig war, was häufig zu Auseinandersetzungen führte, weil die Träger oftmals das Programm in ihrem Sinne verändern oder funktionalisieren wollten. Doch auch hier half bisher das studentische Engagement, so daß das Programm nicht ein Opfer der Querelen verschiedener Institutionen geworden ist, sondern weiterhin besteht.

Zur Stützung des ASA-Programms, seines weiteren Ausbaus und der Möglichkeit, sich auch noch nach dem Aufenthalt im Rahmen des Programms weiterhin auseinandersetzen und in der entwicklungspolitischen Diskussion bleiben zu können, haben Anfang des Jahres ehemalige Teilnehmer einen ASA Freundes- und Förderkreis e.V. (ASA FF) gegründet, dem inzwischen viele Alt-ASAten beigetreten sind.
Ziele dieses Vereins sind, das Programm in seiner bisher bewährten Durchführung zu tragen, den Kontakt und die Auseinandersetzungen über entwicklungspolitische Themen zwischen Alt-ASAten zu intensivieren, vor allem aber dem jeweiligen ASA-Jahrgang für den Aufenthalt vorzubereiten, regional und zielgruppenspezifisch zu arbeiten.
Diejenigen, die sich weiter über dieses bisher einmalige studentische Programm in der BRD informieren möchten, können sich an das iz3w in Freiburg wenden oder direkt an:

ASA FF e.V.
Postfach 31 05 27, 1000 Berlin 31

Aktionen zur Bundestagswahl

Wie in jedem Wahljahr seit 1969 gibt es auch in diesem Jahr Bemühungen, entwicklungspolitische Themen im Bundestagswahlkampf zur Sprache zu bringen.
Die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) haben Arbeitshilfen zur Bundestagswahl '80 herausgegeben. Sie sollen die Jugendgruppen beider Organisationen zu Wahlkampfaktionen anregen.

Drei Fragen sind m.E. bei der Beurteilung dieser Aktionen entscheidend: – Wird die Entwicklungspolitik isoliert betrachtet oder wird sie im Rahmen gesehen von Welthandelsstrukturen, der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder von den Industrieländern sowie der ungleichen Verteilung ökonomischer Ressourcen in den meisten Entwicklungsländern, also im Rahmen der Faktoren, die eine an den Grundbedürfnissen orientierte Entwicklung hemmen bzw. verhindern?

– Werden die hinter politischen Äußerungen und Entscheidungen stehenden Interessen sichtbar?

– Führen die Aktionen zu einer Politisierung der beteiligten Gruppenmitglieder? Welches Verständnis politischen Engagements wird ihnen dabei vermittelt?

Die „Arbeitshilfe der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands zur Bundestagswahl 1980" will ihre Mitglieder dazu anregen, an den Wahlen zum Bundestag teilzunehmen und die politischen Vorstellungen dieses Jugendverbandes deutlich zu machen. Neben den die Landjugend in besonderem Maße betreffenden Themen Agrarpolitik, Arbeitsplatzsituation im ländlichen Raum und Energiepolitik wird auch die Entwicklungspolitik von der KLJB zum Wahlkampfthema erhoben. Drei Forderungen werden von der KLJB aufgestellt: Die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bruttosozialproduktes, Maßnahmen zum Abbau der Verschuldung der Entwicklungsländer sowie eine Entwicklungshilfe, „die grundsätzlich an der Bedürftigkeit der Entwicklungsländer orientiert" ist. In einem kurzen Problemaufriß zur Entwicklungspolitik werden zudem der Abbau von Handelshemmnissen sowie ein Verhaltenskodex für transnationale Konzerne angesprochen. Die einzige konkret formulierte Forderung ist diejenige nach Erhöhung der Entwicklungshilfe. Sie ist mittlerweile zum verbalen Allgemeingut aller Parteien geworden. Diese Forderung rückt den quantitativen Umfang der Entwicklungshilfe in den Vordergrund. Entscheidend ist aber der Inhalt der gegebenen Entwicklungshilfe. Schließlich kann die Bundesregierung dem 0,7 %-Ziel näherkommen, indem sie – wie momentan – die strategisch bedingten Stützungskredite für den NATO-Partner Türkei oder für Pakistan erhöht oder indem sie in stärkerem Maße die ländliche Gesundheitsvorsorge fördert. Die inhaltliche Seite der Entwicklungshilfe wird aber nur in einer Allgemeinheit angesprochen, die zu völlig nichtssagenden Äußerungen der Parteien führen muß. Zudem werden den KLJB-Gruppen keine Hilfen gegeben, um die wohlklingenden Wahlkampfaussagen mit der realen Entwicklungspolitik, der realen Außenpolitik konfrontieren zu können.

Besonders bedenklich ist das der Arbeitshilfe der KLJB zugrunde liegende Politikverständnis. Wesentlichster Inhalt politischen Engagements der KLJB-Jugendlichen scheint die Beteiligung an der Wahl und die Gewinnung einer „abgewogenen rationalen Wahlentscheidung" zu sein. Diese Entscheidung basiert, den Vorstellungen der Arbeitshilfe zufolge, auf dem Vergleich der Parteiprogramme und von Äußerungen der Bundestagskandidaten. Dabei wird den im Bundestag vertretenen Parteien ein Monopolanspruch zugebilligt: nur deren Programme sind – in völlig nichtssagender Weise – referiert, nur deren Kandidaten sind zur Einladung zu KLJB-Veranstaltungen vorgesehen, nur deren Adressen zur Bestellung weiterer Informationen in der Arbeitshilfe publiziert. Die abgewogene, rationale Entscheidung soll also nur zwischen diesen Parteien gefällt werden, wobei die KLJB-Gruppen die Parteien an ihren Programmen und nicht an der von ihnen bisher verfolgten konkreten Politik messen sollen. Die Reduzierung der politischen Aktivität auf die Wahlentscheidung verengt den politischen Horizont; die vom Redaktionsteam beklagte resignative Äußerung vieler Jugendlicher „die da oben machen letztlich doch, was sie wollen" kann so nicht bekämpft werden, da sie – reduzieren die Jugendlichen ihre Aktivitäten auf das Wahlkreuz – die Realität relativ gut trifft.

Die unter dem Titel „Macht Euch die 'Dritte Welt' untertan, Anfragen an die Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland" vom Bundesvorstand des BDKJ herausgegebene Arbeitshilfe eröffnet weit bessere Möglichkeiten für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit als die KLJB-Broschüre. In vier Brennpunkten wird hier die Verbindung innen- und entwicklungspolitischer Fragen hergestellt und Fragen zur Entwicklungspolitik der Parteien – auch hier in Beschränkung auf die im Bundestag vertretenen – abgeleitet. Unter dem Stichwort „Arbeitslosigkeit und internationale Arbeitsteilung" werden insbesondere Produktionsverlagerung und die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den Import westlicher Technologien in die Dritte Welt angesprochen. Die Folgen der wirtschaftlichen Ausrichtung der Dritten Welt auf die Importinteressen der Industrieländer und die wichtigsten Forderungen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" werden dargestellt. Im Stichwort „Sicherheit und Entwicklungspolitik" werden die – unter Umgehung des Kriegswaffenkontrollgesetzes betätigten – Waffenlieferungen in die Dritte Welt und die in der sogenannten Carter-Doktrin postulierte militärische Wahrnehmung von Rohstoffinteressen angesprochen. Unter dem Stichwort „Ökologie und Entwicklungspolitik" wird unter anderem auf den Export von Atomkraftwerken und Atommüll in die Dritte Welt sowie auf die ökologischen Folgen der Abholzung eingegangen. Die Haltung zur Atompolitik in der BRD selbst ist dabei allerdings recht unkritisch ausgefallen, es drängt sich der Eindruck auf, als sei die Atomkraft nur in der Dritten Welt ein ökologisches Problem.

Einige der aus den vier Brennpunkten abgeleiteten – relativ konkret formulierten – Fragen wurden CDU, CSU, SPD und FDP schriftlich gestellt, die Antworten sind in der Arbeitshilfe publiziert. Die Antworten der Parteien sind erwartungsgemäß meist sehr blumig ausgefallen; sie müssen somit in gründlicher Diskussion auf ihren Inhalt abgeklopft werden und mit der realen Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt konfrontiert werden. Die Handreichung des BDKJ bietet im Ansatz die Möglichkeit, hinter den Schein der parteipolitischen Äußerungen zu stoßen. So können beispielsweise die Informationen über die Benachteiligung der Entwicklungsländer im Welthandel mit dem parteilichen Lob für die arbeitsteilige Weltwirtschaft verglichen werden. Sehr aufschlußreich sind – um ein anderes Beispiel zu nennen – die Antworten der

Parteien auf die Frage nach der Berechtigung militärischer Aktionen zur Sicherung der Rohstoffversorgung. Soweit die Gruppen bei der Vorbereitung der Aktionen zur Bundestagswahl zu einer solchen gründlichen Diskussion bereit sind, kann ihnen die Handreichung – ergänzt durch weiteres Material – eine wichtige Hilfe sein. Ob allerdings die Wahlveranstaltungen selbst, auf denen eine gründliche Diskussion nicht zu leisten ist, ein Forum darstellt, auf dem durch kritische Fragen auch den Zuhörern politische Einsichten vermittelt werden können, erscheint – liest man die blumigen Antworten der Parteien – äußerst fraglich.

gc

Adressen:
Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Carl-Mosters-Platz 1, 4000 Düsseldorf

Katholische Landjugendbewegung Deutschlands, Adrianstraße 141, 5300 Bonn 3

Zu den Anzeigen in den „blättern des iz3w"

Wir veröffentlichen in unserer Zeitschrift Anzeigen für Bücher und Zeitschriften, die von anderen Gruppen und Organisationen herausgegeben werden. Ein Teil dieser Herausgeber vertritt andere politische Positionen als wir. Dies führt gelegentlich zu Mißmut bei einigen Lesern, die sich und uns fragen, ob wir unsere bisherigen Positionen aufgegeben hätten, ob wir uns jetzt mit dieser Organisation oder jener Partei identifizieren würden. Dazu möchten wir folgendes feststellen: Durch den Abdruck einer Anzeige übernehmen wir nicht die Position des Herausgebers der angezeigten Publikation. Es ist unser Ziel, den Leserkreis unserer Zeitschrift quantitativ und politisch auszuweiten, also auch mehr Leser, die unsere politischen Positionen nichtteilen, zu erreichen. Um diesem Ziel näher zu kommen, sind wir darauf angewiesen, in anderen Zeitschriften und Büchern auf die „blätter des iz3w" hinweisen zu können. Da wir keinerlei Geld haben, um bezahlte Anzeigen aufzugeben, vereinbaren wir mit anderen Zeitschriften Austauschanzeigen, das heißt, wir drucken eine Anzeige kostenlos ab und können in der anderen Zeitschrift ebenfalls eine Anzeige kostenlos veröffentlichen. Gerade weil wir auch Leser erreichen wollen, die politisch anders denken als wir, sind wir interessiert, auch mit den Zeitschriften Austauschanzeigen zu vereinbaren, die diese Leserkreise lesen, also mit Zeitschriften, die andere Positionen haben als wir. Zudem sollten die Leser, die uns aufgrund dieser Praxis kritisieren, bedenken, daß die Anzeige für eine Publikation – im Gegensatz zur Waschmittel- und Zigarettenwerbung – über Möglichkeiten informiert, die politischen Positionen anderer Gruppen und Organisationen kennenzulernen; schließlich hat jeder Leser seinen eigenen kritischen Kopf, schließlich sind wir keine linke Schrifttumskammer. Unsere Toleranz hat allerdings Grenzen, die schwer allgemein zu umreißen sind sondern die wir in Zweifelsfällen stets neu diskutieren. So haben wir in jüngster Zeit den Druck einer Anzeige abgelehnt, die ihren politischen Inhalt in sexistischer Aufmachung verkaufen wollte.

Red.

Initiativgruppe Dritte Welt Kiel:
„Polizeiliche Durchsuchung von Redaktion und Druckerei!"

Am Sonnabend, 29. 6. 80 durchsuchte gegen 11 Uhr eine Hundertschaft bewaffneter Bereitschaftspolizei mitsamt Hundestaffel die Redaktionsräume und die Druckerei der Initiativgruppe Dritte Welt Kiel.
Das Schloß wurde zertrümmert, die Eingangstüre aufgebrochen. Daraufhin wurden die Räume offenbar nach Verwertbarem durchsucht, „leider" vergeblich. Der Kommentar des Vermieters der Räume, der bei der Durchsuchung dabeisein durfte: „Wissen Sie, wie Sie sich hier blamieren? Wie die Amerikaner in der Wüste!"
Die Polizeiaktion war gut vorbereitet. Bereits Tage zuvor standen teils zivile, teils offizielle Polizeifahrzeuge vor der Ausfahrt der Redaktion und registrierten ein- und ausgehende Personen, indem sie die Personalien feststellten. Interesse fand auch der Inhalt der Briefumschläge, in denen ein Mitarbeiter neue Exemplare der entwicklungspolitischen Zeitung „FORUM" zur Post bringen wollte. Daß derartiges Verhalten bei den Opfern solcher Observationen Unsicherheit erzeugt, ist selbstverständlich und vielleicht im Sinne der „unauffälligen" Staatsschützer gewesen.
Als schließlich der letzte Mitarbeiter die Redaktion verlassen hatte, konnte die Polizei ihren Einsatz ungestört durchführen.
Ein derartiger Einbruch ist jedoch nicht zu rechtfertigen, denn er darf nur dann erfolgen, wenn es a b s o l u t keine andere Möglichkeit des Zugangs gibt. Dieser Fall ist bei längerfristiger Observation sicher nicht gegeben. Die Polizei erklärte dazu, daß das Schloß leider „aus Versehen" kaputt gegangen sei.
Die Konstruktion des Durchsuchungsbefehls zeigt juristische Kreativität: Der Durchsuchungsbefehl lautete auf K.B., Druckereibesitzer, Königsweg 7, Kiel. Durchsucht werden sollten Geschäftsräume, Wohnung und Auto des Verdächtigen. K.B. war bis 31. 7. 79 Teilhaber einer Druckerei, die seit 1. 1. 80 zu den Redaktionsräumen der IG3W verlegt wurde, K.B. hatte seit August 1979 nichts mehr mit der Druckerei zu tun. Verdächtig gemacht hatte sich K.B., als er als Drucker des Kulturblattes der „Kieler Woche" ohne Wissen und Erlaubnis seines Auftraggebers, Kulturamt Kiel, kritische Artikel u.a. zum Kulturbürokratismus in diese Zeitung setzte. Das Kulturamt zeigte daraufhin K.B. und Verteiler der Zeitung an und ließ sie verhaften. Dabei wurden K.B.s Personalien festgestellt. Der Polizei hätten also die jetzige Adresse und Beruf des K.B. bekannt sein müssen, die in keinem Zusammenhang mit den Geschäftsräumen der IG3W im Königsweg 7 steht. In diesem Zusammenhang erscheint die Anzeige des Kulturamts als rechtliche Grundlage für die Hausdurchsuchung bei der IG3W zweifelhaft.
Die Mitarbeiter der IG3W halten das Ganze für eine „Übung" und einen Versuch der Einschüchterung von Kunden und Mitarbeitern. Für sie steht fest: Die Anzeige gegen K.B. wurde zum Vorwand genommen, eine linke Druckerei bzw. Verlag zu kontrollieren.
Ein neuer Versuch politischer Repression in der BRD.

Fortsetzung von Seite 18

sungen aus den zivilen Hospitälern zu requirieren.
medico international hat deshalb aufgrund anderer Erfahrungen und unter Berücksichtigung dieser Situation ein medizinisches Notdepot zusammengestellt. Es handelt sich dabei um Verbandsmaterial, medizinisch-technisches Gerät, Medikamente, Infusionslösungen etc., die in wasserdichten, leicht transportierbaren Behältern untergebracht sind. Nachdem die ersten Notdepots in El Salvador eingetroffen sind und uns von dort mitgeteilt wurde, daß dringend weitere benötigt werden, stellt medico international zur Zeit weitere von diesen universell einsetzbaren Notdepots her. Darüber hinaus liegen bei uns Anforderungen für Nahrungsmittel für Flüchtlinge vor, die sich in den Grenzgebieten zu Guatemala und Honduras inzwischen gesammelt haben. Diese Menschen, die versuchen, aus den umkämpften Gebieten des Landes über die Grenzen zu fliehen, werden dort durch den Raketenbeschuß durch hondurenische oder guatemaltekische Hubschraubereinheiten gehindert.
Spenden für dieses Projekt können auf das Konto 232 bei der Stadtsparkasse Frankfurt/M. überwiesen werden.

medico international

MAROKKO

Gute Zeiten für Hassan II?

Die Lage in der Sahara hat sich „beruhigt". Die sahaurische Befreiungsbewegung hatte monatelang Übergriffe auf marokkanisches Territorium ausführen können (siehe „blätter des iz3w Nr. 82). Dank der verstärkten Unterstützung von Frankreich und den USA können die Marokkaner sich im Augenblick behaupten. (FR 28. 7. 80).
Durch seine Drohung, aus der OAU auszutreten, brachte Hassan die letzte Gipfelkonferenz Anfang Juli in Freetown (Sierra Leone) zwar an den Rand des Auseinanderbrechens, aber er konnte noch einmal verhindern, daß die Konferenz eine Resolution zugunsten der Frente Polisario verabschiedete (Taz 3.7.80, 7.7.80; FR 8.7.80).
In Referenden über Verfassungsänderungen erreichte Hassan innenpolitisch einen großen Propaganda-Erfolg (die Nein-Stimmen wurden einfach nicht gezählt.) Mit den Abstimmungen sicherte sich Hassan außerdem die Thronfolge gemäß seinen Wünschen (FR 2.6.80).
Zuletzt erließ Hassan eine Amnestie, allerdings nur für 91 der über 260 Gefangenen. Nach einem Bericht von amnesty international über Folter in Marokko (Taz 20.6., NZZ 24.5.80) und nach verstärkten Aktivitäten von Solidaritätskomittees für politische Gefangene innerhalb Marokkos war es an der Zeit. Die marokkanischen Komittees hatten argumentiert, daß gewisse Gruppen der Opposition keine Gefahr für die Stabilität des Regimes darstellten, da sie für seine Sahara-Politik seien. Eben Angehörige dieser Gruppen, (vor allem der sozialistischen Partei USFP) wurden freigelassen. Hassan konnte auch erreichen, daß die USFP von ihrem Plan abrückt, ihre Abgeordneten 1981 aus dem Parlament abzuziehen, da sie dort ohnehin nichts ausrichten (FR 28. 7.80).
Die Vorgänge zeigen einmal mehr die Bedeutung der Sahara-Politik für das Regime.
Wie es den Oppositionellen ergeht, die sich gegen diese Politik werden, läßt sich aus einem Aufruf ablesen, der aus einem marokkanischen Gefängnis herausgeschmuggelt wurde.

bt

Kommunique, das so weit wie möglich verbreitet werden sollte.

DRINGEND
RETTET DAS LEBEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN IM HUNGERSTREIK!

Wir, die Unterzeichner, politische Gefangene im Zentralgefängnis Kenitra (Marokko), protestieren neuerlich gegen die Ausflüchte und die Nachlässigkeit, mit der die Machthaber in Marokko weiterhin den Forderungen der Gefangenen[1] begegnen, die seit dem 15. Mai 80 im Zivilgefängnis von Kenitra im Hungerstreik sind. Wir weisen darauf hin, daß dieser Streik schon über 40 Tage dauert. Wir prangern die Vernachlässigung an und geben den Machthabern die Verantwortung für die vorurteilsbeladene Behandlung, die diesen Gefangenen wiederfährt und für alle schweren Auswirkungen, die die Fortsetzung des Hungerstreiks bedeuten kann.
Wir drücken unsere totale Solidarität mit dem Kampf dieser Gefangenen um die Erfüllung ihrer legitimen Forderungen aus, die da sind: Beendigung aller Formen von Repression und Unterdrückung im Gefängnis, Verbesserung ihrer elenden Haftbedingungen – damit sie, wie alle anderen politischen Gefangenen – an allen Verbesserungen teilhaben können, die bisher erreicht wurden.

Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte, daß sie den Kampf der politischen Gefangenen im Hungerstreik unterstützen.

Zentralgefängnis
Kenitra, den 26. 6. 80

Die Unterzeichner:
Es folgen die Unterschriften von 65 politischen Gefangenen.

1) Es sind 14 Gefangene von sahrauischer Abstammung, die seit 1977 vom Regime Hassans II gefangengehalten werden.

Frankreich

Angriff auf die Pressefreiheit

Vor einiger Zeit berichteten wir darüber, daß in Frankreich durch die Regierung der Vertrieb eines Buches verboten wurde, das sich kritisch mit der Person des zairischen Diktators Mobutu auseinandersetzte (blätter Nr. 85). Der damals von uns geäußerte Verdacht, daß auch in Frankreich, der Wiege der bürgerlichen Freiheiten, die Unabhängigkeit der Presse dort aufhört, wo handfeste außenpolitische und wirtschaftliche Interessen beginnen, scheint sich nun von neuem bestätigt zu haben. Am 6.7. erhielt Simon Malley, der aus Ägypten stammende Herausgeber der bekannten Dritte Welt-Zeitschrift „Afrique-Asie", von der Pariser Polizeipräfektur die Aufforderung, zusammen mit seiner Frau und ihren drei Kindern das Land unverzüglich verlassen. Paß, Aufenthaltskarte und Arbeitsgenehmigung wurden ihm dabei gleich abgenommen.

Malley, der 1969 nach Frankreich gekommen war, hatte damals sofort mit dem Aufbau von "AfriqueAsie" begonnen, einer Zeitschrift, die heute in 64 Ländern verbreitet ist und die zu den wenigen gehört, die nicht nur die Politik Frankreichs und Amerikas in der Dritten Welt kritisch durchleuchtet, sondern auch - anders etwa als "Jeune Afrique" - die Regierungen dieser Regionen nicht verschonen. Aus dieser Richtung kam denn wohl auch die "Anregung" für den Vorstoß gegen "AfriqueAsie": Laut "Le Monde" sollen es die Regierungschefs von Gabun, Senegal und Zaire selbst gewesen sein, die bei der französichen Regierung gegen Malley interveniert hätten. Eine Vermutung, die umso wahrscheinlicher klingt, als es sich um Länder handelt, die sich "ausgezeichneter Beziehungen" zu Frankreich erfreuen und die deshalb auch in besonderem Maße den Angriffen von "AfriqueAsie" ausgesetzt waren.

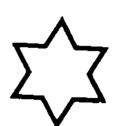
Die französische Regierung hat den Ausweisungsbefehl Malleys mittlerweile zwar bestätigt - und damit indirekt auch zugegeben, daß es sich hier um mehr handelt, als um das übereifrige Vorgehen einiger untergeordneter Beamter - hüllt sich aber ansonsten in vornehmes Schweigen, ungeachtet der zahlreichen Proteste, die inzwischen in Frankreich angelaufen sind. Weder sie noch die Polizei haben es bis jetzt für nötig befunden, den Ausweisungsbefehl überhaupt zu begründen!

Le Monde, 6.7., 11.7., 18.7., 22.7., 24.7.80

IRAN

Kommuniqué der Beamten der Nationalbank

Während des Volksaufstands gegen das Schah-Regime veröffentlichten die Bankangestellten in Iran, welche ungeheure Summen die Schah-Familie und andere Mitglieder der schmarotzenden Herrscherclique in letzter Minute ins Ausland verschieben und damit vor dem persischen Volk „in Sicherheit" bringen wollten, dem dieses Vermögen zusteht, weil es mit seiner Arbeitskraft und seinen Bodenschätzen erwirtschaftet worden ist. Die Bankangestellten mußten es wissen: Sie hatteh die Fluchtgelder zu verbuchen.
Jetzt setzen sie ihre revolutionäre Tradition fort, das Bankgeheimnis zu brechen, um die finanziellen Transaktionen der herrschenden Clique aufzudecken, mit denen das iranische Volk nach wie vor betrogen wird. Heute heißen die Betrüger allerdings nicht mehr Mohammed Reza Pahlewi oder Prinzessin Ashraf, sondern Ayatollah Beheschti, Khameneyi, Tschamran oder Rafsanjani. Sie bekleiden allesamt höchste Posten in der Islamischen Republik, der die mittlerweile verstaatlichten Banken heute gehören. Die genannten Ahatollahs sind führende Mit glieder des geheimen Revolutionsrates. Beheschti ist Oberhaupt der orthodox-klerikalen Mehrheitspartei IRP und war während seines Exils zur Schah-Zeit lange am Islamischen Zentrum in Hamburg tätig. Rafsanjani beaufsichtigt das Innenministerium, Khameneyi das Verteidigungsministerium, in dem Mustafa Tschamran der Minister ist. Moinfar ist der iranische Erdölminister.
Zugunsten der geistlichen Saubermänner muß gesagt werden, daß die Summen, die sie auf ihre Konten im Ausland verschieben, sich noch nicht annähernd mit denen ihrer Vorgänger im Amt messen können. Damals waren es Milliarden, heute sind es nur Millionen. Ist das noble Absicht, oder handelt es sich nur um Unvermögen und Unerfahrenheit? *hpö*



Kommunique der Beamten der Nationalbank IRAN
Kommunique Nr. 4, 27.4.1980

Heldenhafte iranische Bevölkerung!
Ein weiteres Mal kommen wir unserer Aufgabe nach, allen Leuten über die Ausplünderung des öffentlichen Eigentums der armen Leute dieses Landes zu berichten.
In der letzten Woche haben Herr Ajatollah Beheschti und Herr Mussavi Ardabili im Revolutionsrat geschworen, daß sowohl sie selbst als auch Khamanehi, Tschamran und Rafsandjani nicht einen einzigen Rial an Devisen aus dem Land geschafft haben. Dadurch haben sie den Gerüchten darum in selbstrechtfertigender Weise ein Ende gesetzt.
Sie haben Recht, denn ihre Namen stehen auf keiner Devisenabbuchung der letzten Jahre. Aber unsere Mitarbeiter sollen wissen, daß die unten aufgeführten Devisenabbuchungen mit den Unterschriften des Herrn Mo'infar von dem Deviseneinkommen des Öls für die Verbreitung des Islam ins Ausland geschickt worden sind. Jedoch direkt nach Eingang der Beträge auf die offiziell angegebenen Empfängerkonten ist das Geld jeweils unverzüglich auf die Konten der oben genannten Herren in europäische Banken überwiesen worden.

Datum	Empfänger	Nr. des Zahlungsauftrags	Betrag
Aug. 79	Islam.Union Montreal	67329	200.000 kanad.Dollar
Aug. 79	Moschee u. islam. Zentrum Hamburg	25731	6.240.000 DM
Okt.79	Hilfe an die Heimatlosen in Süd-Libanon	97 – A	11.000.000 Lire
Okt.79	Prediger des Islam in München und Bayern	25902	305.000 DM
Okt.79	Moschee u. islam. Zentrum Skandinavien	730	16.000.000 schwed. Kronen
Dez. 79	Moschee u. islam. Union Hamburg	25984	8.000.000 DM
Dez. 79	Büro der Befreiungskämpfer (Paris)	11-4797	24.800.000 Franc
Jan. 80	" "	11-4809	11.000.000 Franc
März 80	Büro der philip. Separatisten (Paris)	11-4911	6.500.000 Franc
März 80	Luftwaffe Zürich (Libanesische Bank)	106-A	217.000.000 Lire
April 80	Moschee u. islam. Union Hamburg	26321	8.000.000 DM

Da in jedem Monat tausende von Zahlungsanweisungen ins Ausland gehen und darunter viele unter verschiedenen Decknamen abgebucht werden, ist es möglich, daß weitere Zahlungsaufträge unter kulturellen oder wirtschaftlichen Namen in die Taschen dieser Herren wandern. Weiter enoch ungeklärte Fälle werden nach der Untersuchung veröffentlicht werden.

Union der Beamten der Nationalbank Iran,
Untersuchungsgruppe

Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

